

Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa

Erscheinungsformen, gesellschaftliche
Reaktionen und pädagogische Antworten

Anna Verena Münch/Michaela Glaser (Hrsg.)
unter Mitarbeit von Sally Hohnstein



Arbeits- und Forschungsstelle
Rechtsextremismus
und Fremdenfeindlichkeit

ANNA VERENA MÜNCH/MICHAELA GLASER (HRSG.)
UNTER MITARBEIT VON SALLY HOHNSTEIN

Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa

Erscheinungsformen, gesellschaftliche Reaktionen
und pädagogische Antworten

Die Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMFSJ) finanziell gefördert.

Danksagung

Diese Publikation wäre ohne die Beiträge und die Unterstützung vieler Kolleginnen und Kollegen nicht möglich gewesen. Wir möchten uns insbesondere bei den Autorinnen und Autoren für ihre Kooperationsbereitschaft und ihr Engagement bedanken.

Für die Unterstützung bei der redaktionellen Betreuung von Texten danken wir insbesondere Frank Greuel sowie Susanne Johansson, Anna Schnitzer und Frank König. Mit Übersetzungs- und Lektoratsarbeiten haben uns Anna Schnitzer, Elena Hahn und Claas Kazzer sowie Maruta Herding und Manja Birke in dankenswerter und hilfreicher Weise unterstützt. Ein ausdrücklicher Dank gilt Frauke Büttner für ihre unermüdliche Vermittlungs- und Übersetzungsarbeit. Ganz besonders danken wir Renate Schulze für das gründliche Lektorat sowie für den souveränen Umgang mit allen anfallenden Herausforderungen nicht nur organisatorischer Art.

© 2011 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Außenstelle Halle

Abteilung Jugend und Jugendhilfe

Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Franckeplatz 1

06110 Halle

Telefon: +49345 68178-42

Telefax: +49345 68178-47

Internet: www.dji.de

Layout/Gestaltung/Gesamtherstellung

Brandung Leipzig, www.brandung-online.de

ISBN: 978-3-86379-055-4

Inhaltsverzeichnis/Contents

<i>Michaela Glaser und Anna Verena Münch</i> Einleitung	4
<i>Rob Witte</i> Politischer Radikalismus in den Niederlanden	10
<i>Sarah Isal, Robin Oakley and Kjartan Sveinsson</i> Preventing Racist Violence in the United Kingdom	35
<i>Frank Greuel und Anna Verena Münch</i> Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland Ein Überblick zu aktuellen Erscheinungsformen und Ansätzen der pädagogischen Prävention	52
<i>Stéphanie Dechezelles und Andrea Dragone</i> Ethnozentrismus, Antisemitismus und politischer Radikalismus bei Jugendlichen – Ausprägungen, Präventionsstrategien und Praxiserfahrungen in Italien	82
<i>Esteban Ibarra</i> Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit in Spanien während der wirtschaftlichen Krise	106
<i>Alexander L. Salagaev and Sergey A. Sergeev</i> Russian radical ethnic nationalism: Phenomenon, discourse and strategies for prevention	125
<i>Michaela Glaser</i> Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa Ergebnisse einer Erhebung in europäischen Ländern	147
Autorinnen- und Autorenverzeichnis/Authors and Editors	176

Einleitung

Die vorliegende Publikation ist der zweite Sammelband der Arbeits- und Forschungsstelle, der die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa dokumentiert. Ebenso wie der erste Band (Rieker/Glaser/Schuster 2006) versammelt auch dieser Beiträge aus ausgewählten Ländern, in denen feldkundige Wissenschaftler/innen sowie Praktiker/innen der Präventionsarbeit aktuelle Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, gesellschaftliche Reaktionen auf diese Phänomene sowie präventive Aktivitäten in diesen Ländern vorstellen. Wie bereits im ersten Band wird auch in diesem zweiten Sammelband dabei ein besonderes Augenmerk auf rechts-extreme und fremdenfeindliche Erscheinungsformen bei jungen Menschen sowie auf Ansätze der pädagogisch-präventiven Arbeit gelegt.

Im Vorgängerband, der sieben Länder porträtierte, lag der Schwerpunkt auf Beiträgen aus dem nord- und westeuropäischen Raum. Aus Osteuropa waren damals Polen und Ungarn vertreten – zwei Länder, die sich bereits vergleichsweise früh vom kommunistischen System sowjetischer Prägung lösten bzw. niemals so stark in dieses eingebunden waren.

Dieser zweite Band, der Beiträge aus sechs Ländern enthält, richtet den Blick nun auch nach Südeuropa. Mit Italien und Spanien werden zwei Länder vorgestellt, in denen aufgrund des Schengen-Abkommens und der eingeführten EU-Drittstaatenregelung das Thema ‚(illegale) Einwanderung‘ in den letzten Jahren zentrale Bedeutung erlangt hat und beträchtliche gesellschaftliche Spannungen erzeugt. Aus Osteuropa ist dieses Mal Russland mit einem Beitrag präsent, das Kernland des sowjetischen Systems, das im Zuge von Glasnost und Perestroika tief greifende Umwälzungen erfahren hat und dessen Transformation nach wie vor andauert.

Darüber hinaus werden drei Länder erneut beleuchtet, die bereits im ersten Band vertreten waren: Großbritannien, die Niederlande und Deutschland. In allen drei Ländern existiert eine vergleichsweise gut entwickelte Landschaft pädagogischer Präventionsaktivitäten (s. hierzu auch Glaser i.d.Bd.). Gleichzeitig ist mit der Debatte um islamistische Gefährdungen und ihre Bekämpfung in diesen Ländern ein neues Präventionsthema zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen avanciert. Vor diesem Hintergrund erschien es lohnenswert, den Stand

der Debatten in diesen Ländern fünf Jahre nach Erscheinen des ersten Bandes erneut zu beleuchten. Um solchen aktuellen Entwicklungen Rechnung zu tragen, wurde auch die Fragestellung für die Beiträge erweitert. Fragte der erste Band ausdrücklich nur nach Ausprägungen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, wurden die Autorinnen/Autoren dieses Mal gebeten, auch andere Formen von politischem Radikalismus, sofern sie Gegenstand gegenwärtiger Debatten sind, in ihre Darstellung mit einzubeziehen.

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Für die Niederlande beschreibt Rob Witte, wie sich das Selbstverständnis des Landes als multikulturelle Gesellschaft bis heute verändert hat: Seit den 1990er Jahren haben sich öffentliche und politische Diskurse zugunsten rechtspopulistischer bis rechtsextremer Orientierungsmuster verschoben. Ging es in den 1970er Jahren noch um eine Anerkennung von Verschiedenheit und um die Förderung der sozialen Integration von Migrantinnen/Migranten, ist es in Reaktion auf die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien auch zu einer verstärkten Übernahme integrationsfeindlicher Positionen in der etablierten Politik gekommen. Gleichzeitig lässt sich eine wachsende Islamophobie in der holländischen Gesellschaft feststellen, die vor allem seit dem Attentat auf den umstrittenen Regisseur Theo van Gogh auch offen rassistische und z.T. gewalttätige Züge annimmt. Diese Entwicklungen spiegeln sich dem Autor zufolge auch in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Radikalismus wider, die aktuell überwiegend auf ‚Islamismus‘ fokussiert. Das schlägt sich auch in der Ausrichtung von Präventionsprogrammen und -maßnahmen nieder, die hier entsprechende Schwerpunkte setzen. Dem stehen jedoch lokale Erfahrungen entgegen, wonach vor allem Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als radikale Erscheinungsformen relevant sind. Vor diesem Hintergrund konstatiert der Autor die Notwendigkeit eines verstärkten politischen Engagements zu diesen Phänomenen, das über die bisher dominierende sicherheitspolitische Perspektive hinausgeht. Dabei hält er insbesondere auch eine verstärkte Auseinandersetzung auf pädagogischer Ebene für erforderlich. Abschließend stellt er einige pädagogische Projekte vor, in denen u.a. – mit unterschiedlichem Erfolg – Möglichkeiten der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendgruppen erprobt wurden.

Ebenso wie in den Niederlanden stehen in Großbritannien weniger rechtsextreme Phänomene im Zentrum der Aufmerksamkeit, als Fragen des Zusammenlebens in einer multiethnischen Gesellschaft sowie damit verbundene Konfliktkonstellationen. In diesem Zusammenhang wird der Entwicklung von inklusiven, ethnische und soziale Grenzziehungen überwindenden Gemeinwesen ein hoher Stellenwert zugewiesen und es wurden entsprechende Richtlinien und Programme verabschiedet. Zwar wird in Großbritannien seit einigen Jahren in Politik und Fachwelt verstärkt diskutiert, wie Formen gewalttätiger Radikalisierung präventiv begegnet werden kann – wie in den Niederlanden geschieht dies allerdings vorrangig mit Blick auf muslimische Bevölkerungsgruppen bzw. Tendenzen islamistischer Radikalisierung. Ein Defizit konstatieren die Autorinnen/Autoren Sarah Isal, Robert Oakley und Kjartan Sveinsson dagegen bei der pädagogischen Arbeit mit potenziellen rassistischen Gewalttätern, die bisher nur sehr vereinzelt umgesetzt wird und im Kontext der politischen Auseinandersetzung mit rassistischer Gewalt keine Rolle spielt. Die Verfasser/innen halten einen Ausbau dieser Arbeit und hier insbesondere spezifischer Angebote für junge Menschen für erforderlich, da diese auch in Großbritannien die größte Tätergruppe bilden. Vor dem Hintergrund einer eigenen Erhebung im Themenfeld erachten sie für diese Arbeit vornehmlich als relevant: eine kontextbezogene Arbeit, die das soziale Umfeld der Gewalttaten mit in den Blick nimmt, der Aufbau von Netzwerken für fachlichen Austausch, die Gewinnung von Kooperationspartnern im Sozialraum sowie eine Auseinandersetzung mit Identitätsfragen, die das Aufzeigen alternativer Identitätskonstruktionen mit einschließt.

Aufgrund des historischen Erbes richtet sich die Aufmerksamkeit in Deutschland besonders auf rechtsextreme Erscheinungsformen, wie z.B. die wiederholten Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in einigen Bundesländern. Im Länderbeitrag zu Deutschland stellen Frank Greuel und Anna Verena Münch Befunde zu aktuellen rechtsextremen Tendenzen in Deutschland vor. So hat sich mit den ‚Autonomen Nationalisten‘ eine jugendkulturell verankerte, offen gewaltbereite Gruppe innerhalb der rechtsextremen Szene etabliert, die vor allem bei Demonstrationen mit Übergriffen auf Polizei und Gegendemonstranten auffällt. Auf die von Frank Greuel und Anna Verena Münch beschriebenen Phänomene reagieren neben zivilgesellschaftlichen Initiativen auch staatliche Institutionen: einerseits auf der Ebene von Gesetzgebung und Strafverfolgung, andererseits werden seit vielen Jahren umfassende staatliche Programme

zur Förderung pädagogisch-präventiver Arbeit umgesetzt. Pädagogische Ansätze fokussieren vor allem auf Demokratieverziehung und interkulturelle Pädagogik sowie zunehmend auch auf die Arbeit mit Kindern im Rahmen früher Prävention. Außerdem gibt es eine mehrjährige Tradition der gezielten Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, die allerdings nicht sehr weit verbreitet ist und Greuel und Münch zufolge stärker ausgebaut werden sollte. Entwicklungsbedarf sehen die Verfasser/innen bei pädagogischen Ansätzen, die sich mit rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Erscheinungsformen bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund befassen. Das größte Desiderat sehen sie allerdings in einer stärkeren Verstetigung der Arbeit, da gegenwärtig ein Großteil der Finanzierung aus zeitlich befristeten Projektmitteln erfolgt.

Für Italien konstatieren Stéphanie Déchezelles und Andrea Dragone eine zunehmende Durchdringung der Gesellschaft mit Rassismen, die sie maßgeblich auf die mehrjährige Regierungsbeteiligung rechtsextremer Parteien zurückführen. Eine emotional aufgeladene mediale Berichterstattung über ‚Flüchtlingsströme‘ verstärkt ohnehin stark ausgeprägte fremdenfeindliche Haltungen, die sich gegen Nordafrikaner/innen, Osteuropäer/innen, Sinti und Roma richten. Rechtsextrem motivierte Gewalttaten gehen vor allem von neonazistischen Skinheadgruppen aus, aber auch in der Fußball-Hooligan-Szene verbreiten sich zunehmend rechtsextreme Orientierungsmuster. Daneben existieren rechtsextreme Studenten- aber auch Schüler/innenorganisationen, da rechtsextreme Parteien bereits in Schulen um Mitglieder werben. Im Zuge der rechtsextremen Regierungsbeteiligung hat sich den Verfasser/innen zufolge der Rassismus in Italien auch institutionell verankert, was u. a. in einer Verschärfung der Einwanderungspolitik sowie in einer Gesetzesänderung seinen Ausdruck fand, durch die rassistische Äußerungen schwerer ahndbar werden. Sie konstatieren aber auch erste institutionelle Veränderungen, die sie maßgeblich auf den Einfluss von EU-Vorgaben zurückführen. Eine Impulsfunktion sprechen sie der Europäischen Union auch für die pädagogische Prävention zu, die bisher erst in Ansätzen entwickelt ist. So sind die wenigen Projekte, die sich vor allem auf Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit an Schulen konzentrieren, überwiegend im Kontext von EU-Programmen entstanden oder aus EU-Mitteln finanziert. Um tiefere Veränderungen zu bewirken, fordern Déchezelles und Dragone die „Wiederbelebung der Demokratie“ sowie die Stärkung von Gegenkulturen an Schulen.

Der Beitrag zu Spanien nähert sich der Thematik aus der Sicht eines Aktivisten an, der sich im Rahmen einer gemeinnützigen Organisation seit vielen Jahren gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit engagiert. Esteban Ibarra zufolge verschärft die derzeitige wirtschaftliche Krise bereits bestehende und gesellschaftlich kaum problematisierte Ausgrenzungsdiskurse, die sich ähnlich wie in Italien vor allem gegen Nordafrikaner/innen und Roma richten. Gleichzeitig werden die zahlreichen fremdenfeindlich motivierten Überfälle, die auch schon zu Todesopfern geführt haben, in Medien und Politik als Phänomene einer allgemeinen, unpolitischen Jugendgewalt verharmlost.

Lediglich auf Seiten der Justiz gibt es Anzeichen für eine zunehmende Sensibilisierung, so führen z.B. einzelne Urteilsbegründungen die politische Motivation der Täter mit an und inzwischen wurden auch erste rechtsextreme Organisationen verboten. Reaktionen der Zivilgesellschaft auf diese Vorfälle sind jedoch nur schwach ausgeprägt und auch auf Seiten der Regierung konstatiert der Autor ein deutliches Interventionsdefizit. Diese Rahmenbedingungen erschweren insgesamt die Arbeit der wenigen pädagogischen Projekte gegen Rechtsextremismus und Intoleranz, die überwiegend von zivilgesellschaftlichen Initiativen getragen werden. In dieser Situation sieht der Autor vorrangig einen Bedarf an verbesserten strafrechtlichen Regelungen sowie Institutionen der Strafverfolgung. Darüber hinaus hält er ein stärkeres Engagement gegen Intoleranz und für demokratische Werte auf allen gesellschaftlichen Ebenen für erforderlich.

Für Russland konstatieren Alexander Salagaev und Sergey Sergeev eine ähnliche Problematik wie in Spanien, die Ignoranz staatlicher Instanzen gegenüber politischen bzw. fremdenfeindlichen Hintergründen von Gewalttaten betreffend. Die Situation ist allerdings auch durch spezifische Voraussetzungen geprägt, zu denen die Autoren insbesondere die sowjetische Vergangenheit und die territoriale Ausdehnung des Landes rechnen. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus sind in der russischen Bevölkerung weit verbreitet und werden von einer stereotypen medialen Berichterstattung legitimiert. Hinzu kommt eine breitgefächerte rechtsextreme Bewegung, wobei sich insbesondere die Skinhead-Szene durch eine zunehmende Radikalisierung und ausgeprägte Militanz auszeichnet, die sich in vermehrten Angriffen auf als ‚nicht-slawisch‘ wahrgenommene Menschen äußert. Der russische Staat reagiert auf diese Entwicklung mit massiver, auch gewaltsamer Strafverfolgung sowie mit

dem Verbot einiger rechtsextremer Organisationen. Die Autoren kritisieren diese Aktionspolitik, die lediglich auf Strafverfolgung kriminellen Verhaltens ausgerichtet ist. Präventionsansätze, die im Rahmen des bislang einzigen staatlich geförderten Programms für die Arbeit mit jungen Menschen entwickelt wurden, fanden keine weitere staatliche Unterstützung. Einzig die Stadt St. Petersburg hat seither ein eigenes Programm aufgelegt, mit dem alle Gesellschaftsgruppen für eine nachhaltige interethnische Toleranz angesprochen werden sollten – bislang liegen dazu keine Evaluationsergebnisse vor.

Im letzten Beitrag stellt Michaela Glaser die Ergebnisse eines europaweiten Recherche- und Fachaustauschprojekts zur pädagogischen Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vor. Im Rahmen dieses Projekts wurden pädagogische Präventionsaktivitäten in ausgewählten europäischen Ländern recherchiert sowie Informationen zu diesen Aktivitäten und zu den Bedingungen ihrer Umsetzung in Interviews mit Projekten und Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern vor Ort vertieft. Der Beitrag präsentiert ausgewählte Fallbeispiele aus den besuchten Ländern; außerdem wird auf Basis der zusammengetragenen Informationen eine erste vergleichende Einschätzung zu Rahmenbedingungen, Themen- und Handlungsfeldern sowie zu Akteuren und Zielgruppen der Arbeit in europäischen Ländern formuliert. Dabei erweisen sich für die bundesdeutsche Fachdiskussion vor allem die britische Debatte sowie Ansätze in Norwegen, den Niederlanden und Frankreich als besonders gewinnbringend. Vor diesem Hintergrund werden abschließend einige Überlegungen zum Stand der Arbeit in Deutschland sowie zu möglichen (Weiter)entwicklungsperspektiven formuliert.

Politischer Radikalismus in den Niederlanden¹

Prolog

Seit dem Zweiten Weltkrieg bewahrten sich die Niederlande stets ein tolerantes, nicht-radikales Image und präsentierten sich gern selbst in diesem Licht. Seit Anfang des neuen Jahrhunderts jedoch hat sich dieses Bild von den Niederlanden gewandelt – besonders auch im Ausland. Hat sich seit 2001 vieles verändert oder war das Bild schon vorher falsch? Und wenn ja, was stimmte nicht an diesem Bild bzw. was hat sich so radikal verändert?

Immer Koalitionsland

Die Niederlande sind immer ein Koalitionsland gewesen, ein ‚Land der Minderheiten‘, wie es häufig genannt wurde. Ihr politisches System kannte man als ‚Säulensystem‘, bei dem jeweils eine Säule für eine große Bevölkerungsgruppe stand – Katholiken, Protestanten, Liberale und Sozialisten. Die gesellschaftliche Mitte – Organisationen, Gewerkschaften, Sportvereine, Zeitungen, Lehreinrichtungen usw. – war entlang dieser Säulen organisiert. Nie verfügte eine dieser ‚Gruppen‘ über die demokratisch-politische Mehrheit. Zur Ausübung der Staatsmacht bedurfte es immer Koalitionen von Eliten dieser Gruppe und Konfliktlösungen kamen nur durch Verhandlungen und Konsens zustande. In diesem ‚Land der Minderheiten‘ stellten Konflikte ein großes Risiko für die allgemeine soziale Kohäsion und Ruhe dar und wurden deshalb so früh wie möglich präventiv in der gesellschaftlichen Mitte angegangen und einvernehmlich aufgelöst. Innerhalb der verschiedenen Säulen existierte dabei ein großes Maß an hierarchischer Macht und normativer Kontrolle. Radikalisierung und Extremismus wurden so schnell wie möglich unterdrückt und durch internen Konsens- und Machtdruck fragmentiert.

1 Dieser Beitrag basiert größtenteils auf Witte 2010: „Al eeuwenlang een gastvrij volk. Racistisch geweld en overheidsreacties 1950–2009“ („Schon seit Jahrhunderten ein gastfreundliches Volk“). Übersetzungen niederländischer Texte ins Deutsche in diesem Text stammen vom Autor.

Die 1960er bis 1980er – Radikalisierung zwischen Kriminalisierung und Ethnifizierung

Mitte der 1960er Jahre änderte sich die gesellschaftliche Situation, wobei die staatstragenden Säulen langsam zerbrachen. Dieser Zusammenbruch schuf Räume und Möglichkeiten für radikalere und extremistischere Gedanken, Äußerungen und Gruppen. In Ablehnung der Politik der Vereinigten Staaten und deren Krieg in Vietnam formierten sich u.a. anti-autoritäre, kulturelle und soziale Jugendströmungen, von denen sich Teile wirklich radikalisierten, sodass es vereinzelt zu Bombendrohungen oder Anschlägen kam. Diese Aktionen wurden jedoch von den Sicherheitsbehörden als kriminelle Straftaten betrachtet, denen man mit gesetzlichen Maßnahmen und Polizei entgegentreten konnte. Die Radikalisierung wurde auf diese Weise entpolitisiert und kriminalisiert (vgl. de Graaf 2010, S. 29).

Auch in den 1970er Jahren setzte sich die Radikalisierung in der niederländischen Gesellschaft fort. In dieser Zeit waren es Jugendliche mit molukkeschem Hintergrund, die sich in Reaktion auf die Verweigerung ihrer politischen Rechte, auf die von ihnen wahrgenommene schlechte Behandlung der älteren Generation und die Diskriminierung im alltäglichen Leben² radikalisierten und für eine Reihe von terroristischen Anschlägen verantwortlich waren³. Auch die hier stattfindende Radikalisierung wurde einerseits als Reihe krimineller Straftaten präsentiert, denn

- 2 Ambonesische Soldaten (von den Molukken in Indonesien) dienten zu Zeiten der niederländischen Kolonisierung Indonesiens in der niederländischen Armee. Während der Dekolonisierung (lies: Krieg) wurden diese Elitesoldaten eingesetzt, um den Aufstand der Indonesier niederzuschlagen. Als Indonesien unabhängig wurde, befanden sich die ambonesischen Soldaten in einer schwierigen Position. Als temporäre Lösung wurden 4.000 Militärs und deren Familien (12.500 Personen insgesamt) in die Niederlande gebracht. Die ersten Jahre wohnten die Ambonesen an 90 ‚Wohnorten‘, zu denen auch ehemalige Konzentrationslager gehörten. Alles war auf eine schnelle Rückkehr der Ambonesen ausgerichtet, so dass sie z.B. keine Arbeitsmöglichkeit und -erlaubnis bekamen. Die Rückkehr indes wurde immer unwahrscheinlicher – und auch die niederländische Regierung leugnete schließlich das Recht der Ambonesen auf eine unabhängige Republik Molukken. Dazu kam eine wachsende Diskriminierung im Alltag, wogegen sich die Jugendlichen immer stärker zur Wehr setzten.
- 3 So besetzten ambonesische Jugendliche im Dezember 1975 einen Zug (der Zugführer und zwei Passagiere wurden erschossen) und zwei Tage später das indonesische Konsulat. 1977 besetzten andere Jugendliche erneut einen Zug und eine Schule – Aktionen, die nach drei Wochen durch militärische Gewalt beendet wurden, wobei neun Zugbesetzer und zwei Passagiere ums Leben kamen. Im März 1978 besetzten extremistische Ambonesen für einen Tag das Gebäude der Provinzregierung von Drenthe, zwei Todesopfer waren die Folge.

auch bei den ambonesischen Terroristen gab es vor Gericht wenig Raum für die politischen und sozialen Hintergründe der Taten. Andererseits gaben sie gleichwohl Anstoß zur Entwicklung einer Minderheitenpolitik, denn nun wurden die Aktionen zumindest in einen politischen, sozialen und sogar ethnischen Kontext gestellt. Zur selben Zeit regte sich mehr und mehr Widerstand gegen Migration und Migranten in den Niederlanden. Implizite Erklärungen der Hintergründe für die Radikalisierung der ambonesischen Jugendlichen (und der Ambonesen überhaupt) präsentierten deren soziale Position an zentraler Stelle: Schwierigkeiten in Bezug auf Karriere, Schule und Arbeitsmarkt wurden in den Mittelpunkt spezieller politischer Maßnahmen gerückt (darunter ein Programm zur Schaffung von 1.000 Arbeitsplätzen). Ein anderes zentrales Thema dieser speziellen Politik war das Ziel der ‚Integration bei gleichzeitiger Erhaltung der eigenen Kultur‘ – das zentrale Motto der niederländischen Minderheitenpolitik der 1970er und 1980er Jahre. Durch die Ethnifizierung verschob sich somit die Sichtweise auf Radikalisierung – aus einem ursprünglich ausschließlich aus polizeilicher Sicht relevanten Thema wurde ein Thema der sozialen Integration.

Zugleich nahmen in den 1970er Jahren Formen rechtsextremistischer und rassistischer Radikalisierung zu, obwohl dieses Phänomen nicht neu war. Zwar wurden im allgemeinen öffentlichen Diskurs nach dem Zweiten Weltkrieg Antisemitismus und Rassismus immer wieder als typisch nicht-niederländische Phänomene dargestellt (vgl. Witte 2010)⁴, doch entgegen dieser öffentlichen Selbstwahrnehmung war die Zeit nach 1945 keineswegs frei von antisemitischen und rassistischen Vorkommnissen. Schon in den 1950er Jahren und stärker noch in den 1960er Jahren kam es zu verschiedenen antisemitischen Ereignissen und Vorfällen. Daneben gab es verstärkt Auseinandersetzungen zwischen niederländischen Jugendlichen und Gastarbeitern aus Spanien und Italien sowie jugendlichen Repatrianten⁵ aus den ehemaligen Kolonien (Indonesien).

4 Einer weitverbreiteten Meinung zufolge hängt dies damit zusammen, dass die Niederlande nach Polen den prozentual größten Anteil an ermordeter jüdischer Bevölkerung zu beklagen hatten (vgl. Presser 1985).

5 Der im Deutschen nicht gebräuchliche Begriff ‚Repatriant‘ umfasst Rückkehrer aus den niederländischen Kolonien mit niederländischer Staatsbürgerschaft, die entweder auf eine niederländische Abstammung verweisen können oder sich zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit einer Kolonie, z.B. im Falle Indonesiens, für die niederländische Staatsbürgerschaft entschieden haben (Anm. d. Hrsg.).

Anfang der 1970er Jahre kam es jedoch verstärkt zu Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund und zu gewaltsamen ethnischen Auseinandersetzungen, wie 1972 in Rotterdam oder 1976 in Schiedam. Doch nur wenn diese Radikalisierung bei organisierten rechtsextremistischen, neofaschistischen Bewegungen auftrat, wurde sie gesetzlich verfolgt. Rassistische Radikalisierungen ohne einen solchen organisierten Hintergrund wurden jedoch nicht als Ausdruck einer Ideologie angesehen, sondern als Symptome von sozialen, sozial-ökonomischen und großstädtischen Problemlagen erklärt und durch die Verleugnung des rassistischen Elements oft bagatellisiert.

Diese Situation änderte sich erst Anfang der 1980er Jahre, als rechtsextremistische Parteien, wie die Centruumpartij, einen verhältnismäßig starken Zulauf verzeichnen konnten. Durch dieses Eindringen des Rechtsextremismus in die etablierte Politik erhöhte sich die öffentliche Sensibilität für rechtsextremistische und rassistische (gewalttätige) Manifestationen – Rechtsextremismus wurde zu einem politischen Phänomen: Die Medien berichteten zunehmend über Diskriminierung und Rassismus, in vielen Regionen und Städten wurden Anti-Diskriminierungsbüros (ADBs) gegründet. Diese kümmerten sich unter anderem um eine (juristische) Unterstützung der Opfer von Diskriminierung und/oder Rassismus und waren zudem Zentren für antirassistische Aktionen.

Doch in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verschwanden die Rechtsextremisten wieder aus dem Parlament, was auch mit dem Zerfall der rechtsextremistischen Centruumpartij zusammenhing. Gleichzeitig schien auch die staatliche und gesellschaftliche Sensibilität gegenüber Rassismus zu schwinden. In späteren Jahren belegten Studien allerdings, dass die Gewalt keinesfalls verschwand (vgl. Buis 1988; Witte 2010).

Entradikalisierung radikaler Strömungen

Anfang der 1990er Jahre beeinflusste zunächst das Geschehen im vereinten Deutschland, wo es zu zahlreichen rassistischen Gewalttaten gekommen war (Rostock, Hoyerswerda, Mölln, Solingen), die allgemeine Stimmung in den Niederlanden. Zehntausende Niederländer sandten Postkarten an die deutsche Regierung mit dem Text „Ich bin wütend!“, und man fragte sich, ob es auch in den Niederlanden zu derartigen Übergriffen kommen könnte. Diese Frage gewann mehr und mehr an

Bedeutung, nachdem ein Brandanschlag auf die Moschee in Amersfoort verübt wurde und Rechtsextremisten (wieder) stärkeren Zulauf verzeichnen konnten. Bei verschiedenen Wahlen konnten rechtsextremistische Parteien beachtliche Erfolge erringen. 1989 war das ehemalige rechtsextremistische Parlamentsmitglied Hans Janmaat wieder ins Parlament zurückgekehrt und 1990 feierten Rechtsextremisten unerwartete Erfolge bei Regionalwahlen (15 Sitze in neun Städten). Einige der erworbenen Sitze wurden mit bekannten Neonazis besetzt. Diese Wahlerfolge wurden nun aber wieder mit Verweis auf vermeintliche soziale und sozioökonomische Phänomene sowie mit der zahlenmäßigen Zunahme von Minderheiten erklärt. In steigendem Maße konnte so im vorherrschenden Diskurs erneut der Gedanke Raum greifen, dass die Anhänger rechtsextremistischer Parteien keine ‚Rassisten‘ seien, sondern Menschen, die im Zusammenhang mit einer zahlenmäßig hohen Präsenz von Minderheiten unter sozialen Problemen litten.

Parallel änderte sich in den Niederlanden die Sichtweise auf Minderheiten stark und man wandelte das Motto der Minderheitenpolitik von ‚Integration bei gleichzeitigem Erhalt der eigenen Kultur‘ in ‚Integration mit Pflichten‘ um. Migranten, die bislang als ‚Gastarbeiter‘, ‚kulturelle Minderheit‘ oder ‚ethnische Minderheit‘ bezeichnet wurden, hießen jetzt ‚Allochthone‘⁶ – und aus ‚Minderheitenpolitik‘ wurde ‚Allochthonenpolitik‘. Man beschränkte sich jedoch nicht auf eine begriffliche Änderung. Vielmehr wurden Akzente von der Bekämpfung von Diskriminierung und vom Kampf für Rechte von Minderheiten hin zu Integrationspflicht, Eigenverantwortung und Beendigung der Diskussion über Diskriminierung verschoben.

Damit ging auch eine Wende im dominanten Diskurs einher. Kamen Begriffe wie ‚Integrationsprobleme‘, ‚Asylmissbrauch‘, eine unterstellte ‚Unvereinbarkeit‘ der verschiedenen Kulturen und Plädoyers für Migrationsstopps und striktere ‚Integrationsbedingungen‘ ursprünglich exklusiv von Rechtsextremisten, konnte man ab Anfang der neunziger Jahre eine verstärkte Übernahme der Terminologie, Vorurteile und Forderungen in den vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Diskurs beobachten. Im diesem sah man ‚Integration‘ in zunehmendem Maße als ursächlich für soziale Probleme bis hin zur Kriminalität.

6 Als ‚Allochthone‘ galten Personen, bei denen mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft war. Meist wurde der Begriff aber ausschließlich auf sogenannte ‚nicht-westliche‘ Allochthone angewendet und zeigte an, dass mindestens ein Großelternanteil aus einem nicht-westlichen Land stammte.

Gleichzeitig entfachte eine Rede des Parteiführers der Liberalen, Frits Bolkestein, eine große Debatte über Minderheiten (vgl. de Volkskrant 1991). In seinen Ausführungen stellte er die christliche Geschichte der des Islams gegenüber und die europäische der des Nahen Ostens – mit besonderem Fokus auf Demokratie und Menschenrechte. Bolkestein sagte, dass sich ethnische Minderheiten in Europa allgemein und in den Niederlanden insbesondere integrieren müssten und dabei bestimmte europäische und niederländische Grundstrukturen und Rechte nicht infrage stellen dürften. Die Regierung aus Christdemokraten und Sozialisten reagierte darauf mit dem Anstoß einer nationalen Debatte zum Thema ‚Minderheiten‘, die vor allem in den Medien geführt wurde. Im Zuge dieser Ereignisse änderte sich auch die Sicht auf die rassistische und rechtsextremistische Radikalisierung. Im Allgemeinen gab es Anfang der 1990er Jahre zweierlei Reaktionen: zum einen die öffentliche Ablehnung und Verurteilung von Gewalt, die mit internen Weisungen an Polizei und lokale Behörden einherging, und zum anderen die Leugnung des Zusammenhangs zwischen Gewaltakten und Rassismus bzw. Radikalismus sowie des strukturellen Charakters der Gewalt.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und vor allem, nachdem die Rechtsextremisten wieder aus Parlament und Stadträten verschwunden waren, sank das staatliche und gesellschaftliche Interesse am Thema rassistische und rechtsextremistische Radikalisierung wieder. Jedoch nahm diese Form von Gewalt keineswegs ab. Im Gegenteil: Der 1997 von der Anne Frank-Stiftung und der Universität Leiden veröffentlichte ‚Monitor Rassismus & Extremismus‘ kam zu dem Schluss, dass Diskriminierung und rechtsextremistische und/oder rassistische Gewalt in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts in den Niederlanden stark zunahmen (vgl. van Donselaar 2000; van Donselaar/Rodrigues 2001).

09/11 und danach – Islamischer Radikalismus und radikalisierte Reaktionen

Für 2001 berichtet der ‚Monitor Rassismus & Extremismus‘ insgesamt über einen Rückgang der erfassten rassistischen Gewalttaten – 60 % dieser Taten fanden jedoch nach den Anschlägen vom 11. September statt. Viele von ihnen richteten sich gegen Moscheen und beschränkten sich nicht auf Gebäude, sondern zielten auch auf Menschen mit mus-

limischem Hintergrund ab. Neben dieser rassistischen Gewalt wurden auch Gewalttaten gegen ‚Einheimische‘ und christliche Organisationen registriert, sodass man in den Niederlanden begann, von einer Zunahme interethnischer Spannungen zu sprechen.

Pim Fortuyn

Die interethnischen Spannungen basierten u.a. auf einem zunehmenden islamophoben Diskurs, der allerdings nicht alleinig auf die islamistischen Terrorakte vom 11. September 2001 zurückzuführen war. Bereits drei Wochen vor diesem, die nationale und internationale Atmosphäre polarisierenden Ereignis gab Pim Fortuyn seine Teilnahme an den nächsten Wahlen bekannt – obwohl er zu diesem Zeitpunkt nicht einmal Mitglied einer Partei war. Fortuyn hatte einen langen Weg durch etablierte Parteien hinter sich, aber nirgendwo ein ‚politisches Zuhause‘ gefunden. Im Ergebnis hatte er aber nicht der Politik den Rücken gekehrt, sondern immer stärker auf eine eigenständige, politische Position hingearbeitet. So veröffentlichte er schon 1994 ein Buch über seine ‚sachliche Regierung‘ (Zakenkabinet-Fortuyn) (vgl. Fortuyn 1994) und löste mit ‚Tegen de Islamisering van onze cultuur‘ (Gegen die Islamisierung unserer Kultur) (vgl. Fortuyn 1997) heftige Diskussionen aus. In diesem Buch übte er harte Kritik am ‚Kulturrelativismus‘, der die Niederlande kennzeichne. Dieser Kulturrelativismus sei der Grund für ein Desinteresse an „unserer eigenen Identität“ und damit „drohe [...] unsere ursprüngliche Kultur, ganz zugrunde zu gehen“ (ebd., S. 7). Diese Moral gestatte keine Entwicklung einer eigenen Identität, obwohl gerade das nötig sei, um Handlungsräume für Migranten zu markieren (ebd., S. 41). Die Antirassismusorganisationen nannte Fortuyn „Gedankenpolizei“, den Islam sah er als einen „kulturellen Stolperstein für die ökonomische und gesellschaftliche Integration in den Niederlanden“ (ebd., S. 42).

Nach dem 11. September nahm die Verbreitung islamophober Einstellungen zu. Im November 2001 fand Fortuyn ein politisches Zuhause bei der 1999 gegründeten Leefbaar Nederland (Lebenswerte Niederlande) – einer ‚Protestpartei‘, die in einigen Städten schon beachtliche Erfolge gefeiert hatte. Der Bund zwischen Leefbaar Nederland und Pim Fortuyn bestand jedoch nur drei Monate. Nach diversen islamfeindlichen Verlautbarungen Fortuyns, die zu Protesten im gesamten politischen Establish-

ment führten, beschloss die Partei, sich von ihrem Spitzenkandidaten zu trennen. Nach dem Gespräch mit der Parteiführung erklärte Fortuyn öffentlich, dass er mit Sicherheit der neue niederländische Premierminister werde, gleichwohl dachten viele, dass er nach diesem Rückschlag keine Rolle mehr bei den anstehenden Wahlen spielen würde.

Am 6. März des Folgejahres konnte Fortuyn allerdings seine Ankündigung mit einem großen Wahlerfolg in Rotterdam untermauern, wo seine neu gegründete Partei, die Lijst Pim Fortuyn (LPF), auf Anhieb zur stärksten Partei wurde. Aus der Fernsehdebatte am Abend der Wahl ging Fortuyn als großer Sieger hervor und ließ die Spitzenkandidaten der etablierten Parteien blass aussehen. Die nächsten Meinungsumfragen deuteten auf einen großen Wahlerfolg für den 15. Mai hin und Fortuyns Ankündigung, das Premierministeramt bekleiden zu wollen, wurde noch ein Stück weit wahrscheinlicher.

Dann wurde Pim Fortuyn am 6. Mai erschossen. Als klar wurde, dass sein Mörder nicht etwa Migrant, sondern Tierschützer war, richtete sich die Wut vieler seiner Anhänger/innen gegen die etablierte Politik. Mehrere Spitzenkandidaten wurden bedroht und brauchten Schutz. Der Wahlkampf wurde abgebrochen. Bei den Wahlen verlor die bisherige sozialliberale Koalition 33 von 97 Parlamentssitzen und somit ihre Mehrheit. Die LPF errang 26 der 150 Sitze im Parlament und wurde zweitstärkste Partei der Niederlande. Die siegreichen Christdemokraten, die als Einzige die LPF nicht angriffen hatten, bildeten zusammen mit der LPF eine neue Regierung. Die ersten Monate nach dieser Wahl waren von vermehrten Drohungen gekennzeichnet – insbesondere gegen etablierte Politiker. Der ‚Monitor Rassismus & Extremismus‘ von 2004 konstatierte für 2002 zwar einen Rückgang insgesamt registrierter Vorfälle, dafür aber eine Zunahme von personenbezogenen Gewalttaten (vgl. van Donselaar/Rodrigues 2004).

In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts verschärfte sich die politische Auseinandersetzung in den Niederlanden stark. Die Angst vor terroristischen Aktivitäten aus dem radikalisierten islamistischen Lager nahm nach den Anschlägen von Madrid vom 11. März 2004 weiter zu. Auch in den Niederlanden reagierte man auf die Situation mit verschärften Maßnahmen und einer Ausweitung der Fahndungs- und Festnahmebefugnisse. 2004 wurde das Amt des ‚Nationaal Coördinator Terrorismebestrijding‘ (NCTb), des ‚Nationalen Koordinators zur Terrorismusbekämpfung‘ eingeführt, der das Risiko terroristischer Anschläge

in den Niederlanden so weit wie möglich minimieren und den Schaden infolge möglicher Anschläge reduzieren sollte.

Neben diesen Maßnahmen verschärfte sich das politische Klima vor allem hinsichtlich der Themen Integration und Islam. Eine der prominentesten Personen in der Polarisierungsdebatte war die liberale Politikerin, Frauenrechtlerin und Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali, die ihre Aufmerksamkeit speziell auf die Position von Frauen im Islam richtete. In einem weiteren liberalen Mitglied des Parlaments, Geert Wilders, fand sie einen gleichgesinnten Mitstreiter für ihre Islamkritik. In Reaktion auf die Ereignisse des 11. September hatte Wilders kritisiert, dass sich Fortuyn viel zu stark gegen ‚normale Muslime‘ richte: „Ich habe von Anfang an deutlich gemacht, dass ich und auch die VVD [die liberale Partei] nichts gegen den Islam haben. [...] Der Islam hat nichts Falsches, er ist eine zu respektierende Religion. [...] Es geht um eine kleine Gruppe muslimischer Extremisten“ (Wilders 2001, zit. nach Fennema 2010, S. 55)⁷.

In einer bekannten Fernsehsendung machte Ayaan Hirsi Ali 2004 ihren Standpunkt mit einem kurzen Film deutlich, den sie zusammen mit Filmemacher Theo van Gogh⁸ gedreht hatte. In ‚Submission (Part 1)‘ werden u.a. frauenfeindliche Texte aus dem Koran auf die von transparenten Schleiern verhüllten Körper von Frauen projiziert. Einige der Frauen berichten von Gewalt und Misshandlung.

Am frühen Morgen des 2. November 2004 wurde Theo van Gogh in Amsterdam auf offener Straße von Mohamed B., einem islamistisch radikalisierten Amsterdamer Jungen, erschossen und erstochen. Der Mörder hinterließ ein Bekennerschreiben auf dem Körper van Goghs, das auch Todesdrohungen gegen Hirsi Ali, Geert Wilders und den Amsterdamer Bürgermeister Cohen enthielt. Die Ermordung van Goghs machte Hirsi Ali und Wilders zu den zwei meistgeschützten Niederländern. Für beide bedeutete dies ab dem Zeitpunkt ein Leben unter höchster Sicherheitsstufe, ständige Wohnsitzwechsel, eine nur unter erschwerten Bedingungen mögliche Pflege persönlicher Beziehungen, immer umgeben von drei bis vier Wachleuten. Wilders hatte zwei Monate vor dem Mord an van Gogh die liberale VVD verlassen, blieb aber als Einmannfraktion

7 Aussagen von Wilders in der Fernsehsendung ‚Barend/van Dorp‘ am 24. September 2001.

8 Theo van Gogh war nicht nur Filmemacher, sondern arbeitete auch als Kolumnist und für das Fernsehen. In diesen beiden Bereichen äußerte er sich sehr provokant und verstärkt anti-islamisch. In den 1990er Jahren wurde er mehrere Male wegen antisemitischer Äußerungen verklagt.

„Groep Wilders“ im Parlament. Er machte die Islamkritik mehr und mehr zum Hauptthema seiner Politik.

Radikalisierte Antworten auf die Radikalisierung

Nach dem Mord an Theo van Gogh kam es zu einer Reihe von Gewalttaten in den Niederlanden. Die Behörden reagierten, indem sie alle Bürgermeister schriftlich über die Möglichkeit lokaler Spannungen und sozialer Unruhen informierten. Der Minister des Innern machte insbesondere darauf aufmerksam, dass islamische und marokkanische Organisationen potenzielle Opfer dieser Spannungen und Unruhen sein könnten. Es sollte eine Aufstellung von Orten und Veranstaltungen mit erhöhtem Risiko gemacht werden. Diese Präventivmaßnahmen konnten aber nicht alle Unruhen und Gewaltausbrüche verhindern: In den ersten elf Tagen nach dem Mord kam es insgesamt zu sieben Brandstiftungen und zwei versuchten Brandstiftungen an Moscheen bzw. anderen muslimischen Einrichtungen sowie zu einem Bombenanschlag auf eine muslimische Schule. Außerdem wurden mehrere Moscheen und Gebäude marokkanischer Organisationen mit Parolen beschmiert. Im gleichen Zeitraum wurden sieben Brandanschläge auf christliche Einrichtungen verübt.

Wenn es zu Gewalttaten kam, besuchten Minister die Tatorte, um ihre Besorgnis und Ablehnung auszudrücken. Zwischen dem 2. und 30. November registrierte der „Monitor Rassismus & Extremismus“ insgesamt 174 Vorfälle. Davon waren 106 anti-islamisch motiviert, zwei Drittel richteten sich gegen Gebäude, in 60 Fällen waren Menschen betroffen. Bei 15 % aller Fälle wurde ein rechtsextremistischer Zusammenhang konstatiert. Weitere 15 % wurden von sog. „Lonsdale-Jugendlichen“ begangen⁹.

Die Bewertung dieser Jugendkultur ist umstritten. Obwohl ihren Anhängern häufig fremdenfeindliche Äußerungen und Handlungen nachgewiesen werden können, werden sie dennoch nicht als rechtsextrem eingestuft (vgl. AIVD 2005). Die Sicherheitsbehörden (Sicherheitsdienst

9 Wenn man ein T-Shirt mit dem Aufdruck „LONSDALE“ z.B. unter einer Bomberjacke trägt, bleiben die Buchstaben „NSDA“ (als Verweis auf die NSDAP) sichtbar. Manche Jugendliche sehen die Buchstabenfolge „LONSDALE“ als Abkürzung für „Laat Ons Nederlandse Skinheads/Nederlanders Samen De Allochthonen Langzaam Elimineren“ („Lasst uns niederländische Skinheads/Niederländer zusammen die Migranten langsam eliminieren“).

und Ministerium des Innern) bewerten diese Gruppierung primär als Problem der öffentlichen Sicherheit. Damit wird die rassistische Radikalisierung unter Teilen ihrer Mitglieder durch die Behörden kriminalisiert und gleichzeitig entpolitisiert.

Weitere Polarisierung und Radikalisierung nach 2005

Auch 2005 ließ sich eine Zunahme von Gewalt gegen Personen feststellen und obwohl die Zahl der Gewalttaten gegen Asylbewerber/innen niedriger war als zuvor, hatte die Anzahl von Gewaltakten (körperliche Gewalttaten und verbale Übergriffe) gegen Muslime stark zugenommen. Obwohl sich die Gesamtzahl an Gewaltakten und verbalen Übergriffen im Besonderen verringert hatte, nahm die Anzahl körperlicher Gewalttaten weiter zu (vgl. van Donselaar/Wagenaar 2006; 2007).

Die zweite Hälfte des ersten Jahrzehnts wurde in den Niederlanden als eine Zeit der weiteren Polarisierung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene wahrgenommen. Obwohl registrierte Gewalttaten zurückgingen, blieb ihre Zahl beachtlich und richtete sich größtenteils gegen Muslime und/oder muslimische Einrichtungen (vgl. van Donselaar/Rodrigues 2006, 2008; Demant et al. 2009).

Die Polarisierung der niederländischen Gesellschaft in diesem ersten Jahrzehnt äußerte sich auch in den Wahlergebnissen. Die drei größten ‚Parteien der Mitte‘, die liberale VVD, die christlich-demokratische CDA und die sozialdemokratische PvdA, hielten Anfang des Jahrhunderts 114 der insgesamt 150 Parlamentssitze. In 2002, mit dem Aufstieg von Pim Fortuyn, sank diese Zahl auf 90. Bei den Wahlen 2003 schien sich die ‚Mitte‘ ihre Position mit insgesamt 114 Sitzen zwar zurückerobert zu haben; aber in den folgenden Wahlen von 2006 und 2010 konnte sie nur noch 95 bzw. 82 Sitze erringen. Auch in den Europawahlen machte sich der Stimmenverlust der ‚politischen Mitte‘ bemerkbar. 2004 erreichten die drei Parteien noch 61,2% der Stimmen – 2009 nur noch 43,5%.

Natürlich bedeutete diese Schwäche der ‚Mitte‘ nicht automatisch auch eine Radikalisierung. Man sollte aber bedenken, dass es zu diesem Stimmenverlust erstmals 2002 infolge des 17%-Wahlsiegs der LPF von Fortuyn kam. Danach hatte der sich radikalisierende Geert Wilders, der mit seiner Partei 2006 5,9% und 2010 schon 15,4% der Stimmen gewann, einen großen Anteil an der politischen Polarisierung in den Niederlanden.

Nach Fortuyns Ermordung fiel dessen Partei schnell auseinander, sodass nach drei Monaten Neuwahlen notwendig wurden. Wie zuvor erwähnt, verließ Geert Wilders 2004 die liberale VVD, blieb aber im Parlament. In Vorbereitung der Wahlen von 2006 gründete er seine Partij voor de Vrijheid (PVV). Diese ‚Partei für die Freiheit‘ ist keine demokratische Partei im eigentlichen Sinn und ihr einziges Mitglied ist Wilders, der dementsprechend auch in allen Belangen das Sagen hat. Trotzdem darf sie an demokratischen Wahlen teilnehmen.

In einer aktuellen Studie zur Polarisierung und Radikalisierung in den Niederlanden wurde die PVV als neue rechtsradikale Partei eingestuft (vgl. Moors et al. 2010, S. 97)¹⁰ – eine Einschätzung, die Geert Wilders, der sich selbst gern als demokratisch-patriotisch darstellt, zurückwies (vgl. Lucardie 2007, S. 180). Diese Bewertung der PVV löste eine heftige Debatte aus. Bezeichnend ist hierbei, dass das Ministerium des Innern, obwohl Auftraggeber der Studie, im Nachhinein die Verantwortung für ihren Inhalt ganz den beteiligten Wissenschaftler/innen zuwies.

Politisch richtet sich Wilders nicht nur gegen den Islam – obwohl dies ein zentraler Punkt seiner Propaganda ist. Während er Fortuyn 2001 noch für dessen Islamfeindlichkeit verurteilte, hatte er diesen am Ende des Jahrzehnts in dem Punkt schon längst überholt. In seinen Angriffen setzt Wilders den Islam zwar nicht mit islamistischem Extremismus gleich, stellt Extremismus aber als direkte Folge, wahren Inhalt und wahre Bestimmung des Koran dar. Gleichzeitig betont er immer wieder, dass nicht Muslime seine Zielscheibe seien, sondern der Islam, den er nicht als Religion versteht, sondern als gewalttätige Ideologie. So fordert er z.B. einen Zuwanderungsstopp für Migranten aus islamischen Ländern: „... nicht, weil wir denken, dass sie schlechte Menschen seien oder weil wir sie fürchten. [...] Die große Mehrheit der Muslime in den Niederlanden sind rechtschaffene Bürger, die ein gutes Leben führen wollen. Aber wir glauben, dass die Kultur und die Ideologie, die sie zu uns bringen, unseren Werten und unserer Identität widersprechen und damit unvereinbar sind. [...]“ (Willemsen 2010, S. 197). Ein anderes Mal sprach er von einer „Verschmutzung“ des öffentlichen Raumes durch Männer und Frauen in traditionell muslimischer Bekleidung und forderte im September 2009 im

10 Hinsichtlich der Terminologie wird auf die Diskussion unter deutschen Wissenschaftlerinnen/ Wissenschaftlern über ‚alte Rechte‘ und ‚neue Rechte‘ verwiesen. ‚Alte Rechte‘ bezeichnet dabei eine Bindung zum traditionellen Rechtsextremismus und ‚neue Rechte‘ die Ablehnung oder das Nichtvorhandensein solcher Bindungen (z. B. Schellenberg 2009, S. 182).

Parlament eine „Kopftuchsteuer“. Dieser Vorschlag wurde von seinen Anhängern jedoch offenbar weniger positiv aufgenommen. Im Nachhinein scheint Wilders selbst auf diesen Vorstoß nicht besonders stolz zu sein.

Viele von Wilders Äußerungen brachten ihm die Aufmerksamkeit der Medien ein und führten zu heftigen Debatten in der Gesellschaft. In Fernsehtalkshows diskutierte man über ihn und seine Aussagen, wie bspw. die Behauptung, dass der Minister für Integration „bekloppt“ sei, und verurteilte ihn öffentlich. Gleichwohl schien die Zahl seiner Anhänger zu wachsen. Im August 2007 schrieb Wilders in der Zeitung *de Volkskrant* den Artikel „Genoeg is genoeg: verbied de Koran“ („Genug ist genug: Verbieta den Koran“), in dem er den Koran als ein faschistisches Buch bezeichnete, das zur Gewalt aufrufe und das, wie „Mein Kampf“, verboten werden sollte. Dieser und andere Artikel wie auch sein Film „Fitna“¹¹ führten zu mehreren Strafanzeigen gegen ihn. In einem ersten Urteil ließ die Staatsanwaltschaft verlauten, dass es kein Verfahren gegen Wilders geben werde: Die Äußerungen wurden als nicht beleidigend oder strafbar eingestuft. Daraufhin wurde gegen diese Entscheidung massiv Beschwerde eingelegt, so dass Anfang 2009 das Gericht in Amsterdam bekannt gab, Wilders nun doch juristisch zu verfolgen.

Das Strafverfahren führte zu Debatten über die Freiheit der Meinungsäußerung (vgl. Fennema 2010, S. 181 ff.). In früheren Diskussionen zur Meinungsfreiheit (z.B. im Zusammenhang mit Fortuyn und van Gogh) wurden diverse Maßnahmen (z.B. Strafanzeigen) empfohlen, die es Muslimen ermöglichten, gegen Diskriminierungen rechtlich vorzugehen. Oft suggerierten solche Aussagen, dass es ein Zeichen wirklicher Integration sei, wenn man so verfare. Jetzt aber, nach der Entscheidung des Amsterdamer Gerichts, schien dieser Rechtsweg geradewegs als Zeichen der Nicht-Integration gewertet zu werden.

Auch der Gerichtsprozess verminderte Wilders Zuspruch nicht. Bei den Nationalwahlen im Sommer 2010 wurde die PVV drittstärkste Partei und spielte bei den Koalitionsverhandlungen eine zentrale Rolle, so dass sich ein Novum in der niederländischen Demokratie anzubahnen scheint. Zum Zeitpunkt der Artikelniederschrift halten die liberale VVD (stärkste

11 In dem Film, der erstmalig am 27. März 2008 aufgeführt wurde, versuchte Wilders die Aufmerksamkeit auf die in seinen Augen gewalttätige Seite des Islam zu lenken. Der Film ist zu sehen unter: www.wildersontrial.com/index.php?option=com_content&view=article&id=38:fitna&catid=6.

Partei seit den letzten Wahlen) und die christdemokratische CDA aktuell Gespräche zur Regierungsbildung ab, die aber von der Unterstützung bzw. der Duldung durch die PVV abhängig ist. Wilders ist deshalb vollwertiger Verhandlungspartner in den Gesprächen. Die drei Parteien gestehen einander unterschiedliche Denkweisen über den Islam zu, die sie aber akzeptieren wollen. Damit wird die PVV in die Lage versetzt, einige ihrer Forderungen als Bedingungen durchzusetzen – speziell in den Bereichen Sicherheits-, Migrations-, Integrations- und Asylpolitik, und sie hat ‚die Hände frei‘, um ihre anti-islamische Politik und Polemik fortzuführen.

Bekämpfung der Radikalisierung

Im Sommer 2005 wurde ein erster Entwurf eines Aktionsprogramms der Regierung zur Bekämpfung von Radikalisierung zusammen mit einem Aktionsprogramm zur Verbesserung der Wehrbarkeit des Staates und der Integrationspolitik vorgelegt, der aber vom Parlament abgelehnt wurde. Grund dafür war die einseitige Konzentration des Programms auf islamistische Radikalisierung bei fast vollständigem außer Acht lassen rechtsextremistischer Radikalisierung.

Am 19. August 2005 sandte der Justizminister ein Schreiben mit dem Titel ‚Radikalismus und Radikalisierung‘ ans Parlament, in dem es hieß; „Rechtsradikalismus, Radikalismus aufgrund des Missbrauchs des Islam und radikale Tierschutzaktivitäten stellen aktuelle Erscheinungsformen des Radikalismus in den Niederlanden dar, die, obwohl sie nicht in gleichem Maße eine Bedrohung darstellen, das Eingreifen des Staates notwendig machen und rechtfertigen. [...] Rechtsradikalismus und Radikalismus aufgrund des Missbrauchs des Islam befördern ein Verständnis von Gesellschaft und eine Rechtsauffassung, die, wenn sie Anschluss finden, das demokratische Verhältnis zwischen Bürgern und Staat und auch die Beziehungen der Bürger untereinander stark beschädigen können“¹².

2007 legte die vierte Regierung des Christdemokraten Balkenende den ‚Actieplan polarisatie en radicalisering‘ (Aktionsprogramm Polarisierung und Radikalisierung) vor, in dem folgende drei staatliche Ziele formuliert wurden:

12 Schreiben des Justizministers an das Parlament vom 19. August 2005, 2004–2005, Nr. 29 754, S. 25.

- Prävention von Prozessen der Isolierung, Polarisierung und Radikalisierung durch eine verbesserte Integration von Menschen, die abzugleiten oder sich von der niederländischen Gesellschaft und der demokratischen Rechtsordnung abzuwenden drohen,
- frühzeitige Benachrichtigung durch Behörden und professionelle Akteure und Entwicklung einer adäquaten Intervention und
- Exklusion und Isolierung von Menschen, die klar gezogene Grenzen überschritten haben, um auf diese Weise deren Einfluss auf Andere so weit wie möglich zu begrenzen (vgl. Ministerie van Binnenlandse 2007, S. 142).

Lokale Behörden wurden entsprechend aufgefordert, eine Rolle bei dieser Bekämpfung der Radikalisierung zu übernehmen, die speziell auf Prävention, Früherkennung und Intervention orientiert sein sollte. Persönlichkeitsstärkung, die Verbesserung der Zusammenarbeit und die Förderung der Kenntnisverbesserung bei Behörden und professionellen Akteuren sollten Unterpunkte dieser Politik sein. Auch wurde eine teilweise finanzielle Unterstützung lokaler Einrichtungen ermöglicht. Im Aktionsprogramm 2007 bis 2011 der Regierung wurde außerdem festgestellt, dass die islamistische und rechtsextremistische Radikalisierung aktuell die größte gesellschaftliche Bedrohung darstellten, weshalb in diesen Bereichen auch die Akzente des Programms lagen. Im März 2009 veröffentlichte das Ministerium des Innern zudem ein Schreiben, das eine Intensivierung des Vorgehens gegen Tierschutzextremisten vorsieht, d.h. gegen Gruppierungen, die beim Bestreben, die Tierrechte zu verbessern, bewusst die Grenzen des Gesetzes überschreiten und (gewalttätige) illegale Aktionen durchführen.

Im ‚Operationellen Aktionsplan 2010‘ wird diese angekündigte Intensivierung im Detail ausgearbeitet. Für das Vorgehen wurden sechs mögliche Methoden unterschieden:

1. strafrechtliche Fahndung und Verfolgung;
2. kommunale und wirtschaftliche Aktivitäten;
3. die Rolle des Informations- und Sicherheitsdienstes (AIVD);
4. Überwachung und Sicherung;
5. Kommunikation, Wissensverbreitung, Information und Bewusstseinsbildung;
6. internationale Zusammenarbeit.

Erwähnt wurde außerdem, dass die gleichen Verfahren beim Kampf gegen Extremismus im Zusammenhang mit politischem Asyl ausgearbeitet wurden. Dabei wurde gefordert, dass Polizei und Justiz Ereignissen, die mit asylbezogenem Extremismus zusammenhängen könn(t)en, besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen sollten (vgl. Ministerie van Binnenlandse 2009, S. 19 ff.).

Lokale Bekämpfung der Radikalisierung

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Bekämpfung von Radikalisierung(stendenzen) in den Niederlanden überwiegend aus einer Sicherheitsperspektive und nicht aus einer pädagogischen Perspektive heraus betrachtet wird¹³. Diese Dominanz des Sicherheitsaspekts hat zur Folge, dass die meisten Initiativen zur Bekämpfung von Radikalisierung – auch auf lokaler Ebene – durch sicherheitspolitische Einrichtungen durchgeführt werden.

Eine der ersten Städte, die diesbezüglich eine eigene Politik entwickelte, war Rotterdam. Anfang 2005 rief sie das Aktionsprogramm ‚Meedoen of Achterblijven‘ ins Leben, mit dessen Hilfe ein ganzes System zur frühzeitigen Identifizierung radikalisierten Personen aufgebaut und wo möglich, interveniert werden sollte. Obwohl Wörter wie Rechtsradikalismus oder Rechtsextremismus darin einige Male vorkommen, richteten sich die Maßnahmen fast ausschließlich gegen islamistische Radikalisierung, weil von dieser, so das Programm, die größte Bedrohung ausgehe. Dieser einseitige Blick auf Radikalisierungsprozesse entsprach weder der breiten Definition des nationalen Schreibens, noch wurde es der Rotterdamer Geschichte rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt und den rechtsextremistischen Wahlerfolgen in der Stadt gerecht (vgl. COT/ Gemeente Rotterdam 2005).

Auch anderenorts konzentrierten sich lokale Aktionen auf die Bekämpfung islamistischer Radikalisierung. Dabei befassten sich zum einen viele Aktivitäten mit der Aufklärung und Kenntnisverbesserung über das Phänomen bei Behörden und Professionellen, die mit Jugendlichen arbeiten. Zum anderen entstanden Initiativen, die darauf abzielten, Jugendliche

13 Seit Kurzem schenkt man in den Niederlanden einer pädagogischen Perspektive mehr Aufmerksamkeit (vgl. van San et al. 2010).

gegen radikalisierende Einflüsse zu immunisieren. Einige Aktionen waren darauf gerichtet, Radikalisierungstendenzen zu identifizieren und möglichst früh zu intervenieren. Oft zielten diese zusätzlich auf eine Zusammenarbeit von Polizei, Jugendhilfe, Sozialarbeitern, Schulen und anderen Organisationen im Bereich Jugendarbeit ab. In einigen Städten wurden Netzwerke mit den jeweiligen muslimischen Bevölkerungsgruppen aufgebaut.

Eine Untersuchung des Bedarfs auf lokaler Ebene ergab, dass die meisten Städte, die sich mit radikalen Tendenzen konfrontiert sahen, diese im Umfeld rechtsextremistischer, rassistischer Personen und Gruppen verorteten (vgl. COT 2007). Ein weiteres Ergebnis dieser Untersuchung war, dass in vielen Städten nur eingeschränkt Kenntnisse der lokalen Situation hinsichtlich dieser Problematik vorhanden waren. Nur wenige entwickelten eine spezielle Politik zur Bekämpfung rechtsextremistischer Radikalisierung. In der Regel kam es dazu aber erst nach rechtsextremen Vorfällen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Methoden zur Bekämpfung der Radikalisierung auf nationaler Ebene wegen des internationalen islamistischen Terrorismus und des Mordes an Theo van Gogh entwickelt wurden – in einer politisch polarisierten Epoche, in der der Islam im dominanten Diskurs im Zusammenhang mit verschiedenen gesellschaftlichen und sozialen Problemen gesehen wurde. In dieser Situation wurde es möglich, Gelder für lokale Aktionsprogramme zu gewinnen. Die Situation in den Städten jedoch war dagegen viel stärker durch rechtsextremistische, rassistische Erscheinungen und Radikalisierungstendenzen geprägt. Um aktiv zur Bekämpfung überzugehen, ‚wartete‘ man hier jedoch oft, bis es zu (gewalttätigen) Vorfällen kam.

Konkrete Aktivitäten

Die Gemeinde Aalsmeer entwickelte einen Aktionsplan, nachdem Spannungen zwischen Skinheads und marokkanisch-niederländischen Jugendlichen gewalttätig zu eskalieren drohten. In diesem Programm kooperierten verschiedene Organisationen, die mit Jugendlichen arbeiten, um Anzeichen von Spannungen und drohender Gewalt frühzeitig erkennen und intervenieren zu können, bevor es zu Gewalttaten kommt.

Auch die Stadt Zoetermeer entwickelte nach Vorfällen mit einer Gruppe rechtsextremistischer Jugendlicher ein Handlungskonzept (vgl. Stadt Zoetermeer 2006). Darin wurde beschlossen, den ‚harten Kern‘ der Gruppe vor allem von der Polizei beschatten zu lassen und bei jeder ‚falschen Bewegung‘ einzugreifen. Der (größere) Teil der Gruppe, die Mitläufer, wurde von diesem ‚harten Kern‘ isoliert und von Jugendarbeiterinnen/Jugendarbeitern angesprochen, um so eine mögliche (weitere) Radikalisierung zu verhindern. Zwischen 2006 und 2009 führten die Städte Eindhoven und Winschoten nach dem Vorbild der deutschen und skandinavischen EXIT-Programme zwei Deradikalisierungsprojekte durch. Es ging um die zielgerichtete Intervention bei einzelnen Mitgliedern radikalierter Gruppen (vgl. Demant et al. 2009; FORUM 2009).

Eine Folge der erwähnten Sicherheitsperspektive ist die Vergrößerung der gesellschaftlichen Isolation der betroffenen Jugendlichen. Gerade die Aufhebung dieser Isolation, die auch eine Folge der Radikalisierung selbst ist, war das Ziel der Deradikalisierungsprojekte. Im Fokus standen sogenannte Mitläufer – also nicht der harte Kern radikalierter Gruppen. Es wurde versucht, sie aus dem Radikalisierungsprozess und -kontext herauszulösen und eine weitere Radikalisierung zu verhindern. Man nahm mit den Jugendlichen Kontakt auf und machte ihnen ihre persönliche Situation deutlich, wobei verschiedene Lebensumstände wie Arbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit, die Lage zu Hause und/oder in der Schule usw., thematisiert und verändert werden sollten. Im Gespräch bemühte man sich, mit den Jugendlichen zu vereinbaren, dass sie ihre Beteiligung an Aktivitäten radikalierter Gruppen und Personen einschränkten oder sogar ganz unterließen. Die Projekte entstanden in Regie der städtischen Behörden und in Zusammenarbeit mit Organisationen der Jugendarbeit, Polizei, Jugendhilfe, Schulen und Arbeitsvermittlungsinstitutionen.

Den beiden Projekten war unterschiedlicher Erfolg beschieden (vgl. Demant et al. 2009). In Winschoten war das Projekt erfolgreich, während die Projektarbeit im größeren Eindhoven nicht richtig zustande kam. Möglicherweise spielte hier auch die Größe der beiden Städte eine entscheidende Rolle. In Winschoten trug die gewählte Arbeitsmethode positiv dazu bei, dass Mitläufer nicht in den harten Kern radikalierter Gruppen drifteten. Wahrscheinlich führten das Projekt und der damit einhergehende erhöhte Druck auf eine existierende radikalisierte Gruppe dazu, dass sie kleiner wurde. Die Methode wurde strukturell in die existierende Jugendpolitik der Stadt übernommen. In Eindhoven konnte die Projektarbeit nicht richtig

durchstarten, was aus Sicht des Autors¹⁴ damit zu tun hatte, dass es nicht gelang, unter den verschiedenen Organisationen einen Konsens hinsichtlich der Radikalisierung der potenziellen Zielgruppen usw. zu erlangen.

In verschiedenen Städten in den Niederlanden existieren mittlerweile Projekte zur Bekämpfung von Polarisierung und Radikalisierung. Diese Projekte zielen vor allem auf Prävention und Bekämpfung von Äußerungen und Verhaltensweisen und nicht so sehr auf das Eingreifen in Hintergründe und Ursachen derartiger Entwicklungsprozesse, wie sozio-ökonomische Hintergründe, beschränkte Zukunftsperspektiven der Jugendlichen, Xenophobie usw.

Viele Projekte zielen auf die Vermittlung von Kenntnissen, Erfahrungen und Methoden zur Erkennung von Signalen für Aspekte von Polarisierung und Radikalisierung ab. Manchmal gehen diesen Aktivitäten Untersuchungen der Situation vor Ort voraus. Bei vielen Projekten ist die verbesserte Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen eines der wichtigsten Ziele und meist auch das konkreteste Ergebnis.

Auffällig bei diesen Projekten zur Bekämpfung von Polarisierung und Radikalisierung ist die fast ausschließliche Ausrichtung auf Jugendliche. Erwachsene gehören fast nie zu den Zielgruppen. Auch nicht, wenn in einer Stadt verschiedene Erwachsene mit einer Radikalisierungsgeschichte bekannt sind und/oder wenn es eine lange Geschichte von Äußerungen und (gewalttätigen) Vorfällen im Bereich Polarisierung und Radikalisierung gibt, die zum Teil aus einer Zeit stammen, in der die heutigen Jugendlichen noch gar nicht geboren, geschweige denn auf der Straße waren. Mit anderen Worten lässt sich konstatieren, dass bei der Bekämpfung eine Sicherheitsperspektive mit Fokus auf Äußerungen und Verhalten von (meist) jugendlichen Individuen vorherrscht. Eine breitere Orientierung, z.B. mit einer insgesamt pädagogisch ausgerichteten Perspektive, ist bisher ausgesprochen selten. Von Eingriffen in die Hintergründe oder Ursachen für Polarisierungs- und Radikalisierungsprozesse und von einer Auseinandersetzung mit der jeweiligen Geschichte der Stadt ist in dieser Hinsicht fast nie die Rede. Hier gibt es noch großen Ausbau- und Entwicklungsbedarf in den Niederlanden.

Diese methodische Schwäche hat noch eine weitere negative Seite: Viele Städte geben dieser Arbeit nur Priorität, wenn es z.B. bereits zwi-

14 Der Autor war auf Seiten der beteiligten nationalen Organisationen, FORUM und Anne Frank-Stiftung, Koordinator und direkt an der Arbeit in beiden Städten beteiligt.

schen Gruppen von Jugendlichen verschiedener (ethnischer) Herkunft zu Ausschreitungen gekommen ist. Es fehlt also an Sensibilität für die Dringlichkeit auf lokaler Ebene, die aber nötig wäre, um Präventionsmaßnahmen aufzubauen. Ist ein dringendes Eingreifen dann erst einmal geboten, fehlt es meist an ausreichend Zeit und Möglichkeiten, um die für eine effektive Arbeit notwendigen Kontakte und Kooperationen sowie die richtige Orientierung und Qualität zustande zu bringen.

Zusammenfassung

Verstärkt seit den 1960er Jahren hat es in den Niederlanden verschiedene Formen von Radikalisierung in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Gewaltausprägung gegeben, die aber vorwiegend nicht als Ausdruck von Radikalität, sondern entpolitisiert als kriminelle Straftaten betrachtet wurden. Handelte es sich dabei in den 1960ern noch vorwiegend um eine antiautoritäre und kulturelle Protestströmung, waren es in den 1970er Jahren insbesondere Jugendliche mit molukkesischem Hintergrund, die sich aus Protest gegen Ungleichbehandlung radikalisierten. Dieser Prozess gab immerhin Anstoß zur Entwicklung einer Minderheitenpolitik, allerdings wurde er noch immer im Kontext krimineller Straftaten präsentiert.

Letzteres gilt auch für Formen der rechtsextremen, rassistischen Radikalisierung, die zur selben Zeit zunahm. Nur wenn sie in rechtsextremistischen, neofaschistischen Bewegungen organisiert auftrat, wurde diese Radikalisierung gesetzlich verfolgt. Rassistische Radikalisierungen ohne einen solchen organisierten Hintergrund wurden vermehrt mit sozialen, sozial-ökonomischen und großstädtischen Problemlagen erklärt – oft im Zusammenhang mit der Präsenz von Migranten und Minderheiten.

Diese Tendenz setzte sich in den nächsten zwei Jahrzehnten in noch stärkerem Maße fort. Die rechtsextremistische Radikalisierung bescherte verschiedenen Gruppierungen beachtliche Wahlerfolge – sowohl lokal als auch national. Auch nach einem ersten Rückgang der Popularität rechtsextremistischer Parteien in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre blieb die Zahl rassistischer Gewalttaten hoch. Diese Gewalt nahm in einer neuen Periode des Erfolgs der Rechtsextremen bei Wahlen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch zu. Das Verschwinden dieser Parteien in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts ging wiederum keineswegs mit einem Niedergang

rechtsextremistischer, rassistischer Radikalisierung einher. Im Gegenteil: Man könnte sogar von einer rassistischen Radikalisierung in der etablierten Politik sprechen. Die Präsenz und Integration von Minderheiten wurde immer stärker problematisiert und so wurden Minderheitengruppen marginalisiert und sogar kriminalisiert. Ehemals in den 1970er und 1980er Jahren kritisierte Äußerungen von politisch organisierten Rechtsextremisten wurden in den 1990ern immer mehr zur ‚Normalität‘ und bald von der etablierten Politik noch übertroffen.

Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts zeigte sich eine enorme politische und gesellschaftliche Polarisierung. War zuerst Integration das zentrale Thema, verschob sich der Fokus immer mehr in Richtung eines Zusammenhangs mit „dem Islam“. Der Aufstieg von Pim Fortuyn war nicht der Anfang, sondern eher Zeichen eines Trends, der sich schon länger in den Niederlanden abzeichnete. Besonders aber die Ereignisse des 11. September und mit Sicherheit die Bombenanschläge von Madrid und London brachten das Thema Radikalisierung zum ersten Mal offiziell auf die Tagesordnung der niederländischen Politik. Auf den ersten Blick wurde Radikalisierung nun gleichgesetzt mit islamistischer Radikalisierung und islamistischem Terrorismus. Der Mord an Theo van Gogh bestätigte diese begrenzte Sichtweise nochmals. Infolge dieses Mordes wurde allerdings auch die gewalttätige rassistische und rechtsextremistische Radikalisierung immer deutlicher.

Aktuelle staatliche Aktionsprogramme wenden sich zwar mittlerweile auch gegen Rechtsextremismus, das Interesse von Staat und lokalen großstädtischen Behörden an und deren Vorgehen gegen Radikalisierung blieb allerdings unausgeglichen auf die islamistische Radikalisierung ausgerichtet. Eine Umfrage in allen Städten belegte jedoch, dass die meisten Menschen, die meinten, von Radikalisierung betroffen zu sein, die Probleme mit rechtsextremistischer Radikalisierung als größer erachteten.

In den letzten Jahren hat sich die Balance in den lokalen und nationalen Vorgehensweisen gegen Radikalisierung verbessert. Seit 2009 sind der Fokus auf die Radikalisierung in der Tierschützerszene und der Fokus auf asylbezogenen Extremismus hinzugekommen. In den letzten Jahren stand das Vorgehen gegen Radikalisierung im Zeichen von Experimenten, gesetzlichen Maßnahmen und Studien. Dies betraf unter anderem Radikalisierungsprozesse, Informationen über den Kenntnisstand bei Behörden und anderen professionellen Akteuren sowie die Verbesserung der lokalen (und nationalen) Zusammenarbeit verschiedener Orga-

nisationen, Instanzen usw. Sehr langsam scheint sich eine Tendenz zu einem umfassenden Vorgehen gegen Radikalisierung im Allgemeinen mit speziellem Augenmerk für die unterschiedlichen Radikalisierungsformen und entsprechend gezielten Reaktionen darauf durchzusetzen.

Dennoch zeigt sich auch nach 60 Jahren rassistischer Gewalterfahrung in den Niederlanden ein zentrales Problem: Besonders auf lokaler Ebene ist häufig ein ‚kollektiver Gedächtnisschwund‘ im Zusammenhang mit dieser Form (gewalttätiger) Radikalisierung zu beobachten (vgl. Witte 2009 und 2010). Immer wieder zeigen sich lokale Behörden erschrocken, wenn es zu einem Gewaltakt kommt. Die Reaktionen sind vor allem abhängig von der ‚zufällig vorhandenen‘ Qualität und Erfahrung der direkt beteiligten Behörden. Manchmal folgt deshalb eine sehr effektive Reaktion und Deeskalation, häufiger aber tragen die Reaktionen zu weiteren Spannungen und sogar zur Eskalation bei. Auch weiß oft fast niemand auf lokaler Ebene etwas von früheren Gewalt- und Radikalisierungserscheinungen vor Ort. Spontane einmalige Vorgehensweisen sind in diesen Fällen üblich – ohne dass es je zu strukturellen Änderungen kommt. Mehrere Studien, die nach einer Reihe von Vorfällen erstellt wurden, wiesen darauf hin, dass es vor Ort eine längere Geschichte ähnlicher Gewalttaten und Vorfälle gegeben hatte, bevor die heutigen Täter geboren waren.

Es bleibt somit zu hoffen, dass dieser ‚kollektive Gedächtnisschwund‘ mit der erhöhten Sensibilität für Radikalisierung, mit den Aktionsprogrammen und durch Wissensvermittlung verschwindet. Allerdings hängt auch viel vom Ausgang der bei Erstellung des Textes noch andauernden Koalitionsverhandlungen in den Niederlanden ab¹⁵. Fragwürdig ist, ob eine Koalition mit Unterstützung der PVV nicht auch große Änderungen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Prävention und Bekämpfung aller Formen von Radikalisierung und Polarisierung bedeutet – oder ob das Ergebnis der Verhandlungen nur zur weiteren Polarisierung beitragen wird.

15 Im Oktober 2010 einigten sich die VVD und CDA auf eine gemeinsame Koalition unter Duldung der PVV (Anm. d. Hrsg.).

Literatuurverzeichnis

- Algemene Inlichtingen- en Veiligheidsdienst (AIVD) (2005): „Lonsdale-jongeren” in Nederland. Feiten en fictie van een vermeende rechts-extremistische subcultuur. Den Haag: AIVD
- Landelijk expertisecentrum van Art.1 (2010): Monitor Rassendiscriminatie 2009. Rotterdam/Amsterdam
- Buis, Hans (1988): Beter een verre buur. Racistische voorvallen in buurt en straat. Amsterdam: SUA
- De Volkskrant vom 12.09.1992: Bolkestein, Frits: „Integratie van minderheden moet met lef worden aangepakt.“ Amsterdam
- Demant, Froukje/Wagenaar, Willem/van Donselaar, Jaap (2009): Monitor Racisme & Extremisme. Deradicaliseren in de praktijk. Amsterdam/Leiden: Anne Frank Stichting/Universiteit Leiden, www.monitorracisme.nl/content.asp?PID=275&LID=1
- van Donselaar, Jaap (2000): Monitor Racisme & Extremisme. Derde Rapportage. Amsterdam/Leiden: Anne Frank Stichting/Universiteit Leiden
- van Donselaar, Jaap/Rodrigues, Peter R. (2001): Racisme en Extreem-rechts. Vierde Rapportage. Leiden/Amsterdam: Anne Frank Stichting/Universiteit Leiden
- van Donselaar, Jaap/Rodrigues, Peter R. (2004): Monitor Racisme & Extreem Rechts. Zesde Rapportage. Amsterdam/Leiden: Anne Frank Stichting/Universiteit Leiden
- van Donselaar, Jaap/Rodrigues, Peter R. (2006): Monitor Racisme & Extremisme. Zevende Rapportage. Amsterdam/Leiden: Anne Frank Stichting/Universiteit Leiden
- van Donselaar, Jaap/Wagenaar, Willem (2007): Monitor Racisme & Extremisme. Racistisch en extreemrechts geweld in 2006. Amsterdam/Leiden: Anne Frank Stichting/Universiteit Leiden
- van Donselaar, Jaap/Rodrigues, Peter R. (2008): Monitor Racisme & Extremisme. Achtste Rapportage. Amsterdam/Leiden: Anne Frank Stichting/Universiteit Leiden
- Fennema, Meindert (2010): Geert Wilders. Tvenaarsleerling. Amsterdam: Bert Bakker
- Fortuyn, Pim (1994): Het Zakenkabinet Fortuyn. Utrecht: Bruna
- Fortuyn, Pim (1997): Tegen de islamisering van onze cultuur. Nederlandse identiteit als fundament. Utrecht: Bruna

- FORUM. Instituut voor multiculturele ontwikkeling (Hrsg.) (2009): Praktische handreiking deradicalisering jongeren, Utrecht: FORUM
- Gemeente Zoetermeer (2006): Lokale Aanpak Extreemrechts. Zoetermeer
- Graaf, Beatrice de (2010): Theater van de Angst. De strijd tegen terrorisme in Nederland, Duitsland, Italië en Amerika. Amsterdam: Boom
- Instituut voor Veiligheids- en Crisismanagement COT (Hrsg.) (2007): Ondersteuning bij de lokale aanpak van polarisatie en radicalisering. De gemeentelijke behoefte(n) verkend. Den Haag: COT
- Instituut voor Veiligheids- en Crisismanagement COT/Gemeente Rotterdam (Hrsg.) (2005): Meedoen of Achterblijven. actieprogramma tegen radicalisering en voor kansen voor Rotterdammers („Mitmachen oder Zurückbleiben. Aktionsprogramm gegen Radikalisierung und für Chancen für Rotterdamer“). Rotterdam: COT
- Lucardie, Paul (2007): Rechts-extremisme, populisme of democratisch patriotisme. Opmerkingen over de politieke plaatsbepaling van de Partij voor de Vrijheid en Trots op Nederland. In Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen (Hrsg.). Jaarboek 2007. Groningen, S. 176–190
- Ministerie van Binnenlandse (Hrsg.) (2007): Zaken en Koninkrijksrelaties, Actieplan polarisatie en radicalisering 2007–2011. Den Haag
- Ministerie van Binnenlandse (Hrsg.) (2009): Operationeel Actieplan Polarisation en Radicalisering 2010. Den Haag
- Moors, Hans/Balogh, Lenke/van Donselaar, Jaap/de Graaff, Bob (2010): Polarisation en radicalisering in Nederland. Een verkenning van de stand van zaken in 2009. Tilburg: IVA
- Presser, Jacques (1985): Ondergang. De vervolging en verdelging van het Nederlandse jodendom 1940–1945. Den Haag: Staatsuitgeverij
- van San, Marion/Sieckelink, Stijn/de Winter, Micha (2010): Idealen op drift. Een pedagogische kijk op radicaliserende jongeren. Amsterdam: Boom
- Schellenberg, Britta (2009): Country Report Germany. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh, S. 531–546
- Willemsen, Chris (Hrsg.) (2010): Dossier Wilders. Uitspraken van de meest besproken Nederlandse politicus van deze eeuw. House of Knowledge

- Witte, Rob (2009): Collectieve amnesie. In: Brants, Chrisje/van der Poel, Sari (Hrsg.): *Diverse Kwesties. Liber amicorum Prof. Dr. Frank Bovenkerk*. Den Haag: Bju, S. 73–85
- Witte, Rob (2010): *Al eeuwenlang een gastvrij volk. Racistisch geweld en overheidsreacties 1950 – 2009*. Amsterdam: Aksant
- Witte, Rob/Brasse, Paul/Schram, Krista (2005): *Moskeebrand in Helden*. Utrecht: FORUM

Preventing Racist Violence in the United Kingdom

Introduction

There is currently not a single European country untouched by the problem of racist violence. The UK is not spared by this phenomenon, with numbers of racist incidents increasing every year, a trend which goes hand in hand with the growing popularity of extreme right movements, and more importantly with extreme right theories and views mainstreamed into political discourses.

Racist violence and harassment takes various shapes and forms. It sometimes expresses itself through violence, but it is not only about the extreme cases, it also manifests itself in the daily harassment of minority groups because of what they look like, whom they worship or where they come from. In this context, the need for work to prevent racist violence becomes increasingly important. As with other forms of violence, racist violence is a traumatic experience for those who suffer it. When violence is motivated by hate and targeting particular social groups, however, this involves a negation of the victim's very humanity. As such acts entail a violent rejection of the victim's identity, and a message that 'people like you' have no place in society, this can leave victims even more fearful of repeat victimisation and further violence. In this way, hate crimes also impact on other people who share the victim's characteristics that were object of hate, extending fear and terror throughout entire communities (ODIHR 2009, pp. 17 f.).

Taking all these things into consideration, as well as the fact that most perpetrators of racist (and other) violence do not get caught, Runnymede¹ has long argued for a stronger focus on prevention. While it is crucial to ensure that victims of racist violence and harassment get appropriate support and particular attention needs to be paid to bringing

1 Runnymede is a British independent race equality think tank providing intelligence for a multi-ethnic Britain through research, network building, leading debate, and policy engagement (editors' note).

perpetrators to justice, it is equally important to find ways to reduce the number of people actually engaging in such violence. This can be done by working with them to challenge sometimes deeply entrenched racist attitudes. Over the past decade Runnymede has taken an interest in what works to prevent racist violence, in particular through challenging racist attitudes with potential perpetrators.

The benefits of preventing racist violence from happening in the first place should, on the face of it, be obvious. Stopping something from happening is self-evidently better than punitively responding after the event. Yet strategies for preventing racist violence have struggled to be recognised as effective tools to reduce hate crime. In the UK, there is a distinct lack of formal structures to provide leadership, share good practice and embed prevention in hate crime policy. This does not mean that prevention work is not happening in practice on the ground. This article presents the learning from three projects that Runnymede has undertaken over the past five years. The first was research into what works to prevent racist violence, through work with potential perpetrators (Isal 2005). The second is the results of bringing successful prevention projects from across the EU together to exchange experiences and learn from each other (Sveinsson et al. 2010) and the third is an evaluation of three local projects in London, using different methodologies but all aiming to prevent racist violence by working with young people identified as potential perpetrators (forthcoming publication). Nevertheless, the article first draws attention to the policy context in order to provide an insight into the basic concepts and conditions of prevention work in the UK.

Policy Context

Stephen Lawrence Inquiry and its legacy

One of the major policies relating to tackling racist violence has emerged out of the Stephen Lawrence Inquiry, which recognized that institutional racism within the police had prevented an appropriate response to a racist murder. Stephen Lawrence, a black teenager living in London, was stabbed to death by a gang of white racist youths on 22 April 1993. Having realised that the police were not taking this case seriously and treating it as another gang war between black youngsters, as well as

denying the racial motivation which lay behind the stabbing, Stephen's parents embarked upon a long struggle to bring Stephen's murderers to justice. The consistent failure on the part of the police to help the Lawrences fight for justice, and the family's determination and persistence in pursuit of the truth ultimately led to a public Inquiry into the murder of their son. The findings of this Inquiry were published in 1999 and found that "the [police] investigation was marred by a combination of professional incompetence, institutional racism and a failure of leadership by senior officers" (Macpherson 1999). This was to have massive repercussions for British society, as the report officially diagnosed and named the "institutional racism" of the police force in general. The report led to a new definition of a racist incident, which relies on the perception of the victim and also made recommendations towards better reporting and recording of racist incidents and crimes, as well as better police practice in the investigation of racist crimes. A broader consequence of the inquiry's legacy was therefore a recognition that racist violence and hate crime more generally needs to be taken seriously by criminal justice institutions. To a certain degree, progress has been achieved in encouraging better reporting of racist crimes by victims (including greater confidence in reporting these to the police and the setting up of various third-party reporting mechanisms) and in ensuring that perpetrators of racist crimes are brought to justice. Looking at crime prevention more broadly, numerous programmes at local level aim to reduce or prevent crime, which implies working with a number of agencies across the board (local authority, police, probation service, housing, youth services, schools etc.). In particular, Crime and Disorder Reduction Partnerships (CDRPs) typically involve the local authority, the police and other agencies such as Primary Care Trusts, Probation and Fire authorities. Priorities for CDRPs vary from locality to locality, but where strategies do explicitly mention the need to tackle hate crime, they advocate the use of multi-agency racial harassment panels, for instance. However, they tend to focus on victim support and/or punishing the known perpetrator and there are still today insufficient formal government structures that work to prevent racist violence.

Community cohesion

One government policy agenda which relates to prevention of hate crime is community cohesion. This agenda emerged following disturbances in the Northern towns of Bradford, Oldham and Burnley in 2001, where young Asians took to the streets as a result of a combination of various factors, such as institutional racism, social exclusion and segregation policy by local authorities. These riots led to a re-examination of the way racism in particular and social provision in general is being tackled in these areas. It opened up a new debate on community cohesion which became a major focus of recent government policy. After considerable debate about what community cohesion actually meant for practical purposes, the commonly adopted definition of a cohesive community was one where

- there is a common vision and a sense of belonging for all communities;
- the diversity of people's different backgrounds and circumstances is appreciated and positively valued;
- those from different backgrounds have similar life opportunities;
- strong and positive relationships are being developed between people from different backgrounds in the workplace, in schools and within neighborhoods.

The development of the community cohesion agenda is significant when talking about strategies to tackle hate crime partly because it became the locus for these strategies. Community cohesion increases the impetus for action that encourages people to 'get along', particularly in areas perceived to have high levels of intolerance, inter-ethnic violence and segregation. Racist violence severely threatens the success of efforts to promote community cohesion, with reverberations often far beyond the individuals involved. The government referred to the need to foster community cohesion in order to prevent hate crime in its most recent cross-government hate crime action plan (Home Office 2009). However, this has not translated into particular programmes and there is no indication that the government is practically linking community cohesion to the prevention of hate crime, in particular through work with potential perpetrators.

One exception has been a particular focus on Muslim communities, after the London bombings of July 2005. In particular, in 2007, the Department for Communities and Local Government announced a new action plan to work with Muslim communities to isolate, prevent and defeat violent extremism (CLG 2007). This “community-led” programme, referred to as the PREVENT strategy, has been used by the government to fund projects carried out by both community and statutory agencies at a local level that were deemed to contribute to the prevention of violent extremism². Examples of such funded work included training for Imams, leadership and youth work with young Muslims, or support for forums against Islamophobia and extremism. However, it has been criticized for explicitly linking violent extremism with Muslim groups, rather than other religions or political beliefs, namely Christian fundamentalists or white supremacist groups. It has also been criticized as a tool by government to rely on communities to provide information to the police on potential terrorist actions, rather than truly empowering Muslim communities themselves to play an active role in the prevention of terrorism by winning “hearts and minds” (Kundnani 2009). In addition, there is so far little evidence to suggest that this programme has been successful in preventing violence through a shift in the attitudes of potential perpetrators of extremist actions. The new government, which came to power in May 2010, has announced that it will not renew the PREVENT programme and is working on an alternative strategy³.

2 The action plan by the Department for Communities and Local Government was called “Preventing Violent Extremism – Winning Hearts and Minds” (CLG 2007) and was part of the overarching PREVENT programme that employed several measures of preventing radicalisation in the field of Islamic extremism (editors’ note).

3 As of 2011, the new government has reviewed and revised the PREVENT programme and has decided to continue it. In contrast to its predecessor, the revised counter-terrorism strategy (CONTEST), which comprises PREVENT, now also mentions right-wing extremism, but at the same time states that “Al Qa’ida or Al Qa’ida influenced organisations” currently pose the largest threat to the UK and thus the strategy will focus on these ideologies (editors’ note).

BNP and racist violence

Regional variation in cases of racist violence may be explained by the effect of far-right strongholds⁴. Racially motivated violence, theft and criminal damage more than doubled in the year after the BNP won council seats in three areas; Barking and Dagenham, Epping Forest and Chelmsley Wood⁵. Data analysed from 11 police forces covering 29 wards across England where voters have elected BNP councillors in the past six years showed that in eight wards reports of hate crime rose, 14 wards followed national trends and there was no change in 4 wards (3 had insignificant data.)⁶ It is however difficult to draw conclusions from this data as the political success of the BNP in areas with high violence could be read as the party choosing to focus on areas where there is already racial tension. Nevertheless, the rise of the BNP is cause for concern in itself, but equally the mainstreaming of some elements of its discourse in other political parties is an alarming phenomenon which needs to be taken into consideration when thinking about prevention strategies.

Defining and addressing racist violence

One of the problems with preventing racist violence is how the latter should be defined and delineated in the first place. Research from the UK (Bowling 1999; Khan 2002; Isal 2005) has revealed how the understanding of what constitutes racist violence often reflects the values, standards or pragmatic considerations of the bodies that produce the definitions. As a result, there is a proliferation of concepts, definitions and perceptions of racist violence – even within sectors such as the criminal justice system or amongst NGOs – which can in themselves be in contradiction and conflict with one another (Bowling 1999, p. 3). This is not just an

4 Booth, R. 2010: "Rise in hate crime follows BNP council election victories". In: The Guardian, 24 June 2010.
www.guardian.co.uk/politics/2010/jan/15/hate-crime-bnp-local-council-elections, accessed 30 June 2010.

5 Ibid.

6 Guardian "Does hate crime rise where the BNP has councillors? The data".
www.guardian.co.uk/news/datablog/2010/may/19/hate-crime-bnp-data, accessed 30 June 2010.

argument about semantics; the working definition of racist violence can in many ways influence priorities, whether in policy or how and where NGOs decide to focus their energies.

Runnymede has been engaged in work to prevent racist violence for a number of years, and we have adopted some key definitions which have guided and shaped our agenda in this field (Khan 2002; Isal 2005). In relation to defining potential perpetrators, it is important to bear the following facts in mind:

- A perpetrator of racist violence is generally a perpetrator of other crime and anti-social behaviour as well. In many cases, the racist behaviour is taking place at the same time as other criminal activities and it is therefore difficult to detangle the ‘racist’ element of an offense.
- Contrary to public assumptions, racist crimes tend to be carried out by ‘ordinary’ people rather than extreme-right, ideologically filled ‘mission offenders’, acting out of their hatred of someone’s colour or ethnicity. In fact, people who tend to carry out hate crimes are “ordinary citizens” carrying out the offending in the context of their “ordinary lives” (Iganski 2008, p. 42). Although it is hard to accept the notion that people who commit racist offences are people ‘like us’, it is nevertheless important to keep this in mind in order to develop adequate prevention interventions.
- Perpetrators do not operate in a vacuum. Those who commit racist violence will be supported in their views by the wider communities. Acts of aggression, in this sense, are a violent manifestation of racist everyday discourses and more subtle forms of exclusionary practices. As Ben Bowling argues, “any discussion of violent racism must link the extreme to the ‘everyday’” (Bowling 1999, p. xiii). It is important to adopt a holistic approach to conceptualising racist violence and working to prevent it. It may be true that most perpetrators of racist violence are male and aged 18 to 25, but focusing exclusively on the perpetrators themselves disregards the fact that they do not operate in a vacuum. Thus, it is important to analyse the specific situations or contexts in which racist violence, or threat of racist violence, is taking place before preventive strategies and interventions are planned.

Given this ‘whole community’ approach, it is important not to pigeonhole racist violence as a ‘youth problem’. It is unhelpful to pin down the spe-

cificity of youth in the context of racism, even when the perpetrators are young people. Although racist violence is often labelled a youth problem, it is more complex than that. Young perpetrators of racist violence are influenced by the society and community within which they live. Therefore, even when an intervention is specifically targeting young people – that is to say, where the aim is to challenge racism amongst young people – it is impossible to ignore the society around them; such an approach would be ineffective.

At the same time, however, it would be equally inept to disregard the importance of targeting preventative measures specifically for young people. The predominance of young people among perpetrators of racist violence gives good reason to encourage projects that access young people in particular and engage them in anti-racist work. Furthermore, young people are often impressionable and easily influenced. They can therefore be particularly vulnerable to racist rhetoric in the wider community, and more susceptible to acting impulsively and violently on their views.

With this in mind, Hollin and Palmer (2000) developed three categories of intervention: Primary Intervention works to challenge racist discourses and practices in society as a whole; Secondary Intervention identifies and works with potential perpetrators to prevent them from offending; and Tertiary Intervention targets those who have already engaged in racist violence with the aim of preventing them from reoffending. Whilst it is relatively easy to identify work that falls under the primary prevention category, it has not been as easy to find examples of secondary prevention work. However, when such work has been found, valuable lessons can be drawn from it and there have been successful outcomes in this field.

Lessons for successful prevention strategies

To identify what lessons for successful prevention strategies can be drawn from the British experience, we have drawn in the following sections primarily on the small number of projects identified in Runnymede's earlier research (Isal 2005), and also on the more recent evaluation of three local projects which we are still in process of completing. From the earlier projects, it is important to highlight particularly the pioneering Bede Anti-Racist Youth Project, carried out over three years in Bermondsey in East

London in the mid-1990s, which is still the only fully-documented example of a youth-work project aimed at preventing racist violence among young people in Britain (Dadzie 1997). The report of the Bede Project contains many detailed insights and recommendations, and Runnymede's more recent work has aimed to build on these.

Importance of community and local contexts

As already mentioned, racist violence does not take place in isolation. Perpetrators of racist violence are part of a wider network of racist ideology and are supported in their views by their family and/or local community. The latter is therefore a major factor influencing young people's attitudes, which reflects the local culture in which they have grown up. Our research has shown that particularly 'at-risk communities' are those in areas experiencing social disruption and economic deprivation, where residents feel 'under siege', disempowered and patronised by agencies and outside interventions. Where these have been ethnically homogeneous but now experience newcomers from visible minorities moving into the area, the context is ripe for racialised perceptions to flourish and for support for extreme right parties to increase. Young people are acting out what many in their immediate environment are thinking and feeling, and their acts of violence may be sanctioned or even encouraged by their communities. Thus, in order for prevention work to be effective, projects must take account of the social context within which perpetrators live and operate and have a clear understanding of how attitudes in wider society may contribute to violence. In many cases, there is a tendency to deny that racist discourses in society can influence violent acts by individuals.

The most immediate impact on young people's attitudes and behaviour comes from their families and peer groups. In such areas there may be considerable disjunction between these two, with young people growing up in ethnically mixed schools and with mixed friendship among their own age group, yet returning home daily to families whose attitudes reflect those of ethnically divided communities. Work on racism, identity and conflict prevention requires sensitivity to these pressures and the imparting of skills for young people to handle personal development in these contexts.

The importance of identity

A direct focus on racist attitudes and behaviour without consideration of disposing factors and of wider issues around identity may lead to a narrow and ineffective approach to preventing racist violence with young people. Work at the personal and group level needs to take account of wider social influences, and personality factors, as causes of racist attitudes, and these too need to be addressed in preventive work. All the projects examined have found that working around issues of identity with young people has been productive, including exploring with them the roots of identity, how it is formed, how it influences their lives, how it is perceived and constructed, and its relations with issues such as territorialism, nationalism and racism. This allows young people to increase their awareness of their feelings around these issues, and how they may influence their behaviour.

Different youth work approaches

Both across and within the projects researched, a wide variety of methods have been used, partly reflecting the different approaches the projects tend to use in their work more generally, and partly reflecting the choices that have been made by project workers with regard to the character and size of the groups they are working with, their ages and circumstances, the contexts, and their specific objectives and the stage of development of their relations with them. Examples of methods for awareness-raising and focusing on identity/conflict have included exercises, group discussions, specific projects, and one-to-one sessions. All project workers have brought substantial skills and experience to the project, but have also been challenged by some of the situations they have faced and have had to develop strategies specifically for addressing sensitive issues around racism. In one particular project of the ones examined, an experienced independent youth worker began by using two local youth clubs as a source for contacting and then building up relationships with groups of young people, so that he could in due course work with them on issues around racism. To engage them he used a variety of methods, ranging from regular informal contact to formal projects focusing on activities such as football, music and graffiti art. By building up their trust in

him over time, he was able to push his discussions with them into more sensitive issues such as racism and racist violence, which some of them admitted involvement in. He also ran workshops with them on conflict-resolution and identity issues, sometimes using films and videos which addressed the theme of racism. In addition, he used some of the projects to take them outside their own 'safe' local territories and to meet groups of young people elsewhere, thus breaking down both territorial and ethnic boundaries, and their associated stereotypes and defensive attitudes. From his observations and the young people's own comments, these experiences led many of them to question and reflect on their existing stereotypes of other groups, to overcome their fears and ignorance, and to develop a more positive and inclusive sense of personal identity.

Use of arts, sports and media

All projects examined have to varying degrees made use of sporting and other cultural activities, and residential events, as creating opportunities for awareness-raising and building cooperation and mutual understanding among participants in the group. This has been done both with members of specific ethnic groups on their own, and with mixed groups with the intention of breaking down ethnic and territorial barriers. One project for instance made very successful use of football as a vehicle for bringing young white people from one particular area into relation with young black people from neighbouring areas. All the projects studied have been able to demonstrate very positive outcomes from activities of these kinds in the direction of changing attitudes of young people around racism and identity.

In addition, the use of films and media, in particular the filming of the session has been found by all projects to be valuable in a number of ways: as a tool for cooperative relationship-building within a group, as a method of record-keeping and as a resource for later discussion with the young people involved. In particular the worker could use the films to return to and focus on specific attitudes and opinions expressed previously, as well as explore with young people how and why their opinions on issues around racism and identity have changed.

Building a multi-agency relationship

For prevention strategies to be successful, a range of agencies need to share ideas, techniques and intelligence. Effective networking and collaborative exchanges between agencies are therefore crucial. Such multi-agency work must represent the full range of relevant sectors, such as schools, the voluntary sector, black and minority ethnic community organisations, along with law enforcement agencies and other statutory bodies (Isal 2005, p. 2). The role played by each of these agencies will vary significantly depending on the nature of the preventative work, so prevention projects need to be both strategic and pragmatic in their approach to forming and maintaining inter-agency alliances. While dialogue and information sharing is valuable, it is also important to turn dialogue into action by collaborating on projects, for example to host a joint activity which has a tangible outcome or a product of value to all parties. For instance, one examined project developed a good relationship with trade unions, who have the promotion of anti-racism as part of their remit. Members of the project help the unions to fulfil that objective, who will in turn provide support. This can take the form of funding, but other types of support are as important. Indeed, the primary responsibility for combating racist violence lies with the government, but in many cases it is the NGO sector that prompts the government to take action, and NGOs can be instrumental in shaping the government's agenda and strategies (ODIHR 2009, p. 13).

How to work with established youth institutions

Youth work practice has moved towards a zero-tolerance policy with regard to manifestations of racism, which has tended to result in a condemnatory or punitive response by youth workers to such incidents. There have also been tendencies for workers to avoid responding to such incidents, when of a less serious nature, as they may feel that they do not have the necessary skills or may exacerbate the problem by doing so. The projects researched all highlight both the need for and the feasibility of an educational response to racism, cast within a preventive framework, and one which approaches racism among young people within the broader context of identity and personal development issues. The methods

demonstrated by the projects need to be incorporated into mainstream youth service practice and training, so that the prevention of racist violence among young people can be addressed routinely within youth work.

The projects studied cooperated principally with youth work agencies, schools and community centres. All three can provide access to a wide range of young people, as well as being able to provide intelligence as to potentially 'at risk' groups and individuals. In particular, the projects have all indicated that schools were valuable partners in enabling them to reach and work productively with young people. Schools enable them to reach a large number of young people, they are also helpful in identifying who the potential perpetrators are and are able to make them available for work to be done with them in the context of the school curriculum.

Projects have had relatively limited contact with police and criminal justice agencies. Public services and other organisations may, despite overt policies on racism and related issues, for various reasons ignore, downplay or deny the relevance or presence of racism in their spheres of activity or responsibility. One reason may be the lack of skills or confidence on the part of staff to address these issues, and another may be the concern about the adverse influence on their reputation that acknowledgement of such incidents may cause (e.g. in schools). In addition, agency staff may themselves be part of the local community and may collude in local community perceptions, e.g. general community denial of racism in the locality, as encountered in white working-class areas by one of the organisations during its project. Voluntary and faith-based organisations may be more willing to acknowledge issues around racism and to challenge the dominant view in the community and in agencies, as was seen in one project.

Winning support from mainstream institutions

One of the messages emerging from the three projects being researched is the need to win explicit agency acknowledgment that the problem exists and needs to be addressed. Without such acknowledgement at senior levels of an organisation, attempts to secure partnership arrangements to address issues around racism will not be able to develop in a secure and strategic manner. Agreements and alliances with lower-level staff may enable specific short-term initiatives to be set up, but these are likely to

struggle to be sustained, resourced, multiplied and supported by other staff. Some of the initiatives that were undertaken by the projects have been vulnerable in this way, and one worker stated that on reflection, were he to start the work again, he would have tried to be more strategic in his approach. In contrast, another projects' work in a school provides a good example of the strength that can be gained from making an alliance with a senior manager who acknowledges the need and is in a position to lead on the development of appropriate organisational responses.

In order to have effective and secure cooperation and partnership, it is necessary to build up relations with key staff at middle management level who can on the one hand sponsor specific activities, and on the other hand make or support representations to senior management level for these to become part of a strategic response of the organisation to racial violence (including its prevention). Most organisations are likely to have an explicit policy commitment to address racial issues and a senior manager designated with responsibility for it. Despite this, many may not have a currently active plan for this purpose, and this may need to be mobilised with the designated senior manager acting as 'champion'. External organisations, such as community groups, may also be able to exert pressure for this to happen (and also offer support). Other external factors, such as inspection reports may put pressure on organisations to address issues of racism, and this may also present a leverage opportunity. The work undertaken by one particular project also illustrates how internal problems around racism and ethnic tension can create a leverage opportunity, which has then resulted in the issues being brought into more mainstream work by supportive managers.

Building strong partnerships, with support at senior management level, and strong allies at middle management level who can help to implement initiatives, are the two elements that can ensure effective cooperation. Regular contact, openness about agendas, mutual understanding and respect, and readiness to share concerns and to address problems jointly – all these are the essential ingredients for effectiveness in working externally with an agency, and for preventing an initially promising project from becoming marginalized or eventually excluded.

Evaluation

One of the greatest challenges of prevention interventions generally is the ability to evaluate the impact of the work. In Britain, evaluation of prevention work has so far often been unsatisfactory at best and the lack of flexibility and tendency to focus on quantitative approaches to evaluation fails to measure effective work with potential perpetrators and actual outcomes of prevention projects.

At the same time, if one is to promote prevention work as the way forward to tackle racist violence, then the impact and effectiveness of such work needs to be brought out. Monitoring and evaluation should therefore form part of a strategic approach to implementation and development of work on prevention. This is a challenge for a number of reasons, not least because our research found that in Britain monitoring and evaluation do not appear to be an integral part of youth workers' agendas, or to be embedded in youth work culture⁷. Our research has also found that currently youth workers in Britain do not always appreciate the value of monitoring and evaluation, or may not have the skills.

In addition, it is important for those examining the work being carried out in this field to acknowledge that 'soft', anecdotal and qualitative data will probably need to be relied on to a substantial extent. Due to the nature of much youth work, which is usually small-scale, informal, personal, unstructured, responsive and often opportunistic, it will be difficult to plan systematic evaluation in detail, and even more difficult to obtain quantitative statistical data on a regular basis.

Workers have also been successful at monitoring their work and evaluating its impact when they have involved the young people themselves in the monitoring and evaluation process. In this way, young people are able to demonstrate the impact of the intervention in an engaging and powerful way, for example through keeping written or video diaries. Often it will be sufficient to use focus group style discussions to review progress. Alternatively, simple questionnaires can be administered, the results of which can subsequently be used as the basis for discussion sessions. Young people can run sessions of this kind themselves. One useful way

7 For the discussion in Germany see for ex. Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hrsg.) (2007): *Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte, Erfahrungen*. Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut (editors' note).

of involving young people in the evaluation is through convincing them to make films about their experiences. For example, in one of the examined projects, during the second year of his work with young people, the project worker used one of his regular football sessions with young people to prepare them for the forthcoming football project in which he would bring them together with a group of young black people from a neighbouring area. As a basis for discussion about issues that might arise, he used the video he made with them a year or so earlier in which they had talked about their attitudes and experiences around race and identity issues, and also his record of what they had said to him when he had interviewed them in his consultation exercise at the outset of the project. By this means he was also able to make an assessment of how far their attitudes and behaviour had changed over the period he had been working with them.

Conclusion

Runnymede's research in the area of racist violence prevention has shown that there are many creative and inspiring ways in which racism amongst young people can be tackled using a preventative approach (whether educational, through awareness-raising, using sport role models, or building on existing crime reduction work, for instance). However, prevention work is still currently insufficiently promoted and supported. Each project that has been researched has an element making it unique, and there is a need for practitioners to share their experiences of what actually works to prevent racist violence. It will be crucial to continue to facilitate such exchanges and encourage policy makers to support a strong preventative agenda to combat racism and xenophobia.

References

- Allport, Gordon W. (1954): *The Nature of Prejudice*. Cambridge, MA: Addison-Wesley
- Bowling, Benjamin (1999): *Violent Racism: Victimisation, Policing and Social Context*. Oxford: Clarendon
- CLG (2007): *Preventing Violent Extremism – Winning Hearts and Minds*. London: CLG
- Dadzie, Stella (1997): *Blood, Sweat and Tears: A Report of the Bede Anti-Racist Detached Youth Work Project*. Leicester: National Youth Agency
- European Network Against Racism (2009): *Combating Racist Crime and Violence: Testimonies and Advocacy Strategies*. Brussels: European Network Against Racism
- Fundamental Rights Agency (2009): *Annual Report 2009*. Vienna: Fundamental Rights Agency
- Grillo, Ralph (2005): *Backlash Against Diversity? Identity and Cultural Politics in European Cities*. Oxford: COMPAS, Working Paper No. 14
- Hollin, Clive R. and Palmer, Emma J. (2000): *Reducing Reoffending by Racially Motivated Offenders: A Review of the Evidence* (report commissioned by Home Office, March 2000)
- Home Office (2009): *Hate Crime: The Cross-Government Action Plan*. London: Crown Copyright
- Iganski, Paul (2008): *Hate Crime and the City*. Bristol: Policy Press
- Isal, Sarah (2005): *Preventing Racist Violence: Work with Actual and Potential Perpetrators – Learning from Practice to Policy Change*. London: Runnymede Trust
- Khan, Omar (2002): *Perpetrators of Racist Violence and Harassment*. London: Runnymede Trust
- Kundnani, Arun (2009): *Spooked! How not to prevent violent extremism*. London: IRR
- ODIHR (2009): *Preventing and responding to hate crimes: A resource guide for NGOs in the OSCE region*. Warsaw: ODIHR
- Sibbit, R. (1997): *The Perpetrators of Racist Harassment and Racial Violence*. Research Study No. 176. London: Home Office
- Sveinsson, Kjartan Páll et al. (2010): *Preventing Racist Violence in Europe: Seminar Report and Compendium of Good Practice*. London: Runnymede Trust

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

Ein Überblick zu aktuellen Erscheinungsformen und
Ansätzen der pädagogischen Prävention¹

Einleitung

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern werden unter dem Begriff ‚Rechtsextremismus‘ in Deutschland nicht vorrangig parteiförmige Organisationen subsumiert. Im öffentlichen Fokus sind ebenso gewaltförmige gruppenfeindliche Erscheinungsformen wie auch rassistische, antisemitische, nationalistische und ethnozentrische Äußerungen und Orientierungsmuster.

Die Verlagerung der Aufmerksamkeit geht zurück auf die fremdenfeindlichen und antisemitischen Übergriffe vor allem junger Menschen auf Eingewanderte, Asylbewerber/-innen sowie auf jüdische Einrichtungen seit Anfang der 1990er Jahre, wobei einige Angriffe weltweit große Aufmerksamkeit erregten (u.a. Rostock-Lichtenhagen 1992, Mölln 1992, Solingen 1993, Guben 1999, Düsseldorf 2000). Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung mit dem Nationalsozialismus reagieren Politik und Fachöffentlichkeit auf diese Problematik sehr sensibel – auch deshalb, weil das Ausmaß rechtsextremer Erscheinungsformen im In- und Ausland als ein Maßstab für den Erfolg und die Stabilität der bundesdeutschen Demokratie gilt.

Seither sind als Reaktion auf diese Übergriffe repressive Maßnahmen wie Organisationsverbote von Justiz und den Strafverfolgungsbehörden umgesetzt worden. Darüber hinaus wurden Gelder für Forschungsprojekte und für die Entwicklung pädagogischer Präventionsansätze bereitgestellt. Mittlerweile ist der Forschungsstand zu Organisationsformen und szenetypischen Phänomenen, ebenso wie zu Bedingungskonstellationen und -faktoren im Vergleich zu anderen Ländern ausdifferenziert,

1 Wir danken Frank König und insbesondere Michaela Glaser für ihre hilfreichen inhaltlichen Anregungen und Hinweise.

und im Bereich der pädagogischen Prävention hat sich in den letzten 20 Jahren eine breite, vielfach über staatliche Programme finanzierte Projektlandschaft entwickelt.

Gleichzeitig hat sich auch die rechtsextreme Szene ‚modernisiert‘ und ausdifferenziert: Rechtsextreme Parteien verzeichnen wiederholt Wahlerfolge, neu entstandene rechtspopulistische Parteien beschwören die Gefahr einer ‚Islamisierung‘ in Deutschland, eine breite Kameradschaftsszene hat sich entwickelt und es lassen sich veränderte jugendkulturelle Erscheinungsformen beobachten. Nach wie vor bewegt sich die Zahl der polizeilich registrierten Gewaltstraftaten auf einem relativ hohen Niveau.

Im Folgenden sollen daher zum einen aktuelle Entwicklungen rechtsextremer Erscheinungsformen, die im Fokus fachöffentlicher Diskurse stehen, in einem Überblick beschrieben werden. Zum anderen wird die Landschaft pädagogischer Präventionsarbeit in den Blick genommen: Wie ist diese derzeit ausgestaltet, welche Erfahrungen wurden mit spezifischen Präventionsansätzen gemacht und wo gibt es Entwicklungsbedarf?

Aktuelle Entwicklungen und Phänomene

Im öffentlichen Fokus stehen vor allem drei Dimensionen: die Entwicklung des parteiförmigen Rechtsextremismus, rechtsextreme Orientierungsmuster sowie rechtsextreme Gewalt. Diese drei Facetten werden im Folgenden vorgestellt. Daran schließt sich eine Beschreibung aktueller szeneförmiger Entwicklungen sowie weiterer Phänomene an, die im Rahmen öffentlicher Diskurse verstärkt thematisiert werden.

Wahlerfolge auf regionaler und lokaler Ebene

Noch bis Ende der 1990er Jahre konkurrierten drei rechtsextreme Parteien miteinander, die Wahlerfolge bei Landtags- und Kommunalwahlen erzielen konnten: die Republikaner, die Deutsche Volksunion (DVU) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Mittlerweile hat sich die Parteienlandschaft diesbezüglich stark verändert. Nach der Absprache zwischen DVU und NPD 2004, nicht länger bei Landtagswahlen gegeneinander anzutreten, stattdessen die Bundesländer unter-

einander aufzuteilen, konnten beide Parteien in mehrere Landesparlamente einziehen. Diesen Pakt kündigte die NPD nach dem schlechten Ergebnis der DVU bei der Europawahl 2009 (0,4 %) auf, um erneut parallel bei Landtagswahlen anzutreten. Die Republikaner spielen hingegen keine politische Rolle mehr. Dafür sind in den letzten Jahren zuerst auf kommunaler Ebene, inzwischen auch auf Bundesebene, rechtspopulistische Parteien entstanden, die sich gegen die Transformation der deutschen Gesellschaft in eine Einwanderungsgesellschaft bzw. gegen die damit verbundenen Entwicklungen wenden. Integrationsversuche gerade in Bezug auf die Gruppe der Muslime werden als gescheitert bzw. die Wertauffassungen als unvereinbar erklärt. Zu diesen anti-islamisch ausgerichteten Parteien zählen beispielsweise ‚PRO-Köln‘; ‚Die Freiheit‘ und ‚PRO Deutschland‘ (vgl. u.a. Benz/Pfeiffer 2011; Schellenberg 2011).

Zwar konnte die NPD bei Bundestagswahlen bislang höchstens 1,6 % der Wähler/innen gewinnen – auf regionaler und lokaler Ebene ergibt sich jedoch ein anderes Bild: Trotz einiger Verluste konnte die NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen 2009 (5,6 %, zuvor in 2004: 9,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern 2011 (6,0 %, zuvor in 2006: 7,3 %) ihren Wiedereinzug feiern. Bei den Landtagswahlen 2009 in Thüringen (4,3 %) und Brandenburg (2,5 %) sowie 2011 in Sachsen-Anhalt (4,6 %) scheiterte die NPD an dem für eine Mandatsvergabe notwendigen Stimmenanteil von fünf Prozent. Da diese Hürde bei vielen Kommunalwahlen nur bei zwei bzw. drei Prozent liegt, und außerdem auch der Anteil der Stimmen für die NPD je nach Region sehr unterschiedlich ausfällt (bspw. wählten in Mecklenburg-Vorpommern in einigen Gemeinden über 30 % Prozent die NPD), sitzen mittlerweile in vielen Kreistagen NPD-Abgeordnete (vgl. Schellenberg 2011, S. 66).

Dass die NPD auf lokaler und regionaler Ebene wiederholt erfolgreich ist, lässt sich unter anderem sowohl auf eine veränderte strategische Ausrichtung seit Ende der 1990er Jahre zurückführen, als auch auf ihre Präsenz vor Ort. Mit der sogenannten „Drei-Säulen-Strategie“ (vgl. Apfel 1999), die auf den „Kampf um die Parlamente“, den „Kampf um die Köpfe“, den „Kampf um die Straße“ sowie seit 2004 auch auf den „Kampf um den organisierten Willen“ zielt, bemüht sich die NPD um die „Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft“ (Schellenberg 2011, S. 63), indem sie sozial- und migrationspolitische Themen aufgreift und sich lokal einbringt: Mit Veranstaltungen, Beratungs- und Freizeitangeboten positionieren sich ihre Mitglieder als Politiker/innen, die ‚nah am Volk‘

sind und sich für dessen Belange engagieren. Dies unterscheidet sie von den bundesweit etablierten Parteien, denen in vielen ländlichen Regionen im Osten Deutschlands eine personelle Basis fehlt.

Über ihre Jugendorganisation ‚Junge Nationaldemokraten‘ (JN) hat sich die NPD auch für den aktionsorientierten jugendkulturellen Bereich der rechtsextremen Szene geöffnet und thematisiert jugendpolitische Belange. Die JN selbst verbindet ihre politisch-ideologische Arbeit mit Freizeit- und Erlebnisangeboten wie Propagandaaktionen, Demonstrationen, Konzerten mit rechtsextremen Bands und verschiedenen ‚Freizeitausflügen‘. Um die jungen Erstwähler/innen frühzeitig anzusprechen, verteilen JN- bzw. NPD-Anhänger/innen so genannte ‚Schulhof-CDs‘ an Schulen.

Die Umfrageergebnisse der Wahlforschung der letzten Jahre zur Zusammensetzung der NPD-Wählerschaft (vgl. u.a. Schellenberg 2011, S. 69) wurden im Rahmen der Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern erneut bestätigt: Demnach erzielt die NPD überdurchschnittliche Erfolge vor allem bei der Gruppe junger Erstwähler/innen (15 %, nach der SPD die zweitstärkste Partei), insbesondere bei der Gruppe der männlichen Erstwähler (17 %); außerdem unter den Erwerbsfähigen bei Arbeiter/innen (13 %) und Arbeitslosen (18 %). Ihre Wähler/innen schätzen die NPD als eine Partei ein, die sich ernsthaft um „Probleme vor Ort“ kümmert (86 % Zustimmung), die zwar keine Probleme löst, „Dinge jedoch beim Namen benennt“ (86 % Zustimmung). Dass 57 % angaben, NPD gewählt zu haben, „um anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen“ (vgl. Tagesschau/Infratest Dimap 2011), verweist auf das Potenzial der NPD, Protestwähler/innen zu binden.

Untersuchungsergebnisse zur Verbreitung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Orientierungsmuster

Im Zuge der oben angeführten fremdenfeindlichen und antisemitischen Attacken entwickelten sich Diskurse, im Rahmen derer die bis dahin übliche Praxis öffentlicher, aber auch wissenschaftlicher Deutungen hinterfragt wurde, solche gewaltförmigen Phänomene allein der Randgruppe ‚der Rechtsextremen‘ zuzuschreiben. Es müssten ebenso die Bezüge zu rechtsextremen, ethnozentrischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Haltungen bis in die Mitte der Gesellschaft hergestellt und in die

Analysen mit einbezogen werden, denn durch solche Haltungen würden sich rechtsextreme Gewalttäter in ihrem Handeln bestärkt fühlen (vgl. Heitmeyer 1987; Rommelspacher 1992; Jaschke 1992). Diese Position konnte sich insofern durchsetzen, als Umfrageergebnisse zur Verbreitung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Orientierungsmuster größere Aufmerksamkeit erfuhren. In der Folge wurden differenziertere Umfragedesigns entwickelt und z.T. im Jahresrhythmus Erhebungen durchgeführt, mittels derer inzwischen Aussagen dazu getroffen werden, wie sich die Verbreitung solcher Orientierungsmuster entwickelt (vgl. Heitmeyer 2002–2010; Stöss 2007; Decker et al. 2010).

In den Umfragen der letzten Jahre wird die Zustimmung zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild vor allem über folgende Kerndimensionen abgefragt: Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Ethnozentrismus, Autoritarismus sowie je nach Konzeptionalisierung auch Gewaltakzeptanz bzw. Gewaltbereitschaft. Darüber hinaus werden vielfältige Einflussgrößen identifiziert, die auf die Herausbildung der unterschiedlichen Dimensionen rechtsextremer bzw. fremdenfeindlicher Orientierungsmuster einwirken können (vgl. Stöss 2007, S. 47 ff.). Je nach Studiendesign variiert die Zahl des Bevölkerungsanteils mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild zwischen fünf und zwanzig Prozent (vgl. Schellenberg 2011, S. 74). Dieses, ungeachtet der Schwankungen insgesamt recht hohe Potenzial rechtsextremer und fremdenfeindlicher Einstellungen, verweist „auf die Akzeptanz entsprechender Positionen in breiten Bevölkerungsschichten“ (Rieker 2006, S. 11).

Sind die Zustimmungsraten zu rechtsextremen Orientierungsmustern bei Frauen und Männern ähnlich hoch, zeigen sich interessante Unterschiede in Abhängigkeit von der Konstruktionsweise eines ‚rechtsextremen Weltbildes‘: Fließt Gewaltbereitschaft in die Berechnung mit ein, weisen Männer häufiger entsprechende Orientierungsmuster auf (Rommelspacher 2000, S. 200); bei Nichtberücksichtigung liegen die Werte bei Frauen höher (vgl. auch Diskussion bei Rieker 2006).

Im Vergleich von alten und neuen Bundesländern zeigen sich bei Befragten aus den neuen Bundesländern höhere Zustimmungsraten zu rechtsextremen bzw. fremdenfeindlichen Orientierungsmustern. Interessant erscheint auch der Befund, dass ein rechtsextremes Einstellungspotenzial am stärksten bei der älteren Generation (55 Jahre und älter) ausgeprägt ist, die Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen hingegen weniger fremdenfeindlich orientiert ist (vgl. Stöss 2007, S. 66 ff.; vgl. Kleinert/de Rijke 2001).

Die vorliegenden Studien zu Orientierungsmustern bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind vor allem im Laufe der 1990er Jahre entstanden. In ihrer kritischen Reflektion dieser methodisch quantitativ und qualitativ angelegten Studien fassen Möller & Schumacher (2007, S. 42 ff.) die Ergebnisse zusammen: „... im Zeitverlauf der letzten etwa ein Dutzend Jahre [wird] ein annähernd identisches Niveau [...] oder ein Rückgang der Neigung zu rechtsextremen Orientierungen beobachtet“. Dies betreffe jedoch nicht alle Dimensionen gleichermaßen. Je nach Studie bleibe der Anteil fremdenfeindlicher Orientierungen stabil bzw. sei angestiegen. Auch sei die Gewaltbereitschaft und das tatsächliche Gewaltverhalten den Auswertungen des DJI-Jugendsurveys (vgl. u.a. Kleinert 2008; Kleinert/de Rijke 2001, S. 184 f.) zufolge im Westen in den 1990er Jahren angestiegen, während sie im Osten auf hohem Niveau blieb.

Rechtsextreme Gewalt

Neben den zuvor dargestellten Bereichen stehen insbesondere die Entwicklung und das Vorkommen rechtsextremer Gewalt im Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit.

Betrachtet man die Fallzahlen polizeilich registrierter, politisch rechts verorteter Gewaltstraftaten der letzten 20 Jahre, lassen sich Wellenbewegungen feststellen, mit Spitzen Anfang der 1990er Jahre, im Jahr 2000 sowie im Zeitraum 2005 bis 2008. Im Folgenden sind die polizeilich registrierten Zahlen für den Zeitraum 2001 bis 2010 dargestellt:

Tab. 1 Politisch rechtsextrem motivierte Straftaten – Gewaltstraftaten im Verhältnis 2001–2010²

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Gewaltstraftaten	709	772	759	776	958	1.047	980	1.042	891	762
davon Gewalt gg. politisch links ein- geordnete Gegner	153	150	141	199	316	302	294	354	300	275
Anteil an Gewaltstraftaten (%)	21,6	19,4	18,6	25,6	33,0	28,8	30,0	34,0	33,7	36,1
Anteil an Straftaten (%)	7,1	7,1	7,0	6,4	6,2	5,9	5,7	5,1	4,6	4,7
Propagandadelikte	6.336	7.294	7.551	8.337	10.881	12.627	11.935	14.283	13.295	11.401
Anteil an Straftaten (%)	63,0	66,9	70,0	69,2	70,8	71,8	69,5	69,9	68,3	69,6
Straftaten insgesamt	10.054	10.902	10.792	12.051	15.361	17.597	17.176	20.422	19.468	16.375

* Quelle: Verfassungsschutzberichte 2001–2010, eigene Berechnung

Auch wenn die Zahlen der Gewaltstraftaten in 2010 auf 762 registrierte Fälle gesunken sind, nachdem sie sich zuvor seit 2005 zwischen 890 und 1047 Fällen bewegt haben, ist das aktuelle Niveau nach wie vor sehr hoch. Die in 2010 erfassten 762 Fälle verteilen sich auf fremdenfeindliche (37 %) und antisemitische (4 %) Gewalttaten sowie auf Gewalttaten gegen als links eingeordnete politische Gegner (36 %). Dabei ist rechtsextrem motivierte Gewalt fast ausschließlich ein Phänomen junger Männer zwischen 14 und 25 Jahren, so die übereinstimmenden Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung (vgl. u.a. Peucker et al. 2003, S. 223; Frindte/Neumann 2002; Wahl et al. 2001; Heitmeyer/Müller 1995; Willems et al. 1993). Diesen Studien zufolge lassen sich die Täter vor allem jugendsubkulturellen Gruppenzusammenhängen zuordnen³. Der überwiegende Anteil der Straftaten ist mit rd. 70 % jedoch der Kategorie „Propagandadelikte“ (11.401 Fälle in 2010) zuzuordnen.

2 Zur Diskussion und Kritik bzgl. der Erfassungskriterien politisch motivierter Gewalt vgl. u.a. Kohlstruck/Münch 2006, S. 329f.; Wendel 2004, S. 9; Willems 2002, S. 141ff.

3 Es fehlen aktuelle Daten bzgl. der Aufschlüsselung nach Gruppenzugehörigkeit.

Aktuelle szeneförmige Erscheinungsformen

Als Reaktion auf den hohen staatlichen Verfolgungsdruck seit Mitte der 1990er Jahre und die zahlreichen Verbote rechtsextremer Organisationen, die bis dahin häufig als Verein eingetragen waren, haben die aktionistischen sog. ‚Freien Kräfte‘ Vernetzungsstrategien und Organisationsformen der linksautonomen Szene aufgegriffen und sog. ‚Kameradschaften‘ gegründet. Dabei handelt es sich um cliquenförmige, meist regional verankerte, miteinander vernetzte Gruppen, die sich als Teil eines ‚Nationalen Widerstandes‘ verstehen und deren Zahl auf mittlerweile gut 150 Gruppen (Schellenberg 2011, S. 70) angewachsen ist. Neben dem Gemeinschaftsversprechen der ‚Kameradschaft‘ bilden Freizeitaktivitäten sowie die Teilnahme an Demonstrationen einen Teil der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ (Glaser/Pfeiffer 2007), die auf Jugendliche und junge Heranwachsende anziehend wirkt. Aus der Kameradschaftsszene hat sich seit 2003 die Formation ‚Autonome Nationalisten‘ (AN) herausgebildet. Zwar ist der Forschungsstand zu dieser Formation derzeit noch sehr dünn, es gibt jedoch Hinweise darauf, dass diese Gruppen aufgrund ihrer jugendkulturell geprägten Inszenierungsformen, ihrer z.T. gewaltförmigen Aktionsorientierung und einer nur oberflächlichen ideologischen Aufladung ihrer Aktionen für Jugendliche besonders attraktiv sind (Schedler/Häusler 2011; Peters/Schulze 2009; VS-Bericht 2010).

Die Entwicklung der ‚Autonomen Nationalisten‘ steht stellvertretend für den Wandel der Inszenierungsformen der rechtsextremen jugendkulturellen Szene innerhalb der letzten Jahre bezogen auf Kleidungsstil, körperliches Erscheinungsbild und Habitus. Bis Mitte der 2000er Jahre konnte man eine Zugehörigkeit zur rechten Szene an skinheadtypischen Merkmalen wie geschorenen Haaren, Springerstiefeln, Bomberjacken etc. relativ leicht erkennen. Mittlerweile hat jedoch die Übernahme von Kleidungsstilen aus anderen jugendkulturellen Szenen wie der Hardcore-Szene, Straight Edge, dem HipHop und auch der Autonomenszene neue Räume und Anschlussmöglichkeiten eröffnet: Das unauffälligeres Erscheinungsbild mit kurzen Haaren, meist schwarzer modischer Bekleidung und Sneakers lässt sich von Außenstehenden kaum eindeutig zuordnen und verhindert somit Stigmatisierung. Es ermöglicht ein „konfliktfreies Agieren“ (Schedler 2011, S. 30) im Alltag und in unterschiedlichen sozialen Räumen. Dadurch senkt sich die Hemmschwelle für junge Menschen, sich einer rechtsextrem orientierten Clique anzuschließen.

Seit 2003 treten Gruppen ‚Autonomer Nationalisten‘ bei rechtsextremen Demonstrationen bundesweit als ‚Schwarzer Block‘ auf, die gewaltförmerige Konfrontationen mit dem politischen Gegner (Polizei, Gegendemonstranten, Linksautonome) suchen. Ab diesem Zeitpunkt ist auch die Zahl der Gewaltstraftaten gegen als politisch linksorientiert wahrgenommene Gegner deutlich gestiegen (vgl. Tab. 1). Betrug der Anteil an den Gesamtgewaltstraftaten 2003 noch 18,6 %, so ist der Anteil seit 2007 nicht mehr unter die 30 %-Marke zurückgegangen; in 2010 lag dieser bei 36,1 %. Darüber hinaus führen ‚Autonome Nationalisten‘ sozialraumorientierte Aktionen durch und dokumentieren diese mit Videokameras, um das Material anschließend im Internet zu veröffentlichen (Schulze 2009, S. 13). So bieten sie Jugendlichen eine „rechtsextreme Erlebniswelt“ (Schedler 2011, S. 24) an, in der Lebensgefühl, Freizeitangebote und Unterhaltungswert im Vordergrund stehen (vgl. dazu auch Begrich 2009, S. 41). Dabei betreiben sie im Unterschied zur JN keine tiefergehende Ideologisierung (Schulze 2009, S. 11). Nach Selbstbeschreibungen und Schätzungen liegt das Altersspektrum der AN mit einer Spanne von 16 bis 26 Jahren „etwas unter demjenigen anderer neonazistischer Strömungen“, wobei der Anteil männlicher Jugendlicher noch deutlicher dominiert (Schulze 2009, S. 10) als es ohnehin schon in rechtsextremen Gruppierungen der Fall ist. Im Unterschied zur Subkultur der Skinheads lassen sich die Anhänger der AN nicht mehr bestimmten Herkunftsmilieus zuordnen (vgl. Langebach/Raabe 2011).

Szeneintern sind die Aktionsformen der AN nicht unumstritten. Ihr Auftreten als ‚Black Block‘ im Rahmen von Demonstrationen stößt bei anderen Demonstrationsteilnehmenden häufig auf Ablehnung: „Die meisten dieser Leute seien ‚junge, gewaltgeile Personen, die leider weltanschaulich wenig ‚Background‘ haben“ (Blog-Eintrag, zit. nach Peters/Sager 2009, S. 44). Die NPD kritisierte in szeneeintern geführten Auseinandersetzungen um die AN eine derartige „Verwandlung des ‚Propagandamittels Demonstration‘ zu einer ‚Spaßveranstaltung für erlebnisorientierte‘ Jugendliche“ (vgl. Peters/Sager 2009, S. 48).

Weitere Gruppen im Fokus öffentlicher Diskurse und pädagogischer Prävention

Im Hinblick auf die Verbreitung rechtsextremer, antisemitischer und ethnozentrischer Orientierungsmuster in der Gesamtgesellschaft werden seit einigen Jahren solche Orientierungsmuster auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund als Phänomen thematisiert und vor allem von Seiten der pädagogischen Praxis problematisiert. Die Debatte fokussiert dabei vornehmlich auf Phänomene wie Antisemitismus bei jungen Muslimen, die Attraktivität der rechtsextremen Organisation ‚Graue Wölfe‘ für türkischstämmige Jugendliche sowie auf eine konstatierte ‚Deutschengefindlichkeit‘ bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Dass besonders muslimische Gruppen im Aufmerksamkeitsfokus stehen, lässt sich auch auf die seit vielen Jahren geführte Auseinandersetzung um eine angenommene Unvereinbarkeit von Islam – assoziiert mit Rückständigkeit, Brutalität, Frauenfeindlichkeit und Terrorismus –, mit einer als emanzipiert, aufgeklärt und modern wahrgenommenen westlichen Kultur zurückführen (zuletzt verdichtet in der Debatte um Thilo Sarrazins Buch ‚Deutschland schafft sich ab‘ in 2010). Seit den Anschlägen in den USA 2001 bewegt sich die Zustimmungsrates zu islamfeindlichen Vorurteilen auch in Deutschland seit Jahren auf einem recht stabilen hohen Niveau (auf einer Skala von 1 bis 4 variiert der Wert seit 2003 zwischen 2 und 2,25, vgl. Zick 2011, S. 35). Die Kampagnen gegen den Bau von Moscheen unter anderem in Köln und Berlin verdeutlichen, wie solche Ängste und Ablehnungen von rechtspopulistischen Organisationen und Parteien aufgegriffen und instrumentalisiert werden (z.B. „WIR oder Scharia“, NPD-Slogan, zit. in Benz/Pfeiffer 2011).

Bislang liegen zu Verbreitung und Ausformung rechtsextremer, antisemitischer und ethnozentrischer Orientierungsmuster bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur vereinzelt Forschungsergebnisse vor. Diese liefern jedoch Hinweise darauf, dass diese Phänomene in unterschiedlichen Ausprägungen existent sind und dass sich Spezifika bei unterschiedlichen Gruppen zeigen. Die Reichweite und Aussagekraft der Forschungsergebnisse ist jedoch umstritten, da die vorliegenden Studien meist qualitativ, d.h. nicht repräsentativ angelegt sind (vgl. Glaser/Greuel/Münch i. E.).

Öffentliche Diskurse zu diesen Phänomenen sind geprägt von zwei gegensätzlichen Positionen: Einerseits werden massive Bedenken formuliert,

dass man damit gerade diejenigen als Protagonisten abwertend-diskriminierender Orientierungen und Verhaltensweisen in den Blick nehme, die in dieser Gesellschaft in einer Minderheitenposition seien und über vielfältige Diskriminierungs- und Stigmatisierungserfahrungen verfügten. Es bestehe die Gefahr, ‚Opfer zu Tätern‘ zu machen und so entsprechende Debatten (s. o. sowie vgl. Debatte um Necla Kelek in 2006 zu Zwangsheiraten bei Muslimen) zu befeuern. Andererseits wird der Vorwurf von ‚Blindstellen‘ erhoben, da bspw. Pädagoginnen/Pädagogen sich zunehmend mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Äußerungen seitens dieser Zielgruppen konfrontiert sähen und Angebote dazu forderten, um mit solchen Herausforderungen adäquat umgehen zu können.

Staatliche Reaktionen

Auf die Entwicklungen und Ausdifferenzierungen innerhalb der rechtsextremen Szene reagieren sehr unterschiedlich ausgerichtete staatliche Institutionen im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche und Ausrichtungen. Gesetzgebung und Exekutive verfolgen vorrangig das Ziel, durch repressive Maßnahmen die rechtsextreme Szene zu bekämpfen und strafrechtlich relevante Handlungen zu unterbinden.

Eine andere, nicht-repressive Strategie der Auseinandersetzung besteht darin, eine fördernde Perspektive (vgl. Glaser/Greuel/Johansson/Münch 2011, S. 16) einzunehmen und sich pädagogisch-präventiv gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu wenden. In diesem Rahmen werden Formen der Aufklärung, der historisch-politischen Bildung sowie Partizipationsmöglichkeiten vor allem in der Arbeit mit Jugendlichen finanziell mit dem Ziel gefördert, Jugendliche in den gesellschaftlichen Systemen zu halten, sie zu integrieren und sie bei der Entwicklung zu ‚mündigen Bürgern‘ mit demokratischem Bewusstsein unterstützend zu begleiten. Zu nennen sind hier zunächst v.a. die seit dem Jahr 2001 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) unter wechselnden Namen aufgelegten Bundesprogramme (aktuell: „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“). Diese Programme widmen und widmen sich dezidiert der Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen und fördern entsprechende Projekte. Teilweise werden einschlägige Projekte ebenfalls im Xenos-Programm (seit 2001) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales geför-

dert. Seit 2011 erfolgt eine Förderung von entsprechenden Projekten auch im Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern (BMI). Darüber hinaus haben sämtliche Bundesländer pädagogisch-präventive Programme oder Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Zu den konstatierten islamistischen, außerdem zu sog. ‚linksradikalen bzw. linksextremen‘ Phänomenen hat die konservativ-liberale Bundesregierung 2010 ein Extraprogramm aufgelegt („Initiative Demokratie stärken“), das die wissenschaftliche Forschung anregen soll und die Entwicklung und Umsetzung pädagogischer Ansätze fördert⁴.

Ansätze pädagogischer Prävention gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

In der Bundesrepublik existiert eine breite Landschaft an Angeboten, die sich der pädagogischen Prävention von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus widmen. Grundsätzlich sind die Projekte, die sich pädagogisch-präventiv gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit an Kinder und Jugendliche wenden, in Deutschland in der Struktur der Kinder- und Jugendhilfe verortet. Angesiedelt ist der größte Teil der Projekte der pädagogischen Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Freien Trägern der Jugendhilfe. Projekte, die pädagogisch-präventive Arbeit direkt gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit leisten, werden zumeist nicht regelhaft im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe gefördert, sondern sind von anderen Finanzierungsquellen abhängig und weisen damit ebenfalls in der Regel eine begrenzte Laufzeit auf. Insgesamt ist festzuhalten, dass der größte Teil der einschlägigen Projekte über Bundesmittel teilfinanziert wird. Weitere Finanzierungsmöglichkeiten für entsprechende Projekte liegen z.B. im Rahmen einer Förderung durch private Stiftungen (z.B. Amadeu Antonio Stiftung, Freudenberg-Stiftung).

Abgesehen von diesen finanziellen Rahmenbedingungen lässt sich auf einer inhaltlichen Ebene feststellen, dass verschiedenste pädagogische Ansätze und Methoden umgesetzt werden. Heterogen sind ebenfalls Zielgruppen und Orte der pädagogischen Angebote.

4 Forschung und pädagogische Praxis stehen derzeit noch am Anfang, erste Ergebnisse und Erfahrungen werden erst in den nächsten Jahren vorliegen.

Lern- und Bildungsorte

Mit Blick auf die Orte, an denen pädagogisch-präventive Angebote stattfinden, kann danach unterschieden werden, ob sie an Schulen oder im außerschulischen Bereich durchgeführt werden.

In einer Recherche⁵, die von der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Auftrag gegeben wurde, ist der Frage nachgegangen worden, welche Rolle pädagogisch-präventive Angebote gegen Rechtsextremismus in den schulischen Curricula und schulbezogenen Programmen spielen⁶. Festgestellt werden konnte, dass in den schulischen Curricula die Themenfelder Demokratiepädagogik und Interkulturelle Bildung – denen allgemein präventive Wirkung gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zugestanden wird – durchaus eine gewisse Rolle spielen. Insbesondere das Themenfeld Demokratiepädagogik hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Impulse gingen insbesondere vom Schulentwicklungsprogramm „Demokratie lernen & leben“ aus, das von der Bund-Länder-Kommission (BLK) initiiert und von 2002 bis 2007 in 13 Bundesländern durchgeführt wurde. Reagiert werden sollte damit auf „Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen und auf die seit Jahren zunehmende Politikverdrossenheit und Politikdistanz“ (www.blk-demokratie.de/index.php?id=83). In einigen Bundesländern wird dieses Programm in Form von Transfer-Projekten fortgesetzt. Bedeutung kommt auch dem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Stärkung der Demokratieerziehung (2009) zu. Vorgesehen ist hier die Verankerung demokratiepädagogischer Aspekte in schulinternen Curricula und die „Förderung einer fundierten Auseinandersetzung mit allen Formen des Extremismus, mit Fremdenfeindlichkeit, Fundamentalismus, Gewalt und Intoleranz, beginnend in der Grundschule“. Der Präventionsauftrag gegen (Rechts-)Extremismus, der hier formuliert wird, findet offenbar allerdings nur eingeschränkt eine Entsprechung auf inhaltlicher Ebene. Der Schwerpunkt der Programme liegt im Bereich demokratischer Schulkultur sowie Schulentwicklung, während die dezi-

5 Grundlage der Rechercheergebnisse war eine Umfrage unter den Kultusministerien der Bundesländer sowie eine Recherche der Rahmenlehrpläne für die in Frage kommenden Fächer, der Schulgesetze und der schulbezogenen Programme.

6 Die Recherche wurde von Wiebke Eltze geleistet, der an dieser Stelle großer Dank gebührt.

dierte inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtsextremismus unscharf bleibt. Als Hauptziel wird formuliert, Schüler für demokratische Aktivitäten zu gewinnen sowie Partizipation und Demokratieverständnis zu fördern.

Generell lässt sich feststellen, dass direkte Auseinandersetzungen mit aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus innerhalb schulischer Curricula nur selten stattfinden. Häufig erschöpfen sich thematische Bezüge in der Behandlung des Nationalsozialismus. Zudem werden diese Themen – wenn überhaupt – erst spät, nämlich ab Klassenstufe 9, häufig sogar erst in den Stufen 11 und 12 behandelt, so dass sie nur einen Teil der Schüler/innen überhaupt erreichen (vgl. Eltze 2010). Außerdem lässt sich konstatieren, dass schulische Präventionsangebote gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wenig koordiniert durchgeführt werden und zudem meist nicht institutionell verankert sind (vgl. Elverich 2004, S. 327). Probleme und Schwierigkeiten bei der systematischen und flächendeckenden Implementierung entsprechender Angebote liegen auch in der föderalen Struktur der Bundesrepublik begründet, in der der Schulbereich in die Hoheit der Bundesländer fällt. Der Bund hatte demgegenüber bis zum Jahr 2008 nur wenige Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten, die insbesondere durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) abgedeckt wurden. Inzwischen hat der Bund durch die Förderalismusreform seine strukturierten Einflussmöglichkeiten auf curriculare Inhalte verloren.

Ein weiteres Hindernis für die systematische Einbindung entsprechender Präventionsinhalte sind die eng begrenzten zeitlichen Räume des ‚normalen‘ Schulbetriebs. Die stärkere Etablierung von Ganztagschulen hätte aus dieser Perspektive den bedeutsamen Vorteil, dass eine Integration dieser Angebote sicher leichter durchführbar wäre und zeitliche Begrenzungen weniger ins Gewicht fallen würden.

Zwar sind dezidierte pädagogische Präventionsangebote gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit kaum verbindlicher Teil des schulischen Unterrichts. Trotzdem kommt den Schulen als Kooperationspartner in der Präventionsarbeit große Bedeutung zu. Ein bedeutender Teil der Angebote von außerschulischen Trägern findet in Kooperation mit Schulen bzw. an Schulen statt. Dabei handelt es sich jedoch nicht um integrierte Bestandteile des schulischen Lehrplans, sondern um unterrichtsergänzende Angebote, die an der Schule oder auch an außerschulischen Lern- und Bildungsorten stattfinden. Für die außerschulischen

Träger stellt es einen bedeutenden Vorteil dar, die Zielgruppe über oder in Schulen zu gewinnen, denn hier kann eine sehr breite Zielgruppe erreicht werden und die Zugangsbarrieren von Seiten der Teilnehmer/innen sind gering. Damit eignet sie sich insbesondere für solche präventiven Angebote, die sich grundsätzlich an alle Personen richten und die Zielgruppe nicht auf bestimmte Gefährdungslagen oder bereits vorliegende problematische Merkmalsausprägungen beschränken. Andererseits steigt in schulischen Kontexten der verpflichtende Charakter, mit dem die Angebote durchlaufen werden, was tendenziell dem demokratischen Grundgedanken zuwiderläuft, dem die Prävention gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit verpflichtet ist.

Die Formen der Kooperation zwischen den außerschulischen Akteuren und den Schulen, an denen die Angebote stattfinden, sind häufig nicht optimal. Glaser/Klingelhöfer (2008) resümieren, dass hier befristete Kooperationen mit befristetem Projektangebot dominieren, die in einem sensiblen Themenfeld, wie der Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, verschiedene Probleme mit sich bringen können.

Neben Schulen spielen auch außerschulische Lern- und Bildungsorte eine große Rolle, wobei hier ein breites Spektrum von Einrichtungen zu verzeichnen ist (z.B. Gedenkstätten, Jugendbildungsstätten, Bildungsprojekte Freier Träger, Jugendverbände, Einrichtungen der offenen Jugendarbeit). Freiwillige nicht verpflichtende Angebote stehen dabei vor der besonderen Herausforderung, die Zielgruppe(n) zur Mitarbeit zu motivieren und dabei nicht nur die ohnehin interessierten und engagierten Personen zu erreichen.

Zielgruppen

Die verschiedenen Angebote pädagogischer Prävention richten sich in erster Linie direkt an Jugendliche oder auch Kinder, es gibt jedoch zunehmend Versuche, auch Eltern und relevante Erwachsene einzubeziehen.

Die Angebote der pädagogischen Prävention im Feld lassen sich danach unterscheiden, welchen Grad der Ausprägung an rechtsextremen bzw. fremdenfeindlichen Orientierungen die Zielgruppen aufweisen. Die meisten Angebote wenden sich an Jugendliche, die (noch) keine Auffälligkeiten aufweisen bzw. an Kinder. Vergleichsweise wenige Angebote richten sich an Jugendliche mit problematischen Orientierungen, ohne

dass diese verfestigt sind. Hiervon abzugrenzen sind explizite Aussteigerprogramme, die auf Personen mit verfestigten ideologischen Haltungen und/oder Mitgliedschaften in rechtsextremen Gruppierungen und/oder ideologisch begründete Straffälligkeiten zielen.

Ansätze und Methoden von Präventionsangeboten

In Deutschland existiert eine Vielzahl von Projekten, die sich der pädagogisch-präventiven Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit widmen. Deren Angebote sind inhaltlich sehr heterogen und setzen verschiedene Schwerpunkte. Nach Möller (2002) lassen sich diese zunächst grob danach unterscheiden, auf welcher Ebene sie agieren:

- Wissensvermittlung (Information, Aufklärung, Bewusstmachung, argumentative Überzeugung, kognitiv-moralische Reflexion).
- Erfahrungslernen (Vermittlung und Förderung personaler und sozialer Kompetenzen, Vermittlung funktionaler Äquivalente zu problematischen Orientierungen bzw. Verhaltensweisen).
- Helfen als opfer- und täterbezogene personale Zuwendung⁷.
- Gestaltungsinteressen (Strategien infrastruktureller Arbeit, politische Einmischung, Sozialraumorientierung).

Eine weitere Differenzierung beruht auf den verschiedenen Inhalten der Präventionsansätze. Eine ausführliche Darstellung der pädagogischen Präventionslandschaft, die dieser Logik folgt, stammt von Rieker (2009)⁸. Diese Arbeit bildet eine wesentliche Grundlage für die folgenden Darlegungen. Die am weitesten verbreiteten Ansätze lassen sich nach Rieker danach unterscheiden, ob es sich um Ansätze der politischen Bildung, des Interkulturellen Lernens oder der Prävention durch Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft handelt. Ergänzt wird diese ansatzbezogene

7 Opferorientierte Hilfestrategien werden aus den folgenden Ausführungen ausgeklammert, da ihr Beitrag zur Prävention der Ausprägung fremdenfeindlicher oder rechtsextremer Orientierungen eher als gering eingeschätzt wird (vgl. Möller 2002, S. 51) bzw. kaum geklärt ist.

8 Grundlage waren hierbei die verschiedenen Erhebungen und Analysen, die in wechselnden Arbeitsschwerpunkten von der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am DJI bzw. innerhalb der Vorgängerprojekte bearbeitet wurden.

Differenzierung bei Rieker durch eine zielgruppenbezogene Unterscheidung. Ein kleiner Teil der pädagogischen Angebote richtet sich auf „rechtsextrem orientierte Jugendliche“ (vgl. z.B. Kohlstruck/Krüger/Münch 2007, S. 48). Im Rahmen früh ansetzender Prävention stellen ebenso Kinder eine wichtige Zielgruppe pädagogischer Präventionsarbeit dar.

Vor dem Hintergrund der getroffenen Unterscheidungen werden im Folgenden die verbreiteten Ansätze der pädagogischen Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit näher vorgestellt.

Ansätze politischer Bildung

Weit verbreitet sind in Deutschland Angebote der politischen Bildung. Diese sind in erster Linie wissensvermittelnd, sowie an Erfahrungslernen und u.U. auch an Gestaltungsinteressen ausgerichtet. Daneben bietet politische Bildung auch Foren und Anregungen, die den Beteiligten „die Erfahrung von kommunikativer Freiheit und befriedigender Konfliktregulierung ermöglichen“ (Kohlstruck 2001, S. 3). Grundsätzlich ist politische Bildung dem Prinzip der Freiheitlichkeit verpflichtet. Dies ist im sog. ‚Beutelsbacher Konsens‘ festgeschrieben und umfasst drei Aspekte: das Überwältigungs- oder Indoktrinationsverbot, das Kontroversitätsgebot in der Gestaltung der politischen Bildung und die Adressatenorientierung mit dem Ziel, ihre Adressaten zur Erkenntnis und Durchsetzung ihrer eigenen Interessen zu befähigen. Eine Voraussetzung für politische Bildung ist, dass die Teilnehmenden sowohl ein Mindestmaß an Offenheit und Interesse zumindest an einzelnen Themen als auch Diskussionsbereitschaft aufweisen. Damit zielen die Angebote tendenziell eher auf höher gebildete Jugendliche. Die Angebote politischer Bildung erreichen vor allem Jugendliche der Bildungseliten und weniger die ‚Durchschnittsjugendlichen‘ (vgl. Rieker 2009, S. 59). Angesichts dieses Defizits besteht im Bereich politischer Bildung vor allem ein hoher Bedarf für fachliche Weiterentwicklungen, die ein breiteres Zielgruppenspektrum erreichen. Teilweise existieren auch Projekte, die in ihrer Konzeptentwicklung entsprechende Umsteuerungen vorgenommen haben und z.B. bereits erfolgreich mit bildungsfernen Jugendlichen arbeiten.

Inhaltlich können die Angebote der politischen Bildung die Vermittlung historischen Wissens (historisch-politische Bildung) ebenso wie die

Aufklärung über gegenwärtige Entwicklungen und Tendenzen mit Blick auf Rechtsextremismus umfassen. In der Demokratie- bzw. Menschenrechtspädagogik erfolgt die Thematisierung von Werten und Rechten wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität vor dem Hintergrund aktueller Zustände wie auch rechtsextremistischer Bestrebungen.

Ansätze Interkulturellen Lernens

Ansätze Interkulturellen Lernens umfassen die Auseinandersetzung mit „realer oder vermeintlicher Fremdheit in ethnisch-kultureller Hinsicht“ (Rieker 2009, S. 71). Sie beziehen sich also auf Prozesse zwischen Gruppen, die sich durch ethnische, herkunftskulturelle oder nationale Kategorien tatsächlich oder vermeintlich voneinander unterscheiden. Von diesen Ansätzen zu unterscheiden sind solche, die andere Differenz- oder Konstruktionslinien (Geschlecht, sexuelle Orientierung etc.) betonen bzw. einen allgemeineren Zuschnitt haben. Dies ist bei Anti-Bias- (vgl. Gramelt 2010), Diversity- (vgl. Hormel/Scherr 2004, S. 203 ff.) oder Antidiskriminierungsansätzen (vgl. Fritzsche u.a. 2010) der Fall, auf die im Folgenden nicht näher eingegangen wird.

Ziele Interkulturellen Lernens liegen in erster Linie darin, Lernprozesse anzuregen und sowohl Angehörige der Mehrheitsgesellschaft wie auch Migranten zu einem kompetenten Umgang mit kulturellen Differenzen bzw. dem Leben in einer multikulturellen Gesellschaft zu befähigen (vgl. Auernheimer 2007). Die Zielgruppe beschränkt sich dabei letztlich auf Jugendliche, die keine fremdenfeindlichen Orientierungen oder negativen Haltungen gegenüber den zu begegnenden Ethnien aufweisen. Zwar werden durch die bestehenden Angebote teilweise auch fremdenfeindlich eingestellte Jugendliche erreicht. Dies stellt jedoch besondere Anforderungen an die Projektmitarbeitenden. Glaser/Rieker (2006, S. 111) votieren in diesem Zusammenhang dafür, „fremdenfeindliche Jugendliche als potenzielle Zielgruppe bei der Konzeption von Angeboten Interkulturellen Lernens systematisch einzubeziehen“, wobei „die besonderen Voraussetzungen der Arbeit mit dieser Zielgruppe reflektiert und in Rechnung gestellt werden“ müssen.

In Hinblick auf eine wesentliche Rahmenbedingung Interkulturellen Lernens, nämlich das sozialräumliche Umfeld, zeigen sich in der Bundesrepublik tiefgreifende lokale Unterschiede. In den westdeutschen

Ballungsgebieten gehören Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft zu den Alltagserfahrungen, so dass Angebote, die Ansätze Interkulturellen Lernens praktizieren „an einer Vielzahl von Erfahrungen, Wissensbeständen und Alltagspraktiken in Hinblick auf interethnisches Zusammenleben und seine Konflikte anknüpfen“ (Glaser/Rieker 2006, S. 96) können. Vor allem in ländlichen Regionen Ostdeutschlands zeigen sich angesichts eines geringeren Anteils an Personen mit Migrationshintergrund andere Ausgangsbedingungen, die die interkulturelle Arbeit vor die Herausforderung stellen, diese Charakteristika bei der Konzeption und Umsetzung von Projekten hinreichend zu beachten.

Prävention durch Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit durch die Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft präventiv zu begegnen, beruht auf der Erkenntnis, dass Rechtsextremismus nicht nur als Problem einzelner Menschen oder Gruppen zu sehen ist, sondern ebenfalls auf ein „Problem der gesamten Gesellschaft und ihrer politischen Kultur“ (Rieker 2009, S. 143) verweist. Verschiedene Maßnahmen zielen daher darauf, bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus und letztlich eine funktionierende Zivilgesellschaft zu fördern bzw. die „Aktivierung eines demokratischen Gemeinwesens in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“ (ebd.) zu erreichen. Desweiteren findet eine Unterstützung von potenziellen sowie tatsächlichen Opfern rechtsextremer Aktivitäten statt, wobei hier auch auf das soziale Umfeld, das sich für Demokratie, Toleranz und Gleichbehandlung von Minderheiten einsetzen soll, fokussiert wird. Eine andere Strategie pädagogischer Prävention besteht in der expliziten Unterstützung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Gegenkräfte, insbesondere in Sozialräumen, in denen rechtsextreme oder fremdenfeindliche Bestrebungen stattfinden und/oder breitere Bevölkerungsschichten problematische Orientierungen teilen. Dies vollzieht sich z.B. darin, dass alternative Jugendliche bzw. alternative/emanzipatorische Jugendkulturen gestärkt werden, etwa indem ihnen Raum gegeben wird und Jugendeinrichtungen eine entsprechende Offenheit signalisieren. Insgesamt sind die genannten Formen präventiver Angebote insbesondere auf Strukturen ausgerichtet und zielen zunächst weniger auf Orien-

tierungs- oder Verhaltensänderungen bei einzelnen Personen. Gleichzeitig werden diese Angebote – im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Ansätzen und Methoden – momentan weniger im Rahmen regelhafter Förderung oder von Freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe angeboten, sondern sind vor allen Dingen wesentlicher Bestandteil vergangener und aktueller Bundesprogramme zur Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Innerhalb dieser Programme vollzog sich seit dem Jahr 2001, auch im Zuge eines Paradigmenwechsels in den öffentlichen Diskussionen um geeignete und wirkungsvolle Strategien gegen Rechtsextremismus, eine Betonung von Demokratieförderung und eine stärkere Fokussierung auf die Förderung von Zivilgesellschaft als Gegenkraft zu lokalen rechtsextremistischen Bestrebungen. Gefördert werden in diesem Zusammenhang im aktuellen Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ „Lokale Aktionspläne“ (LAP), die der Stärkung der Demokratieentwicklung vor Ort dienen, sowie Beratungsnetzwerke, aus denen heraus im Falle akuter Problemlagen vor Ort Hilfe geleistet und Unterstützung gegeben werden soll. Die Förderung der Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern ist ebenfalls wesentliches Anliegen des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern (BMI).

Ansätze früher Prävention

Von Bedeutung sind ebenfalls Angebote früher Prävention, die sich an Kinder wenden. Angewandt wird hier ein denkbar breites Spektrum an Präventionsmaßnahmen. Eingeschlossen sind dabei wissensvermittelnde (historisch-politische Bildung, Interkulturelles Lernen, geschlechtssensible Angebote) sowie auf Erfahrungslernen (Stärkung personaler und soziale Kompetenzen) und Gestaltungsinteressen (Förderung von Partizipation) abzielende Ansätze. Da in diesem Bereich letztlich keine spezifischen Ansätze nötig sind, sondern eher etablierte Ansätze der Altersgruppe angemessen modifiziert werden, soll auf den Bereich der frühen Prävention hier nicht näher eingegangen werden (weiterführend Rieker 2009).

Ziel der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen ist, einer weiteren Verfestigung ihrer Orientierungen entgegenzuwirken bzw. die Distanzierung von entsprechenden Zugehörigkeiten und Orientierungen zu fördern.

Gegenüber den bisher referierten Ansätzen beinhaltet die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen (also Personen, die zwar entsprechende Orientierungen, aber noch keine verfestigten Haltungen aufweisen) bzw. auch die ausstiegsorientierte Arbeit mit Jugendlichen (also denen, die über verfestigte ideologische Orientierungen und Einbindungen verfügen) eine sehr viel stärkere personale Zuwendung. Im Mittelpunkt steht hier die Beziehungsarbeit mit einzelnen Individuen, wobei diese inhaltlich vor allem Komponenten des Erfahrungslernens und der Wissensvermittlung enthält, aber auch an Gestaltungsinteressen ausgerichtet sein kann. Konzeptionell werden vor allem unterschiedliche Varianten der beziehungsorientierten Arbeit umgesetzt, in denen die Akzeptanz der Person (nicht die Akzeptanz ihrer politischen Position) im Zentrum steht, wobei dies z.T. auch mit konfrontativen Elementen verbunden wird (vgl. Krafeld 2000; Bleiß et al. 2004; Osborg 2006). Pingel/Rieker (2002) konnten in ihrer Untersuchung der praktischen Umsetzung dieser Ansätze zeigen, dass die pädagogische Arbeit mit diesen Zielgruppen trotz einzelner problematischer Entwicklungen erhebliche Potenziale besitzt und auch Erfolge aufweisen kann, sofern sie unter adäquaten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen umgesetzt wird.

Herausforderungen in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen bestehen insbesondere darin, zeitgemäße Zugänge zu diesen Jugendlichen zu gewinnen, d.h. den wandelnden Szenen (neue jugendkulturelle Erscheinungsformen) und Gruppenzusammenhängen (größere Heterogenitäten in Cliques) gerecht zu werden.

Ein Bedarf, der für dieses Arbeitsfeld in der Fachdiskussion immer wieder formuliert wird, ist die Entwicklung und Umsetzung geschlechterreflektierender Ansätze. Im Rahmen einer „spezifischen Jungenarbeit“ (Möller 2000, vgl. auch Lehnert 2006) soll dabei eine Auseinandersetzung mit, bei dieser Zielgruppe weit verbreiteten, hypermaskulinen Männlichkeitsbildern ermöglicht werden. Als bedeutsam wird aber auch die Entwicklung geschlechterreflektierender Ansätze für die Arbeit mit rechtsextremen Mädchen und jungen Frauen angesehen (vgl. Elverich/Glaser

2009). Dies gilt umso mehr, als Rechtsextremismus immer noch vor allem als Problem junger Männer behandelt wird, obgleich sich rechtsextreme Orientierungen und Verhaltensweisen auch bei Mädchen und jungen Frauen zeigen.

Die ausstiegsorientierte Arbeit mit Jugendlichen hat gegenüber der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen stärker hilfebezogenen und einzelfallbezogenen Charakter. Den stark ideologisierten und in entsprechende Gruppen eingebundenen Jugendlichen werden Unterstützungsangebote bzw. Hilfen für ein Leben außerhalb der rechten Szene unterbreitet. Sie zielen dabei letztlich „auf eine Stabilisierung und Kompetenzerweiterung der Persönlichkeit, auf die Entlastung des Lebensumfelds von tatauflösenden Faktoren und ggf. auf Resozialisierung“ (Möller 2002, S. 51).

Für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen wie auch die ausstiegsorientierte Arbeit gilt, dass diese Ansätze innerhalb des Fachdiskurses häufig ambivalent beurteilt oder mitunter auch abgelehnt werden. Die Strategien der Zuwendung und Hilfe für rechtsextrem orientierte Jugendliche, die diesen Ansätzen zugrundeliegen, werden mitunter als kontraproduktiv bewertet, da sie als Unterstützung für deren politische Positionen interpretiert werden. Eine (Sozial-)Pädagogik, die auch Hilfeparadigmen verpflichtet ist und sich nicht nur in der Forderung nach repressiven Sanktionen erschöpft, kommt jedoch nicht umhin, auch diesen Jugendlichen Hilfe zu gewähren. Dies ist zu trennen von einer Unterstützung für deren politische Positionen und erfordert vielmehr im Sinne der Zielstellung eine klare politische Distanzierung der pädagogischen Fachkräfte.

Angesichts der Vorbehalte, die gegen diese Ansätze bestehen, liegt eine wesentliche Herausforderung dieser Arbeit über den engeren fachlichen Entwicklungsbedarf letztlich auch darin, eine stärkere Akzeptanz, Anerkennung und breitere Unterstützung für diese Ansätze herzustellen.

Strukturen der Vernetzung und des Austauschs

Wie in den vorangegangenen Ausführungen deutlich wurde, existiert in der Bundesrepublik eine breite Landschaft an Projekten und Angeboten, die sich präventiv gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wenden. Ein regelmäßiger und institutionalisierter fachlicher Austausch

dieser Projekte untereinander lässt sich jedoch kaum beobachten. Die wenigen Angebote der Vernetzung und des Austauschs vollziehen sich themenspezifisch (z.B. die jährlich stattfindenden Tagungen des Lidice-Hauses im Themenfeld der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen). Andererseits kann festgehalten werden, dass sich ein fachlicher Austausch in Deutschland auch über Fachdiskurse vollzieht, die in einschlägigen Fachzeitschriften Raum finden (z.B.: Unsere Jugend, Heft 4/2011; Deutsche Jugend, Hefte 2/2011; 06/2010; 1/2009; 09/2009; Themenschwerpunkt: 07–08/2007; Jugendhilfe, Heft 06/2008).

Übergreifender fachlicher Entwicklungsbedarf

Über die bereits angeführten ansatzspezifischen Entwicklungsbedarfe hinaus bestehen vor allem in zweifacher Hinsicht übergreifende Bedarfe. Zum einen können der Wandel der bundesdeutschen Gesellschaft hin zu einer Einwanderungsgesellschaft und die damit einhergehenden Realitäten für die pädagogischen Präventionsangebote gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht folgenlos bleiben. Menschen mit Migrationshintergrund als selbstverständlichen Teil dieser Gesellschaft anzuerkennen bedeutet auch, diese in die Präventionsangebote einzubinden und hierbei auch Differenzen zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, sofern sie denn bestehen, zu beachten. Es stellt sich also die Aufgabe, die derzeitigen Angebote von ihrer Zentriertheit auf die Mehrheitsdeutschen ohne Migrationshintergrund zu lösen und inhaltlich offener zu gestalten. Der dargestellte Entwicklungsbedarf ergibt sich nicht zuletzt auch aus der Erkenntnis, dass rechtsextreme, ethnozentrische und fremdenfeindliche Orientierungen z.T. auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgeprägt werden (vgl. Bozay 2009; Greuel 2009) und die Pädagogik hierauf Antworten finden muss (vgl. Glaser/Greuel/Münch i. E.)⁹.

Weiterer Entwicklungsbedarf besteht darin, pädagogische Präventionsangebote nachhaltig in den bestehenden (Regel-)Strukturen zu ver-

9 Welche Antworten dies sind bzw. welche Ansätze und Methoden in diesem Zusammenhang im Feld pädagogischer Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit umgesetzt werden und welche Erfahrungen hiermit gemacht werden, steht im Zentrum einer Erhebung der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, deren Ergebnisse voraussichtlich 2012 veröffentlicht werden.

ankern und langfristige Kooperationen anzubahnen. Die aktuelle Präventionslandschaft ist geprägt von Angeboten der Kurzzeitpädagogik, d.h. vor allem von punktuellen Maßnahmen. Demgegenüber fehlt es häufig an längerfristigen Aktivitäten und Kooperationen. Entsprechende konzeptionelle Umsteuerungen und Neuentwicklungen wären wünschenswert.

Literaturverzeichnis

- Apfel, Holger (1999): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart: Deutsche Stimme
- Auernheimer, Georg (2007): Einführung in die interkulturelle Pädagogik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Begrich, David (2009): Kopie oder Entwendung? Zur politischen Ästhetik der „Autonomen Nationalisten“. In: Peters, Jürgen/Schulze, Christoph (Hrsg.): „Autonome Nationalisten“. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur. Münster: Unrast, S. 34–42
- Benz, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.) (2011): „Wir oder Scharia“? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Analysen und Projekte zur Prävention. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag
- Bozay, Kemal (2009): „... ich bin stolz, Türke zu sein“. Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag
- Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzberichte 2001–2010. Wiesbaden
- Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Elverich, Gabi (2004): Anhang: Expertise zu den bildungspolitischen Reaktionen auf die Einwanderungsgesellschaft in den Bundesländern. In: Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (Hrsg.): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag, S. 309–330
- Elverich, Gabi/Glaser, Michaela (2009): Mädchenspezifische Perspektiven auf die pädagogische Rechtsextremismusprävention. In: Betrifft Mädchen. 22. Jg. H. 1, S. 4–11
- Eltze, Wiebke (2010): Aktivitäten und Ansätze zur schulischen Rechtsextremismusprävention im bundesdeutschen Ländervergleich. Endbericht zu einer Recherche für das DJI (unveröff. Manuskript). Halle (Saale): DJI
- Frindte, Wolfgang/Neumann, Jörg (Hrsg.) (2002): Fremdenfeindliche Gewalttäter – Biografien und Tatverläufe. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Fritzsche, Heike/Liebscher, Doris/Pates, Rebecca (Hrsg.) (2010): Antidiskriminierungspädagogik. Konzepte und Methoden für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Wiesbaden: VS Verlag

- Glaser, Michaela/Greuel, Frank/Johansson, Susanne/Münch, Anna Verena (2011): Pädagogische Extremismusprävention: Ein Handlungsfeld mit Potenzialen und Fallstricken. In: DJI Impulse Nr. 94, S. 15–17
- Glaser, Michaela/Greuel, Frank/Münch, Anna Verena (i.E.): Ethnozentrismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: Soeffner, Hans-Georg im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.): Kongressband des 35. DGS Kongresses in Frankfurt am Main. Wiesbaden: VS Verlag
- Glaser, Michaela/Klingelhöfer, Susanne (2008): „Feuerwehrpolitik“ oder nachhaltige Zusammenarbeit? Kooperation von Schule und außerschulischer Bildung in der Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: DJI Bulletin Nr. 81, S. 16–17
- Glaser, Michaela/Rieker, Peter (2006): Interkulturelles Lernen als Prävention von Fremdenfeindlichkeit. Ansätze und Erfahrungen in Jugendbildung und Jugendarbeit. Halle (Saale): DJI
- Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.) (2007): Erlebnisswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag
- Gramelt, Katja (2010): Der Anti-Bias-Ansatz. Zu Konzept und Praxis einer Pädagogik für den Umgang mit (kultureller) Vielfalt. Wiesbaden: VS Verlag
- Greuel, Frank (2009): Ethnozentrismus bei Aussiedlerjugendlichen. Hamburg: Kovac
- Heitmeyer, Wilhelm (2002–2010) (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folgen 1–9. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Heitmeyer, Wilhelm (1987): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim/München: Juventa
- Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim (1995): Fremdenfeindliche Gewalt bei jungen Menschen. Biographische Hintergründe, soziale Situationskontexte und die Bedeutung strafrechtlicher Sanktionen. Bonn: Forum Verlag Godesberg
- Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2004): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag
- Jaschke, Hans-Gerd (1992): Moralische Empörung, totschweigen oder politisch bekämpfen? Warum das Fernsehen beim Thema „Rechtsextremismus“ unter chronischer Bildstörung leidet. In: Jansen, Mechthild M. et al. (Hrsg.)

- (1992): Rechtsradikalismus. Politische und sozialpsychologische Zugänge. Frankfurt am Main: Haag und Herchen, S. 83–100
- Kleinert, Corinna (2008): Ein Problem der Vergangenheit? Die Entwicklung fremdenfeindlicher Einstellungen. In: Gille, Martina (Hrsg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Ergebnisse aus dem replikativen Längsschnitt des DJI-Jugendsurvey. Wiesbaden: VS Verlag, S. 211–236
- Kleinert, Corinna/de Rijke, Johann (2001): Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Schubarth, Winfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske + Budrich, S. 167–198
- Kohlstruck, Michael (2002): Politische Bildung und Rechtsextremismus. www.loccum.de/material/bildung/kohlstruck.pdf
- Kohlstruck, Michael/Krüger, Daniel/Münch, Anna Verena (2007): Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus. Forschungsbericht an die Landeskommision Berlin gegen Gewalt. In: Landeskommision Berlin gegen Gewalt. (Hrsg.). Berliner Forum Gewaltprävention. Nr. 30. Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus. Forschungsbericht des Zentrums für Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus an der TU Berlin. Berlin: Landeskommision Berlin gegen Gewalt
- Kohlstruck, Michael/Münch, Anna Verena (2006): Hypermaskuline Szenen und fremdenfeindliche Gewalt. Der Fall Schöberl. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition, S. 302–336
- Krafeld, Franz Josef (2000): Von der akzeptierenden Jugendarbeit zu einer gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit. In: deutsche Jugend, 48. Jg., H. 6, S. 266–268
- Langebach, Martin/Raabe, Jan (2011): Die Genese einer extrem rechten Jugendkultur. In: Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hrsg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden: VS Verlag, S. 36–53
- Lehnert, Esther (2006): Plädoyer für eine geschlechterreflektierende sozialpädagogische Arbeit mit männlichen Fans, verfügbar unter: www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=605&Jump1=LINKS&Jump2=36&noNav=1, Zugriff: 14.12.12
- Möller, Kurt/Schumacher, Nils (2007): Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse bei Skinheads. Wiesbaden: VS Verlag

- Möller, Kurt (2000): Zur Grundlegung geschlechterreflektierender Ansätze sozialer und pädagogischer Arbeit zur Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. In: Deutsches Jugendinstitut – Projekt: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation zum Hearing des Deutschen Jugendinstituts und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 13. Januar 2000 in Berlin. Leipzig 2000, S. 59–76
- Möller, Kurt (2002): Pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze der Stärkung von Integrationspotenzialen zur Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auf dem Hintergrund von Anerkennungszerfall und Desintegration. Bielefeld/Esslingen www2.hs-esslingen.de/~moeller/Expertise%20P%e4dagogische%20und%20sozialarbeiterische%20Ans%e4tze%20zur%20Bearbeitung%20von%20Rechtsextremismus,%20Fremdenfeindlichkeit%20und%20Gewalt/
- Osborg, Eckart (2006): Der konfrontative Ansatz der Verunsicherungs-pädagogik in der Präventionsarbeit mit rechten und rechtsorientierten Jugendlichen. In: Weidner, Jens/Kilb, Rainer (Hrsg.): Konfrontative Pädagogik. Wiesbaden: VS Verlag, S. 165–181
- Peters, Jürgen/Sager, Thomas (2009): Streitpunkt „Autonome Nationalisten“. NPD-„Bürgernähe“ versus AN-„Straßenkampf“. In: Peters, Jürgen/Schulze, Christoph (Hrsg.): „Autonome Nationalisten“. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur. Münster: Unrast, S. 43–50
- Peters, Jürgen/Schulze, Christoph (Hrsg.) (2009): „Autonome Nationalisten“. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur, Münster: Unrast
- Peucker, Christian/Gaßebner, Martina/Wahl, Klaus (2003): Die Sicht der Polizei: Strukturanalyse fremdenfeindlicher, rechtsextremer und antisemitischer Tatverdächtiger. In: Wahl, Klaus (Hrsg.): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen: Leske + Budrich, S. 207–258
- Pingel, Andrea/Rieker, Peter (2002): Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Leipzig: DJI

- Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Weinheim/München: Juventa
- Rieker, Peter (2006): Rechtsextremismus – ein Jugendproblem? Altersspezifische Befunde und forschungsstrategische Herausforderungen. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung. 1. Jg., H. 2, S. 245–260
- Rommelspacher, Birgit (2000): Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus. In: Politische Vierteljahresschrift 37, Sonderheft 27/1996, S. 97–120
- Rommelspacher, Birgit (1992): Rechtsextremismus und Dominanzkultur. In: Faikik, A. et al. (Hrsg.): Ein Herrenvolk von Untertanen. Duisburg: DISS, S. 81–94
- Schedler, Jan (2011): „Moderne Antimoderne“: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990–2010. In: Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hrsg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden: VS Verlag, S. 17–35
- Schellenberg, Britta (2011): Die radikale Rechte in Deutschland: Sie wird verboten und erfindet sich neu. In: Langenbacher, Nora/Schellenberg, Britta (Hrsg.): Ist Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung, S. 59–83
- Schulze, Christoph (2009): Widerspruch und Innovation. Kontext, Geschichte und Charakter einer neuen Strömung des Neonazismus. In: Peters, Jürgen/Schulze, Christoph (Hrsg.): „Autonome Nationalisten“. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur. Münster: Unrast, S. 9–19
- Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel. 2. Aufl., Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Tagesschau/Infratest Dimap (2011): Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011. Umfragen. NPD wieder im Landtag www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-09-04-LT-DE-MV/umfrage-npd.shtml
- Wahl, Klaus/Tramitz, Chritiane/Blumtritt, Jörg (2001): Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen. Opladen: Leske + Budrich
- Wendel, Kay (2004): Ernüchternde Bilanz. In: Jahrbuch Opferperspektive. Potsdam, S. 7–10
- Willems, Helmut (2002): Rechtsextremistische, antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten in Deutschland. Entwicklungen, Strukturen,

- Hintergründe. In: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 141–157
- Willems, Helmut/Eckert, Roland/Würtz, Stefanie/Steinmetz, Linda (1993): Fremdenfeindliche Gewalt, Einstellungen, Täter, Konflikteskalationen. Opladen: Leske + Budrich
- Zick, Andreas (2011): Das Potenzial in Deutschland. Islamfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung. In: Benz, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): „Wir oder Scharia“? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Analysen und Projekte zur Prävention. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag, S. 31–47

Ethnozentrismus, Antisemitismus und politischer Radikalismus bei Jugendlichen – Ausprägungen, Präventionsstrategien und Praxiserfahrungen in Italien

Radikal, diffus und sehr aktiv

Wie andere europäische Länder erlebt auch Italien ein Wiederaufleben rechtsradikaler Bewegungen, Gruppierungen, Vereinigungen und politischer Parteien, deren am einfachsten zu identifizierende Gemeinsamkeit die Ablehnung des Anderen, des Fremden, des Verschiedenartigen (in Bezug auf eine sog. ‚Reinheit‘ der Abstammung) ist. Diese Zusammenschlüsse werben ihre neuen Mitglieder vorzugsweise unter Jugendlichen und setzen sich auch zu großen Teilen aus Jugendlichen zusammen. Statt von abgegrenzten und unabhängigen Gruppierungen zu sprechen, liegt es hier eher nahe, sie als ‚diffus‘ zu bezeichnen, da ihre Umrisse verschwommen erscheinen und auch ihre Verbindungen untereinander zahlreich sind. Diese diffuse Ansammlung besteht aus einer Vielzahl von Spektren: Für die einen steht die Verteidigung der arischen Rasse im Mittelpunkt, für andere der Ausdruck eines zutiefst nationalistischen Gefühls, oder auch das Voranbringen der christlichen Zivilisation. Es geht um die Großartigkeit der italienischen Identität, die Überlegenheit der ‚weißen‘ über andere ‚Rassen‘, die Unabhängigkeit des Nordens Italiens oder andersherum, die Hoheit des faschistischen Regimes, den Antisemitismus oder die Ablehnung insbesondere der muslimischen Migrantinnen und Migranten, den Kampf gegen kapitalistische und kommunistische Gesellschaftsmodelle, das Dritte Reich, den Negationismus, die Handlungs- und Lebensweise nationalistischer Skinheads u. a. mehr. Eine einheitliche Ideologie sucht man unter all diesen Ausrichtungen vergeblich.

Für Italien ist in dieser Hinsicht die Präsenz von Vertreterinnen und Vertretern rechtsextremer Parteien in den zentralen Machtinstitutionen bezeichnend und dies bereits seit Beginn der 1990er Jahre. In der Tat gehören Mitglieder der Lega Nord, einer zunächst regionalistischen Partei, die inzwischen stark fremdenfeindliche und homophobe Züge trägt

und der Alleanza Nazionale¹ (Ignazi 1994) seit 1994 der italienischen Regierung an, mit Unterbrechungen im Zeitraum von 1996 bis 2001 sowie von 2006 bis 2008. Obwohl der Vorsitzende der Alleanza Nazionale, Gianfranco Fini, offiziell mit dem Faschismus gebrochen hat und trotz des Zusammenschlusses mit der Partei von Silvio Berlusconi (Forza Italia)², bezieht sich eine der wichtigsten Strömungen der Partei, die Destra Sociale, weiterhin direkt auf die faschistoide Weltanschauung. Im Parlament (Abgeordnetenversammlung und Senat), aber auch in Straßburg und in den politischen Gremien der Gebietskörperschaften (Kommunen, Provinzen, Regionen)³ sind zahlreiche Abgeordnete vertreten, die diesen Parteien oder noch radikaleren Gruppierungen angehören (Dechezelles 2010). Die zunehmenden Wahlerfolge rechtsextremer Parteien sind in hohem Maße durch die „Politik der ausgestreckten Hand“ von Silvio Berlusconi, dem Vorsitzenden der erfolgreichen Rechtskoalitionen seit 1994, im Umgang mit den verschiedenen Organisationen begünstigt worden: zunächst dem Movimento Sociale Italiano – Alleanza Nazionale von Gianfranco Fini (Abkommen für Süditalien „Patto per l'Italia“ aus dem Jahr 1994), danach noch Radikaleren wie der Fronte Sociale Nazionale (Adriane Tilgher), der Fiamma Tricolore (Luca Romagnoli), der Alternativa Sociale (Alessandra Mussolini⁴) und La Destra (Francesco Storace) bei den Parlamentswahlen 2008. Im Übrigen wurden in den Jahren 1990 und 2000 die Prozesse gegen die Verantwortlichen der blutigen Attentate auf der Piazza Fontana (1969) und der Präfektur in Mailand (1973), in Brescia (1974) und auf dem Bahnhof von Bologna (1980) geführt, die von Mitgliedern neofaschistischer Zusammenschlüsse organisiert und begangen wurden.

1 Die ‚Alleanza Nazionale‘ ist aus der ehemaligen neofaschistischen Partei MSI (Movimento Sociale Italiano) hervorgegangen (Anm. d. Ü.).

2 Der Zusammenschluss wurde im Herbst 2010 durch Gianfranco Fini wieder in Frage gestellt, der seine eigene näher im rechten Zentrum angesiedelte Partei gründen möchte, um über eine Gruppe von Parlamentariern Druck auf den Ministerpräsidenten auszuüben, der deren Stimmen für das Erreichen der Mehrheit im Parlament benötigt.

3 Der Sieg von Gianni Alemanno bei den Kommunalwahlen in Rom im April 2008 stellte einen wichtigen Wegweiser dar. Neben der symbolischen Bedeutung (Rom ist die Hauptstadt des Landes und das Zentrum der faschistischen Propaganda, die sich mit dem vergangenen Glanz des antiken Roms schmückt), hat dieser Wahlerfolg jugendliche Neofaschisten auf den Plan gerufen, die sich durch die Stimme des Volkes legitimiert sahen und nicht zögerten, auf den Stufen des Rathauses aufzumarschieren und in faschistischer Manier zu grüßen (den rechten Arm hoch erhoben).

4 Enkelin des Diktators Benito Mussolini (Anm. d. Ü.).

Trotz zahlreicher Spaltungen, Teilungen, Fusionen und anderer Auflösungsformen sind unter den rechtsradikalen Vereinigungen einige doch recht stabil: unter anderem die Forza Nuova (angeführt von Roberto Fiore), das Movimento Sociale – Fiamma Tricolore, die Azione Sociale und La Destra. Zudem existieren im Nordosten der italienischen Halbinsel beständige und sehr aktive Gruppen jugendlicher Skinheads nach dem Vorbild der Veneto Fronte Skinhead, die in den großen Städten Venetiens, insbesondere in Verona, vertreten sind. Hier haben Mitglieder dieser Gruppe im Frühling 2008 den Tod eines jungen Mannes zu verantworten, der sich weigerte, ihnen eine Zigarette anzubieten. Die gleichen Jugendlichen hatten vorher mehrere junge Menschen in der Stadt angegriffen, unter anderem einen Kebab-Verkäufer. Dem Osservatorio Democratico zufolge gab es zwischen Januar 2005 und April 2008 262 gewalttätige Zwischenfälle, die von Mitgliedern neofaschistischer Organisationen begangen wurden, ebenso wie 100 Fälle von Vandalismus gegen Parteibüros, selbstverwaltete soziale Einrichtungen und Erinnerungstafeln an den Widerstand⁵ sowie eine zweistellige Zahl an gewalttätigen Vorfällen gegen Migrantinnen und Migranten, gegen militante beziehungsweise extreme Linke sowie gegen Homosexuelle, davon einige mit tödlichem Ausgang.

Außerdem entwickelt und verbreitet sich seit Anfang des neuen Jahrtausends ein heftiger und häufig gewalttätiger Hooliganismus. Selbst wenn Fankulturen seit mehreren Jahrzehnten das Leben in den und außerhalb der Stadien Italiens prägen, ist eine Zunahme der rechtsextremen Orientierungen unter Hooligans festzustellen, aber auch eine häufigere Ausübung von Gewalttaten durch Mitglieder dieser Gruppen in und um die Stadien. Die Gruppen sind vor allem der rechtsextremen Fanszene zuzuordnen (anders als in den 1970er Jahren, als die extreme Linke in den Fankurven der italienischen Stadien am stärksten Präsenz zeigte), (Colombo/De Luca 1996). Nun aber handelt es sich beim Hooliganismus in Italien vor allem um ein jugendliches Phänomen, und es sind vor allem Jugendliche, die den Neuzuwachs dieser Gruppierungen in großen Teilen ausmachen. Durch strenge Indoktrinierung und körperliches Training werden sie in einem ganzen Repertoire an Gewaltanwendungen und einer rassistischen, fremdenfeindlichen und homophoben Ausdrucksweise ‚ausgebildet‘. Häufig berichten die lokalen Medien von

5 Gegen das faschistische Regime (Anm. d. Ü.).

gewalttätigen Übergriffen: So werden z.B. schwere Gegenstände über die Sicherheitsnetze in den Stadien geworfen (Boule-Kugeln und in Catania sogar ein Motorroller). In den meisten Fällen handelt es sich bei den Tätern um junge Männer aus dem Arbeitermilieu oder aus kleinbürgerlicher Herkunft, die sich häufig in einer prekären beruflichen Situation befinden und mit wenig schulischem und kulturellem Kapital ausgestattet in den Parolen der radikalen Gruppierungen ein Mittel sehen, ihre materiellen Zwänge zu überwinden (Jagd auf Migrantinnen und Migranten, traditionalistisches Familienbild, Überbewertung sozialer Hierarchien). Ebenfalls zahlreich sind Zusammenstöße zwischen verschiedenen Skinhead-Fangruppen und Gesinnungsbekundungen in den Sportstätten: zum Faschistengruß erhobene Hände, rassistische Gesänge, Gestikulieren und Schreie sobald ein farbiger Spieler den Ball berührt, rechtsradikale Slogans und anderes mehr. In Rom zögern die Spieler im Übrigen nicht mehr, sich offen als faschistisch zu bezeichnen und dies stolz zu demonstrieren: Dies gilt insbesondere für Paolo Di Canio, der mehrfach während eines Spiels den Faschistengruß darbot und sich den Schriftzug „Dux“⁶ auf den Arm tätowieren ließ. Es lässt sich auch feststellen, dass die Jugendorganisationen der institutionalisierten Parteien wie der Lega Nord oder der Alleanza Nazionale mehr oder weniger enge Verbindungen zu Angehörigen der Hooliganszene unterhalten. Die Partei Forza Nuova ist ebenfalls sehr präsent in den Stadien, insbesondere durch ihre jungen Aktivisten. Bei einigen kann man sogar von „Mehrfachmitgliedschaften“ sprechen, da sie zugleich Mitglied und Aktivist einer Partei und einer Hooligangruppe sind. Das trägt auch dazu bei, dass Gedankengut, Slogans oder Praktiken zwischen solchen Gruppen zirkulieren, die jedoch offiziell jegliche Verbindung leugnen: Dies macht die Parteien unglaublich unwürdig und delegitimiert die Autonomieansprüche der Hooligangruppen gegenüber der Politik. Die Extreme Rechte hat in der Tat zwei Gesichter: ein salonfähiges, das häufig durch die Zugehörigkeit zu einer politischen Strömung oder Partei gekennzeichnet ist, die Kandidatinnen und Kandidaten zu den lokalen oder nationalen Wahlen stellt, und ein weniger salonfähiges, das eher Einstellungen oder Verhaltensweisen freien Lauf lässt, die sozial oder juristisch sanktionsfähig sind. Von Mitgliedern dieser verschiedenen Gruppen verübte Gewalttaten prägen regelmäßig das

6 Lateinisch für „duce [del Fascismo]“, „Führer [des Faschismus]“, wie Mussolini sich nennen ließ (Anm. d. Ü.).

aktuelle Geschehen in Italien. So starb etwa im Jahr 2003 ein Jugendlicher in einem sozialen Zentrum der linken Szene im Navigli-Viertel⁷ in Mailand nach einer Messerattacke durch Skinheads.

Seit Anfang des neuen Jahrtausends ist ebenfalls eine zunehmende Inbesitznahme von Örtlichkeiten durch rechtsextreme Gruppen mit faschistischer Ausrichtung zu verzeichnen, die sich vor allem aus Jugendlichen zusammensetzen. Räume werden entweder illegal durch Besetzung oder legal durch Anmietung belegt und dienen unterschiedlichen Zwecken und Aktivitäten: Die Nutzung reicht von der Vermietung an Familien mit niedrigem Einkommen, wie z.B. in der ‚Casa Pound‘ in Rom (seit 2003), bis zu militanten Zusammenkünften (Versammlungen, Treffen, technischen Örtlichkeiten der Bewegungen etc.). Diese Strategie der Inbesitznahme von Räumen feiert insbesondere in Rom bedeutende Erfolge – dank des medienwirksamen Charismas des Leiters der Casa Pound, Gianluca Iannone, einem ehemaligen Mitglied der Fronte della Gioventù (Jugendorganisation der neofaschistischen Partei Movimento Sociale Italiano), Gründer und Sänger der Rechtsrockband ‚Zeta Zero Alfa‘. In diesem Zusammenhang ist es wichtig herauszustellen, dass rechtsextreme Gruppierungen Musik auf zweierlei Weise nutzen: zum einen als Vehikel für ihr rassistisches, antikommunistisches oder faschistisches Gedankengut, zum anderen auch als Mittel zur Werbung neuer Mitglieder auf Konzerten oder Festivals (Metal, Hard Rock u.a.). Es gibt zahlreiche rechtsextreme Rockbands („Identitätsmusik“), einige sind sogar unumgängliche Bezugspunkte für die ideologische Prägung der jungen Aktivisten geworden („Zeta Zeta Alfa“, „La Compagnia dell’Anello“, „270BIS“ u.a.). Das entsprechende Publikum ist in der Mehrzahl männlich; Alkohol und der körperbetonte Pogo-Tanz spielen eine große Rolle. Im Übrigen ist durch Kommunikationswege und -möglichkeiten wie Webseiten, Musik- und Videoportale im Internet (z.B. Myspace, YouTube, Daily motion u.a.) sowie kleine private Radiosender (wie der von Gianluca Iannone, Radio Bandiera Nera, der rund um die Uhr über das Internet ausgestrahlt wird) die Verbreitung dieser Musik leichter geworden.

Auch junge Gymnasiastinnen und Gymnasiasten und Studierende sind bevorzugte Zielgruppen der rechtsextremen Bewegungen und Parteien für die Suche nach zukünftigen Mitgliedern (Dechezelles 2008). Neben den politisch-gewerkschaftlichen Organisationen der Lega Nord (Movi-

7 Die ‚navigli‘ sind als Verkehrswege genutzte Kanäle in Mailand (Anm. d. Ü.).

mento Universitario Padano) und der Alleanza Nazionale (Fare Fronte für Sekundarschüler/innen und Azione Studentesca für Studierende), gehören der Blocco Studentesco und der Lotta Studentesca zu den aktivsten Gruppen in den Gymnasien. Beide Organisationen stellen viele gewählte Studierenden-Vertreter/innen, vor allem in der Region Rom. Ihre Programme sind mehr oder weniger explizit neofaschistisch. Der Blocco Studentesco war auf Initiative von Gianluca Iannone, dem Sprecher der Casa Pound, eine Zeitlang eng mit der Partei Fiamma Tricolore verbunden, hat die Beziehung aber seit dem Ausschluss von Giannone im Mai 2008 abgebrochen. Lotta Studentesca steht in enger Verbindung mit der von Fiore und Morsello geführten Forza Nuova; beide wurden wegen Bildung bewaffneter Gruppen und krimineller Vereinigungen verurteilt, hielten sich aber zwischen dem Anfang der 1980er Jahre und dem Ende der 1990er Jahre in Großbritannien auf, um ihrer Strafe zu entgehen. Im Rahmen der Demonstrationen gegen die Bildungsreform im Jahr 2008 (nach dem Staatsminister für Bildung „Gelmini-Reform“ genannt) beteiligten sich auch Vereinigungen für Schüler/innen sehr aktiv, und es kam zu Scharmützeln mit den Ordnungskräften, die Auflagen und eine Verhaftungsserie von links- und rechtsextrem orientierten Studierenden nach sich zogen. Insbesondere in der Hauptstadt haben diese Vorfälle auch direkte Verbindungen zwischen den Ordnungskräften und bestimmten neofaschistischen Gruppierungen sichtbar werden lassen.

Vor allem Migrantinnen und Migranten im Visier

In Italien kommt seit Ende der 1990er Jahre und insbesondere seit Beginn des neuen Jahrtausends immer wieder ein feindseliges Klima gegen Migrantinnen und Migranten zum Ausdruck. Das gilt für das gesamte Staatsgebiet, jedoch kommt es in manchen Gegenden verstärkt zu solchen Vorfällen: Dies betrifft Rom, die Region Latium, Mailand sowie die Regionen Lombardei (Bergamo) und Venetien (Verona, Treviso und vor allem Padua). Dabei sind es insbesondere die städtischen Randzonen oder Vororte, in denen viele Migrantinnen und Migranten, aber auch viele Mitglieder radikaler Gruppen, Gruppierungen, Vereinigungen oder Parteien leben. Aber auch in südlicheren Regionen Italiens wie Calabrien oder Apulien sind Gewalttaten gegen Migrantinnen und Migranten zu verzeichnen, insbesondere gegen illegale Arbeiter/innen

in der Landwirtschaft, die in der Tomatenproduktion oder im übrigen Gemüseanbau ausgebeutet werden. Häufiges Verprügeln, der Sklaverei nicht unähnliche Lebensumstände und entsetzliche Unterbringungs-, Arbeits- und Gesundheitsbedingungen dieser illegalen Arbeiter/innen, sind durch die Presse öffentlich gemacht worden, nachdem sie von Hilfsorganisationen für illegale Einwanderer, von Menschenrechts- und Arbeiterorganisationen angeprangert worden waren. Im Sommer 2008 wurde in Mailand ein 19-jähriger afrikanischer Herkunft – Abdul Salam Guibre – durch einen Händler und seinen Sohn, die ihn beschuldigten, eine Packung Kekse aus dem Lebensmittelgeschäft der Familie gestohlen zu haben, mit Eisenstangen zu Tode geprügelt. Bestimmte Bevölkerungsgruppen verschiedener Nationalitäten sind stärker im Visier rechtsradikaler Gruppierungen als andere: Albanier/innen, Roma, Maghrebinier/innen, Afrikaner/innen aus Gebieten südlich der Sahara und Osteuropäer/innen (insbesondere aus Rumänien). Seit mehreren Jahren wird den Roma-Camps eine offensive Fremdenfeindlichkeit entgegengebracht, mit der die Bewohner/innen für die Schwierigkeiten des Landes verantwortlich gemacht werden. Neben vielzähligen Gewalttaten, die gegen Angehörige dieser Bevölkerungsgruppen verübt werden, ist hier vor allem das in Brand setzen dreier Roma-Camps zu nennen. In einem Vorort Neapels kam es zu einem solchen Angriff durch Bewohner/innen eines nahegelegenen Viertels, nachdem ein 14-jähriges Roma-Mädchen der versuchten Entführung eines sechs Monate alten Babys beschuldigt wurde.

Aber in diesem speziellen Fall kommen neben den illegalen, durch bestimmte Mitglieder rechtsradikaler Gruppen organisierten ‚Strafaktionen‘, solche Maßnahmen hinzu, die von offiziell gewählten und von der Bevölkerung legitimierten Volksvertreterinnen und Volksvertretern initiiert werden. So beschloss die linke Kommunalverwaltung von Padua (Bürgermeister ist Flavio Zanonato, Mitglied der Partito Democratico, der größten Partei der Koalition von Romano Prodi) am 9. August 2006 den Bau einer 84 Meter langen und drei Meter hohen Grenzmauer (80.000 Euro), um ein Wohnquartier der Stadt, in dem wegen des schlechten Bauzustandes und den demzufolge niedrigen Mieten viele Migrantinnen und Migranten wohnen – angeblich, um zu verhindern, dass sich Dealer im Zuge von Polizeiaktionen in dieses Gebiet zurückziehen oder daraus flüchten. Am 30. Oktober 2007 überzog eine neue Welle von Antiziganismus Italien, nachdem die junge Frau Giovanna Reggiani in Tor di Quinto, in der Nähe eines Elendsviertels einer römischen Vorstadt, ermor-

det wurde. Es stellte sich heraus, dass ihr Mörder ein illegaler Einwanderer aus Bukarest war. Als Vergeltungsmaßnahme wurden vier Rumänen am 2. November 2007 auf einem Parkplatz vor einem Einkaufszentrum in Torre Gaia brutal verprügelt. Ausgehend von diesem Vorfall wurde im Sommer 2008 ein biometrisches und ethno-religiöses Register der in Rom, Neapel und Mailand lebenden Roma propagiert: Deren Präfekten werden seitdem von Innenminister Roberto Maroni, selbst Mitglied der fremdenfeindlichen Partei Lega Nord, auch ‚Kommissare für den nomadischen Notfall‘ genannt. In Verona wurde der Bürgermeister der Stadt, Flavio Tosi, der ebenfalls der Lega Nord angehört, in erster Instanz verurteilt (später freigesprochen), eine rassistische Politik gegen die Roma verfolgt zu haben. In Rom verbot der Bürgermeister Gianni Alemanno, ehemals Verantwortlicher der Jugendorganisation des Movimento Sociale Italiano, den Armen der Stadt, Mülleimer zu durchsuchen und generell Picknicks im öffentlichen Raum durchzuführen. Er hatte während des Kommunalwahlkampfes für den Fall seines Wahlsieges versprochen, 20.000 illegale Einwanderer auszuweisen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten waren. Allgemein betrachtet, wurde und wird die Zuwanderung von rechtsgerichteten und rechtsextremen Parteien in Italien vor allem zu einem Sicherheitsproblem konstruiert, um eine Verschärfung der geltenden Gesetzgebung zu rechtfertigen (Ritaine 2005). Seit einigen Jahren treibt die Lega Nord auch die Bildung sog. ‚Bürgerwehren‘ oder anders gesagt: ‚Bürgerliche Unterstützung für die städtische Sicherheit‘ voran, eine Art privater Rundgänge von Bewohnerinnen und Bewohnern, die in einigen Fällen die unverhohlene Unterstützung der örtlichen Ordnungskräfte besitzen (so gestattete z.B. der Bürgermeister von Chiari in der Provinz Brescia, der der Lega Nord angehört, den Bürgerwehren, ein Mal pro Woche die Räumlichkeiten der örtlichen Polizei zu nutzen). Ob rechts- oder linksgerichtet, die Politiker verteidigen diese Art von Politik mit dem Verweis auf die massive Zuwanderung von Migrantinnen und Migranten nach Italien innerhalb kurzer Zeit. Sie können auch auf die emotionale Berichterstattung zählen, mit der die Medien, insbesondere das Fernsehen, über das Ankommen der Flüchtlinge an den Küsten Italiens, vor allem auf den Inseln Lampedusa und Sizilien berichten. Seit kurzem vereint auch das „Feindbild“ des Muslimen die Spannungen und Ängste auf sich, die die Erfolge der rechtsextremen Parteien, insbesondere der Lega Nord nähren. Letztere hat die Provokationen gegen Muslime vervielfacht (bewusste Gleichstellung von Islam, Islamismus

und Terrorismus; Beschmutzung von Flächen mit Schweinekot, die für den Bau einer Moschee bestimmt sind; Kampagnen und Plakataktionen gegen die Burka und anderes). Auch die Kandidatur der Türkei für die Aufnahme in die Europäische Union wird mit diesem Fokus thematisiert und das erlaubt es den rechtsextremen politischen Gruppierungen, mehrere ihrer bevorzugten Themen zu kombinieren, wie z.B. Rassismus, Ablehnung von Muslimen, Schließen der Grenzen. Mit Blick auf diese landesweiten und lokalen Ausmaße hat die italienische Bischofskonferenz ihre ‚große Besorgnis‘ geäußert; die politische Opposition bezeichnet die Kampagnen als ‚rassistisch‘; Amos Luzzatto, der ehemalige Präsident der Vereinigung jüdischer Gemeinden in Italien (UCEI – Unione delle Comunità ebraiche italiane; Anm. d.Ü.) bekundete, dass dieser Kurs ihn an die Rassengesetze Mussolinis (1938) erinnere.

Das Zeitalter ‚postkonstitutionellen Rechts‘

Unser Zeitalter wurde von einigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als das des ‚postkonstitutionellen Rechts‘ bezeichnet, um zu verdeutlichen, in welcher Weise rassistische Verhaltensweisen schrittweise an die Stelle konstitutioneller sozialer Bindungen treten konnten. Die Krise ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern erschüttert auch das Vertrauen in die Gesellschaft. Es steht nun an, Kontexte zu schaffen, in denen es nicht mehr länger um ‚Schuld‘, sondern um ‚Verantwortung‘ geht (verstanden als Verbindung von Rechten und Pflichten) und sich in deren Erschaffung zu üben. Aus dieser Perspektive könnte es hilfreich sein, Berührungspunkte zwischen den Minderheiten ausfindig zu machen. So könnte eine die allgemeinen Bedürfnisse schützende Sozialpolitik weiterentwickelt werden mit dem Ziel, wegzukommen von einer Verteidigung der Bedürfnisse der einzelnen Minderheiten im Besonderen hin zu gemeinsamen Bewältigungsstrategien der Probleme von Anerkennung und Würde von Minderheiten in ihrer Gesamtheit. Dabei stellt die Annahme einer ‚nationalen Identität‘ das erste vieler Vorurteile dar: Um dieser Annahme den Boden zu entziehen, reicht es nicht aus, sich für eine bloße Kohabitation verschiedener Identitäten einzusetzen. Man muss das Kleid untersuchen, in das sich jede hüllt, und vor allem, den *anderen* erkennen, der sich in uns befindet, um emotional dem begegnen zu können, der *anders* ist als wir. Das Unbekannte kann Angst hervor-

bringen und Schranken aufrichten; Kennen trägt zu Verstehen und einem geneigten Urteil bei. Aber heute leben wir, wie die Philosophin Francesca Remotti feststellt (Rogotti 2010), in Zeiten der Angst – und dieser Angst fällt die Tatkraft der Menschen zum Opfer, aus der die Freiheit erwachsen könnte. Diese Angst, der wir uns nicht widersetzen können, verlangt nach Sicherheit in dem Maße, in dem die Angst die Freiheit zerstört. Das Gegengift der Angst ist der Mut: eine Tugend, die erlernt und geübt werden muss, um die Demokratie wiederzubeleben.

Strafpolitik und strafrechtliche Verfolgung

Italien ist heute durch politische Konstellationen gekennzeichnet, die Dank offen provokativer Positionen und einer, die angenommene ‚italienische Identität‘ verteidigenden Haltung, einen großen Rückhalt in der Wahlbevölkerung errungen haben: mit Bildern der Beschmutzung öffentlichen Bodens, der für den Bau von Moscheen bestimmt ist, durch an der Leine geführte Schweine (vgl. Corriere della Sera 2010; Leone 2010) oder mit Wahlplakaten mit der Aufschrift „Zigeuner raus!“ (dies wurde anschließend gerichtlich verurteilt, in letzter Instanz durch den Kassationsgerichtshof), (vgl. Corte Suprema di Cassazione 2010). Wie Giovanna Zincone, die Präsidentin des Internationalen und Europäischen Forums für Migrationsforschung (FIERI), kürzlich deutlich gemacht hat, „ist es eine Sache, gewisse Praktiken nicht zu billigen, und delinquentes Verhalten zu ahnden, aber es ist eine andere, fortlaufenden Missachtungsäußerungen für eine ganze Gruppe im Allgemeinen freien Lauf zu lassen“ (Zincone 2010).

Bereits im Jahr 2006 wurde in einem Bericht des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen gefordert, in Erhebungen und Forschungen klar zwischen Gewalttaten, Bedrohungen und Beschimpfungen zu unterscheiden (vgl. Diène 2007). Dies konnte sich in Italien bislang nicht durchsetzen. Des Weiteren wurden durch das Gesetz zu „Änderungen des Strafgesetzbuchs bezüglich Meinungsdelikten“ aus dem Jahr 2006 die Sanktionsmöglichkeiten für den Tatbestand geschwächt. Damit stellt sich die Gesetzgebung gegen die vom Europarat 2008 in einer Grundsatzentscheidung vorgeschlagene Ausrichtung, den Kampf gegen bestimmte Formen und Ausdrucksarten von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit über den Weg des Strafrechts zu führen.

Es wird oft eingestanden, dass das Strafrecht nicht das bevorzugte Instrument gegen Diskriminierungen sein kann: Tatsächlich macht es die ‚schwache‘ Position der Opfer rassistischer Verhaltensweisen (häufig Migrantinnen und Migranten ohne geregelten Aufenthaltsstatus) in vielen Fällen noch schwieriger und riskanter, die vom Gesetzgeber vorgesehenen strafrechtlichen Instrumente in Anspruch zu nehmen. Bis auf besonders schwerwiegende Delikte, bei denen rassistische Motive strafverschärfend wirken (definiert im Gesetz Nr. 205/93, in solchen Fällen kann die Staatsanwaltschaft von sich aus die Strafverfolgung übernehmen), ist für alle anderen Fälle diskriminierender Praktiken die Möglichkeit der Strafverfolgung durch Klageeinreichung vorgesehen. Dies birgt jedoch die Schwierigkeit, Beweise für den im Zusammenhang mit einem tatsächlichen oder beabsichtigten diskriminierenden Akt erlittenen Schaden zu erbringen – eine notwendige Voraussetzung für die Annahme eines Falles als Delikt. Das hat zur Folge, dass die Opfer strafwürdiger Handlungen aus Angst vor eventuellen Bedrohungen oder dem Vorwurf der Verleumdung seitens der Angeklagten in den meisten Fällen darauf verzichten, Klage einzureichen.

Es ist also nicht weiter verwunderlich, dass bis heute kaum Urteile zu Fällen von rassistischer Diskriminierung vorliegen. Im Hinblick auf die Umsetzung in der Rechtsprechung hat die „Nationale Vereinigung gegen rassistische Diskriminierung“ (UNAR) (Garzia 2005, S. 86) die Tendenz ausgemacht, dass alle Vorfälle, die nicht in das Anwendungsschema der besonderen Sanktionen für besonders schwerwiegende Delikte des Gesetzes (siehe oben) fallen, als Formen der (unpolitischen) Beleidigung, der Bedrohung oder der privaten Gewalt eingeordnet werden (UNAR 2005). Im dritten Länderbericht zu Italien hat die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz bemängelt, dass die italienischen Gerichte im Jahr 2001 nur in drei, im Jahr 2002 in vier, im Jahr 2003 in zwei Fällen und im Jahr 2004 in keinem Fall Verurteilungen wegen rassistisch motivierter Straftaten ausgesprochen haben.

Vor diesem Hintergrund war ein Fall, der bis vor das Kassationsgericht⁸ getragen wurde, da die Anwälte gegen die Verurteilung von Mitgliedern einer als rechtsextrem eingeschätzten Gruppierung (Citti/Maiorca 2006) nach dem Antdiskriminierungsgesetz Berufung einge-

8 Das Kassationsgericht ist der oberste Gerichtshof in Italien, dessen Rechtsauffassung für untere Instanzen bindend ist, Anm. d. Hrsg.

legt hatten, besonders bedeutsam (Diritto 2002, S. 2). Bei vorangegangenen Prozessen in vergleichbaren Fällen waren jugendliche Anhänger von Organisationen, die auf die Verteidigung der ‚weißen‘ und ‚arischen Rasse‘ sowie gegen die Zuwanderung von anderen ‚Rassen‘ angehörenden Personen nach Italien ausgerichtet waren, in erster Linie nach § 3 des Antidiskriminierungs-Gesetzes (Nr. 654/75) verurteilt worden, da sie – wie auch in diesem speziellen Fall – öffentlich Gedankengut verbreitet hatten, das die Überlegenheit der ‚arischen‘ gegenüber der ‚jüdischen‘ oder ‚farbigen‘ Rassen propagierte; darüber hinaus hatten sie zu diskriminierenden Handlungen gegenüber den genannten ‚Rassen‘ angestiftet sowie Vereinigungen geleitet bzw. an deren Aktivitäten teilgenommen, die rassistische Diskriminierungen zum Ziel hatten. Zusätzlich wurden sie nach § 4 (Nr. 645/52, Verbot des Wiederaufbaus der ‚Faschistischen Partei‘⁹) sowie nach § 5 des Antidiskriminierungs-Gesetzes (Nr. 645/52, Verbot der Organisation von Demonstrationen, ähnlich derer der aufgelösten Faschistischen Partei) verurteilt. Die Anwälte der in erster Instanz sowie vor dem Appellationsgerichtshof Verurteilten begründeten ihre Berufung vor dem Kassationsgericht damit, dass das durch die Angeklagten geäußerte Gedankengut lediglich als einfache Meinungsäußerungen einzustufen sei, und beriefen sich dabei auf das verfassungsmäßig verankerte Recht auf Meinungsfreiheit (Art. 21). Damit griffen sie insbesondere § 3 des Antidiskriminierungsgesetzes bzw. dessen Auslegung und Anwendung durch die vorangegangenen gerichtlichen Instanzen an. Diese Argumentation ließ das Gericht jedoch nicht gelten: „Das Recht auf freie Meinungsäußerung, gesichert durch den Artikel 21 der Verfassung, darf nicht ausgeweitet werden auf die Rechtfertigung von Handlungen oder Verhaltensweisen, die, obwohl sie ein Ausdruck persönlicher Überzeugungen sind, immer auch anderen verfassungsgemäßen Prinzipien und durch die interne und internationale rechtsstaatliche Ordnung garantierten Werten verpflichtet sind.“ Es wurde also berücksichtigt, dass die Regelungen zu rassistischen Diskriminierungen eine Anwendung des verfassungsrechtlich verankerten Prinzips der Gleichheit darstellen (Art. 3). Auf dieser Basis könnten solche Äußerungen nicht geduldet werden und somit lasse sich auch die Beschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung rechtfertigen.

9 Gemeint ist die faschistische Partei Mussolinis, Anm. d. Hrsg.

Umsetzung der EU-Richtlinien und des ‚Sicherheitspakets‘

Dass in Italien eine spezifische Gesetzgebung zum Schutz vor Diskriminierungen existiert und ein höheres Niveau an gesetzlichem Schutz in dem Bereich erreicht werden konnte, ist vor allem Europa zu verdanken. Die Durchführungsbestimmungen der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien (insbesondere Nr. 2000/43/CE und 2000/78/CE) sehen keine Möglichkeit vor, bereits bestehende Antidiskriminierungsvereinbarungen außer Kraft zu setzen. Im Gegenteil, sie betonen ausdrücklich den Schutz der bereits geltenden und im Einheitstext zur Einwanderung enthaltenen Antidiskriminierungsbestimmungen, indem ihnen ein ergänzendes und überlagerndes normatives Instrument zur Seite gestellt wird¹⁰. Tatsächlich ist die juristische Architektur des Schutzes vor Diskriminierungen, wie sie im Einheitstext zur Einwanderung von 1998 enthalten ist, durch die mit dem Gesetz zur Einwanderung Nr. 189 von 2002 (auch ‚Bossi-Fini-Gesetz‘ genannt) eingeführten verschärften Einwanderungsbestimmungen nur gestreift worden. Überdies sind Migrantinnen und Migranten mit unsicherem Aufenthaltsstatus dem Ermessensspielraum der Verwaltung und damit auch institutioneller Diskriminierung ausgeliefert: Bereits im Jahr 2002 hatten angesehene Juristinnen und Juristen das ‚Bossi-Fini-Gesetz‘ als eine Reform bezeichnet, die „die Freiheit beschneidet, die Justiz einengt und bei genauem Hinsehen keineswegs die Sicherheit erhöht“, doch mit der zweiten Reform sieben Jahre später wurden die Vorgaben des italienischen Gesetzgebers noch kategorischer. Denn mit dem sog. ‚Sicherheitspaket‘ von 2009 gilt Folgendes:

- illegale Einwanderung und illegaler Aufenthalt werden fortan als Straftat definiert;
- Integrationsvereinbarungen, besser bekannt unter dem Namen ‚Punkteerlaubnis‘, erlauben den Behörden, Bedingungen für den regulären Aufenthalt einer Ausländerin/eines Ausländers in Italien festzulegen;
- Bürgermeister/innen erhalten neue Machtbefugnisse, auf ihrem Gebiet ‚städtische Unordnung‘ zu verfolgen;

10 Dies zieht allerdings Auslegungsprobleme nach sich und führt schließlich zu einer größeren Aufmerksamkeit gegenüber rassistischen oder ethnischen Diskriminierungen als solchen aufgrund des Glaubens und der persönlichen Meinung, des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Orientierung.

- sog. ‚Anti-Nomadenverordnungen‘ machen ethnische Erfassungen möglich;
- ein inklusives soziales Modell gilt, den verfassungsmäßig festgeschriebenen Grundsatz der Gleichheit missachtend, nur für diejenigen, die den durch das Parlament vertretenen ‚Werten‘ der sozialen Mehrheit verbunden sind (Pepino 2009).

Die Akteure sind bereit, es fehlt der Regisseur

In Italien sind zahlreiche Stellen mit der Sammlung von Informationen zu Diskriminierungsvorfällen beauftragt. Der Einheitstext zur Einwanderung sah bereits vor der Umsetzungsvorschrift der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie 2000/43 vor, dass die Regionen in Zusammenarbeit mit den Provinzen, den Kommunen und den Verbänden des Dienstleistungssektors Beobachtungs- und Informationsstellen sowie Rechtsberatungsstellen als Anlaufpunkte für ausländische Opfer von Diskriminierungen einrichten. Allerdings haben erst wenige italienische Regionen regionale Bestimmungen zur Verstärkung der durch die nationale Gesetzgebung vorgegebenen Prinzipien und Vorrechte eingeführt, darunter Friaul-Julisch Venetien (das im Jahr 2007 einen Sonderbericht veröffentlicht hat, vgl. IRES 2007), Ligurien, die Toskana¹¹, sowie die Emilia-Romagna mit dem ‚Difensore Civico dell’Emilia-Romagna‘ von 2010: Die Emilia-Romagna hat mit ihren ‚Knoten‘, ‚Anlaufstellen‘ und ‚Antennen‘ ein Netz von mindestens 144 Stellen geschaffen (vgl. Romagna Oggi 2009), die in gewissen Fällen (wie in Piacenza, vgl. Il Piacenza 2009) vor allem mit Ansätzen der Versöhnungsarbeit und der Mediation arbeiten und die gerichtliche Auseinandersetzung (z.B. Einsatz von Friedensrichtern) als letztes Mittel betrachten. Die regionalen Gesetze (wie z.B. Lazio 2008) sehen häufig die Einrichtung bzw. die Verstärkung von Beobachtungsstellen im regionalen bzw. provinziellen Rahmen vor.

Unmittelbar nach Inkrafttreten der Umsetzungsvorschrift der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie Nr. 2000/43 wurde die Gründung einer nationalen Organisation für die Förderung der Gleichbehandlung ohne

11 Am 3. Juni 2009 wurde das Gesetz Nr. 316 angenommen, das Vorschriften für Aufnahme, partizipative Integration und Schutz ausländischer Bürger/innen in der Toskana vorschlägt (Proposta di legge n. 316).

Ansehen der Rasse oder der ethnischen Herkunft und für den Kampf gegen Diskriminierungen beschlossen. So wurde über einen Gesetzeserlass die Nationale Vereinigung gegen rassistische Diskriminierung, kurz: UNAR, beim Präsidenten des Ministerrates – Abteilung für Chancengleichheit (heute Ministerium für Chancengleichheit) angesiedelt. Die UNAR übt eine Kontrollfunktion aus und garantiert die Gleichbehandlung sowie die Effizienz der Schutzinstrumente. Die organisatorischen Modalitäten der UNAR sehen vor, dass das Personal (20 Mitarbeitende, darunter auch Führungskräfte) aus dem Präsidium des Ministerrates und anderen öffentlichen Verwaltungen hervorgeht. Zudem können bis zu zehn weitere Mitarbeitende angestellt werden, z.B. Anwältinnen und Anwälte, Richter/innen, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und andere Expertinnen und Experten, die nicht zwangsläufig der öffentlichen Verwaltung entstammen müssen. Die inhaltliche Ausrichtung der institutionellen Aktivitäten liegt in der Zuständigkeit des Ministers für Chancengleichheit. Diese neue Organisation ist ermächtigt, in Zusammenarbeit mit Vereinen oder Verbänden und anderen Organisationen (Provincia Regionale di Messina) Studien und Recherchen (vgl. UNAR 2007) sowie Weiterbildungskurse oder Erfahrungsaustausche zu organisieren. Außerdem hat die Verwaltung der UNAR ein Pflichtenheft verabschiedet, das die Einrichtung und Betreibung einer Anlauf- und Koordinierungsstelle zur Unterstützung der Antidiskriminierungsarbeit vorsieht. Diese Arbeit erfolgt auf zwei Ebenen: Das Angebot der ‚Anlaufsstelle‘ deckt das gesamte Staatsgebiet ab und hat die Aufgabe, Zeugenangaben von Personen, Verwaltungsorganen oder nichtstaatlichen sozialen Einrichtungen zu eventuellen Diskriminierungsfällen zu sammeln und zu prüfen. Auf einer zweiten Ebene wird eine systematische Bearbeitung von Phänomenen der Diskriminierung und ihre Prävention angestrebt, indem genaue Informationen gesammelt, Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt werden sowie eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit verfolgt wird. Die Arbeit ist im Moment rund um Zentralstellen (‚focal points‘) organisiert, die in den vier Makroregionen des Staatsgebiets aktiv sind: Norden, Süden, Mitte und Inseln. Diese Knotenpunkte werden auf der Basis einer Vereinbarung zwischen der UNAR und einem Konsortium von Nichtregierungsorganisationen, angeführt von den ACLI (Christliche Vereinigungen der Arbeiter Italiens), verwaltet. Die von der UNAR verfolgte Interventionsstrategie, die vor allem auf der „moral suasion“ (moralischen Einflussnahme; Anm. d.Ü.) und der infor-

mellen Versöhnung beruht, hat sich allerdings hemmend auf Opfer von Diskriminierungen ausgewirkt, darüber hinaus auch juristische Schritte zu wählen, obwohl diese eine bedeutendere und vielleicht bezeichnendere und dauerhaftere Wirkung im Kern der italienischen Gesellschaft hinterlassen könnten.

Seit 1978 existiert zudem eine interministerielle Arbeitsgruppe für Menschenrechte (CIDU) (vgl. Rete Pari Opportunita Homepage 2010) und seit 2004 ein Komitee gegen Diskriminierung und Antisemitismus (vgl. Ministero dell'Interno 2010). Die Regionalen Räte für Zuwanderung¹² verwalten und analysieren auf der Ebene der Provinzen Phänomene von Diskriminierung. Im Jahr 2005 wurde außerdem ein Zentralrat der Muslime in Italien gegründet. Unlängst hat die Beobachtungsstelle gegen Antisemitismus verschiedene Fälle von Diskriminierung jüdischer Menschen aufgedeckt (vgl. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte 2009). Darüber hinaus existiert seit Dezember 2009 eine Beobachtungsstelle von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Kreise der Abgeordnetenkommission (vgl. U Velto 2009). Schlussendlich sind auch die in Genua, Bologna (vgl. La Repubblica Metropoli 2010) und anderen Städten nach dem Vorbild der im Jahr 2003 in Pistoia entstandenen Antidiskriminierungsstellen zu nennen. Diese stellen einen Referenzrahmen für Interventionsmodi auf nationaler Ebene dar (vgl. CAPP 2007), ebenso wie die hervorragenden Initiativen zivilgesellschaftlicher Netzwerke (vgl. Comune di Ravenna 2009) auf regionaler¹³ und provinzieller Ebene.

In Italien fehlt es auch nicht an Analysen¹⁴ und spezifischen Erhebungen, wie die im Rahmen der Initiativen der aktuellen Beobachtungsstelle der Abgeordnetenkommission durchgeführte Rassismus-Studie mit dem Titel: „Ich und die anderen. Die Jugendlichen in Italien im Wind des Wandels“ (vgl. CdPdALdR 2010) oder auch die von der Organisation für Kultur und Entwicklung (Associazione Cultura e Sviluppo; Anm. d.Ü.) geförderte Studie über zivilgesellschaftliche Kultur der Jugendlichen, im

12 Der Regionale Rat für Zuwanderung ist eine kollegiale Organisation auf provinzieller Ebene, wie es der § 57 der Verordnung des Präsidenten der Republik (D.P.R.) Nr. 394/99 vorsieht (Umsetzungsverordnung des Einheitstextes und der Bestimmungen zur Kontrolle der Zuwanderung sowie der Bestimmungen zur Rechtsstellung des Ausländers/der Ausländerin, erlassen in der Vollzugsverordnung Nr. 286 vom 25. Juli 1998).

13 Z.B. das ‚Centro Regionale contro le discriminazioni‘ der Region Emilia-Romagna, www.provincia.rimini.it/progetti/immigrati/2008_rete_ad/mn_discrimina.htm.

14 Hier z.B. die Analysen der Fondazione ISMU u.a. www.ismu.org/ISMU_new/ricerche-scheda.php?ID=1459.

Rahmen derer fast 700 Schüler/innen im letzten Jahr der Sekundarstufe II in Alessandria befragt wurden. Diese Untersuchung zeichnet ein beunruhigendes Bild der jugendlichen Welt, die leicht durchlässig für diskriminierende Logiken erscheint, weit entfernt von der europafreundlichen und international ausgerichteten Weltsicht vorhergehender Generationen und klar aufgeteilt zwischen Integration und Intoleranz (vgl. Citta Futura Homepage 2010) – und vielleicht hat Rosalinda Cappello Recht, wenn sie behauptet, dass die Jugendlichen rassistisch sind, weil sie in Unsicherheit leben (vgl. APC 2010): Hier fehlt ein starker politischer Wille, sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene, der es ermöglicht, die (ethnischen oder religiösen) Minderheiten an die ‚autochthone Mehrheit‘ anzunähern und Momente oder Kontexte für einen Dialog zu schaffen. Zu oft kommt es allerdings vor, dass die öffentlichen Verwaltungen entweder direkt – indem sie institutionelle Diskriminierungen begünstigen – und bzw. oder indirekt – indem sie versäumen, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Haltungen als solche zu benennen – selbst dazu beitragen, die Bedingungen für die Abwertung bestimmter Minderheiten zu schaffen. Hierdurch verletzen sie offenkundig grundlegende Rechte, die von internationalen Konventionen, der nationalen Verfassung, der europäischen Gesetzgebung und nicht zu vergessen, von jedem Mitgliedsstaat anerkannt sind. Es fehlt eine landesweit einheitliche Zielrichtung: Diese braucht es jedoch zwingend, um solche Phänomene wirkungsvoll ans Licht zu bringen und sich ihnen zu widersetzen.

Gegenkulturen in den Schulen fördern

In Italien gibt es ebenso wie in anderen europäischen Ländern zahlreiche Beispiele für vorbildliche Projekte, in denen sich einige Lehrkräfte und Schulleitungen trotz mangelnder ökonomischer Ressourcen sehr engagieren und die solch komplexe Themen, wenn schon nicht diskutieren, zumindest ins Bewusstsein rücken und darauf fokussieren. Entsprechende Projekte und Multi-Media-Experimente sind u.a. in Mailand, Palermo, Pesaro und Rom entstanden¹⁵. Auch in diesem Fall kamen die grundlegenden Impulse, ebenso wie wir es bereits im Absatz über die

15 Zum Projekt in Mailand: vgl. Barrio 2010, in Palermo: vgl. Progetto Giovani Palermo 2010, in Pesaro: vgl. Sola me ne vo Blog 2010 und Rom: vgl. Youdem TV Homepage 2010.

landesspezifischen Regelungen unterstreichen konnten, von den europäischen Institutionen, denen es durch Programme wie Comenius, Grundtvig, Youth in Action, Fundamental Rights and Citizenship¹⁶ u.a. gelungen ist, interessante Initiativen wie etwa ‚Otherwise different‘, um nur eine zu nennen, ins Leben zu rufen. Dieser Ausdruck geht auf den Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen zurück, der ihn nutzt, um die vielfältige Natur unserer Identitäten zu beschreiben, die uns zwingt, Entscheidungen über die relative Wichtigkeit unserer verschiedenen Zusammenschlüsse oder Zugehörigkeiten in jedem spezifischen Kontext neu zu treffen. Er wurde als Name eines Projekts¹⁷ gewählt, dank dessen viele Mikro-Kontexte des Dialogs, von Diskussion und Debatten zwischen Erwachsenen und jungen Erwachsenen geschaffen wurden, insbesondere solchen, die jüdischen und muslimischen Gemeinschaften angehören, die in verschiedenen, junge Menschen direkt betreffenden sozialen Bereichen aktiv sind (in Italien: Turin und Padua, in Deutschland: Frankfurt und Köln sowie in Bulgarien: Sofia). Mehrere mobile Werkstätten wurden so ins Leben gerufen, in denen man sich von Mal zu Mal enger mit verschiedenen Kontexten und mit immer mehr Menschen auseinandersetzt. Jede Werkstatt ist wie eine Fernsehtalkshow organisiert, die einem von den Mitwirkenden zuvor beschlossenen Ablauf folgt. Dabei ist die Mitwirkung eines externen Publikums eingeplant. Im Rahmen einer solchen Veranstaltung wurde gemeinsam über einen Essay von Amartya Sen reflektiert, der anschließend mit den Gedanken eines anderen Nobelpreisträgers, Elias Canetti, in Bezug gesetzt wurde. Dabei wurde einerseits der aktuelle Erfolg offen rechtsextremer Parteien in verschiedenen Teilen der europäischen Union analysiert¹⁸; andererseits wurden Schlüsselstellen des Werkes ‚Masse und Macht‘ herausgegriffen und diskutiert, um das Ausmaß der den Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft häufig verborgenen und für die Situation von Minderheiten typischen Schwie-

16 Zum Comenius-Programm: vgl. Alpimedia Communication Homepage 2010, zum Youth in Action Programm: vgl. Giovanisi Blog 2010, zur Xenos-Projektgruppe an der Universität Turin: vgl. Council of Europe 2010 und zum Fundamental Rights and Citizenship: vgl. Europäische Kommission Homepage 2010.

17 Vgl. hierzu Società Ricerca e Formazione di Torino. 2010 und Laboratorio Culturale Blog 2009 sowie Moked Blog 2010.

18 Zu nennen sind hier Geert Wilders, Vorsitzender der niederländischen Partei für die Freiheit; Ján Slota, Gründer und Präsident der nationalistischen Partei der Slowakei; Udo Voigt an der Spitze der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD); Gábor Vona, Gründer der Magyar Gárda, der Ungarischen Garde und die Lega Nord in Italien.

rigkeiten, die angeblichen ‚gespaltenen‘ Identitäten, besser verstehen zu können. Die Überlegungen wurden vor allem mit der Thematisierung der Bedeutung der Medien verbunden, die in beiden Konstellationen (Wahlerfolg und Schwierigkeiten von Minderheiten) eine besonders wichtige Rolle spielen. Der Grundgedanke des Projekts, junge Menschen über an Talkshows angelehnte Werkstätten einzubeziehen, ist durchaus zu befürworten, aber für die Zukunft müssen wir diese neuen Einflussgrößen und Machtfaktoren ergründen und versuchen, die virtuellen Phänomene von Macht und die Überbleibsel (Demonstrationen auf der Straße sind nunmehr weniger konfliktreich) physischer Phänomene (wie die Aufstände in den Vorstädten) zu beeinflussen.

Die Schulwelt durchlebt in Italien in Reaktion auf die mit der Bildungsreform 2008 (Gelmini-Reform¹⁹) in Kraft getretenen Maßnahmen im Augenblick eine kritische Phase. Aber die größte Anfälligkeit ist bei den Jugendlichen zu beobachten, die Ausbildungszentren besuchen und oft als Risikogruppen eingeschätzt werden. Glücklicherweise findet man in diesem Feld häufig Erzieher/innen, die bereit sind, sich um dringliche Fälle zu kümmern. Diese arbeiten mit den Jugendlichen an der wesentlichen Unterscheidung zwischen Stereotypen, die für die Jugendlichen positiver, ja sogar strategischer Bestandteil für die Bestärkung und Bestätigung ihrer Identität und ihrer Kompetenzen sind und Vorurteilen, die dagegen jegliche Interaktion zwischen ‚unterschiedlich Unterschiedlichen‘ verhindern. Entlang solcher Grenzen und Grenzziehungen können die wirksamsten Praktiken entstehen¹⁹, das heißt also, im Bereich des Interkulturellen²⁰.

19 Z.B. Nicodemo (o. J.).

20 Siehe Arbeitsgruppenpapier *L'educazione interculturale e la formazione alla convivenza* (Regierung von Italien Homepage 2010).

Literaturverzeichnis

- Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2009): Anti-Semitism - Summary overview of the situation in the European Union 2001–2008. In: www.fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Antisemitism_Update_2009.pdf (04.06.2010)
- Alpimedia Communication Homepage (APC) (2010.): In: www.alpimedia.it/icompi/il_progetto.htm (04.06.2010)
- Associazione Progetto Gaia (APC) (2010): Zingari e terroni, i Giovani precari diventano razzisti. In: www.progettogaia.it/stampa/stampanotizia.asp?id=1471 (04.06.2010)
- Barrio (2010): Progetti per le scuole 2008–2009. In: www.barrios.it/drupal_imm/presentazione%20scuole%202008-09.pdf (04.06.2010)
- Centro Antidiscriminazione della Provincia di Pistoia (CAPP 2007) (2007): Report 2007. Pistoia. In: www.provincia.pistoia.it/OSSERVATORIO_SOCIALE/sito/cen_anti_discrim/Report%20Centro.pdf (04.06.2010)
- Citta Futura Homepage (2010): In: www.cittafutura.al.it/web2009/_pages/sommario.php?URL=cittafutura.al.it&LNG=IT&L=2&C=76&T=news&D=IT{61A64342-FDCA-CDAA-81DB-438565DF1591}&A=0 (04.06.2010)
- Citti, Walter/Maiorca, Alessandro (Hrsg.) (2006): Parità di trattamento e tutela giuridica dalle discriminazioni per motivi etnico-razziali o religiosi. LEADER Project, Working paper, S. 16
- Colombo, Dario/De Luca, Daniele (1996): Fanatics. Voci, documenti e materiali del movimento ultrà. Rom
- Conferenza dei Presidenti delle Assemblee Legislative delle regioni (CdPdALdR) (2010): Io e gli altri: i giovani italiani nel vortice dei cambiamenti. In: [www.parlamentiregionali.it/dbdata/documenti/\[4b7d2c0c77d9b\]ricerca_razzismo_2010.pdf](http://www.parlamentiregionali.it/dbdata/documenti/[4b7d2c0c77d9b]ricerca_razzismo_2010.pdf) (04.06.2010)
- Comune di Ravenna (2009): Nasce la rete civile contro il razzismo e la xenophobia. Homepage-Beitrag vom 10.07.2009. In: www.comune.ra.it/Notizie/Nasce-la-rete-civile-contro-il-razzismo-e-la-xenofobia (04.06.2010)
- Corriere della Sera (2010): Maiale al guinzaglio contro la moschea. Nachricht vom 07.10.2010. Mailand. In: www.corriere.it/cronache/07_novembre_10/maiale_moschea_padova.shtml (04.06.2010)

- Corte Cass (2011): Teil I: Sitzung vom 28.02.2001, Nr. 341. In: Diritto, Immigrazione e Cittadinanza, 2002, S. 2
- Corte Suprema di Cassazione (2010): Sentenza N. 2129 vom 10.07.2009. Rom, In: www.asgi.it/public/parser_download/save/cassazione_41819_301109.pdf (04.06.2010)
- Council of Europe (2010): Global Education newsletter Nr. 70 vom Januar 2010. In: www.coe.int/t/dg4/nscentre/ge/GE_Newsletter/GE_Newsletter70_en.asp (04.06.2010)
- Dechezelles, Stéphanie (2008): The Cultural Basis of Youth Involvement in the Italian Extreme Right Organisations. In: Journal of Contemporary European Studies, 16 Jg., H. 3, S. 365–375
- Dechezelles, Stéphanie (2010): Renouncing Violence or Substituting for it? The Consequences of the Institutionalisation of Alleanza Nazionale on the Culture of Young Neofascist Activists in Italy. In: Leaman, Jeremy/Wörsching, Martha (Hrsg.): Youth in Contemporary Europe: Converging Cultures? London, S. 268–281
- Diène, Doudou (2007): Report of the Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance. Addendum. Mission to Italy. In: www.cospe.it/uploads/documenti/allegati/doudou_diene_mission_to_italy.doc (04.06.2010)
- Difensore Civico dell'Emilia-Romagna (2010): Codice contro le discriminazioni. In: www.assemblealegislativa.regione.emilia-romagna.it/wcm/al/aal/orgind/difciv/index/invisibile/codice_discriminazioni/par/Quaderno_3_-_Codice_Antidiscriminazione.pdf (04.06.2010)
- Europäische Kommission Homepage (2010): In: www.ec.europa.eu/justice_home/funding/rights/doc/ag_grants_2007_en.pdf (04/06/2010)
- Fondazione ISMU. In: www.ismu.org/ISMU_new/ricerche-scheda.php?ID=1459 ((04.06.2010)
- Garzia, Maria Antonia (2005): La cornice normativa interna in materia di discriminazioni razziali ed etniche e ruolo dell'UNAR. In: AA.VV.: Integrazione e non discriminazione. Panorama normativo e ruolo dell'UNAR, Presidenza del Consiglio dei Ministri. Rom
- Giovanisi Blog (2010) : Giovani contro il razzismo! Un progetto europeo al via. Youth Against Racism! Beitrag vom 15.04.2010. In: www.giovanis.intoscana.it/?p=2741 (04.06.2010)
- Homepage der Antidiskriminierungsstelle von Pistoia (2010). In: www.provincia.pistoia.it/OSSERVATORIO_SOCIALE/sito/cen_anti_discrim/inizio.htm (04.06.2010)

- Homepage des Ministeriums für Chancengleichheit (2010): In : www.pariopportunita.gov.it/index.php?option=com_content&view=article&id=121&Itemid=126 (04.06.2010)
- Ignazi, Piero (1994): *Postfascisti? Dal Movimento Sociale Italiano ad Alleanza Nazionale*. Bologna
- Il Piacenza (2009): *Discriminazione? I primi step sono riconciliazione e mediazione*. Beitrag vom 26.03.2009. In: www.ilpiacenza.it/cronaca/discriminazione-i-primi-step-sono-riconciliazione-e-mediazione.html (04.06.2010)
- Istituto di Ricerche Economiche e Sociali (IRES) (Hrsg.) (2007): *Rapporto annual Osservatorio contro la discriminazione 2007*. In: www.fvgssolidale.regione.fvg.it/infocms/repositPubbl/table4/67/allegati/Rapporto%20annuale%202007%20discriminazioni.pdf (04.06.2010)
- La Repubblica Metropoli (2010): *Un centro anti-discriminazioni a Bologna*. In: www.temi.repubblica.it/metropoli-online/un-centro-anti-discriminazioni-a-bologna/?com=1437 (04.06.2010)
- Leone, Barbara (2010): *Calderoli: Maiale Day contro le moschee*. In: www.giovani.it/news/societa/calderoli_maiale_day.php (04.06.2010)
- Ministero dell'Interno (2010): *Comitato contro la discriminazione e l'antisemitismo*. In: www.interno.it/mininterno/export/sites/default/it/temi/religioni/Comitato_contro_la_discriminazione_e_lxantisemitismo.html (04.06.2010)
- Nicodemo, Cristina (o.J.): *Sezione Didattica – Villaggio Volint. Scheda tematica: Razzismo e Xenofobia*. In: www.volint.it/scuolevis/razzismo/Razzismo%20e%20xenofobia.doc (04.06.2010)
- Pepino, Livio (2009): *Le migrazioni, il diritto, il nemico. Considerazioni a margine della legge n. 94/2009*. In: *Diritto, immigrazione e cittadinanza*, Nr. 4/2009, Mailand, S. 9–20
- Progetto Giovani Palermo (2010): *Io non ho paura dell'altro*. In: www.progettogiovanipalermo.it/index.php?option=com_content&view=article&id=1768:io-non-ho-paura-dellaltro&catid=29:primo-piano&Itemid=142 (04.06.2010)
- Proposta di legge n. 316: *Norme per l' accoglienza, l' integrazione partecipe e la tutela dei cittadini stranieri in Toscana*. In: www.regione.toscana.it/regione/multimedia/RT/documents/5f65337badef1fc2c4ec113973b5efe1.pdf (04.06.2010)

- Provincia Regionale di Messina. Osservatorio Antidiscriminazione. In: www.provincia.messina.it/servizi/osservatorio-antidiscriminazione (04.06.2010)
- Regierung von Italien Homepage (2010): Arbeitsgruppenpapier Léducazione interculturale e la formazione alla convivenza. In: www.governo.it/GovernoInforma/Dossier/scuola_bambini_stranieri/educazione_interculturale.pdf (04.06.2010)
- Regionalgesetz von Lazio Nr. 10 vom 14.07.2008: Disposizioni per la promozione e la tutela dell'esercizio dei diritti civili e sociali e la piena uguaglianza dei cittadini stranieri immigrati. In: www.astrid-online.it/rassegna/12-03-2009/RegLazio-L.r.-14_07_08-n10.pdf (04.06.2010)
- Regione Emilia Romagna Homepage (2010): In: www.emiliaromagnasociale.it/wcm/emilia-romagnasociale/home/antidiscriminazioni/protocollo.htm (04.06.2010)
- Rete Pari Opportunità Homepage (2010): In: www.retepariopportunita.it/Rete_Pari_Opportunita/UserFiles/Normativa/Novita/CIDU.pdf (04.06.2010)
- Rigotti, Francesca (2010): E se l'antidoto alla paura fosse il coraggio? In: *Animazione Sociale*, Nr. 240 www.animazionesociale.gruppoabele.org
- Ritaine, Evelyne (Hrsg.) (2005): *La politique de l'étranger*. Paris
- Romagna Oggi (2009): Razzismo, la Regione contro le discriminazioni. Beitrag vom 16.03.2009. In: www.romagnaoggi.it/emilia/2009/3/16/118502/ (04.06.2010)
- Società Ricerca e Formazione di Torino (2010): *Einladung zur Vorstellung des Projektes Otherwise Different*. Turin. In: www.piemonteimmigrazione.it/site/images/stories/appuntamenti/documenti/invito_OTHERWISE_DIFFERENT.pdf (04.06.2010)
- Sola me ne vo Blog (2011): Il progetto per le scuole. Beitrag vom 03.11.2008. In: www.solamenevo.blogspot.com/2008/11/il-progetto-per-le-scuole.html (04.06.2010)
- Ufficio Nazionale Antidiscriminazioni Razziali (UNAR) (2005): *Efficacia degli strumenti di tutela nel contrasto alle discriminazioni razziali e proposte di modifica della normativa vigente. Relazione a cura dell'Ufficio Nazionale Antidiscriminazioni Razziali al Parlamento sull'effettiva applicazione del principio di parità di trattamento ex articolo 7, comma 2, lett. f), decreto legge 215/2003*. Ministero per le Pari Opportunità. Rom

- ⁹Ufficio Nazionale Antidiscriminazioni Razziali (UNAR) (2007): Un anno di attività contro la discriminazione razziale. Rapporto UNAR 2007. Relazione al Presidente del Consiglio dei Ministri sull'attività svolta dall. In: www.uni.net/sos.razzismo/Sito/UNAR_RAPPORTO_2007.pdf (04.06.2010)
- U Velto (2009): Roma, l'osservatorio sui fenomeni di xenofobia e razzismo. Beitrag vom 23.12.2009. In: www.sucardrom.blogspot.com/2009/12/roma-losservatorio-sui-fenomeni-di.html (04.06.2010)
- Zincone, Giovanna (2010): L'emergenza integrazione di rom e sinti. Una proposta interpretativa e alcune buone pratiche. Torino. In: www.fieri.it/emergenza_integrazione_di_rom_e_sinti_una_proposta_interpretativa_e_alcune_buone_pratiche.php (04.06.2010)

Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit in Spanien während der wirtschaftlichen Krise

Zur Situation in Spanien

Die fremdenfeindliche Offensive in ganz Europa im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise ist eine Tatsache. Spanien bildet hier keine Ausnahme. Mit einer beispiellosen Hetze sucht die neue extreme Rechte den Anschluss an einen Teil der Bevölkerung, der Immigration, kulturelle und religiöse Diversität, ebenso wie den europäischen Zusammenschluss an sich, mit Argwohn betrachtet. Vielfältige Faktoren rufen Unruhe und Enttäuschung hervor, wobei die Wirkung des Diskurses der Intoleranz hierbei bedeutend ist.

Diese fremdenfeindliche und rassistische Offensive wird hauptsächlich über das Internet und durch direkte Aktionen, wie Kundgebungen auf den Straßen, forciert. Ihr geht es nicht darum, die Migrationspolitik zu kritisieren, sondern sie verfolgt eine Strategie, die den demokratischen Zusammenhalt und damit auch ein integratives Zusammenleben in Vielfalt direkt angreift. Dabei nutzt sie jegliche sozialen Spannungen, die durch Immigration, religiösen Pluralismus und soziale oder kulturelle Vielfalt hervorgerufen werden.

Spanien ist weder ein rassistisches, noch fremdenfeindliches, antisemitisches oder islamfeindliches Land, aber es existieren derartige Verhaltensweisen und Vorfälle. Unsere Gesetze und Institutionen sind nicht geleitet von antidemokratischen Vorstellungen, von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, aber es gibt organisierte Verhaltensweisen und Formen der Intoleranz, die besonders gefährlich sind in Zeiten der wirtschaftlichen Krise. Gegenüber Vorstellungen einer offenen, kosmopolitischen Gesellschaft, von Weltbürgerschaft sowie einer Globalisierung, die den Werten der Demokratie und der Universalität der Menschenrechte verpflichtet ist, setzen sich zunehmend Positionen durch, die sich an Protektionismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit orientieren.

Die demokratische Antwort auf die fremdenfeindlichen Kampagnen ist äußerst schwach und dadurch nicht in der Lage, Vorurteilen gegen Einwanderinnen/Einwanderer sowie deren Stigmatisierung und Dämo-

nisierung entgegenzuwirken. Gelegentlich manifestieren sich fremdenfeindliche Bilder und Themen sogar in angesehenen Kommunikationsmitteln und durch Vertreter/innen von Institutionen. Der Propaganda, die darauf ausgerichtet ist, die Immigration in Verruf zu bringen oder zu kriminalisieren, ist es inzwischen auch gelungen, den Diskurs der konventionellen demokratischen Parteien zu beeinflussen.

Geringschätzung der Gleichberechtigung – Zunahme der Intoleranz

Die wirtschaftliche Krisensituation begünstigt die Zunahme der fremdenfeindlichen Vorurteile und verschärft den Druck auf Einwanderinnen/Einwanderer. In offiziellen Umfragen zeigt sich eine latente Ablehnung eines gleichberechtigten Zugangs zu Arbeit, Gesundheitswesen und Bildungswesen, ebenso wie zu jeder anderen Art der sozialen Fürsorge. Diese Ablehnung zeigt sich auch in diskriminierenden Situationen im Alltag. Hinzu kommt die Hetze der extremen Rechten, die – im Einklang mit dem populistischen europäischen Neofaschismus – den Hass auf die Gruppe der Einwanderinnen/Einwanderer und ihre Diskriminierung auf der Straße und im Internet mit Slogans wie: „Stoppt die Invasion“ oder „Spanier zuerst“ befeuert, um so den Konflikt weiter anzuheizen.

Die organisierten fremdenfeindlichen Aktivitäten der letzten Jahre wurden stark durch die Wahlerfolge der rechtsextremen Formationen in einem stagnierenden Europa stimuliert. Die neue extreme Rechte in Spanien ähnelt der in anderen Ländern der Europäischen Union und folgt den bereits von ihren Gesinnungsgenossen beschrittenen Wegen. In allen europäischen Ländern wirbt sie mit ähnlichen Bannern und Slogans für eine „nationale Präferenz“. Als Verursacher wirtschaftlicher und sozialer Krisen präsentiert sie bestimmte Gruppen und schürt damit Fremdenfeindlichkeit. Manche Postulate sind geradezu obszön, sie rücken Einwanderer in einen Zusammenhang mit Kriminalität sowie mit terroristischem Risiko und führen Probleme der Demokratie und der Korruption auf diese Gruppe zurück – letztendlich Positionen, die den faschistischen Diskursen der 1930er Jahre ähneln, wenn auch hinsichtlich Ästhetik und Vorgehensweise in leicht abgemilderter Form.

Mit ihrer Verankerung auf legalen politischen Plattformen erhält die Fremdenfeindlichkeit zudem eine für das Zusammenleben sehr gefährliche Facette. Sie präsentiert sich offiziell als demokratisch, hinter die-

ser Fremdenfeindlichkeit verbirgt sich jedoch nicht nur der Hass auf Immigrantinnen und Immigranten, sondern sie zielt auf die Abschaffung der Demokratie. Dies belegen einige Aufrufe im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, wie z.B. die Forderung nach einer „Regierung der Nationalen Rettung“. Zur Lösung der wahrgenommenen Konflikte werden der Entzug der Rechte für Immigrantinnen und Immigranten und eine Bevorzugung der Spanier/innen (Slogan: „Spanier zuerst“) gefordert. Die wachsende Fremdenfeindlichkeit geht einher mit religiöser und kultureller Intoleranz, insbesondere in Form von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Diese Formen der Intoleranz sind mit dem üblichen Rassismus gegen das Volk der Roma und der anhaltenden Diskriminierung bestimmter Gruppen wie Homosexuelle und Behinderte verbunden.

Durch die so konstruierten Feindbilder werden diese Gruppen zu einem potenziellen Ziel für Übergriffe rassistischer und neonazistischer Gruppen, die sich u.a. aus den Reihen rechtsextrem orientierter Fußballfans rekrutieren. Die neofaschistischen und neonazistischen Gruppierungen richten ihre Gewalt insbesondere gegen Immigrantinnen/Immigranten, junge Antifaschistinnen/Antifaschisten, Homosexuelle, Bedürftige und andere Gruppen, die durch Rassismus und Intoleranz gefährdet sind. Diese sichtbaren Aktionen und die davon ausgehende Bedrohung bilden sich im vorherrschenden öffentlichen Diskurs in Spanien kaum ab. Die Existenz solcher Erscheinungsformen wurde bislang verneint und Vorfälle wurden auf Fälle allgemeiner Jugendgewalt von beispielsweise ‚städtischen Gangs‘ reduziert. Angesichts fortwährender Angriffe, circa 200 spanischer Websites mit propagandistischen Inhalten und Aufrufen, der Verbindung vieler dieser neonazistischen Gruppen zu internationalen Netzwerken sowie einschlägiger Kundgebungen auf den Straßen, scheint ein solcher Diskurs, der derartige Gewaltausbrüche trivialisiert und intolerante Erscheinungsformen banalisiert, nicht länger haltbar zu sein.

Betrachtet man das Ausmaß rassistischer und neonazistischer Erscheinungsformen, das im Rahmen des Beitrags weiter beschrieben werden soll, so wirkt die institutionelle Antwort ziemlich gleichgültig. Es gibt auf institutioneller Ebene keine spezifischen politischen Maßnahmen, um die wirkungsvolle fremdenfeindliche Hetze der neuen extremen Rechten zu bekämpfen. Das erscheint umso unverständlicher, als die neue extreme Rechte bisher auf politisch-institutioneller Ebene eher schwach aufgestellt ist, so dass jetzt noch Handlungsmöglichkeiten bestehen, die von den politischen Institutionen genutzt werden sollten.

Intoleranz in Spanien – aktuelle Forschungsergebnisse und Beobachtungen

Alle Umfragen weisen ausnahmslos daraufhin, dass die Fremdenfeindlichkeit angestiegen ist. Die Schulumfrage vom Forschungszentrum für Migrations- und Rassismusstudien der Complutense-Universität Madrid (CEMIRA) zu Einstellungen zu Immigration und Wertewandel aus dem Jahr 2008 zeigt auf, dass der Weg zur Integration ein langer sein wird. Die Intoleranz richtet sich besonders gegen Marokkaner/innen und Roma, gefolgt von Lateinamerikaner/innen – der Gruppe, deren Ablehnung am stärksten gestiegen ist. Auch das Ansehen der Osteuropäer/innen (insbesondere der Rumäninnen/Rumänen)¹ ist stark gesunken.

Zustimmung zu „Aus Spanien ausweisen“:

Marokkaner/innen:	46,9 % (2004) und 39,1 % (2008):	– 7,8 %
Roma:	29,5 % (2004) und 27,4 % (2008):	– 2,1 %
Lateinamerikaner/innen:	12,6 % (2004) und 24,7 % (2008):	+ 12,1 %
Asiatinnen/Asiaten:	13,0 % (2004) und 23,0 % (2008):	+ 10,0 %
Schwarze Afrikaner/innen:	16,5 % (2004) und 18,8 % (2008):	+ 0,9 %
Juden:	17,9 % (2004) und 18,8 % (2008):	+ 0,9 %

14 % der jungen Leute würden eine rassistische Partei wählen, drei Prozent mehr als 2002. Der Studie „Jugend und Immigration“ des Instituts der Jugend (INJUVE) zufolge sind Jugendliche heute rassistischer eingestellt als noch vor sechs Jahren. Die Studie, die mit jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren durchgeführt wurde, weist darauf hin, dass 14 % der Jugendlichen eine Partei mit rassistischer oder fremdenfeindlicher Einstellung wählen würden, während sich 2002 nur 11 % in diesem Sinne geäußert haben. Nichtsdestotrotz weckt die Lebenswelt der Jugendlichen, die in den Stadtvierteln und Schulen mit Vielfalt und interkultureller Mischung aufwachsen, die interkulturelle Hoffnung. Die INJUVE-Ergebnisse zeigen, dass immer mehr Jugendliche (13- bis 14-Jährige) Einwanderung als eine normale Tatsache akzeptieren und sie als positiv betrachten: Über 90 % sind dieser Ansicht, auch wenn Nischen der Intoleranz gegen die kulturelle, ethnische und religiöse Diversität existieren. Diese sind eine Herausforderung für die Arbeit von Pädagoginnen/Pädagogen und von

1 Die Datenangaben hierzu fehlen leider.

Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich an Jugendliche wenden. Auch die ‚Staatliche Beobachtungsstelle für das schulische Zusammenleben des Erziehungsministeriums‘ weist auf das Phänomen der Intoleranz in Klassenzimmern hin: Zwei Drittel der Schüler/innen lehnen es demnach ab, mit Marokkanerinnen bzw. Marokkanern und Roma zusammen zu arbeiten. Mehr als die Hälfte der Befragten würde keine Aufgabe mit einem Juden teilen wollen.

Über 70 % der Schüler/innen glauben, dass sie bezüglich des durch die Folgen von Migration und Einwanderung verursachten Schadens nicht aufgeklärt werden².

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene verändert die Wirtschaftskrise den Blick auf Immigration. Im Rahmen des Barometers der Carolina Stiftung von 2008, das vom Zentrum für Soziale Forschungen (CIS) durchgeführt wurde, gaben 52 % der Befragten an, dass die Krise eine ‚erhebliche Änderung‘ in der Einwanderungspolitik zur Folge haben müsse. Weitere 30 % meinen, dass ‚einige Änderungen‘ gemacht werden müssten. Obwohl mehr als die Hälfte der Befragten versichern, dass sie Freunde mit unterschiedlichen ethnischen oder religiösen Zugehörigkeiten haben, würden 44 % es bevorzugen, in einer Gesellschaft zu leben, in der Kultur und Religion von einer Mehrheit geteilt werden. Allerdings denken 43 % das Gegenteil. Die Daten des Barometers des CIS zeigen auch, dass mit 54 % mehr als die Hälfte davon überzeugt ist, dass Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft benachteiligt behandelt werden.

Weitere Daten, die 2010 vom ‚Staatlichen Sekretariat für Immigration‘ in Spanien veröffentlicht wurden, bestätigen die Notwendigkeit nicht nur der Aufmerksamkeit, sondern der Entwicklung einer Bildungsstrategie in Hinblick auf fremdenfeindliche Vorurteile. Es gibt bedeutende Prozentanteile von Bürger/innen, die der Meinung sind, es gäbe zu viele Immigranten, die diskriminierende Haltungen annehmen wie das Motto der „nationalen Präferenz“, die auf verschärfte Immigrationspolitik und -gesetze setzen, die eine Gleichbehandlung in Frage stellen oder die vermuten, dass die Einwanderinnen/Einwanderer das Dienstleistungsangebot und den Wohlfahrtsstaat verschlechterten. Dies zeigt, dass die Vermittlung einer positiven Botschaft bezüglich der Rolle der Immigration bisher scheiterte.

Vorurteile und Intoleranz gegen Roma sind in Spanien weiterhin sehr verbreitet. Es gibt Diskriminierung und vereinzelt schwerwiegende Taten

2 Die Datenquelle wird vom Autor nicht benannt (Anm. d. Hrsg.).

gegen Roma. Trotzdem haben rassistische Vorfälle und Übergriffe, wie die in Cortegana (Huelva) vorgefallenen, eine vielversprechende Reaktion der Justiz hervorgerufen.

Leugnung des Holocaust und Antisemitismus

Im Laufe der letzten Jahre haben verschiedene Organisationen führende Leugner des Holocaust eingeladen, ebenso wie noch lebende SS-Veteranen und herausragende Größen des internationalen Neonazismus. Das ‚Simon Wiesenthal Center‘ forderte vom spanischen Innenministerium, solche Auftritte von Personen, die wegen Verleugnung des Nazi-Holocaust verurteilt wurden, zu verbieten. Darüber hinaus verbreiten bestimmte Verlage wie ‚Europa‘ oder ‚Kaki‘ rassistische Schriften, obwohl sie strafrechtlich sanktioniert wurden.

Der Antisemitismus hat, befördert durch die Stärke der wirtschaftlichen Krise und den Israel-Palästina-Konflikt, zugenommen. Die geringen Gegenmaßnahmen der Institutionen und Medien, die zu zahlreichen Gelegenheiten antisemitische Themen verbreiten, sind bemerkenswert. Auffällig ist außerdem, dass einige linke Strömungen existieren, die im Rahmen politischer Auseinandersetzungen den Judenhass fördern.

Die Anti-Defamation League präsentierte eine 2008 durchgeführte Umfrage zu ‚Einstellungen zu Juden in sieben europäischen Ländern‘, die nachweist, dass ein Großteil der alten antisemitischen Vorstellungen von Millionen europäischer Bürger/innen geteilt wird. Die Umfrage wurde mit 3.500 Erwachsenen in Österreich, Frankreich, Ungarn, Polen, Deutschland, Spanien und dem Vereinigten Königreich durchgeführt, je 500 Befragte pro Land. Fast die Hälfte aller Befragten sind der Ansicht, dass Juden Israel gegenüber loyaler sind als gegenüber dem Land, in dem sie als Staatsbürger/innen leben, ein Anteil, der in Deutschland und Polen über 50 % und in Spanien sogar 64 % erreicht. Auch glauben 40 % aller Befragten das alte antisemitische Vorurteil, dass Juden in der Geschäftswelt zu viel Macht haben – in Spanien liegt der Prozentsatz bei 53 % und damit über dem europäischen Durchschnitt. Außerdem sind 74 % der Meinung, dass Juden den internationalen Finanzmarkt beeinflussen. Und 23 % aller Befragten bestätigen, dass ihre Meinung zu Juden von den Aktivitäten des israelischen Staates beeinflusst wird, eine Zahl, die in Spanien bei 36 % liegt.

Grundsätzlich ähneln diese Daten den Ergebnissen einer in 2007 durchgeführten Umfrage zum gleichen Thema³. Im Falle Spaniens hat sich die Mehrheit der Indikatoren verschlechtert. Die gegenwärtige Zunahme des antisemitischen Diskurses und der damit zusammenhängenden Gewalt nahm im Jahr 2000 ihren Anfang: Verbreitet wurde, dass ‚die Juden‘ Pläne hätten zur wirtschaftlichen und politischen Herrschaft; dass die Globalisierung das Ergebnis einer jüdischen Verschwörung sei; dass man ihnen nicht trauen könne; dass der Zionismus eine grausame Form des Rassismus sei, der die Palästinenser vertreiben wolle und den Weltfrieden gefährde. Antisemitismus zeigt sich in vielfältigen Formen – in Vorurteilen, Karikaturen, Witze über Juden und antisemitischen Artikeln in den Medien sowie in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen – in Kultur, Sport und Politik. Beispielhaft genannt seien die Angriffe auf eine Synagoge in Barcelona, der verbale Angriff auf den israelischen Botschafter nach einem Fußballspiel im Bernabeu-Stadium und ein Interview mit dem Holocaust-Leugner David Irvin in einem Medium mit großer Auflage.

In Spanien wird der Kampf gegen den Antisemitismus noch sehr unzureichend geführt, obwohl die Umfragewerte und die angeführten Beispiele eine weite Verbreitung zeigen. Der Kampf gegen Antisemitismus sollte zusammen mit dem Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Priorität haben. In der Erziehung gegen Antisemitismus sollten dabei die Erinnerungen an den Holocaust als ein grundlegendes Element mit einbezogen werden.

Ausdrucksformen der Islamfeindlichkeit

Islamfeindlichkeit ist in Spanien verbreitet. In Umfragen zeigt sich nicht nur, dass die Muslime gemeinsam mit den Roma die Gruppen bilden, die am meisten abgelehnt werden. Beide Gruppen werden darüber hinaus von weiten Teilen der Bevölkerung als Fremde angesehen, der spanische Muslim existiert für sie nicht. Noch schlimmer sind die Diskriminierungen, die Übergriffe und die Gleichsetzung des Islam mit fundamentalistischem Terrorismus. Die Ablehnung von Muslimen bildet ein großes Konfliktpotenzial in Spanien, wo mehr als eine Millionen spanischer Muslime und

3 Die Quelle wird vom Autor nicht angeführt.

Immigranten leben. Einige Bestrebungen richten sich direkt gegen Muslime. Die Organisation Nationale Front (Frente Nacional) in Madrid hat gegen die Übertragung der ‚Escuelas Aguirre‘⁴ an das Arabische Haus mobilisiert. Außerdem gibt es in verschiedenen katalanischen Gemeinden Widerstand gegen die Einrichtung von Moscheen, der von der extremen Rechten geschürt wird. In Manresa gab es an einem Gymnasium rassistische Übergriffe gegen Muslime.

Zunahme der Homophobie

Die Entwicklung der spanischen Gesetzgebung in Bezug auf Gleichstellung und Freiheit in Angelegenheiten der sexuellen Orientierung stellt einen Fortschritt dar. Allerdings hat die aggressive Reaktion homophober Gruppen nicht auf sich warten lassen. Die Übergriffe, die von extrem rechten und neonazistischen Gruppen in Spanien durchgeführt wurden, haben zugenommen. Die Zahl der Anzeigen wegen homophober Angriffe hat sich im letzten Jahr vervierfacht. Laut dem Madrider Schwulenkollektiv (Cogam) sind Männer zwischen 18 und 25 Jahren die Opfer der Angriffe. Ungeachtet der gesetzlichen Gleichstellung und Legalisierung wird in Spanien die noch aus dem Frankismus stammende amtliche Praxis fortgeführt, Akten über Homosexuelle zu führen.

Rechtsextreme Erscheinungsformen

Neofaschismus im Internet

Das Internet hat sich zum bevorzugten Raum für Rassismus und Neofaschismus in Spanien entwickelt. Ausgehend von einer Website, Nuev-Orden (Neue Ordnung), die in den 1990er Jahren der Bezugspunkt war, finden sich heute über 300 Websites: Blogs, Foren und andere Sites. Auf diesen Websites werden Ideologien des Hasses und Rassismus verbreitet und Aktionen koordiniert, mit denen Einwanderinnen/Einwanderer, Roma, Juden und Vertreter/innen von Menschenrechtsorganisationen

4 Es handelt sich um ein repräsentatives, ehemals öffentliches Gebäude, das um 1880 im neu-maurischen Stil erbaut wurde.

geschädigt werden sollen. Holocaust-Leugnungen werden dort ebenso verbreitet, wie Hitler-Devotionalien und verschiedene Materialien aus der faschistischen Vergangenheit.

Die Strategie des Neofaschismus lässt sich derzeit so beschreiben, dass alle Foren der konventionellen Medien genutzt werden, außerdem die sozialen Netzwerke, ‚Youtube‘, Blogs. Genutzt werden jegliche Möglichkeiten des Web 2.0, welches ihnen ermöglicht, sich offen zu äußern ohne Strafverfolgung befürchten zu müssen. Betrachtet man das Ausmaß dieser Entwicklung, erscheint das anhaltende Ausbleiben einer Reaktion von Seiten der spanischen Institutionen noch unverständlicher. Dies gilt umso mehr, als verschiedene europäische Menschenrechtsorganisationen die europäischen Staaten dazu aufgefordert haben, aktiv gegen rassistische und fremdenfeindliche Verlautbarungen im Internet vorzugehen⁵.

Rechtsextreme Gewalt und Rassismus im Fußball

Obwohl 2007 ein Gesetz gegen Gewalt, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz im Sport in Kraft trat, wird dessen Anwendung sehr ungleich gehandhabt. Zahlreiche Handlungen wurden als rechtswidrig sanktioniert, aber viele andere nicht. Manche Clubs wurden nicht strafrechtlich verfolgt, obwohl Beweise vorlagen, die sogar durch die Presse gingen. Rechtsextreme Fangruppen agieren weiterhin außerhalb dieses Gesetzes und die von den Clubs geforderten Auflagen, deren Unterstützung zu unterbinden und ihre ‚Anonymität‘ mit Hilfe eines Registers für Aktivitäten und Gruppen zu beenden, werden nicht eingehalten. Die meisten der Fußballteams der ersten, zweiten und dritten Ligen haben rechtsextreme Fangruppen.

Rassistische Konzerte und Musik des Hasses

In Spanien finden Musikkonzerte statt, auf denen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und extremste Intoleranz verbreitet werden. Ebenso nehmen spanische rassistische Musikgruppen auch an europäischen Konzerten teil. Zu den besonders aktiven Organisatoren von

5 Aufruf der Europäischen Organisationen zum Schutze der Menschenrechte vom 19. März 2010.

Konzerten gehören legale rechteextreme Parteien sowie illegale neonazistische Gruppierungen, die zumeist ebenfalls Websites zur Verbreitung der Musik betreiben und entsprechende Materialien publizieren. Darüber hinaus werden im Internet mindestens 20 bis 25 rassistische und neonazistische Konzerte pro Jahr übertragen. Insgesamt zeigt sich, dass rassistische Konzerte in Spanien geduldet werden.

Weder Gangs, noch Rowdys, sondern neonazistische Gruppen

Die von neonazistischen Gruppen ausgehende Gewalt nimmt nicht ab. Nach Schätzungen des Raxen Reports der Bewegung ‚Gegen die Intoleranz‘ (Movimiento contra la Intolerancia) liegt die Zahl der durch Hass motivierten Übergriffe und Vorfälle bei 4.000 Taten pro Jahr. Es handelt sich zumeist um Überfälle, die die Ablehnung und die Botschaft der Nichtzugehörigkeit derjenigen, die anders sind, vermitteln. Die Opfer sind in der Regel Immigrantinnen/Immigranten, Schwarze, Obdachlose, ebenso Homosexuelle, junge Antifaschistinnen/Antifaschisten oder solche mit Punk- oder alternativer Ästhetik. Diese Übergriffe werden nicht immer angezeigt, auch aus Angst oder Misstrauen gegenüber den Institutionen. Im Falle einer Anzeige gibt es keine Vorkehrungen zum Schutz der Opfer. Dies kann schwerwiegende Auswirkungen nach sich ziehen, wenn die Drohungen gegen die Opfer fortgesetzt werden. Auch Mitarbeiter/innen von NGOs, die die gefährdeten Gruppen schützen, sind bei verschiedenen Gelegenheiten angegriffen und ihre Leiter/innen bedroht bzw. überfallen worden. Die Gegenden, in denen die meisten Angriffe stattfinden, sind Valencia, Madrid, Katalonien und Andalusien. Besonders die rassistischen Vorfälle in Ejido (Almeria) erzeugten weltweit Erschütterung: Auslöser war ein Mord, begangen von einem marokkanischen Immigranten, woraufhin sich die Dorfbevölkerung rächte. Angefeuert von rassistischen Gruppen, zerstörten sie die Baracken der Einwanderinnen/Einwanderer, ihre Läden und die Büros der NGOs, die mit ihnen arbeiteten. Niemand wurde wegen dieser Angriffe strafrechtlich verfolgt.

Im offiziellen Diskurs ordnet die Regierung diese Vorfälle als Phänomen „städtischer Gangs“ ein – eine Interpretation, die das Problem herunterspielt und bagatellisiert.

Exkurs zu ‚Hassverbrechen‘

Eines der Probleme, das die Erhebung und Interpretation der offiziellen Daten aufwirft, ist der Gebrauch des Begriffes ‚Hassverbrechen‘ selbst. Dieser Begriff ist zwar Bestandteil des Sprachgebrauchs im Abkommen von Maastricht, Annahme und Verwendung des Begriffs sind jedoch insbesondere in den EU-Staaten uneindeutig, die mit dieser Terminologie nicht vertraut sind.

Als ‚Hassverbrechen‘ werden Delikte bezeichnet, die dadurch motiviert sind, dass das Opfer zu einer Gruppe gehört, gegen die der/die Angreifende starke Vorurteile hegt. Der Vorteil des Begriffes ‚Hassverbrechen‘ liegt darin, dass er erlaubt, über den traditionellen Fokus auf Rassismus hinauszugehen und ihn auf solche, die anders sind, zu richten (z.B. ethnische Gruppen, Schwule und Lesben, andere religiöse Gruppen, ‚traveler‘, deren Lebensweise als anders wahrgenommen wird⁶ als auch ‚outsider‘ wie Asylbewerber/innen) sowie auf Delikte gegen diese Gruppen. Der Begriff ‚Hassverbrechen‘ ist inklusiv, da er Straftaten umfasst, die von einer ganzen Reihe von Kategorien potenzieller Vorurteile motiviert sein kann. Er kann Straftaten beinhalten, die begangen werden aufgrund religiöser oder ethnischer Merkmale, des Geschlechts, der Behinderung, der sexuellen Orientierung oder jeder anderen Charakteristik der Identität des Opfers.

‚Hassverbrechen‘ sind Straftaten, die mit einer vorurteilsgeprägten Motivation begangen werden. Diese Motivation unterscheidet ‚Hassverbrechen‘ von anderen Straftaten. Ein ‚Hassverbrechen‘ kann ein Akt der Einschüchterung sein, Drohungen, die Schädigung von Eigentum, Körperverletzung, Mord, Totschlag oder jede andere Rechtswidrigkeit umfassen.

Spanien verfügt über keine offizielle Statistik von Straftaten der Intoleranz und von ‚Hassverbrechen‘, die es erlauben würde, die Tragweite des Problems zu bestimmen und auszuwerten. Außerdem bekennen sich die entsprechenden Gruppen nicht zu ihren Taten, auch wenn ihre Opfer sie bei ihren Angriffen erkennen. Wie viele Körperverletzungen, die als Abrechnungen dargestellt werden oder ohne jede Erklärung bleiben, sind möglicherweise ‚Hassverbrechen‘? Jahre nach dem verstärkten Auftreten dieser Verbrechen halten die Behörden weiterhin daran fest, dass es sich

6 Der Autor gibt nicht an, woher dieses Zitat stammt (Anm. d. Hrsg.).

hierbei um Einzelfälle handelt und dass das Problem besorgniserregend, aber nicht alarmierend ist.

Seit 1991 hat unsere Organisation, die ‚Bewegung gegen die Intoleranz‘, über 80 Todesfälle, die auf ‚Hassverbrechen‘ zurückzuführen sind, registriert. Die Opfer kamen bei gewalttätigen, rassistischen Aktionen ums Leben, die von zumeist rechtsextremen oder neonazistischen Banden ausgingen. In ihren Augen waren die Opfer ‚Wertlose‘, weil es sich um Immigranten, Mittellose, Schwarze, Homosexuelle, Prostituierte, ‚Rote‘, Punks oder Antifaschistinnen/Antifaschisten handelte.

In den letzten Jahren sind durch die Raxen Reports Vorfälle, Angriffe und andere Vorkommnisse in über 250 Gemeinden erfasst worden. Alle autonomen Regionen sind davon betroffen.

- Die Vorfälle und Angriffe konzentrieren sich auf acht autonome Regionen: Valencia, Madrid, Katalonien, Andalusien, Aragon, Balearen, Kastilien-Leon und Murcia. 50 % der rassistischen und fremdenfeindlichen Vorfälle und Gegebenheiten passierten in Valencia, Madrid und Katalonien.
- Im Raxen Report 2009 sind ca. 350 Taten der Intoleranz registriert worden, was aufzeigt, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt. Es wird geschätzt, dass in Spanien ca. 4.000 Angriffe pro Jahr stattfinden.
- Seit dem Mord an Lucrecia Perez 1992 wurden über 80 Todesopfer von Hassverbrechen gezählt.
- Über 200 Neonaziwebsites, die in Spanien erstellt wurden, sind entdeckt worden. Bezieht man auch andere rechtsextreme Sites mit fremdenfeindlichen und extremen Inhalten mit ein, verdoppelt sich diese Zahl.
- Es fanden mindesten 22 fremdenfeindliche und rassistische Konzerte statt.
- Es wird geschätzt, dass über 10.000 Personen, in der Mehrheit junge Leute, Verbindungen zu diversen rechtsextremen und extremistischen Gruppierungen haben.
- Die fraktionierte extreme Rechte erreichte bei den letzten europäischen Wahlen 6.000 Stimmen, obwohl mehrere Gruppierungen zur Stimmenthaltung aufgerufen hatten.

Begrenzte Antwort des Staates – rechtliche Maßnahmen gegen rechtsextreme Gewalt

Die Trägheit der Institutionen und die Freizügigkeit, die die neofaschistischen Gruppen in Spanien zu vielen Gelegenheiten genießen, sind unfassbar. Trotzdem gab es in Spanien in der letzten Zeit positive Entwicklungen bei Staatsanwaltschaft, Justiz und Polizei. In verschiedenen Verfahren gegen Neonazis wurde ohne Straferlass verurteilt und Straftaten wurden konsequenter verfolgt. Auch wurden beispielsweise beim Prozess wegen schwerer Körperverletzung eines kongolesischen Immigranten, Miwa Buene, sowie im Verfahren wegen der Ermordung eines jungen Antifaschisten Rassismus und ideologisch motivierter Hass als strafverschärfend gewertet. Des Weiteren wurden Mitglieder der internationalen Organisationen ‚Hammerskins‘ und ‚Blood and Honour‘ wegen Mitgliedschaft in einer verbotenen Vereinigung verurteilt. Mehrere Verbotungsverfahren gegen neonazistische Organisationen sind noch offen, z.B. gegen die ‚Antisystem Front‘ sowie gegen die ‚Ultras Talavera‘ – zwei Gruppen, gegen welche die ‚Bewegung gegen die Intoleranz‘ Zivilklage erhoben hat.

Vor kurzem wurde am Nationalen Gerichtshof eine auf rechtsextreme Terrordelikte spezialisierte Staatsanwaltschaft eingerichtet. In Katalonien und Madrid wurden die ersten Staatsanwaltschaften gegen Verbrechen des Hasses und der Diskriminierung geschaffen, in Valencia gibt es Vereinbarungen in diese Richtung.

Am 24. Mai 2008 hat der Kongress der Fortschrittlichen Union der Staatsanwälte (UPF) die folgenden Schlussfolgerungen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Menschenhandel verabschiedet:

„Vereinigungen, die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Menschenhandel fördern, sind illegal, daher hält die UPF es für nötig, die Schaffung von besonderen Polizeieinheiten zu fordern, die mit der Vorbeugung, Aufklärung und Verfolgung dieser illegalen Vereinigungen beauftragt werden. Wir fordern, dass alle Rechtsmittel dafür eingesetzt werden, insbesondere, dass die Beamten der Kriminalpolizei mit verdeckter Identität ermitteln dürfen [...], da es sich um Ermittlungen handelt, die sich auf Aktivitäten im Bereich des organisierten Verbrechens beziehen. Die UPF fordert von der Oberstaatsanwaltschaft die Beachtung dieser Art von Kriminalität und eine Entgegnung, die diese Gruppen als organisiertes Verbrechen einstuft [...].“

In den letzten Jahren haben die Europäische Union, der Europarat und die OSCE davor gewarnt, dass die wirtschaftliche Krise die rassistische Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit verstärken werde. Die drei größten europäischen Institutionen im Kampf gegen Hass und Diskriminierung haben einen Aufruf an die Regierungen veröffentlicht, um auf dieses Problem aufmerksam zu machen und zu konsequentem Handeln aufzufordern, was in Spanien allerdings ohne Folgen blieb. Auch die UNO-Konferenz gegen Rassismus hat der beschriebenen Entwicklung den Kampf angesagt. Des Holocaust gedenkend hat sie gefordert, dass alle Staaten gewalttätige, rassistische und fremdenfeindliche Aktivitäten der Gruppen, die sich auf neonazistische, neofaschistische und andere gewalttätige nationalistische Ideologien berufen, bestrafen.

Bislang hat man in Spanien auf diese Appelle nur zaghaft reagiert und lediglich – in Anwendung der EU-Direktive gegen Diskriminierung aufgrund von Rasse oder ethnischen Herkunft – einen Rat zur Gleichbehandlung eingesetzt. Der Rahmenbeschluss zur strafrechtlichen Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, der von den europäischen Institutionen verabschiedet wurde⁷ und der besagt, dass diejenigen, die rassistisches Gedankengut verbreiten und den Holocaust leugnen, strafrechtlich verfolgt werden, ist bisher in Spanien noch nicht vollständig umgesetzt worden.

7 Rahmenbeschluss des Europarats zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, 28. November 2008.

Ganzheitliche Perspektive auf die Prävention von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und ‚Hassverbrechen‘ als Manifestationen von Intoleranz

Im Folgenden wird das zu bearbeitende Problem der Intoleranz charakterisiert:

1. Die Intoleranz ist ein Problem mit ethischen, sozialen und politischen Dimensionen, das hervorgerufen und gefördert wird von diversen Faktoren struktureller, wirtschaftlicher, ideologischer und/oder kultureller Art.
2. Was die persönliche Äußerung betrifft, lässt sich Intoleranz als eine Haltung definieren, die sich gegen menschliche Vielfaltigkeit, gegen die Gleichheit der Würde und die allgemeingültigen Menschenrechte wendet. Diese Haltung verneint die Harmonie über Unterschiede hinweg, den Pluralismus, die Demokratie, den Rechtsstaat und die internationalen Instrumente zur Wahrung der Menschenrechte und lehnt die Behandlungs- und Chancengleichheit aller Gruppen und Individuen ab.
3. Die Intoleranz kontaminiert Individuen, Gruppen und Staaten, indem sie Diskriminierung und Hass befürwortet. Sie fördert Dogmatismus, fanatische Verhaltensweisen, den Absolutismus und totalitäre Vorstellungen. Wenn sie sich in eine kollektive oder institutionelle Realität verwandelt, untergräbt sie das Zusammenleben und stellt eine Bedrohung des Weltfriedens dar.
4. Die Intoleranz kann das Bewusstsein für Formen der Ausgrenzung von gefährdeten Gruppen und ihres Ausschlusses von sozialer und politischer Partizipation sowie die Gewalt gegen diese und Diskriminierung verschleiern.
5. Die Intoleranz ist der gemeinsame Nenner der Manifestationen des Hasses und anderer Verhaltensweisen, die Gruppen, Minderheiten oder Personen diskriminieren, segregieren, verletzen oder dazu aufrufen, weil diese anders sind, denken oder handeln. Ihre Ausdrucksweisen sind verschieden, und eine demokratische Antwort muss das Problem umfassend angehen sowie mit besonderer Entschlossenheit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Neofaschismus und Homophobie begegnen.

Pädagogische Förderung der Toleranz

Bildung ist das wirksamste Mittel, um Intoleranz vorbeugend entgegenzuwirken. Daher ist es erforderlich, zum Thema Toleranz systematische und rationale Lehrmethoden zu fördern, die die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und religiösen Motive der Intoleranz aufgreifen. Bildungspolitik und Lehrpläne sollen dazu beitragen, die Verständigung, die Solidarität und Toleranz zwischen Individuen, ebenso wie zwischen ethnischen, sozialen, kulturellen, religiösen Gruppen oder Sprachgruppen und zwischen Nationen zu entwickeln. Die Bildung zur Toleranz soll den jungen Menschen helfen, die Fähigkeit zur unabhängigen Wertung, zum kritischen Denken und zur moralischen Urteilkraft zu entwickeln und – ausgehend von den allgemeinen Menschenrechten – ein Bewusstsein dafür zu schaffen, Vielfaltigkeit zu respektieren, zu akzeptieren und zu schätzen.

Es gibt nur wenige praktische Programme zur Prävention intoleranter Verhaltensweisen. Die pädagogische und präventive Arbeit zur erzieherischen Sensibilisierung, die die NGO ‚Bewegung gegen die Intoleranz‘ fordert und praktiziert, stützt sich sowohl auf die UNESCO-Erklärung zu den Prinzipien der Toleranz von 1995, als auch auf die Forderung der OSCE und anderer Gremien des Europarates nach einer Prävention von Hassverbrechen. Ziele dieser Arbeit sind es, vorbeugend zu sensibilisieren, ebenso wie Einstellungen zu ändern und Vorurteile zu neutralisieren und dabei das Problem sowohl global (Intoleranz) als auch spezifisch (rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische, homophobe etc. Vorurteile) anzugehen.

Eine praktische Interventionsstrategie in der pädagogischen Arbeit, die von der ‚Bewegung gegen die Intoleranz‘ initiiert wurde, sind Schulworkshops zur Vorbeugung von Rassismus, Gewalt und Intoleranz. Es ist nicht das einzige Instrument, aber in der Praxis das wichtigste. In den zweiteiligen Schulworkshops werden Videos gezeigt, die zur Diskussion über problematische Vorurteile, Einstellungen und Verhaltensweisen anregen. Die Workshops richten sich an die dritten und vierten Jahrgänge der Sekundärstufe, also 14- bis 15-jährige Schüler/innen. Dieses Alter wird als wichtig angesehen, da sich Jugendliche verstärkt Situationen der Intoleranz ausgesetzt sehen.

Die Workshops werden an Bildungszentren angeboten, um sie in die Unterrichtszeit zu integrieren. Durch unsere langjährige Erfahrung haben

wir gute Kontakte zu den Bildungszentren. Im Verlauf eines Jahres werden 1.000 bis 1.500 Bildungszentren besucht, wo wir mit Klassen von 30 Schülerinnen und Schülern arbeiten. Pro Jahr nehmen also insgesamt zwischen 6.000 und 7.500 Jugendliche an diesen Stunden teil.

Ein solcher Workshop unterteilt sich in zwei Sitzungen von je einer Stunde. In den Sitzungen werden die Themen dargestellt, Videos gezeigt und partizipative Debatten geführt. Die erste Stunde konzentriert sich darauf, Intoleranz (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie) durch die Widerlegung der Hauptvorurteile zu delegitimieren; die zweite Stunde soll dazu dienen, der Legitimierung von gewalttätigen Verhaltensweisen entgegenzuwirken. Schließlich soll ein aktiver Kompromiss der solidarischen Toleranz erreicht werden und die Teilnehmer/innen werden dazu eingeladen, als Freiwillige an den Aktivitäten und Kampagnen des Bildungszentrums oder der ‚Bewegung gegen die Intoleranz‘ teilzunehmen. Ergänzend zu den Schulworkshops werden auch Seminare zur Fortbildung von Pädagoginnen/Pädagogen gehalten. Außerdem gibt es Kommunikationsworkshops sowie punktuelle Aktivitäten zu bestimmten Anlässen (Welttag der Toleranz, Tag der Menschenrechte etc.), die besonders auf Schulen bzw. auf Universitäten – hier vor allem die Bereiche der Erziehungs- und Rechtswissenschaft – ausgerichtet sind.

Eine andere Aktivität, die an Schulen angeboten wird, beschäftigt sich mit Verhaltensweisen im Sport und der Vorbeugung von Gewalt und Rassismus in diesem Bereich. Es handelt sich um Sensibilisierungsseminare/-workshops der Kampagne ‚Rote Karte für Rassismus‘, in denen mit Videos und Vorträgen gearbeitet wird. Die faschistische Symbolik rechts-extremer Fußballgruppen wird betrachtet, um in einem weiteren Schritt die aggressiven, provozierenden und teilweise kriminellen Verhaltensweisen dieser Gruppen zu analysieren. Hierdurch sollen Jugendliche davon abgehalten werden, mit solchen Gruppen Kontakte zu knüpfen.

Forderung nach einer ganzheitlichen, demokratischen Aktion

Die Reaktion der Zivilgesellschaft ist insgesamt schwach und konzentriert sich vor allem auf die Anwendung und Ausführung von Programmen, die Einwanderinnen/Einwanderer und Minderheiten unterstützen. Sie sind also hauptsächlich fürsorglicher Natur. Die Akteure und Orga-

nisationen sind darauf ausgerichtet, Integrationsmaßnahmen zu fördern, erweisen sich aber als ziemlich wirkungslos, um gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorbeugend zu intervenieren. Noch stärker gilt dies in Hinblick auf die Betreuung der Opfer von Hassverbrechen. Es gibt praktisch keine Netzwerke oder sie sind nur klein und haben geringen Einfluss, wie im Falle des ENAR (European Network Against Racism) oder einer regionalen Initiative, wie diejenige der valenzianischen Plattform der Volksaktion gegen Straffreiheit (Plataforma de Accion Popular contra la Impunidad). Das soll aber nicht heißen, dass die auf diesen Kampf spezialisierten Organisationen, z.B. die ‚Bewegung gegen die Intoleranz‘ nicht Forderungen formuliert hätten. Nach und nach beginnen die staatlichen Institutionen damit, diese zu akzeptieren und auch umzusetzen.

Die geringe Beteiligung der demokratischen Parteien am Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz, das Vorhandensein von fremdenfeindlichen Verhaltensweisen im Geflecht der Institutionen, das inakzeptable Verhalten und der Amtsmissbrauch von Personen, die öffentliche und private Ämter bekleiden, die schwach ausgeprägte allgemeine Gegenwehr und die Ignoranz gegenüber den zivilgesellschaftlichen Gegenkräften erfüllen beim Blick in die Zukunft mit Sorge.

Offenkundig ist, dass es in Spanien auf der Ebene der regierenden Politik ein wesentliches Interventionsdefizit gibt. Es ist notwendig und dringlich, dass die Regierung Maßnahmen ergreift im Sinne der folgenden Forderungen:

1. Anerkennung, Beobachtung und Weiterverfolgung der Sachlage von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderer Ausdrucksformen der Intoleranz, die Ermöglichung von sozialen, vorbeugenden Maßnahmen und eine strafrechtliche Politik gegen Intoleranzdelikte und Hassverbrechen.
2. Abschaltung von Websites und Anwendung des Artikel 510 des Strafgesetzbuches gegen jene, die über das Internet zur fremdenfeindlichen, rassistischen, homophoben, antisemitischen, islamfeindlichen, neonazistischen Diskriminierung oder Gewalt aufrufen oder gegen jede andere Manifestation krimineller Intoleranz.
3. Verbot von Musikkonzerten, Demonstrationen und Aktivitäten, die Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und kriminelle Intoleranz fördern oder dazu ermutigen.

4. Verbot von Organisationen, Körperschaften und politischen Parteien, die diese Ausdrucksformen des Hasses und der strafbaren Intoleranz fördern.
5. Anwendung der Strafgesetzgebung gegen jene, die Hassverbrechen gegen Personen oder gegen die Ausübung der Menschenrechte begehen und Verbesserung der Gesetzgebung in den Bereichen Rassismus und Intoleranz ebenso wie Schutz der Gleichbehandlung sowie eine Reform des Strafgesetzbuches, die die Bestrafung von Hassverbrechen bestätigt.
6. Vollständige Unterstützung der Opfer von Delikten der Intoleranz und Hassverbrechen. Schutz der Zeugen und Modifikationen der Aussagen sowie der gerichtlichen Verfahren, um die Sicherheit der Opfer zu gewährleisten. Entwicklung einer Antidiskriminierungsgesetzgebung, die die Rechte der Opfer berücksichtigt.
7. Schaffung von spezialisierten Polizeieinheiten, die geeignet und gut geschult sind, um der Entstehung von neonazistischen Gruppen und Hassgruppen vorzubeugen und diese zu bekämpfen.
8. Schaffung von Staatsanwaltschaften, die auf Hassverbrechen und Diskriminierung spezialisiert sind, in allen spanischen Provinzen und Nominierung eines Oberstaatsanwalts des Obersten Gerichtshofes.
9. Fortbildung der Justizbeamtinnen/-beamten in den Bereichen Rassismus, Intoleranz und Hassverbrechen.
10. Schaffung einer ganzheitlichen und dauerhaften Strategie zur Vorbeugung mit besonderem Schwerpunkt auf vorbeugender Sensibilisierung und auf Bildungsprogrammen in den Bereichen Toleranz, Solidarität und Menschenrechte.

Es gibt nur einen Weg des Umgangs mit Intoleranz, nämlich die Verteidigung der demokratischen Werte und der Menschenrechte aller Personen im Rahmen eines demokratischen Staates unter Einhaltung der demokratischen rechtlichen Ordnung. Eine starke zivilgesellschaftliche und politische, legale, demokratische und gewaltfreie Reaktion aus allen sozialen Bereichen, die auch von den Medien unterstützt wird, ist notwendig.

Alle zusammen, demokratisch, können wir es schaffen.

Russian radical ethnic nationalism: Phenomenon, discourse and strategies for prevention

The policy of democratization and Glasnost that Mikhail Gorbachev declared near the end of the 1980s led to the formation of political organizations in the USSR and Russia that continue to represent the major ideological and political trends that exist today. These ideological and political directions can be named 'democratic' to a certain extent (in a broad sense, as they include liberals, social liberals, social democrats, conservatives), 'communist', and 'Russian nationalist' (of which some representatives prefer to call themselves 'patriots').

These trends' history goes back far into the Soviet past. As shown, in particular, by Nicolai Mitrokhin, xenophobia and anti-Semitism were widespread in the 1950s and 1960s among the cultural elite of the Soviet Union, centring on the magazines *Young Guard* and *Our Contemporary* (Mitrokhin 2003, pp. 141ff., pp. 368 ff.). The nationalist tone also affected the literary trend called 'Villagers', which emerged later. The authorities' attitude towards such views has been ambivalent. Russian nationalists, who tried to create an illegal organization and to distribute 'samizdat'¹, were prosecuted. At the same time, in the early 1980s, an extensive network of groups formed in the USSR that have been joined by supporters of the Russian radical nationalist movement (often quite legally functioning as cultural-historical clubs), as well as such magazines as the 'Young Guard', where they were able to express their views freely (Sokolov 2004, pp. 296 ff.). The most popular association of nationalists was named 'Memory' (Pamyat), founded in 1982. This name became a byword for all national-patriotic camps (Verkhovsky/Papp/Pribylovsky 1996, pp. 132 ff.). In 1984, the famous photographer Dmitry Vasilyev enrolled in it, making Memory the predominant Russian nationalist organization. In 1986 to 1988, Vasilyev and his supporters

1 'Samizdat' refers to a dissident practice wide-spread across the post-Stalin-USSR to evade censorship. Censored books and manuscripts were reproduced manually and passed from one reader to another (editors' note).

attracted public attention to speeches where, probably for the first time in Soviet history, political figures publicly identified themselves as Russian nationalists without referring to Marxism as they would have done before. Vasilyev's name gradually transitioned from its association with 'Memory' to so-called anti-Zionist propaganda, and the fight against the 'Zionist Masonic Conspiracy' became the main objective of the association. Most members of Memory shared the view that Zionism was an evil ideology, and investigated the 'Protocols of the Elders of Zion' and the literature about Zionism and Freemasonry. Even before Vasilyev's interest in this theme, it was a common subject of debate during teatimes, but it was not a subject of public speeches at the Memory gatherings. From 1986 to 1988, Memory suffered a few divisions, and several clone associations emerged (Verkhovsky/Pribylovsky 1996, pp. 16 ff.). However, none of the many Russian radical nationalist groups had more than 600 members in 1991 when the Soviet Union collapsed.

According to Mitrokhin, the reason for the generally tolerant attitude of Soviet party organs towards the proto-nationalist groups, and later to nationalist associations, and the participation of staff of the party-state apparatus in the Russian nationalist movement, was the existence of different ethnic myths and appearances of ethno xenophobia in Soviet nomenclature, primarily the myth of 'bad Jews and Caucasians'. The main myth of the Russian nationalists in the party-state apparatus, which Russian nationalist movements took up later, was this: All Jews were inclined to conspiracies, shared a number of negative common features, and took mutual responsibility for each other. Jews did not produce anything useful, but "ate Russian bread". They did not like Russians or the country in which they lived, and were inclined to betrayal, often with the help or at the request of their relatives in the West. They were ready to flee abroad any time with all the wealth they had accumulated. This was also the basis of 'the myth of the Caucasians', in which Caucasians were, among other things, accused of usurping power in the 1930s to 1950s and of speculating and controlling the farm markets (Mitrokhin 2003, pp. 61 ff.).

The Russian National Unity party (RNE) was the heir of the Memory society. The RNE emerged when the Vice president of Memory society, Alexander Barkashov, who led enforcement teams in Memory, became dissatisfied with the inaction and greed of Vasilyev and left Memory with several dozen supporters in 1990 (Verkhovsky/Papp/Pribylovsky 1996,

pp. 241 ff.). Initially, the organization named National Unity for Free Strong Russia (NEzaSSSR) was headed by two men, Alexander Barkashov and Viktor Yakushev. Barkashov joined Memory in 1985 and rose to vice chairman and commander of The Thousands Of Fighters. Yakushev, one of the founders and theoreticians of Russian Nazism, organized a demonstration of anti-Semitic young people near the Moscow synagogue in 1980, but he participated in the national-patriotic movement only from 1989, spending several months in Memory (Verkhovsky/Papp/Pribylovsky 1996, pp. 332 ff.). The joint organization of Barkashov and Yakushev was established in August 1990, but the leaders split in October. Part of the organization with Barkashov was renamed the RNE (RNU). Yakushev headed the National Social Union until his arrest for racketeering in the spring of 1995. The RNE differed from Memory and other organizations that had arisen in the previous period in its pattern of collective actions. In contrast to Memory, whose members kept debating forever, RNE imitated the structure of a military unit from the beginning. Its core included current and former military and law enforcement personnel. All members wore the same black uniform and spent a lot of time on drill and shooting practice. The most popular group actions for the RNE were not meetings or discussions, but marches and vigilante street patrols. RNE supervised an extensive network of security companies which its members worked at. Unlike Memory, the RNE had significant independent funding sources and could offer its members not only a leisure activity, but also training or professional employment. The RNE also used runic symbols like the National Socialists, which Memory never did (Sokolov 2004, pp. 296 ff.). According to some researchers, the RNE achieved considerable success not so much with the expression of radical nationalist ideas, but with implicit support of powerful bodies. According to Vyacheslav Likhachev, the intelligence service made RNE a powerful organization that sometimes even played the role of the monster (for example, in October 1993), but when its leader Barkashov began to act autonomously, the RNE was quickly marginalized and driven out of the political arena (Likhachev 2002, pp. 49 ff.).

The variety of radical nationalist groups in Russia and their activities increased significantly in the 1990s. Different groups of radical nationalists formed their own sets of identities. Alexander Verkhovsky identified four options for the formation of these identities (Verkhovsky 2007, pp. 9 ff.): First, the eclectic combination of Russian ethnic nationalism with the

admiration of Stalin and the Soviet Union, which was interpreted as Red Empire. Memory introduced these ideas, but after the events of October 1993, the idea of 'red patriotic' became the basis of the ideology of the Communist Party (CPRF) under Gennady Zyuganov. Another option of constructing Russian radical nationalism was the use of the pre-revolutionary traditions of the 'Black Hundreds'. This can be defined as Orthodox and monarchist Russian nationalism (despite the fact that the confessional identity remained supreme). According to Verkhovsky, although pure Black Hundred groups had little success, elements of Orthodox nationalism are quite widespread in the modern political life of Russia (compare Verkhovsky 2007, pp. 11 ff.). Some radical groups and ideologues have tried to create a radically new identity based on the Eurasian ideology (though neo-Eurasianism in the 1990s was only distantly related to the heritage of Russian Eurasians in the 1920s) (compare Verkhovsky 2007, pp. 12 ff.). The concept that Russia is based on a dual ethnic (Slavic and Turkic) and religious (Orthodox and Muslim) basis became relatively popular, and the fact that Russia is neither the East nor West confirms the need for a "special path". Of course, another way to construct the radical Russian nationalists' own identity was through Germany's Nazism (fascism) itself. The romanticisation of Nazism has already existed in Soviet times. In the early 1980s, neo-Nazi groups in the Soviet Union tried to celebrate the birthday of Hitler (with the first attempt at such a celebration in 1982). The RNE is often referred to as an organization styled after the image of the Nazis. However, the RNE's Russian nationalism was understood as a deeply traditionalistic, conservative, and religious movement. Despite all the differences among these four options, they possess the common identities of etatism ("derzhavnichestvo"), a hostile attitude towards the West and towards democracy, and xenophobia.

The skinhead movement

A fundamentally new phenomenon, which appeared in the Russian radical nationalist movement in the second half of the 1990s, was the skinhead movement and its subculture. In 1995, journalists estimated that there were about 150 skinheads in Moscow (while in other Russian regions their number was quite insignificant) (Nevelev 1995, pp. 31 ff.). According to

the Russian expert on youth movements, Alexander Tarasov, ten years later, the number of skinheads in Russia amounted to 50,000 people (including 5,000 to 5,500 in Moscow and its suburbs, and 2,500 to 3,000 in St. Petersburg) (Tarasov 2004). It should be stressed that right-wing Nazi skinheads dominate in Russia. ‘Traditional’ (trads, sharps) and ‘red’ Skinheads (RUSH) are ‘rare birds’ – *rara avis*.

What is the reason for the rapid growth of the skinhead movement? According to Verkhovsky, it grew extremely quickly, not because it was a new ideological trend, but because it was a new youth subculture (although of course it was inseparable from a certain set of ideas), and it did not appear out of nowhere, but in close connection with the subculture of football fans (compare Verkhovsky 2007, pp. 14 ff.). This is probably only part of the answer: Many youth subcultures that are extremely popular in the West have only a marginal existence in Russia (e.g. rasta, cyberpunks, cybergoths, etc.). Tarasov offered another explanation: In his view, the political factor that triggered the growth of skinhead activity was the shooting at the White House followed by a “special situation” in Moscow (in October 1993²). The police terror that reigned in the streets quickly adopted a clearly racist (formally, anti-Caucasian) character (Tarasov 2000). Tarasov points out that these events occurred approximately five years before the rapid growth of the skinhead movement.

According to Tarasov, another factor that formed a fertile ground for growth of the number of skinheads was the economic recession in the early 1990s and the collapse of the Soviet educational system (Tarasov 2000). Tarasov also insists that skinheads were born into families of the “petty bourgeoisie”, a newly formed stratum of small businessmen (compare Tarasov 2004), thereby effectively confirming the old thesis that fascism is an expression of political aspirations of the middle classes,

- 2 Sharp political confrontation between the president and parliament in Post-Soviet Russia has led to the armed conflict and bloodshed in the autumn 1993 in Moscow. Confronted with opposition to the presidential power and threatened of increasing chaos, President Boris Yeltsin dissolved the parliament on September 21 and ordered new elections and a referendum on a new constitution. The parliament then declared Yeltsin deposed. The situation deteriorated at the beginning of October. On Sunday, October 3, the supporters of parliament removed police cordons, took over the Mayor's offices and tried to storm the Ostankino television centre. On October 4, Boris Yeltsin ordered army units to shoot and to storm the parliament building. According to government estimations, 157 persons were lost, and 384 persons were wounded. Unofficial sources increased the number of victims several times (but had no documented evidence). A new constitution was approved by referendum in December 1993. Leaders of parliament opposition were arrested (and later amnestied).

especially the urban and rural petty bourgeoisie (Galkin 1989, pp. 222 ff.; Lipset 1960, pp. 160 ff.). Tarasov correctly states that the basis for the skinhead movement is actually a socio-political protest. The slogans of ethnic and racial hatred are only camouflage.

Perhaps another reason for the rapid growth of the skinhead youth culture could be the change in social attitudes in the Russian society. According to polls by VCIOM (now Levada Centre), the total index of support for the slogan “Russia for the Russians!” exceeded 50 % in 2001 and has not decreased since (Gudkov 2006; Levada-Centre 2007; Levada-Centre 2009) (the total index of support is the summary of the proportion of respondents who agreed with this slogan). Of course, this slogan can be understood in different ways, but its growing popularity is correlated with an increase in xenophobia.

Obviously, the growth of xenophobic sentiments can be associated with the start of the Second Chechen War (in autumn 1999). Like many wars, it warmed ethnic xenophobia, but, unlike the first, enjoyed widespread support. Verkhovsky and other experts explain that the continued growth of xenophobic sentiments, such as the “grassroots” or “kitchen” xenophobia, “was supported at the level of the media” (compare Verkhovsky 2007, pp. 20 ff.). Changes in the mood of the masses were noticed by journalists, politicians, and activists who long wished to express their own prejudices or use someone else’s, but did not do so because they did not want to go against the majority sentiment. In turn, the very first steps towards the legitimization of xenophobia, made by these people, fixed its high level. After this, people noticed that what had used to be permissible only in the kitchen or in the mouth of notorious radicals had become more and more acceptable in the mainstream. The result was the emergence of a spiral of legitimization of ethno-xenophobia and related nationalist ideas, which has continued successfully to the present day.

One of the debatable issues, which has been discussed in academic discourse and the Russian mass media for nearly 20 years, is the legitimacy of applying to the Russian right the radical and nationalist characteristics of Russian fascism. There is quite an influential group of researchers who have repeatedly identified historical parallels between the National Socialist movement in Germany in the 1920s and 30s and modern Russia. Their research focuses on the ideological and stylistic similarities between the practice of Russian right-wing organizations and the NSDAP,

comparing in a broad social context interwar Germany and Russia today (the concept of ‘Weimar Russia’). Among them are, Michail Sokolov notes, *inter alia*, the experts of the Panorama Centre, the researchers of VCIOM and the Levada Centre, RAS Institute of Sociology, as well as many Slavic scientists from the USA, UK and Germany (Sokolov 2007 pp. 31 ff.). But with respect to their views, Sokolov considers intellectual gains from the use of the concept of “Russian fascism” questionable and the costs significant. For example, he notes, nobody discusses the specifics of Russian right-wing subculture in the debate on Russian fascism, its place in the media discourse (despite a near analogy with the classical studies of moral panic), or the ideological similarities between modern American and Russian right-wing extremists (*ibid.*, pp. 33 ff.). Moreover, Sokolov remarks in his notes, when he called on these colleagues – at least temporarily, and for the purposes of argument – to forget about the essence of fascist organizations like the Russian National Unity and to consider more neutral objects (such as subcultures or religious movements), he has seen numerous examples of righteous anger from their side (*ibid.*, pp. 36 ff.). Meanwhile, his own research has led Sokolov to results that expose that the mass media’s “brown menace” leads to an increase in the number of right-wing organizations. In the end, the problematic argument is that the government has used the fascist threat to control the entire opposition (and not just radical nationalists) and all political life (*ibid.*, pp. 53 ff.).

Let us investigate the details of the skinhead movement in Russia in the 2000s. The fundamental difference between Nazi skinheads and right-wing radicals of the 1990s was that the former were more non-partisan (although cases of cooperation between skinheads and radical nationalist organizations can still be found). Verkhovsky also writes about their “aversion to systematic organization and systematic ideologisation” (Verkhovsky 2007, pp. 14 ff.). He distinguishes three layers or levels of the current Russian skinhead movement: first, organized groups of neo-Nazis, then the associated or combined residential racist groups, actually oriented to neo-Nazi ideas and the ideology of ‘White Power’, and finally, an amorphous mass of hooligans, politicized only to a small degree (Verkhovsky 2007, pp. 14 f.). Nevertheless, right-wing radical organizations that emerged in the 1990s launched several attempts to find a broad social base in skinheads in the late 1990s and early 2000s. Ultimately, these attempts gave little benefit to the organizations

themselves, but added political experience to the vanguard of skinheads, although they have not used it to create their own large organizations; they retain their old structure, similar to the fan group or criminal gang.

Verkhovsky's conclusions were confirmed by interviews with right-wing radicals from Moscow and Kazan, taken during a research project to study youth subcultures, carried out in 2006–2009 with the help of a grant from the European Union³. Its outcome shows that the important elements of the Russian right-wing radical groups' discourse are racism and anti-Semitism. Here both phenomena occur in quite diverse ways. Anti-Semitic attitudes range from the belief in a vague “systematic destruction of the Russian people and Russian culture” to an alleged ‘Jewish world conspiracy’, whereas the racist discourse is predominated by supremacy concepts and ethno-pluralistic views. Their representatives try to argue that the “white race” is a linchpin of modern civilization, and that the other races enjoy the achievements of the white man. In the rhetoric of racial superiority, there is a separate “place” for the people of the “black race”, which is presented as an element of the image of the “alien other”. Those interviewees, who have a higher educational status and are more inclined to reflection, refer to the concept of a ‘Jewish world conspiracy’ more sceptically. However, the young right-wing radicals from Moscow and Kazan are not inclined to talk about the annihilation of people of a different race and nationality. Instead, they prefer a separate existence from them. But these racist attitudes among young Russians should not be described isolated from other general trends in society.

Changes in the mass mood – the role of the DPNI

The changes in the mass mood in the early 2000s were noticed by some journalists and politicians who wanted to establish organizations based on attitudes or ideologies hostile to people from other countries, or more generally, to individuals of other ethnicities. In 2002, the Movement Against Illegal Migration (DPNI) was established, headed by Alexander

3 Research project ‘Society and Lifestyles: Towards Enhancing Social Harmonization through Knowledge of Sub-Cultural Communities’ (2006–2009). Contr. № STREP-CT-CIT5-029013. See: 24. During the period of the realisation of this project in Moscow, Kazan, Naberezhnye Chelny and Almet'yevsk 60 interviews were taken with representatives of Russian nationalists.

Belov (Potkin). This movement has chosen ethnic migrants as its ‘enemy’ – a term referring not only to migrants but especially to non-Slavic people who live in regions traditionally dominated by an ethnic Russian population. From 2003 to 2005, the DPNI began to gain confidence among skinheads, so that many bands were soon described as ‘militant groups’ or ‘brigades’ of the DPNI. Skinheads regard the DPNI more as an ideological shield, rather than obeying the Moscow Central Council of the DPNI. Unlike other national-patriotic parties, the DPNI is not a ‘vertical’ organization, but one with its own network. There are bloggers who act in the name of the DPNI or support it, among them the chairman of the Russian Social Movement (ROD), Konstantin Krylov, and, until 2006, the co-chairman of the ‘Conservative Press Club’, Egor Kholmogorov. In 2006, State Duma deputies Andrey Savelyev (fraction “Rodina”) and Nikolay Kuryanovich (former LDPR) became members of the DPNI.

In the local conflict in Kondopoga (Karelia) from August to September 2006 between the native people and Caucasians, the majority of the Caucasians were ethnic Chechens, exploited by DPNI leaders who asserted themselves as the “voice of the people” (Grigoriev 2007, pp. 63 ff). “Actually, the events in Kondopoga in late August 2006 came from a little-known marginal political organization with a structure that suddenly attracted the attention of the overwhelming majority of politicized citizens of Russia. Some people connected with this organization their hopes to realise certain political fantasies, while others saw in the DPNI a nascent monster that could destabilize the socio-political situation in Russia” (Maslov/Prudnik 2006). Since 2008, the DPNI has begun to face serious internal difficulties. Belov left the movement’s leadership (because of criminal proceedings), which is a substantial loss for the organization. On July 11, 2009, the second All-Russian Congress of DPNI took place and demonstrated that the organization had declined sharply. That Congress determined a change in leadership: Vladimir Ermolaev, who had no experience in public policy, replaced Belov in the post of the National Council of the DPNI.

Up until now the DPNI has been gradually displaced from the sphere of public policy: It has almost completely failed to make use of its “Kondopoga technology” (the transfer of a domestic conflict into the ethnic field), according to Galina Kozhevnikova (Kozhevnikova 2010). Furthermore, a strong competitor to the DPNI appeared in 2009: the

movement 'Russian Mind' (Russky Obraz). The Petersburg movement 'Resistance' (Roman Zentsov) acts in close connection with Russian Mind, and these movements are establishing cells throughout Russia. But the growth of new right-wing organizations only reflects the transfer of activists from other organizations or the reorientation of existing groups; it does not indicate the gain of new adherents.

Violence – targets, perpetrators and the reaction of law-enforcement authorities

According to the SOVA organization⁴, since 2004, attacks by members of ethno-national groups have increased in Russia. These attacks are aimed primarily at people who are non-Slavic in appearance, as well as at representatives of various youth subcultures (punks, goths, emos, etc.), who right-wing radicals and nationalists consider to be traitors to the concept of the 'white race'. In 2004, there were 208 such attacks, in which 46 people were killed. In 2006, 564 attacks killed 61, and in 2007, 605 attacks killed 85 (Kozhevnikova 2006; 2007; 2008). In 2008, the level of violence from right-wing radicals and nationalists remained high: 525 attacks and 109 killings. According to preliminary data, in 2009, for the first time in the last six years, the number of incidents has decreased: at least 71 killed and at least 333 people wounded (although available statistics may not be complete) (Kozhevnikova 2009; 2010). Attacks by right-wing nationalists and radicals were identified in 47 regions of the total 83 regions of Russia in 2008, and in 40 regions in 2009. They usually occur in the following regions: Moscow, St. Petersburg, Yekaterinburg, and Nizhny Novgorod, as well as in Voronezh and Penza (Kozhevnikova 2009; 2010). The victims are mostly natives of Central Asia and the Caucasus, but no one of non-Slavic appearance is secure from attacks, whether she is a Tuvan journalist or he is a Yakut chess player.

Violence generates violence: Representatives of youth subcultures and left-wing activists of youth organizations, who have been the object of attacks by skinheads, have moved from defence to attack and joined

4 The SOVA Center conducts informational and research work on such topics as nationalism and xenophobia, relations between the churches and the secular society, and political radicalism.

‘antifa’ (antifascist) combat groups to powerfully confront neo-Nazis. In 2009, the well-known antifa activists Ilya Dzhaparidze and Ivan Hutorskoy (“Bone-fracturer”) were killed. However, the antifa’s violent actions are as illegal as the actions of their opponents; furthermore, the victims of mass fights tend to be innocent people. Aggressive groups of Caucasian youths (so-called ‘Black Hawks’) have begun to emerge. They copy the Nazi skinheads – they attack weaker opponents, provoke aggression, and record fights and beatings on video (Trifonov 2009). Of course, the emergence of such groups only increases the overall level of racist violence.

The actions of Russian nationalists culminated in the riots in December 2010 on Manezh Square in Moscow, in which about 10,000 people took part. These riots were caused by the murder of football fan Egor Sviridov by natives of the North Caucasus. After the militia had released four out of five of the participants in the attack, football fans raised trouble. At first, fans encircled the buildings of law enforcement bodies, and then representatives of all fan clubs met on Manezh Square. The composition of this huge crowd was mixed: football fans, skinheads, right-wing radicals, and so on. However, their slogans accused the authorities and the militia of protecting ethnic criminality, and participants chanted nationalist slogans and attacked some people of non-Slavic appearance. Nikolay Petrov, a scholar-in-residence at the Carnegie Moscow Centre, writes: “This unrest demonstrates the system’s viciousness, a situation in which life is guided not by the law, but by how it is interpreted. Under this arrangement, the law is not equal for all, and it is normal for closely held businesses and ethnic groups to ‘buy off’ the police... The authorities, represented by law enforcement officers, provoked a crowd of young football fans with their clear unwillingness (or incapacity) to investigate the high-profile murder case. Second, they failed to put up any effective resistance when the same type of crowd blocked a vital Moscow highway days before the Manezh Square rampage” (Petrov 2010).

Since 2009, an extremely dangerous tendency among the right-wing radical groups has appeared: They have moved from simple attacks to launching terrorist acts, and these terrorist attacks are directed not against ethnically different people, but against the ideological opponents of right-wing radicalism, as well as state representatives. On January 19, 2009, the famous Russian lawyer and anti-fascist Stanislav Markelov and Novaya Gazeta journalist Anastasiya Baburova were killed. Murder

suspects Nikita Tikhonov and Eugenia Khasis were active members of the right-wing nationalist organization Russian Mind. The best known terrorist attack, for which a right-wing organization took responsibility, was the bombing of the Nevsky Express train on November 27, 2009, in which 26 people were killed and about 100 wounded. The group 'Combat 18 – Ingermanlandia' announced their responsibility for this attack. On April 12, 2010, the Moscow City Court Judge Edward Chuvashov was shot dead in the entrance of his house in Moscow. A few days before, Chuvashov had handed down a sentence on the skinhead band of Ryno-Skachevski. Earlier, in February 2010, he had sent another band, the White Wolves, to prison. Chuvashov's murder was immediately associated with his professional activity (Ubiistvo Chuvashova 2010). During 2009, right-wing radicals and nationalists took responsibility for no fewer than 50 arsons, bombings, or bomb threats. However, in many cases it is impossible to determine which attacks are the work of right-wing radicals and which are provocation attempts by intelligence services. It is known that during 2009, some leading Russian nationalists (such as Alexander Sevastyanov, a former leader of the National Power Party, and Dmitry Demushkin, leader of the recently prohibited Slavic Union) used their speeches to almost openly call on their supporters to begin a regime of armed resistance. Kozhevnikova suggests that "the purpose of terror may be the maximum destabilization of the state system and the spread of panic in society" – the theory being that this terrorism should lead to a neo-Nazi revolution, and ultimately to the establishment of "white power" (Kozhevnikova 2010). Nevertheless, the number of attacks and the launching of terrorist attacks by right-wing radicals are decreasing, possibly due to the strengthened persecution by the police – an opinion quite common among human rights advocates and anti-Nazis.

In 2009, there were no fewer than 45 guilty verdicts for violent hate crimes in Russia (in 2008 there were at least 35 guilty verdicts, and in 2007, 23). In these trials, 135 people were convicted (in 2008, 114 people) (Kozhevnikova 2009; 2010). Nevertheless, there is a decrease in the number of victims associated by human rights advocates with the law enforcement authorities' destruction of the most organized and violent nationalist bands (first the network of the National-socialist community, NSO). The leader of NSO, Maxim Romanov (Bazylev), who was known by the pseudonym Adolf, died under unexplained circumstances while staying in an investigatory isolation ward in April, 2009. After

his death, some right-wing radical sites called for the organization of violent “memory actions” and designated May 5th, the Day of Anger. This appeal is considered talented advertising by the radical group: The Russian media advertised the hypothetical action much more widely than the radical group could have done itself, and as a result on the 4th and 5th of May, at least four incidents occurred where right-wing radicals and nationalists were involved (Kozhevnikova 2010).

The great violence of law-enforcement authorities against right-wing radicals and nationalists is also notable (just as their violence against all other radical opposition). It was revealed in March 2010, during trials against anti-Nazis in Izhevsk (Udmurtya), that police used rubber truncheon rapings and beatings to force skinheads, who had been found guilty in other criminal cases, to testify against members of the antifa movement. “There were many neo-Nazis imprisoned in our city, and police officers from the E-centre (counteraction to extremism) explained privately that antifascists should be imprisoned too, for balance. It is not surprising that they knocked statements out of them. Those are just their methods” (Tumanov 2010). This corresponds with descriptions from several interviewees of the “Society and Lifestyle” study. Apparently, their methods are to beat statements out of skinheads against members of antifa groups, then to beat statements out of antifa people against skinheads, and finally, to get promotions and awards for both the first and the second.

For most of the radical right-wing youths, who were interviewed for the “Society and Lifestyle” study, violence against other ethnic and racial groups represents the answer to the “invasion” of Russia by persons who do not observe accepted behavioural norms. Immigrants are viewed as “parasites” and competitors, especially concerning girls. The aggressively xenophobic speech of the respondents is not perceived so much as a desire to dominate “inferior races” as to fence off and be separated from them. This can be interpreted as a reaction of weak social groups to the rapid changes in the social and cultural life in Russia in the 1990s, as a result of which they have become alienated from political power and even poorer in economic terms. They want to instil fear and subordination in other people because of the humiliation and fear they feel themselves. In these circumstances, state ethnic politics should play a large role, on the one hand punishing crimes committed due to ethnic hatred by any perpetrator, and, on the other hand, instituting a tolerance policy that encourages constructive cooperation with the ethnic minorities.

Attempts towards preventive action on state-wide and regional levels

It would be wrong to assert that the Russian Government has not taken any steps in this direction other than some police repressions. On August 25, 2001, the Russian Federation Government decreed the adoption of the special Federal program “Formation of tolerance and prevention of extremism in Russian society”, planned for five years (2001–2005). The Ministry of Education was responsible for the implementation of this program. The main aim of the program was to create and to implement rules for tolerant behaviour in a social context, to determine the sustainability of social behaviour of individuals and social groups in various situations of social tension as the basis for creating civic harmony in a democratic state. This implies the following tasks:

1. To develop and to implement an effective means of forming tolerant behaviour among citizens to counteract extremism and to reduce socio-psychological tensions in the society;
2. To develop and implement methods and mechanisms for monitoring, diagnosing, and predicting socio-political situations in the country, and to assess the risks and consequences of destructive processes in society;
3. To develop and implement measures to encourage tolerant behaviour, and to counteract extremism in all its manifestations, including:
 - To develop a system of training programs for all levels and forms of education;
 - To develop an effective dissemination technology for sociocultural norms of tolerant behaviour to counteract multiple types of extremism, xenophobia, and ethnophobia;
 - To develop a methodical and regulatory basis for counteracting extremism;
 - To implement measures to establish and improve the effectiveness of interethnic and interfaith dialogue.

The program was implemented from 2001 to 2005 in three stages. The goal of the first phase (2001) was to develop methodological and scientific bases for preventive measures against extremism and for creating a tolerant society. In addition, an important task of the first phase was to create favourable conditions for the realisation of the program by

drawing the attention of public authorities, public associations, and educators to the problem. The goal of the second phase (2002–2003) was the creation and experimental adoption of mechanisms of preventive measures against extremism, and the creation of a tolerant society, as well as the establishment of an organizational base of wide-ranging adoption of these mechanisms in multiple regions of the Russian Federation. The goal of the third phase (2004–2005) was the active use of the mechanisms of preventive measures against extremism and the creation of a tolerant nature.

The program included four major areas of implementation:

The scientific/analytical direction included the development of scientific and methodological foundations to counteract extremism and to form a tolerant civil society, as well as methods of diagnosing, examining, and monitoring the expression of extremism in the society and the media, including socio-psychological methods of eliminating extremist sentiments in the mass consciousness. The direction of propaganda and counter propaganda was intended to use the media to expose the anti-social nature of extremism in all its forms, as well as to perform a social and psychological examination of publications, radio, and television programs that encouraged the incitement of ethnic and religious strife, and the publication of materials that promoted the establishment of tolerance, and reduced social tension. The educational and methodical approaches used special programs in educational institutions at all levels, aimed at fostering a tolerant society and promoting religious tolerance and intercultural dialogue; it also included holding special psychological sessions for training and retraining specialists in the field of mass communications, public officials, and members of law enforcement. The regulatory, methodical, and organizational direction included the development of guidance documents for encouraging the conditions for a socio-psychological examination of publications and broadcast media, and for developing new educational programs, including the use of interactive learning tools and games and legislation learning aids, providing the conditions to form tolerant behaviour, to counteract extremism and ethnic and religious intolerance, and, in addition, to develop mechanisms for assisting victims of extremism, aggression, refugees, and internally

displaced persons and techniques for improving the effectiveness of interfaith dialogue.

This program achieved some substantive scientific results. The monitoring program “Problems of tolerance in adolescent subculture” (2003), which was devoted to studies of adolescents’ relations to nationalism and extremism, various religions (including sectarian religious groups), and subcultures, found that a lack of positive reference values for adolescents often leads to violence and extremism and the acknowledgement of violence as the way to resolve ethnic conflicts, which could become the social norm. 34.2 % of the examined adolescents keep indifferently to any radical youth groups, including skinheads. Regarding the attitudes towards national, ethnic, religious, and linguistic minorities in modern Russia, the young people pointed first to aggressive nationalism (18.6 %), and after that to racism (17.1 %), discrimination (16.4 %), violence (7.14 %), intolerance (14.4 %), and terrorism (13.4 %). Only about 2 % of the respondents believed that none of these phenomena are prevalent in relation to the above-mentioned minorities.

The products of these programs can be divided into a number of categories. First, various techniques for diagnosing tolerance and intolerance among children and teenagers (which enable teachers to identify already intolerant pupils in their classes) have been developed. In particular, Tamara Adamjants (the representative of school Tamara Dridze, Institute of Sociology of the Russian Academy of Sciences) provides the program “Dialogue as a Basis for Tolerance”, which is based on a semiosociopsychological paradigm. According to Adamjants, this paradigm helps to differentiate pupils according to their ability to understand other people (communication skills). Pupils read (or remembered) a certain text, and their answers to questions about the text enabled the estimation of how adequately they had understood the text. On the basis of this technique it is possible to identify one group who adequately comprehends the text (or the verbal message), another group who partially comprehends the text, and a third group inadequately comprehending the text (Adamjants 2005, pp. 33 ff.). However, Adamjants’s work does not provide answers to the questions of how to work further with the second and third group or how to correct communication failures. Second, various techniques have been offered for analysing messages in mass media to reveal hate speech. Third, this program developed 172 and tested 148 training programs

for different education levels. These included an electronic textbook, “Tolerant Behaviour in Communication and How to Learn It”, which is a practical training guide for tolerance, and preventing and overcoming xenophobia. Some methodologies were developed specifically to diagnose the level of tolerance, including for example the “Tolerance Index” and the program “Together We Learn Tolerance” (Doklad Pravitel’stvu Rossiiskoy Federatsii 2003). In particular, tolerance training programs have been developed in the Faculty of Psychology at Moscow University. The general idea of the training programs is the expansion of cultural identity and the formation of a positive relation to human differences. Games involving knowledge of different nations of the world are used for this purpose.

The authors of the training program emphasized that the importance of these programs lies less in providing information about other cultures, but in offering the experience of practical action in different sociocultural situations, and the ability to empathise with another’s point of view. In the games, the participants are also made acquainted with concepts of stereotypification, xenophobia, discrimination, and they learn ways to resist them (Soldatova/Makarchuk 2006, pp. 38 ff.). It is striking that the authors of the training programs completely ignored the possibility of gaining experience of other cultures and partial identification with other cultures through the use of role-playing games, which were in the 1990s and early 2000s popular among Russian youths.

Areas in which tolerance training was approved and extended were also limited, including only some secondary schools and summer camps in Moscow and the Moscow region, and some social and educational centres of the Supreme Commissioner on Affairs of Refugees of the United Nations. These trainings, of course, have not reached more remote areas of Russia.

It is impossible to understand from reports on program performances how many Russian educational institutions have introduced similar programs. These reports only mention that 25 programs on tolerance development have been created and approved (but have not yet been introduced!) in 37 educational institutions. This, of course, is not enough for a country with over a thousand institutions of higher education and over a hundred thousand high schools.

Public representation in the program, apparently, was very limited. Its participants have undergone 87 training seminars on tolerance formation

in 53 regions of Russia (these were single actions that did not include continuations), and also such public actions as “Day of Civil Initiatives for Tolerance” and “Tolerance is a Norm of Life for the Adult Citizen” in 14 large Russian cities (five of which held similar actions twice) (Doklad Pravitel’stvu Rossiiskoy Federatsii 2003). For Russia, of course, these numbers are insignificant.

The creation of new organizational structures, such as centres of tolerance and social safety, and psychological help and social adaptation services for migrants on the basis of activity of the regional centres, was one of two basic directions of the program’s realisation; the other was the creation of new techniques and the production of textbooks and grants. These are rather characteristic of the prevailing bureaucratic approach in Russia. The program was not very expensive: The total amount of its funding was about 400 million roubles⁵, including 132 million roubles⁶ from the federal budget (Doklad Pravitel’stvu Rossiiskoy Federatsii 2003). However, with the high level of corruption in Russia, we would be naive to believe that all these funds were directed to their intended destination.

Has this program made Russia more tolerant? The funds for large-scale research devoted to studying the efficiency of grants developed within the limits of the program and its techniques were not spent. The pilot research and training performed with participants in Moscow and Dagestan have shown that the given programs are effective, but only 300 people have been interviewed. This research is representative only for the people who have passed the training. For Russia as a whole, this is a drop in the sea. At the same time, according to journalist Leonid Zhuhovitsky, “without this tolerance program we could have lived through much worse” (Vladykina 2004). Nevertheless, the program was closed in 2005, and today there is no similar program at the federal level in Russia.

Another program is the “Tolerance” program for St. Petersburg which was developed by the Committee for External Relations of St. Petersburg, the Advisory Council on the National-Cultural Associations’ Affairs under the Government of St. Petersburg, and a specially formed expert group, in 2006. The program’s full title is “The Program of Harmonization of Interethnic and Intercultural Relations, the Prevention of Xenophobia and Strengthening Tolerance in St. Petersburg for

5 About 9,6 Million Euro, editors’ note.

6 About 3,2 Million Euro, editors’ note.

2006–2010”. It undertakes to strengthen the foundations and to systemise the methods of the long-term process of forming tolerant behaviour among St. Petersburg’s population. The program consists of three main components: a political, conceptual, and practical one. The political component is the declaration of the Government of St. Petersburg that “A Great City should have harmony in diversity”; the conceptual component describes the methods of forming a tolerant society, and the practical one consists of some workflows for phased implementation during the period 2006–2010 (*Impuls dlya obschchestvennoi solidarnosti* 2008). Whereas the federal program was aimed primarily at youths, the St. Petersburg program, according to its authors, is aimed at all people of St. Petersburg, regardless of age, education, ethnicity, or religious views.

Russian right-wing radicalism and nationalism are multifaceted, and have many various shapes and expressions. The present conceptual apparatus of the humanities and social and political sciences has not reflected this phenomenon adequately and tends to work with outdated and journalistic stereotypes. All these facts complicate the formation of legal norms and effective counter policies. Today the ongoing counteraction policy against right-wing radicalism is one-sided, and actually includes only the criminal prosecution of right-wing organizations by law enforcement agencies in Russia.

References

- Adamjants, Tamara (2005): *Dialog kak osnova tolerantnosti* (Dialogue as a tolerance basis). Moscow: Institut sociologii RAN
- Doklad Pravitel'stvu Rossiiskoy Federatsii "khode realizatsii v 2001–2002 Federal'noi tselevoi programmy 'Formirovanie ustanovok tolerant-nogo soznaniya i profilaktika ekstremizma v rossiiskom obschzhestve' 2001–2005") (2003) (Report for the Russian Government "The implementation during 2001–2001 of Federal special program 'The Promotion of Tolerance and the Prevention of Extremism in Russian Society' 2001–2005"), www.tolz.ru/library/?id=421
- Galkin, Alexander (1989): *Germanskii fascizm* (German fascism) Moscow: Nauka
- Grigoriev, Maxim (2007): *Condropoga: chto eto bylo?* (Condropoga: What was it?). Moscow: Europa
- Gudkov, Lev (2006): "Rossia dlya russkikh": ksenophobia i antimigrantskie nastroyeniya v Rossii ("Russia for Russians": xenophobia and anti-migrant orientations in Russia). In: V. N. Mukomel & E. A. Pain (eds): *Nuzhny li migranty rossiiskomu obshzhestvu?* (Are the migrants need to Russian society?) Moscow: Liberalnaya Missiya, 31–76
- Impuls dlya obschzhestvennoi solidarnosti (2008) (The momentum for the social solidarity), www.kvs.spb.ru/?p=%C2%ABaktual_nost_programmi_%C2%Btolerantnost_%C%BB240
- Kozhevnikova, Galina (2006): *Radikal'nii natsionalizm v Rossii i protivodeistvie emu v 2005 godu* (Radical nationalism in Russia and the counteraction to it during 2005), www.xeno.sova-center.ru/29481C8/6CEEC08
- Kozhevnikova, Galina (2007): *Radikal'nii natsionalizm v Rossii i protivodeistvie emu v 2006 godu* (Radical nationalism in Russia and the counteraction to it during 2006), www.xeno.sova-center.ru/29481C8/8F76150
- Kozhevnikova, Galina (2008): *Radikal'nii natsionalizm v Rossii i protivodeistvie emu v 2007 godu* (Radical nationalism in Russia and the counteraction to it during 2007), www.xeno.sova-center.ru/29481C8/A91EC67
- Kozhevnikova, Galina (2009): *Radikal'nii natsionalizm v Rossii i protivodeistvie emu v 2008 godu* (Radical nationalism in Russia and the counteraction to it during 2008), www.xeno.sova-center.ru/29481C8/C84DCA7

- Kozhevnikova, Galina (2010): Pod znakom politicheskogo terrora. Radikal'nii natsionalizm v Rossii i protivodeistvie emu v 2009 godu (The Year of Political Terror: Radical nationalism in Russia and the counteraction to it during 2009), www.xeno.sova-center.ru/29481C8/E4FA706
- Likhachev, Vyacheslav (2002): Natsizm v Rossii (Nazism in Russia). Moscow: Panorama
- Lipset, Seymour Martin (1960): Political man: The social bases of politics. Garden City (N.Y.): Doubleday
- Maslov, Oleg; Prudnik, Alexander (2006): DPNI kak fenomen novoy rossiiskoy real'nosti (MAII as a phenomenon of new Russian reality), Nezavisimoe politicheskoe obozrenie (Independent political survey), 11 September
- McKay, George et al. (eds.) (2009): Subcultures and New Religious Movements in Russia and East-Central Europe. Bern: Peter Lang
- Mitrokhin, Nicolai (2003): Russkaya partia: dvizhenie russkikh natsionalistov v SSSR 1956 – 1985 gody. (Russian party: the movement of Russian Nationalists in USSR 1956 – 1985). Moscow: NLO
- Natsionalizm i ksenophobia (2007) (Nationalism and xenophobia), www.levada.ru/press/2007082901.html
- Nevelev, Dmitriy (1995): Vnimanie: britogolovie. Pogruzhenie v mir voinstvuyuschikh marginalov (Attention: skinheads. Dive into the world of militant marginals). Ogonyok (Little Flame) 19, 31
- Petrov, Nikolai (2010): Moscow riots: More to come?, www.rbth.ru/articles/2010/12/16/moscow_riots_more_to_come05215.html
- Rossia dlya russkikh ili dlya vseh rossiyan? (2009) (Russia only for Russians or for all citizens of Russia?), www.levada.ru/press/2009120702.html
- Sokolov, Michail (2004): Teatr prevraschzenii: analiz evolutsii russkogo radikal'no-natsionalisticheskogo dvizheniya (The theatre of transformations: An analysis of evolution of Russian radical-nationalist movement). In: S.V. Vasiliev (ed): Aktual'nye problemy transformatsii social'nogo prostranstva (Actual problems of transformation of social space). St Petersburg: Leontievskii tsentr, 295–321
- Sokolov, Michail (2007): Izuchaya Russkii phaschizm: neskol'ko kriticheskikh zamechanii o diskussii 1990 (Studying the “Russian fascism”: a few critical remarks about the debates 1990s). In: M. Laruelle (ed): Russkii natsionalizm v politicheskom prostranstve (Russian nationalism in the

- political space). – Moscow: Franko-Rossiiskii tsentr gumanitarnykh i obshchestvennykh nauk, 30–53
- Soldatova, Galina; Makarchuk, Anna (2006): *Mozhet li “drugoy” stat’ drugom? Trening po profilaktike xenofobii* (Whether there can be another friend? Anti-xenophobic training). Moscow: Genesis
- Tarasov, Alexander (2000): *Porozhdenie Reform: Britogolovie, oni zhe Skinheddy* (The Result of reforms: boldheads aka skinheads), www.scepsis.ru/library/id_115.html
- Tarasov, Alexander (2004): *Natsi-skinny v sovremennoi Rossii: доклад dlya Moskovskogo byuro po pravam cheloveka* (Nazi-skins in contemporary Russia: Report for the Moscow Human rights bureau), www.scepsis.ru/library/id_605.html
- Trifonov, Vladislav (2009): “Chiornie Yastreby” zaleteli v kletku (“Black Hawks” fled in a cage), *Kommersant*, 9 October
- Tumanov, Grigoriy (2010): *Skinhedov posadili na dubinku* (Skinheads put on a stick). *Gazeta* (Newspaper), 11 March
- Ubiistvo Chuvashova (2010): *neonatsisty ne skryvayut likovaniya* (The Chuvashov’s Murder: Neo-Nazis don’t hide their glee), www.vesti.ru/doc.html?id=353948&cid=549
- Verchovsky, Alexander; Papp, Anatoliy; Pribylovsky, Vladimir (1996): *Politicheskii ekstremizm v Rossii* (Political extremism in Russia). Moscow: Institut eksperimental’noi sociologii
- Verchovsky, Alexander; Pribylovsky, Vladymir (1996): *Natsional’no-patrioticheskie organizatsii v Rossii. Istoriya, ideologiya, ekstremistskie tendentsii* (National-patriotic organizations in Russia. History, ideology, extremist tendencies). Moscow: Institut eksperimental’noi sociologii
- Verchovsky, Alexander (2007): *Ideinaya evolutsiya russkogo natsionalisma: 1990’e i 2000’e gody* (Ideological evolution of Russian nationalism: 1990’s and 2000’s). In: A. Verchovsky (ed.): *Verchi i nizy russkogo natsionalisma* (Tops and bottoms of Russian nationalism). Moscow: Tsentr “Sova”, 6–32
- Vladykina, Tatiana (2004): *Tsena terpimosti. Pravitel’sтво zakrylo programmu po tolerantnosti* (Price of tolerance: the government finished the tolerance program), *Rossiiskaya gazeta* (Russian newspaper), 2 December

Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa

Ergebnisse einer Erhebung in europäischen Ländern

In Skandinavien, in den für ihre Toleranz bekannten Niederlanden und selbst im bisher in dieser Hinsicht unauffälligen Großbritannien erringen rechtsradikale Parteien Wahlerfolge. In Südeuropa schlägt Flüchtlingen und illegal Eingewanderten eine weit verbreitete offene Fremdenfeindlichkeit entgegen, die sich in alltäglichen Diskriminierungen, aber auch in gewalttätigen Übergriffen neofaschistischer Gruppen sowie der ‚ganz normalen‘ Bevölkerung manifestiert. In Deutschland existieren ländliche Regionen, denen Fachleute inzwischen eine weitgehende Hegemonie rechtsextrem orientierter Jugendkulturen bescheinigen. Hier, aber auch in Russland haben sich besonders gewalttätige rechtsextreme Szenen entwickelt, auf deren Konto in den letzten Jahren zahlreiche Morde an Minderheiten gehen. In den Ländern des ehemaligen Ostblocks sind neben den Juden vor allem die Roma Zielscheiben ausgeprägter Ressentiments, was sich, wie jüngst in Tschechien, bis zu pogromartigen Situationen zuspitzen kann. Hinzu kommt ein bisher möglicherweise unterschätzter Rechtsterrorismus, wie die Ereignisse der letzten Monate in Norwegen und Deutschland zeigen.

Diese Situationsbeschreibung macht deutlich: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus sind, wenn auch in unterschiedlichen Facetten, ein europaweites Problem.

Doch wie gehen die europäischen Länder mit diesen Phänomenen um? Wie reagieren Staat und Zivilgesellschaft auf diese Problematik und welche Rolle spielen Strategien der präventiven, insbesondere der pädagogischen Auseinandersetzung in diesem Zusammenhang? Während in den letzten Jahren eine Reihe von Publikationen erschien, die sich mit unterschiedlichen Erscheinungsformen in verschiedenen Ländern (Greß/Jaschke/Schönekeß 1990; Husbands 2002; Merkl/Weinberg 2003; Mudde 2005), z.T. auch in vergleichender Perspektive (Minkenberg 2005; van Donsellar 2003) befassen, wurde diesen Fragen bisher vergleichsweise wenig Beachtung geschenkt. Eine Ausnahme in der deutschen Fachdiskussion bildet ein Sammelband der Bertelsmann Stiftung, der Strategien

der Rechtsextremismusbekämpfung in elf europäischen Ländern vorstellt, dabei allerdings einen starken Focus auf die politische Sphäre, auf legislative und administrative Maßnahmen legt (dies. 2009). Ansätze und konkrete Aktivitäten der präventiv-pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in unterschiedlichen europäischen Ländern wurden dagegen bisher kaum in den Blick genommen.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des DJI das Thema „Europäische Perspektiven auf die Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ seit 2002 in einem eigenen Projektschwerpunkt.

Ziel dieses Schwerpunkts ist es,

- einen Einblick in den Stand der präventiv-pädagogischen Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen in Europa zu gewinnen;
- einen länderübergreifenden fachlichen Austausch zu diesen Themen zu befördern und
- Anregungen für die hiesige Fachdiskussion zu erhalten.

Zu diesem Zweck werden Recherchen¹ in verschiedenen europäischen Ländern durchgeführt, in denen Handlungsfelder sowie konzeptionelle und thematische Schwerpunkte der pädagogischen Prävention von Rechtsextremismus bzw. Fremdenfeindlichkeit identifiziert werden. Außerdem werden in diesem Bereich tätige Institutionen und Projekte, aber auch zu diesen Fragen arbeitende Forscher/innen ermittelt.

Ausgehend von diesen Recherchen werden mit ausgewählten Ländern, die eine für die deutsche Fachdiskussion besonders interessante Präventionspraxis aufweisen, vertiefende Fachaustausche mit Praxisprojekten und Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern realisiert. Diese Austausche fanden bisher als mehrtägiger Vor-Ort-Besuche in Norwegen

1 In einer ersten, übergreifenden Recherche wurden Informationen zu England, Frankreich, Norwegen, Dänemark, Belgien, Polen, Tschechien, Ungarn, Österreich, Schweiz, Italien und Spanien erhoben (Boebel 2002). In einer weiteren Recherche wurde außerdem speziell nach Ansätzen und Angeboten im Vorschul- und Grundschulalter gesucht (Boebel 2003). In vertiefenden Länderrecherchen wurden Norwegen, Schweden und Großbritannien (Boebel 2005) sowie die Beneluxländer (Böhm 2008) in den Blick genommen. Diese Recherchen wurden von Chaya Boebel und Urte Böhm im Auftrag des DJI realisiert. Ihnen sei an dieser Stelle für ihre informative und hilfreiche Arbeit herzlich gedankt. Ergänzende Informationen zu Großbritannien und Schweden steuerten Maruta Herding und Sally Hohnstein bei. Eine Recherche zu osteuropäischen Ländern ist derzeit in Vorbereitung.

(2005), Großbritannien (2006) sowie den Niederlanden und Belgien (2009) statt².

In Ergänzung dieser eigenen Erhebungen wurden außerdem zwei Sammelbände herausgegeben, in denen Fachleute der Rechtsextremismusprävention bzw. der Antirassismusbearbeitung aus verschiedenen europäischen Ländern aktuelle Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen sowie den Stand der pädagogisch-präventiven Arbeit in diesen Ländern darstellen (Rieker/Glaser/Schuster 2005 sowie der hier vorliegende Band).

Da die Erfahrungen und Erträge der bisherigen Fachaustausche bereits an anderer Stelle ausführlicher beschrieben wurden (Rieker 2004; 2005; Glaser/Schuster 2006; Glaser 2006; Rieker 2009, S. 164 ff.), soll im Folgenden nur jeweils ein Praxisbeispiel aus den besuchten Ländern vorgestellt werden, das je spezifische Anregungspotenziale für die deutsche Fachdiskussion bietet. Exemplarisch lässt sich an diesen Beispielen aufzeigen, in welcher unterschiedlicher und vielfältiger Weise die Präventionspraxis in den europäischen Nachbarländern Impulse für die hiesige Arbeit zu geben vermag.

Daran anschließend soll, auf der Basis der bisher betrachteten Länder, eine erste Einschätzung zum Entwicklungsstand, zur konzeptionellen Ausrichtung und zu Handlungsschwerpunkten pädagogischer Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa vorgenommen werden. Vor diesem Hintergrund werden abschließend einige Überlegungen zu den relativen Stärken bundesdeutscher Präventionspraxis, aber auch zu unterentwickelten Aspekten bzw. zu im europäischen Vergleich sichtbar werdenden Entwicklungsperspektiven formuliert.

2 Für übergreifende fachliche Einschätzungen gilt unser Dank insbesondere Yngve Carlsson, Chris Gaine und Rob Witte. Bei der Gemeinde Kristiansand, einer Elterninitiative in Kristiansand, Bjørn Ovrum vom Polizeidistrikt Manglerud in Oslo (Norwegen), den Projekten ‚Aik Saath‘, ‚Rewind‘, ‚Kick it Out‘, ‚Football Unites, Racism Divides‘ (Großbritannien), dem Institut für multikulturelle Fragen ‚Forum‘ den Jugendamtsmitarbeitenden von Utrecht, Breda und Geertruidenberg, den Projekten ‚School Zonder Racisme‘ und Article1 (Niederlande) sowie dem ‚Centre pour l’égalité des chances et la lutte contre le racisme‘ und der Antirassismusorganisation ‚Mrax‘ (Belgien) bedanken wir uns für ihre Bereitschaft, uns Einblicke in ihre Arbeit zu gewähren. Von deutscher Seite waren an diesen Fachaustauschen Peter Rieker (Norwegen), Silke Schuster (Großbritannien) und Tabea Schlimbach (Belgien, Niederlande) beteiligt. Auch ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Anregungen für die bundesdeutsche Präventionspraxis – Beispiele aus Norwegen, den Niederlanden und Großbritannien

In der Präventionsdebatte in *Großbritannien* stehen weniger dezidiert rechtsextreme Erscheinungsformen im Zentrum, als die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Manifestationen von ethnisch begründeter Diskriminierung in der Gesamtgesellschaft. Pädagogische Maßnahmen richten sich entsprechend an breite gesellschaftliche Gruppen und setzen zumeist im Vorfeld manifester, gewalttätiger Erscheinungsformen an: Sie zielen darauf, der individuellen Ausbildung entsprechender Haltungen vorzubeugen sowie für Formen von Alltagsrassismus und strukturell verankertem Rassismus zu sensibilisieren (vgl. Hormel/Scherr 2004; Glaser 2006).

Ein gesellschaftlicher Bereich, in dem sehr viele Aktivitäten gegen Rassismus und Diskriminierung initiiert und umgesetzt werden, ist neben den Schulen der organisierte Fußballsport. Dieses Engagement gilt zum einen dem Sport und seinem Umfeld selbst: So wurde vom britischen Fußballverband bereits 1994 ein 10-Punkte-Plan gegen Rassismus aufgestellt, der später auch von der UEFA übernommen wurde. Darüber hinaus haben sich inzwischen 30 britische Profivereine zu sog. „Racial Equality Standards“ verpflichtet, die auf die Bekämpfung rassistischer Manifestationen im Stadion sowie auf den Abbau institutioneller Diskriminierung in den Vereinen zielen³.

Die Popularität dieses Sports wird aber auch genutzt, um Rassismus und Diskriminierung in der Gesamtgesellschaft zu bekämpfen. So wirken prominente (Ex)Fußballer und Top-Trainer nicht nur in landesweiten Kampagnen gegen Rassismus mit, sondern engagieren sich auch in antirassistischen Bildungsprojekten mit jungen Menschen. In diesen Projekten, die in der Regel als eintägige Workshops an Schulen stattfinden, können die Jugendlichen ihre Stars ‚zum Anfassen‘ erleben, ihnen Fragen stellen und mit ihnen diskutieren. Dabei gehen die Projekte, die mit diesem Ansatz arbeiten, unterschiedlich vor. In einem Projekt, in dem

3 Diese Maßnahmen umfassen Verbote bestimmter Symbole und Äußerungen, Schulungen und antirassistische Trainings für Spieler und andere Vereinsakteure, aber auch das Erstellen von Entwicklungsplänen, um eine gleichberechtigte Präsenz ethnischer Minderheiten auf allen Ebenen des Vereinslebens zu realisieren. Die Standards wurden vor einiger Zeit um andere Diskriminierungsformen wie Homophobie, Sexismus ausgeweitet und in „Equality Standards“ umbenannt (vgl. www.kickitout.org/298.php).

Ex-Profis mitwirken, werden stärker strukturierte Bildungseinheiten umgesetzt und mit professionell angeleiteten Fußballspieleinheiten kombiniert. Ein anderes Projekt, das mit aktiver Fußballprominenz arbeitet, setzt auf eher unstrukturierte Gesprächsrunden. An den Workshops sind zum einen schwarze Spieler beteiligt, die von ihren persönlichen Erfahrungen mit Diskriminierung berichten und davon ausgehend die Diskussion mit den Jugendlichen suchen. Auf diese Weise sollen die Empathie der Jugendlichen geweckt und sie dazu angeregt werden, (eigene) Stereotype sowie diskriminierende Mechanismen in der Gesellschaft zu reflektieren. Es werden aber auch bewusst weiße Spieler eingesetzt, die in den Veranstaltungen ihre Haltung gegen Rassismus darlegen und begründen, um so als „positive role models“ für weiße Schüler/innen zu fungieren. Dabei wird der Fußballsport auch als Referenzrahmen genutzt, um etwa am Beispiel einer Fußballmannschaft zu erläutern, wie Rassismus den Zusammenhalt und damit das erfolgreiche Agieren einer Gruppe untergraben kann.

Von einem der beiden Projekte wurde außerdem ein weiteres Veranstaltungsformat entwickelt, das der Unterrepräsentanz ethnischer Minderheiten in vielen gesellschaftlichen Bereichen entgegenwirken soll und dabei ebenfalls auf die Einflusskraft ‚positiver Rollenvorbilder‘ bei jungen Menschen setzt. Bei diesen Veranstaltungen stellen beruflich erfolgreiche Angehörige dieser Minderheiten ihr Berufsfeld und ihren persönlichen beruflichen Werdegang vor. Durch diese Begegnungen sollen die Jugendlichen, die oft aus Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit stammen, dazu ermutigt werden, eigene berufliche Perspektiven zu entwickeln. Sie sollen ihnen außerdem vor Augen führen, dass auch Angehörige ihrer ‚Community‘ attraktive berufliche Positionen erreichen können. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit Fußballstars durchgeführt, bindet aber auch Persönlichkeiten aus anderen gesellschaftlichen Bereichen (Anwälte, Schauspieler/innen, Ärzte) ein.

Die Projekte, die diese Angebote umsetzen, haben auch verschiedene Handreichungen und Unterrichtsmaterialien zum Thema entwickelt, die von Lehrerinnen/Lehrern und Bildungsprojekten genutzt werden können (vgl. www.srtrc.org sowie www.kickitout.org).

Neben diesen Aktivitäten, mit denen der Fußball in andere gesellschaftliche Organisationen, insbesondere in Schulen, hineingeht, finden auch Veranstaltungen in den Vereinen und Stadien zu diesen Themen, z.B. mit Schulklassen statt oder Vereine veranstalten „Tage des Gemeinwesens“

(„Community Days“) in ihren Stadien, um das soziale Miteinander der im Umkreis dieser Stadien lebenden ethnischen Gruppen zu befördern.

Erfahrungen mit Begegnungsansätzen zeigen, dass diese gut geeignet sind, um Interesse für schwierige Themen zu wecken und Reflexionsprozesse anzustoßen (vgl. Glaser/Rieker 2006). Begegnungselemente werden deshalb auch in Deutschland in Angeboten zur Prävention von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit eingesetzt. Ebenso versucht man in verschiedenen Projekten an den sportlichen Interessen der Teilnehmenden anzusetzen. Ein innovatives Element der hier vorgestellten britischen Ansätze besteht darin, dass sie prominente und für Jugendliche attraktive Vorbilder in diese Arbeit involvieren und so den Einfluss von ‚Stars‘ auf junge Menschen für pädagogische Prozesse nutzbar machen. Im Unterschied zum antirassistischen Engagement z.B. im deutschen Fußball, das sich weitgehend auf den unmittelbaren Fußballbereich beschränkt (vgl. Glaser 2008), zeichnen sich viele dieser Aktivitäten zudem dadurch aus, dass sie über den Fußballkontext hinaus in das Gemeinwesen hineinreichen. Damit könnten sie ebenfalls ein Vorbild für bundesdeutsche Präventionsdebatten sein: Sie zeigen Wege auf, wie der organisierte (Fußball) Sport, der auch im Leben vieler deutscher Jugendlicher eine bedeutsame Rolle spielt, seine spezifischen Potenziale in die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus einbringen kann.

In *Norwegen*, das sich in den 1990er Jahren (wenn auch in geringerem Umfang) mit vergleichbaren Problemen wie die Bundesrepublik konfrontiert sah, wurden seither verschiedene Angebote und Aktivitäten entwickelt, die gezielt auf die Prävention von organisierten, gewalttätigen Formen des Rechtsextremismus bei jungen Menschen ausgerichtet sind.

Ein bedeutsamer Akteur in diesem Präventionsfeld ist die Polizei, die in Norwegen in Bezug auf junge Menschen insgesamt stark präventiv orientiert ist. So hat die norwegische Polizei die (gesetzliche) Möglichkeit, Jugendliche, bei denen der Verdacht eines Abdriftens in rechtsextreme Kreise besteht, zu vorbeugenden Gesprächen in das Polizeirevier zu laden. Diese Gespräche werden in der Regel von speziell für die Kriminalprävention zuständigen und entsprechend geschulten Beamten geführt. Im Osloer Distrikt Manglerud wurde in diesem Zusammenhang das Konzept der „Empowerment Conversation“ entwickelt (vgl. auch Carlsson 2006, S. 22f.): In diesen Gesprächen werden den Jugendlichen (und den anwesenden Eltern) zunächst die Beobachtungen und Eindrücke der

Polizei zu ihrem Verhalten geschildert und es wird ihnen die Möglichkeit gegeben, ihre eigene Sichtweise darzustellen. Sodann werden die Jugendlichen gebeten, ihre sozialen Beziehungen in Soziogrammen darzustellen und zu gewichten. Auf dieser Basis werden gemeinsam die Konsequenzen bestimmter sozialer Kontakte erörtert sowie Alternativen, die sich aus einer veränderten Gewichtung ergeben können. Dabei wird den Jugendlichen einerseits aufgezeigt, welche Problematiken mit bestimmten Sozialkontakten verbunden sind und dass die Polizei ihr Verhalten daraufhin im Blick behalten wird. Andererseits versucht man ihnen zu verdeutlichen, welche Möglichkeiten (z.B. Berufswünsche) ihnen durch diese Kontakte verbaut werden und überlegt gemeinsam konkrete Schritte, wie Kontakte aufgebaut werden können, die alternative Möglichkeiten erschließen. Die Polizisten bieten hier zum einen selbst Unterstützung an (z.B. durch Gespräche mit der Schule, Kontakte zu Ausbildungsbetrieben), zum anderen vermitteln sie an andere Institutionen und Angebote weiter, wenn spezialisierte Hilfestellungen erforderlich erscheinen. Der Ablauf und die Bestandteile dieser „Empowerment Conversation“ sind in einem Handbuch dargestellt, das Polizisten in anderen Dienststellen als Leitfaden für entsprechende Gespräche dienen soll.

Wenn Jugendliche und junge Heranwachsende bereits zu Haftstrafen verurteilt wurden, hat die Polizei die Möglichkeit, diese regelmäßig während ihrer Inhaftierung zu besuchen. Diese Besuche, die teilweise auch gemeinsam mit Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeitern durchgeführt werden, sollen zum einen die Präsenz der Polizei verdeutlichen. Sie sollen aber auch Alternativen zu den sozialen Kontakten im Gefängnis bieten und Kontakte für die Zeit nach der Haft etablieren, damit sich die jungen Menschen, wenn sie Hilfe benötigen, an die Polizei wenden.

Das innovative Potenzial dieses Ansatzes für die deutsche Fachdiskussion liegt darin, dass er durch Polizeibeamte umgesetzt wird: Erfahrungsberichte zeigen, dass diesen von den Jugendlichen (vor allem den männlichen Jugendlichen) häufig mehr Autorität zugesprochen wird als Akteuren der Jugend- oder Sozialarbeit. Als wichtiger Bestandteil dieser Arbeit wird von den Interviewpartnern allerdings auch die Kooperation mit anderen Institutionen benannt: In etwa der Hälfte der Fälle werden Partner, z.B. aus dem Bereich der Jugendhilfe, hinzugezogen oder Jugendliche an diese weitervermittelt. Insofern zeigt dieses Beispiel auch auf, wie eine entsprechende Zusammenarbeit dieser unterschiedlichen Akteure andere, ergänzende Zugangs- und Einflussmöglichkeiten in der

Auseinandersetzung mit diesen Zielgruppen eröffnen kann (vgl. ausführlicher zu diesem Praxisbeispiel Rieker 2005).

In den *Niederlanden* gibt es bisher relativ wenig Angebote, die sich direkt an fremdenfeindliche bzw. rechtsextrem orientierte Jugendliche wenden (vgl. Grunenberg/van Donsellar 2006; Grubben 2006). Wenn entsprechende Projekte umgesetzt werden, geschieht dies teilweise in Anlehnung an deutsche und skandinavische Vorbilder (vgl. Witte i. d. Bd.); z.T. werden aber auch eigene, interessante Wege beschritten, wie z.B. mit dem Projekt „Stompen Dan“ (Stampfen mit den Füßen), das im Folgenden vorgestellt wird.

Offen fremdenfeindliche und rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen zeigten sich in den Niederlanden in den letzten Jahren vor allem in einem Teilsegment der Hardcore-Kultur, den sog. ‚Lonsdale‘-Jugendlichen⁴. Mit dieser Problematik sahen sich Mitte der 2000er Jahre auch drei Gemeinden im Süden Hollands konfrontiert. Dies war der Ausgangspunkt für ein Projekt, das unmittelbar an den musikalischen Interessen dieser Jugendlichen ansetzte, um sie in einen längerfristigen pädagogischen Prozess einzubinden.

Das Projekt, das 2010 bereits zum fünften Mal realisiert wurde, bietet insgesamt 30 Jugendlichen aus Städten und Dörfern dieser Region die Möglichkeit, ein großes Hardcore-Festival mit bekannten DJs zu organisieren. Im Gegenzug verpflichten sich die Jugendlichen, an regelmäßigen Gruppentreffen während der einjährigen Vorbereitungszeit sowie an diversen themenbezogenen Workshops teilzunehmen. In den Workshops geht es zum einen um den Erwerb bzw. Ausbau bestimmter Kompetenzen, z.B. durch Kommunikationstrainings. Zum anderen behandeln sie problematische Verhaltensweisen der Teilnehmenden wie Drogenkonsum oder rassistische Haltungen. Dabei haben die Inhalte entweder einen unmittelbar ersichtlichen Nutzen für die Festivalvorbereitung (z.B. wenn die Jugendlichen geschäftliche Verhandlungen führen müssen) oder es wird der inhaltliche Bogen zur Veranstaltung geschlagen (indem z.B.

4 Der Name kommt von der in der Hardcore-Szene insgesamt beliebten Kleidermarke ‚Lonsdale‘, die von Teilen dieser Jugendlichen jedoch bewusst aufgrund der enthaltenen Buchstabenkombination NSDA (wie NSDAP) getragen wird. Die Hardcore-Kultur stellte Mitte der 2000er Jahre mit geschätzten 100.000 Mitgliedern die größte weiße Jugendkultur in den Niederlanden dar; der Anteil offen rassistischer, mit rechtsextremen Positionen sympathisierender Jugendlicher belief sich zu dieser Zeit, Fachleuten zufolge, auf einige Tausend (vgl. Grubben 2006).

gemeinsam überlegt wird, ob Konflikte zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen zu erwarten sind und wie mit diesen umgegangen werden kann).

Kern des Projekts bildet jedoch die Vorbereitung des eintägigen Großevents mit rund 1.000 landesweit anreisenden, zahlenden Gästen. Dabei sind die Jugendlichen in alle organisatorischen Prozesse eingebunden und müssen insgesamt ein Budget von 25.000 Euro verplanen und verwalten.

Nachdem im ersten Jahr vor allem Jugendliche aus der Lonsdale-Szene teilnahmen, wurde die Zusammensetzung in den Folgejahren hinsichtlich des ethnischen und jugendkulturellen Hintergrunds der Teilnehmenden heterogener, sodass als weiterer pädagogischer Aspekt eine Begegnungsdimension dazu kam. Das ergab sich zum einen aus einem Wandel der im öffentlichen Raum präsenten „Problemszenen“. Zum anderen war es eine bewusste Erweiterung, um auch den Austausch zwischen Angehörigen dieser verschiedenen Szenen zu fördern. Entgegen der ursprünglichen Sorge, dass es insbesondere zwischen (weißen) Dorfjugendlichen und schwarzen Jugendlichen aus den Städten erhebliche Konflikte geben könnte, waren die Erfahrungen in dieser Hinsicht bisher durchweg positiv: Als verbindendes, ausschlaggebendes Element erwies sich stets die Musik; unterschiedliche Dresscodes, Herkunft oder wechselseitige Vorurteile spielten dagegen im Projekt keine Rolle.

Die Erträge des Projekts sehen die Mitarbeitenden zum einen besonders auf der Ebene der Persönlichkeitsentwicklung: Die Jugendlichen würden im Projekt lernen, Verantwortung zu übernehmen und dadurch auch eigenverantwortlicher mit ihrem eigenen Leben umzugehen. Darüber hinaus würden die Teilnehmenden positive Erfahrungen mit Angehörigen anderer ethnischer bzw. jugendkultureller Gruppen machen, zu denen sie zuvor entweder vor allem konflikthafte oder (etwa im Falle mancher Dorfjugendlicher) keine Kontakte hatten.

Die problematische Lonsdale-Szene hat sich inzwischen weitgehend aufgelöst. Die Initiatoren führen das auch maßgeblich darauf zurück, dass die Szene inzwischen landesweit im Rückgang ist. Als einen feststellbaren Effekt des Projekts benennen sie jedoch, dass teilnehmende Lonsdale-Jugendliche im Zuge des Projekts Freundschaften mit Angehörigen anderer ethnischer und jugendkultureller Gruppen geschlossen haben und sich inzwischen in einem übergreifenden, kulturell heterogenen Hardcore-Netzwerk bewegen.

Auch in Deutschland werden in der Rechtsextremismusprävention verschiedentlich jugendkulturell attraktive Medien (Graffiti, Rap, Video) eingesetzt, bisher allerdings vor allem in der vorbeugenden Präventionsarbeit, z.B. mit Schulklassen, und in klar begrenzten pädagogischen Settings (vgl. Elverich 2009). Das Spezifische an „Stompen Dan“ ist demgegenüber nicht nur die Zielgruppe, mit der gearbeitet wird. Das besondere Anregungspotenzial für die deutsche Fachdiskussion besteht vor allem darin, dass die Aktivitäten der Jugendlichen hier nicht im geschützten Rahmen eines pädagogischen Angebots verbleiben, sondern große Außenwirkung entfalten und ‚echten‘ Realitätsbezug besitzen – was auch beinhaltet, dass sich das Projekt (mit Ausnahme der zwei betreuenden Streetworker) durch Eintrittsgelder und Sponsoring finanziell vollständig selbst trägt. (Es erwirtschaftet sogar jährlich einen Überschuss von rund 5.000 Euro, der an wohltätige Zwecke gespendet wird.) So ist die Teilnahme an diesem Projekt mit Erfahrungen von Verantwortungsübernahme und Selbstwirksamkeit verbunden, die in der pädagogisch-präventiven Arbeit als wichtige Lerneffekte erachtet werden.

Diese drei Fallbeispiele machen deutlich, dass der Blick in andere europäische Länder auf ganz unterschiedlichen Ebenen – die involvierten Akteure, gewählte Zugänge, aber auch die Zielstellung und die Ansatzpunkte von Präventionsaktivitäten betreffend – konkrete Anregungen für die deutsche Fachpraxis zu liefern vermag. Im nächsten Abschnitt werden Aktivitäten in europäischen Ländern in einer stärker verallgemeinernden Perspektive vorgestellt.

Pädagogische Prävention in europäischen Ländern – eine vergleichende Betrachtung

Basierend auf den Informationen und Analysen, die im Rahmen unserer Erhebungen zu den verschiedenen europäischen Ländern zusammengetragen wurden, soll im Folgenden eine erste Charakterisierung der pädagogisch-präventiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa unternommen werden. Dabei werden insbesondere

- die Etabliertheit pädagogisch-präventiver Arbeit in den verschiedenen Ländern;

- zentrale konzeptionelle Grundannahmen und verfolgte Ansätze;
- sowie die wichtigsten Akteure, Zielgruppen und Handlungsfelder in den Blick genommen.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Präventionsperspektiven

Der vergleichende Blick zeigt zunächst, dass Präventionsarbeit zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in verschiedenen europäischen Ländern auf sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Basis agiert.

In vielen Ländern Süd- und Osteuropas besteht die zentrale Herausforderung gegenwärtig noch darin, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche stärker für rechtsextreme und fremdenfeindliche Manifestationen zu sensibilisieren sowie politische und rechtliche, aber auch breitere zivilgesellschaftliche Unterstützung für entsprechende Gegenaktivitäten zu finden. Hinzu kommt die prekäre ökonomische Situation vieler dieser Volkswirtschaften, die sich auch in der vorhandenen Infrastruktur sozialer und pädagogischer Maßnahmen widerspiegelt. Entsprechend punktuell entwickelt und politisch vergleichsweise schwach verankert sind in den betrachteten Ländern präventive Ansätze. Wenn Präventionsmaßnahmen diskutiert werden, wird dabei zunächst der Schaffung basaler rechtlicher Regelungen und effektiver exekutiver Instrumente (z.B. im Bereich der Strafverfolgung) sowie integrationspolitischen Aktivitäten Priorität eingeräumt; pädagogische Angebote werden in diesen Ländern bisher nur von vereinzelten zivilgesellschaftlichen Initiativen realisiert (vgl. die Beiträge zu Spanien, Italien und Russland i. d. Bd.; für Spanien vgl. auch Büttner 2011; für Italien Wetzels 2009).

Anders stellt sich die Situation in den Ländern West-, Mittel- und Nordeuropas dar, die im Zuge unserer Erhebungen in den Blick genommen wurden. Zwar finden sich auch hier Länder, in denen pädagogische Präventionsansätze bisher wenig etabliert sind⁵; insbesondere die näher betrachteten Ländern Großbritannien, Deutschland, Norwegen, Belgien und die Niederlande blicken jedoch inzwischen auf eine langjährige, wenn auch z.T. durchaus kontroverse, politische und gesellschaft-

5 So z.B. in Luxemburg, Österreich und Frankreich; auch für die Schweiz konstatieren Expertinnen/Experten eine angesichts der Relevanz der Problematik recht gering entwickelte Praxislandschaft (vgl. Eser-Davolio et al. 2006).

liche Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen zurück, die sich auch in einer vergleichsweise breiten Praxislandschaft pädagogisch-präventiver Aktivitäten niederschlägt.

Dabei zeichnen sich die Präventionsdebatten in diesen Ländern durch – je historisch bedingte – unterschiedliche Aufmerksamkeitsschwerpunkte und Konzeptionalisierungen der Problematik aus.

In Deutschland, aber auch in den skandinavischen Ländern wird die Auseinandersetzung dezidiert unter der Begrifflichkeit und mit dem Aufmerksamkeitsfokus auf ‚Rechtsextremismus‘ bzw. ‚Rechtsextremismusbekämpfung‘ geführt; so werden etwa fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten in der deutschen Öffentlichkeit und Fachwelt üblicherweise als ‚rechtsextreme Gewalt‘ bezeichnet und als Ausdruck einer rechtsextremen Orientierung gedeutet. Insbesondere die deutsche Diskussion wird hierbei maßgeblich durch die eigene nationalsozialistische Vergangenheit geprägt, die eine große Sensibilität in Politik und Öffentlichkeit gegenüber rechtsextremen Tendenzen begründet. Ein zentrales Motiv von Präventionsdiskursen ist deshalb auch, ein Wiedererstarken entsprechender politischer Strömungen zu verhindern („Wehret den Anfängen!“). Hinzu kommt in diesen Ländern die Existenz subkultureller, gewalttätiger Gruppen, die sich offen auf rechtsextreme Ideologien und Symbole beziehen und insofern auch die öffentliche Problemwahrnehmung mit prägen.

Andere historische und gesellschaftliche Bedingungen erweisen sich für die Debatten in Großbritannien, Belgien und den Niederlanden als prägend. Alle drei sind Länder mit kolonialer Vergangenheit, die schon auf eine längere Tradition bzw. ein relativ früh entwickeltes Selbstverständnis als Einwanderungsland zurückblicken (vgl. focus Migration, EU). Rechtsextremismus und -populismus treten vor allem auf der Parteebene in Erscheinung; gewalttätiger Rechtsextremismus ist dagegen aktuell ein vergleichsweise begrenztes Phänomen (vgl. Minkenberg 2011). Vor diesem Hintergrund gilt die gesellschaftliche und fachliche Aufmerksamkeit vorrangig der Gestaltung eines friedlichen, toleranten Zusammenlebens in den gegenwärtigen multiethnischen Gesellschaften. Entsprechend fokussiert die Präventionsdebatte weniger auf eine Bekämpfung rechtsextremer Erscheinungsformen als auf interethnische Konflikte sowie auf unterschiedliche Manifestationen ethnisch begründeter Diskriminierung, die einem harmonischen Zusammenleben entgegenstehen.

Besonders in Großbritannien ist diese Diskussion zudem geprägt durch einen strukturellen Rassismusbegriff, der solche Diskriminierungen weni-

ger auf individuell ausgeprägte Vorurteile als auf einen gesellschaftlich geteilten und institutionell verankerten Rassismus zurückführt; die niederländische Debatte setzt dagegen einen starken Akzent auf kulturelle Zugehörigkeit und kulturelle Vielfalt. Während es lange Zeit das Ziel der niederländischen Politik war, diese ‚kulturelle Vielfalt‘ zu erhalten, wird sie inzwischen allerdings eher als Bedrohung thematisiert (vgl. Ersanili 2011).

Diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Sensibilitäten und begrifflich-theoretischen Fassungen des Problems wirken sich auch auf konzeptionelle Ausrichtungen sowie auf Handlungsschwerpunkte pädagogischer Präventionsaktivitäten aus. Besonders interessant für die deutsche Debatte sind hierbei die Differenzen in der britischen und der deutschen Präventionslandschaft, weshalb dem Vergleich dieser beiden Länder in den folgenden Ausführungen auch besondere Aufmerksamkeit zukommt.

Konzeptionelle und thematische Ausrichtung von Aktivitäten

In den Niederlanden, in Belgien und Großbritannien liegt ein deutlicher Schwerpunkt auf Ansätzen, die auf eine Auseinandersetzung mit kultureller und gesellschaftlicher Heterogenität und darauf bezogenen Vorurteilen abzielen (Interkulturelles Lernen, Diversity-Pädagogik, Anti-Bias-Ansätze). Insbesondere für Großbritannien ist dabei auch der Ansatz der ‚antirassistischen Bildung‘ bedeutsam, die neben individuellen Vorurteilen auch kollektive Werthaltungen und organisatorische sowie politische Festlegungen thematisiert (vgl. auch Eckmann/Eser-Davolio 2003; Hormel/Scherr 2004). Der für das Rassismusverständnis der britischen Debatte sehr einflussreiche strukturelle Rassismusbegriff hat auch zur Folge, dass präventive pädagogische Angebote dort häufig mit Maßnahmen einhergehen, die auf den Abbau struktureller und organisatorisch verankerter Diskriminierung zielen, um Chancengleichheit z.B. im Bildungssektor (s.u.) oder im Vereinswesen (s. Fallbeispiel Großbritannien) zu befördern. Zu in diesen Ländern etablierten Angeboten gehören außerdem Ansätze des Demokratielernens und der Menschenrechtspädagogik.

Die bundesdeutsche pädagogische Rechtsextremismusprävention richtet sich ihrem Anspruch nach gegen alle Dimensionen des Rechts-

extremismus⁶. Allerdings finden sich auch hier deutliche Schwerpunktsetzungen. So sind Ansätze des Demokratielernens, aber auch des Interkulturellen Lernens, der Diversity- und der Anti-Vorurteilspädagogik in der deutschen Präventionslandschaft seit den 1990er Jahren ebenfalls relativ weit verbreitet (vgl. Glaser/Rieker 2006), wobei teilweise Konzepte aus anderen Ländern übernommen wurden, es teilweise aber auch eigene Weiterentwicklungen gab. Eine gewisse Engführung dieser Ansätze im Vergleich vor allem zur britischen Debatte lässt sich dahingehend konstatieren, dass Elemente der antirassistischen Pädagogik (d.h. die Thematisierung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen von Abwertungen und Diskriminierungen) vor allem in der schulischen Diskussion bisher kaum Eingang gefunden haben⁷ (Hormel/Scherr 2004, S. 54). Anders als in Großbritannien sind solche Bildungsaktivitäten in der Regel auch nicht verbunden mit Maßnahmen, die auf der institutionell-organisatorischen Ebene auf einen Abbau von Diskriminierung bzw. die Herstellung von Chancengleichheit zielen⁸.

Thematisch ist die Präventionslandschaft in Deutschland insofern breiter aufgestellt, als hier neben der Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen und anderen menschenfeindlichen Orientierungen auch die Thematisierung des historischen Rechtsextremismus und der Judenvernichtung, insbesondere im schulischen Kontext, einen großen Stellenwert hat. Ein weiteres und sich zunehmend etablierendes Feld ist die Auseinandersetzung mit aktuellen Facetten des Antisemitismus, einschließlich antisemitischer Tendenzen bei Migratinnen/Migranten. Bestandteil der bundesdeutschen wie auch der skandinavischen Rechtsextremismusprä-

6 Die fachlichen Definitionen von ‚Rechtsextremismus‘ sind nicht einheitlich. In der Regel umfassen sie in der deutschen Diskussion die Dimensionen Nationalismus, Ethnozentrismus, Antisemitismus und Pronazismus. In manchen Definitionen werden außerdem weitere Ungleichheitsvorstellungen (z.B. gegenüber Frauen, Homosexuellen, Behinderten) und/oder Gewaltbejahung dazu gezählt. Ob Autoritarismus als eine Facette oder eine Ursache von Rechtsextremismus zu begreifen ist, ist umstritten (vgl. Stöss 2010, S. 22).

7 In außerschulischen Angeboten des Interkulturellen Lernens werden antirassistische Elemente allerdings bereits vielfach integriert (vgl. Glaser/Rieker 2006).

8 Zwar findet auch in Deutschland eine Debatte um den Abbau herkunftsbezogener Bildungsbenachteiligung statt und es werden auch darauf bezogene schulische Aktivitäten umgesetzt wie z.B. das 2009 abgeschlossene bundesweite Programm „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ (BLK Projekt FörMig), an dem sich neun Bundesländer beteiligten (vgl. Baer 2010, S. 54). Doch handelt es sich hier um von der Präventionsdebatte weitgehend getrennte Diskurse, die auch in getrennten Strategien und Aktivitäten ihren Niederschlag finden.

vention sind zudem Ansätze der sozialpädagogischen Beziehungsarbeit, die nicht nur auf eine Auseinandersetzung mit problematischen Orientierungen zielt, sondern auch Handlungsoptionen für eine veränderte Lebensgestaltung aufzeigt und entsprechende Hilfestellungen leisten soll (s.u. Abschnitt Zielgruppen).

Akteure pädagogischer Prävention

Auch hinsichtlich der in Präventionsaktivitäten involvierten Akteure bzw. der Art und Weise ihrer Einbindung zeigen sich z.T. deutliche Differenzen.

Politik und Gesetzgebung

Nationale⁹ Programme zur gezielten Förderung pädagogisch-präventiver Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit konnten im Rahmen der Recherche aktuell lediglich für Deutschland ermittelt werden¹⁰. In Großbritannien und den Niederlanden werden gegenwärtig ebenfalls Programme zur Bekämpfung von politischem Radikalismus umgesetzt, die gezielt auch pädagogische Maßnahmen vorsehen. Allerdings ist Rechtsextremismus in diesen Programmen nur als Teilbereich benannt; beide Programme wurden in Reaktion auf islamistische Aktivitäten aufgelegt und sind in ihrer faktischen Umsetzung überwiegend auf die Prävention von islamischem Radikalismus ausgerichtet (vgl. Beiträge i. d. Bd.). Für 2012 hat auch Schweden den Beginn eines landesweiten Programms angekündigt, das sich auf unterschiedliche Formen von Extremismus bezieht und neben Information und verstärkter Forschungstätigkeit u.a. auch pädagogische Arbeit zu diesen Themen mit jungen Menschen vorsieht. Da das Programm noch nicht begonnen hat, können noch keine Aussagen zur faktischen Ausrichtung der Aktivitäten getroffen werden (vgl. www.regeringen.se/sb/d/7336/a/182400; Zugriff 21.12.11). Insbesondere in Großbritannien engagiert sich die nationale Politik in

9 Programme auf lokaler Ebene wurden für diese Übersicht nicht berücksichtigt, da dies den Rahmen der Recherche gesprengt hätte.

10 In Norwegen existierte ein national finanziertes, wenn auch regional begrenztes Programm in den Jahren 1992–1994 (vgl. Carlsson 1995). In Russland gab es von 2001–2005 ebenfalls ein nationales Programm, dem allerdings von Fachleuten nur sehr begrenzte Effektivität bescheinigt wurde (vgl. Beitrag zu Russland i. d. Bd.).

diesem Feld auch in Form von Gesetzesinitiativen, die die Schulen auf institutionelle Vorkehrungen gegen Diskriminierung sowie auf antidiskriminierende und die kulturelle Vielfalt fördernde Bildungsinhalte verpflichten (Race Relations Amendment Act 2000; vgl. Hormel/Scherr 2004, S. 58). In 2006 wurde das britische Schulgesetz zudem um die Verpflichtung erweitert, gute Beziehungen im Gemeinwesen, insbesondere auch zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, durch schulische Maßnahmen aktiv zu befördern (Education and Inspections Act 2006, vgl. Department for Children, Schools and Families 2007, S. 1).

Wie bereits erwähnt, sind bzw. waren in den südeuropäischen Ländern Spanien und Italien (in der Ära Berlusconi) pädagogisch ausgerichtete Präventionsaktivitäten kein Handlungsfeld der nationalen Politik. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass von Expertinnen/Experten aus diesen Ländern die Europäische Union als eine treibende Kraft auf politisch-institutioneller Ebene wahrgenommen wird (vgl. die Beiträge i. d. Bd.). Dies gilt zum einen hinsichtlich einer Anregungsfunktion für rechtliche und institutionelle Entwicklungen, zum anderen aber auch mit Blick auf die Initiierung und Förderung pädagogischer Projektaktivitäten.

Die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU sind im hier betrachteten Kontext auch für alle anderen Mitgliederstaaten insofern relevant, als sie Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Bekämpfung von Diskriminierung ausdrücklich auch im Bildungsbereich vorschreiben. Allerdings werden diese Richtlinien in den einzelnen Ländern bisher sehr unterschiedlich umgesetzt¹¹. Während Großbritannien und die Niederlande mit ihrer Antidiskriminierungspolitik und -gesetzgebung diesen Richtlinien schon sehr weitgehend entsprechen, wird etwa Deutschland von Europarechtsexperten und Antidiskriminierungsverbänden bescheinigt, dass diese im Bildungsbereich noch nicht adäquat umgesetzt wurden (vgl. Baer 2010, S. 54). „Genauer: Die auch die Schulen direkt bindende Antirassismusrichtlinie beinhaltet Vorgaben, die im Schulrecht noch etabliert werden müssen“ (ebd.).

11 Eine systematische Recherche der Arbeits- und Forschungsstelle des DJI zum Einfluss von EU-Vorgaben auf präventive Aktivitäten im Bildungsbereich sowie zu EU-initiierten Präventionsaktivitäten in ausgewählten Ländern ist derzeit in Vorbereitung.

Zivilgesellschaftliche Akteure

Zivilgesellschaftliche Akteure spielen in allen betrachteten Ländern eine relevante Rolle im Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und/oder Rechtsextremismus (wobei sich unterschiedliche Entwicklungen von Zivilgesellschaft in ost- und westeuropäischen Ländern auch in diesem Bereich niederschlagen).

Im Hinblick auf die Partizipation zivilgesellschaftlicher Gruppen an pädagogisch-präventiven Aktivitäten sind Unterschiede zwischen Deutschland und Großbritannien bemerkenswert. In beiden Ländern treten zivilgesellschaftliche Akteure vielfach auch als Initiatoren und Träger von pädagogischen Präventionsangeboten in Erscheinung. Allerdings sind in diesem Handlungsfeld länderspezifisch unterschiedliche Gruppen aktiv: In Deutschland sind es v.a. Träger der Mehrheitsgesellschaft, während Träger von Minderheitengruppen, insbesondere Träger muslimischer und jüdischer Bindung z.B. in den entsprechenden Bundesprogrammen deutlich unterrepräsentiert sind (vgl. Klingelhöfer et al. 2007, S. 21; Bischoff et al. 2010, S. 116). In Großbritannien treten dagegen vielfach Angehörige ethnischer Minderheiten als Projektträger in Erscheinung. Zu den von diesen Trägern umgesetzten Angeboten gehören u.a. auch peer-Ansätze, mit denen junge Menschen, z.B. aus asiatisch-stämmigen Communities, an Schulen gehen, um dort mit den (weißen) Schülerinnen/Schülern über Rassismus zu diskutieren.

Dieser Unterschied ist insofern interessant, als er auch Auswirkungen auf die Inhalte, pädagogischen Möglichkeiten und Rezeptionsweisen von Angeboten haben dürfte: Wenn Angehörige ethnischer Minderheiten Projekte zur Auseinandersetzung mit rassistischer Diskriminierung verantworten und gestalten, bringen sie andere Perspektiven und Erfahrungen ein als (von dieser Diskriminierung nicht betroffene) Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Indem sie in diesen Angeboten als (potenziell) Betroffene und Vertreter/innen ihrer eigenen Interessen agieren, erhalten die vermittelten Bildungsinhalte außerdem einen anderen Stellenwert und es eröffnen sich außerdem andere, spezifische Zugangsmöglichkeiten zu den beteiligten Jugendlichen.

Zielgruppen

Als Hauptaltersgruppen werden in den Projekten, die uns im Rahmen unserer Recherchen in den verschiedenen Ländern begegneten, Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen. Eine weitere Altersgruppe, mit der insbesondere zu den Themen ‚Interkulturelles‘ und ‚soziales Lernen‘ gearbeitet wird, sind Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter. Dabei haben sich von den betrachteten Ländern die Niederlande schon besonders frühzeitig mit Angeboten für diese Altersgruppe engagiert (vgl. Rieker 2004, S. 86).

Angebote, die sich mit problematischen Orientierungen und Verhaltensweisen älterer Personen auseinandersetzen, sind dagegen seltener zu finden. Eine Thematisierung entsprechender Haltungen findet am ehesten im Rahmen von interkulturellen Schulungen statt, wie sie z.B. für Polizeibeamte, Mitarbeiter/innen von Ausländerbehörden oder Gesundheitsberufen in den verschiedenen Ländern angeboten werden. Ein Beispiel für eine gezielte Bearbeitung der Vorurteile erwachsener Akteure, auf das wir im Rahmen unserer Recherchen gestoßen sind, ist das in Frankreich von Charlez Rojzmann entwickelte sozialraumbezogene Konzept der ‚Therapy social‘ (vgl. Rojzman/Schuster 2005; s. Abschnitt ‚Bildungs-orte und Handlungsfelder‘), das inzwischen auch vereinzelt in anderen Ländern, u.a. in Russland und Tschechien, umgesetzt wurde.

Als ein Schwerpunkt pädagogisch-präventiver Arbeit in europäischen Ländern erweist sich auf der Basis der zusammengetragenen Informationen insgesamt die Prävention im Vorfeld rechtsextremer bzw. fremdenfeindlicher Radikalisierung. Das heißt, Angebote zielen vorrangig darauf ab, der Ausprägung radikaler Orientierungen und Verhaltensweisen vorbeugend entgegenzuwirken und/oder sie befassen sich mit alltagsrassistischen Orientierungen und Vorurteilen ‚normaler‘ Jugendlicher. Arbeit mit offen fremdenfeindlichen bzw. rechtsextrem orientierten Jugendlichen (d.h. mit potenziellen Straf- und Gewalttättern) ist länderübergreifend dagegen wenig verbreitet. Etablierte Ansätze finden sich in Skandinavien (Norwegen, Schweden) und Deutschland¹², vereinzelt in Anlehnung an dortige Ansätze auch in den Niederlanden.

12 In Bezug auf Deutschland wird von Fachleuten allerdings konstatiert, dass im Vergleich zu den 1990er Jahren gegenwärtig deutlich weniger Projekte mit entsprechenden Konzepten und Zielstellungen arbeiten. Auch im Verhältnis zu anderen Angeboten sind Projekte dieses Zuschnitts in der bundesdeutschen pädagogischen Präventionslandschaft aktuell nur noch wenig verbreitet (vgl. Kohlstruck/Krüger/Münch 2007; Glaser 2008).

Bildungsorte und Handlungsfelder

Bildungsarbeit zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung findet in den betrachteten Ländern überwiegend im schulischen Kontext statt, wenn sie auch häufig von außerschulischen Anbietern umgesetzt wird.

Eine Vorreiterrolle hinsichtlich einer systematischen Integration entsprechender Bildungsinhalte kommt dem britischen Schulsystem zu. Dort wurde 2002 das verbindliche Schulfach „citizenship education“ eingeführt, dessen Curriculum u.a. die Bereiche Menschenrechtspädagogik und Diversity-Pädagogik sowie die Auseinandersetzung mit Aspekten von Zuwanderung umfasst. Diese Bildungsinhalte sind verbunden mit Vorgaben für eine schulische Organisationsentwicklung, die Chancengleichheit für ethnische Minderheiten befördern und ethnisch bedingter Diskriminierung entgegenwirken soll. Dazu gehören z.B. die Verpflichtung, Lernerfolge von Minderheitengruppen fortlaufend zu dokumentieren, um Ursachen für mangelnde Bildungsinklusion analysieren und Gegenmaßnahmen entwickeln zu können (sog. „ethnic monitoring“) ¹³, die verbindliche Entwicklung von Aktionsplänen zur Herstellung von „race equality“ sowie die Auflage, rassistischen Vorfällen nachzugehen (vgl. Hormel/Scherr 2004, S. 58 ff.) ¹⁴.

Dagegen ist an deutschen Schulen die Auseinandersetzung mit aktuellen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vergleichsweise gering entwickelt. Zwar ist die Behandlung des historischen deutschen Rechtsextremismus (Nationalsozialismus, Judenvernichtung) in Gestalt historisch-politischer Bildung fester Bestandteil der Lehrpläne aller weiterführenden Schulen (im internationalen Ländervergleich sogar vergleichsweise umfangreich); jedoch sehen die Lehrpläne in der Regel keine Beschäftigung mit gegenwärtigen rechtsextremen Phänomenen und Entwicklungen vor, ebenso wenig wie eine Bearbeitung von Fragen, die das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft

13 Zu einer Kritik dieses, Schüler/innen nach ethnischen Zugehörigkeitskonstruktionen kategorisierenden Vorgehens (vgl. Hormel/Scherr 2004, S. 65 f.).

14 Wie sich diese Vorgaben auf die faktische Implementierung konkreter Maßnahmen auswirken, konnte im Rahmen dieser Recherche nicht erhoben werden. Während des Fachaustausches mit Großbritannien im Jahr 2005 wurde von Expertinnen/Experten angemerkt, dass die Umsetzung dieser Vorgaben, bei deren konkreter Ausgestaltung die Schulen relativ viel Gestaltungsspielraum haben, zu diesem Zeitpunkt noch sehr variierte (vgl. hierzu auch Hormel/Scherr 2004, S. 78).

berühren (vgl. Eltze 2010; Elverich 2004; Elverich 2011, S. 58 f.). Das von 2002–2007 in ausgewählten Schulen bundesweit umgesetzte Schulentwicklungsprogramm „Demokratie lernen und leben“ setzte auf eine Demokratisierung von Unterricht und Schulleben, um auf diese Weise auch rechtsextremen Tendenzen in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Es wies allerdings ebenfalls kaum spezifische Bezüge zu den Themen ‚aktueller Rechtsextremismus‘ und ‚Fremdenfeindlichkeit‘ auf. Ein Nachfolgeprogramm existiert bisher nicht. Auch die Verankerung außercurricularer, von außerschulischen Anbietern unterbreiteter Aktivitäten zu diesen Themen wurde im deutschen Schulsystem bisher wenig gefördert. Wenn Angebote außerschulischer Anbieter in seltenen Fällen verstetigt werden, geschieht dies aufgrund der Eigeninitiative einzelner Schulen.

Andererseits zeichnet sich Deutschland durch eine vergleichsweise breite und vielfältige Landschaft von außerschulischen Bildungsangeboten zu diesen Themen aus. Diese Angebote finden zum einen an Schulen statt, vielfach aber auch an anderen Lernorten¹⁵ (z.B. Jugend- und Familienbildungsstätten, Vereine, Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und der Fansozialarbeit). Dieses deutliche außerschulische Profil der bundesdeutschen pädagogischen Rechtsextremismusprävention resultiert zum einen aus der besonderen Tradition außerschulischer politischer Bildung in Deutschland, die als Teil des Demokratieaufbaus in der Bundesrepublik nach 1945 gezielt gefördert wurde (vgl. Becker/Krüger 2009, S. 635 f.). Ein weiterer Grund für diese im Ländervergleich spezifische Schwerpunktsetzung ist die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland. Da schulpolitische Belange nicht in die Verantwortlichkeit des Bundes, sondern der Länder fallen, konzentrieren sich Bundesförderprogramme auch in diesem Themenfeld auf den außerschulischen Bereich.

15 Aktuelle, repräsentative Zahlen zu den Lernorten außerschulischer pädagogischer Präventionsangebote lagen für diese Analyse nicht vor; bei der Evaluation des Bundesprogramms ‚entimon‘ gaben im Rahmen dieses Programms geförderte Träger im Zeitraum 2002–2005 an, weniger als 1/3 ihrer Angebote in Zusammenarbeit mit Schulen zu realisieren (vgl. Schmidt et al. 2006).

Gemeinwesenbezogene Ansätze

In den Fachdebatten in mehreren der betrachteten Länder wird neben der schulischen und außerschulischen Bildung auch der Entwicklung und Umsetzung gemeinwesenorientierter Perspektiven große Bedeutung zugesprochen (vgl. für die Schweiz Eser-Davolio et al. 2006; für Norwegen Carlsson 2005 und 2006; für Großbritannien Isal et al. i. d. Bd.).

Dabei zeigen sich unterschiedliche Akzentsetzungen im Hinblick darauf, in welcher Weise und mit welcher Zielsetzung eine Einbindung von Akteuren des Gemeinwesens angestrebt wird.

In Norwegen setzte man schon sehr frühzeitig auf eine Einbeziehung der Kommunen sowie zivilgesellschaftlicher Akteure im Gemeinwesen, um Gegenaktivitäten gegen rechtsextreme Manifestationen auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen und zusammenzuführen. Dabei wurden insbesondere gute Erfahrungen gesammelt, wenn unterschiedliche Angehörige des Gemeinwesens bereits in die Situationsanalyse im Vorfeld, vor der Entwicklung bzw. Festlegung von Maßnahmen, umfassend einbezogen wurden (vgl. Carlsson 2006).

Auch in Deutschland wird seit einigen Jahren, im Rahmen der Bundesprogramme gegen Rechtstextremismus, der Ansatz einer Stärkung von Gegenkräften im Gemeinwesen verfolgt. Dies soll durch die Beratung demokratischer Akteure, durch Opferberatung und durch die administrativ unterstützte Vernetzung von demokratischen Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft erreicht werden (vgl. Rieker 2009, S. 147 ff.; Bischoff et al. 2010).

In der britischen Präventionsdiskussion wird vor allem die Schaffung inklusiver, alle gesellschaftlichen Gruppen einbindender Gemeinwesen als bedeutsam erachtet, um interethnischen Spannungen und damit verbundenen Radikalisierungsprozessen in einer multiethnischen Gesellschaft vorzubeugen. Entsprechend zielen Maßnahmen, z. B. im Rahmen des Community Cohesion Acts (s. o.), darauf ab, gute interethnische Beziehungen zu fördern sowie Integrationsmöglichkeiten für gesellschaftliche Randgruppen zu verbessern (vgl. hierzu auch Isal et al. in diesem Band).

In Frankreich wurde von Charles Rojzmann mit der ‚Therapy social‘ ein Gemeinwesen bezogener Ansatz entwickelt, um Spannungen zwischen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft und Minderheitengruppen, z.B. in sozial belasteten Stadtteilen, zu bearbeiten. Bei diesem Ansatz werden die unterschiedlichen, an einem Konflikt beteiligten Akteure zusammengebracht, um wechselseitige Vorurteile bzw. Probleme im Umgang

miteinander zu thematisieren, die Hintergründe dieser Probleme zu beleuchten und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen (vgl. Rojzmann/Schuster 2006).

Finanzierung

Finanziert werden Aktivitäten vielfach über zeitlich befristete Fördermittel der öffentlichen Hand (nationale, regionale und EU-Programme) sowie von gemeinnützigen Stiftungen. Das gilt insbesondere für Angebote, die nicht durch öffentliche Institutionen wie Schulen, Polizei oder Jugendämter unterbreitet werden.

Allerdings finden sich in einigen Ländern auch Beispiele für andere, stärker auf Kontinuität ausgerichtete Formen der öffentlichen Finanzierung. So werden in Großbritannien Projekte, die Gemeinden im Umgang mit Rassismus und Gewalt beraten, in einigen Kommunen dauerhaft aus kommunalen und regionalen Mitteln finanziert. In der Schweiz existiert in den Regionen Bern und Burgdorf ein ebenfalls kommunal ausgerichtetes Beratungsangebot, das durch einen Verbund beteiligter Gemeinden gemeinsam finanziert wird (vgl. Rieker 2009, S. 166 f.).

Eine indirekte institutionelle Förderung für Projekte ergibt sich in Großbritannien auch aus dem schulischen Auftrag, Inhalte von ‚citizenship education‘ zu unterbreiten. Seit Einführung dieser Verpflichtung, so die Erfahrungen interviewter Projekte und Fachleute, binden die Schulen auch verstärkt außerschulische Projekte ein, um entsprechende Lerninhalte mit den Schülerinnen/Schülern zu bearbeiten.

Eine alternative Möglichkeit der Finanzierung zeigen zudem die fußballbezogenen Aktivitäten in Großbritannien: Sie werden größtenteils aus kommerziellen Einnahmen, nämlich aus Abgaben der Profivereine finanziert, die in einen speziellen Fördertopf der britischen Fußballdachorganisationen fließen.

Zum Stand der pädagogischen Rechtsextremismusprävention in Deutschland – einige abschließende Betrachtungen

Vor dem Hintergrund der vorgestellten Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in ausgewählten europäischen

Ländern soll abschließend eine Einordnung des Standes pädagogischer Prävention in Deutschland vorgenommen werden.

Festhalten lässt sich zunächst, dass sich pädagogische Präventionsaktivitäten in Deutschland auf einen vergleichsweise starken politischen Rückhalt für ihre Arbeit stützen können, der sich nicht zuletzt finanziell (in den aktuell laufenden Programmen stehen bis 2013 jährlich 24 Millionen Euro zur Verfügung) niederschlägt. Auch lässt sich konstatieren, dass bundesdeutsche Ansätze sowohl hinsichtlich der thematisierten Dimensionen von Rechtsextremismus als auch mit Blick auf die adressierten Zielgruppen konzeptionell (wenn auch mit Ungleichgewichten in der faktischen Umsetzung von Ansätzen) vergleichsweise breit aufgefächert sind.

Von dem deutlichen außerschulischen Profil von Angeboten profitiert die deutsche Präventionslandschaft insofern, als Grundsätze wie Partizipation und Lebensweltbezug in außerschulischen Ansätzen vergleichsweise hohen Stellenwert haben und diese auch gut geeignet sind, emotionale und handlungsorientierte Lernebenen anzusprechen – Aspekte, die gerade in der Auseinandersetzung mit diesen spezifischen Themenfeldern bedeutsam sind. Das Prinzip der Freiwilligkeit eröffnet zudem andere Möglichkeiten der Arbeit, als sie das verpflichtende Setting der Schule bietet (vgl. Glaser/Klingelhöfer 2008). Die mangelnde Verankerung der Arbeit speziell in Schulen, aber auch die generell (im Vergleich etwa zu Großbritannien) geringe institutionelle Einbindung der Arbeit sind allerdings auch mit Nachteilen verbunden. So können die Möglichkeiten von Schulen, breite Zielgruppen zu erreichen, weniger genutzt werden und die fehlende Verstetigung hat kurzfristige Laufzeiten vieler Angebote bzw. eine mangelnde Einbettung in dauerhafte Strukturen zur Folge, was sich auch auf die Nachhaltigkeit der Arbeit auswirkt.

In dieser wie auch in anderer Hinsicht macht der Vergleich mit den praktizierten Vorgehensweisen in europäischen Nachbarländern bestehenden Entwicklungsbedarf bzw. lohnende Perspektiven für die Weiterentwicklung der deutschen Präventionspraxis erkennbar.

Dazu gehören v.a.:

- Eine stärkere Verankerung der Auseinandersetzung mit aktuellen Erscheinungsformen in Schulen – sowohl durch die Integration entsprechender Inhalte in schulische Curricula als auch durch Auflagen und unterstützende Maßnahmen, die auf eine systematischere Einbindung von Angeboten der außerschulischen Jugendbildung zielen.

- Eine Erweiterung der konzeptionellen Ausrichtung von Angeboten dahingehend, dass strukturelle und organisatorisch-institutionelle Dimensionen der Ausgrenzung bzw. Benachteiligung von Minderheiten mit einbezogen werden. Eine solche Erweiterung sollte sich nicht nur auf die Ebene der inhaltlichen Auseinandersetzung – durch eine entsprechende Ausweitung von Bildungsinhalten – beziehen. Sie sollte idealerweise auch eine unmittelbare Verzahnung solcher inhaltlich-pädagogischen Angebote mit Maßnahmen umfassen, die auf einen Abbau von Benachteiligungen sowie auf die Schaffung inklusiver Organisationsstrukturen und -kulturen insbesondere im Bildungsbe-
reich zielen.
- Ein Ausbau bzw. eine Entwicklung gemeinwesenbezogener Ansätze, in deren Rahmen auch die Orientierungen und Verhaltensweisen der unterschiedlichen an Konflikten beteiligten Individuen und Gruppen im Sozialraum in den Blick genommen und zum Gegenstand von Aktivitäten gemacht werden.
- Generell die Entwicklung und Umsetzung von Ansätzen der Arbeit mit älteren Zielgruppen, die diese nicht nur als Umsetzende von Angeboten adressieren bzw. sie in administrative Entscheidungsstrukturen einbeziehen. Einstellungserhebungen zeigen, dass problematische Orientierungen in dieser Altersgruppe sogar stärker verbreitet sind als bei jungen Menschen. Deshalb bedarf es auch solcher Ansätze, die die Orientierungen und Verhaltensweisen auch dieser Akteure gezielt zum Gegenstand pädagogischer Auseinandersetzung machen, wie dies z.B. in der in Frankreich entwickelten ‚Therapy social‘ geschieht.
- Die Einbindung breiterer gesellschaftlicher Akteursgruppen in die Gestaltung und Verantwortung von Präventionsangeboten. Dabei wäre insbesondere eine stärkere Gewinnung bzw. Einbeziehung von Migrantenorganisationen, wie man sie etwa in Großbritannien findet, erstrebenswert.
- Die Schaffung anderer Möglichkeiten der Finanzierung jenseits befristeter (Modell)projektförderung. Vorrangig bedarf dies einer verbesserten institutionellen Verankerung von Aufgaben. Perspektiven könnten aber auch in der Etablierung kommunaler Finanzierungsnetzwerke (wie in der Schweiz), sowie im Erschließen alternativer Finanzierungsquellen, wie z.B. über den Fußballsport in Großbritannien, liegen.

Literaturverzeichnis

- Baer, Susanne (2010): Schutz vor Diskriminierung im Bildungsbereich in Berlin aus juristischer Sicht. Gutachten im Auftrag der LADS Berlin, www.berlin.de/imperia/md/content/lb_ads/agg/100301_lads_gutachten_bildung_prof._baer.pdf?start&ts=1273221056&file=100301_lads_gutachten_bildung_prof._baer.pdf, Zugriff: 17.12.2011
- Becker, Helle/Krüger, Thomas (2009): Weiterbildung und Politik. In: Timpelt, Rudolf/von Hippel, Anja, Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung, 3. überarb., erweiterte Aufl., Wiesbaden: VS Verlag, S. 635–651
- Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) (2009): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh
- Bischoff et al. (2010): Zweiter Zwischenbericht der Programmevaluation der Bundesprogramme „Vielfalt tut gut“ und „kompetent. für Demokratie“. Halle: DJI, S. 116 (unveröff.)
- Boebel, Chaya (2002): Überblick über Programme und gezielte Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Rahmen der Jugendarbeit und Jugendhilfe in ausgewählten europäischen Ländern. Endbericht zu einer Recherche für das DJI (unveröff. Manuskript)
- Boebel, Chaya (2003): Pädagogische Ansätze und Erfahrungen in ausgewählten europäischen Nachbarländern, die geeignet sind, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bereits frühzeitig präventiv entgegenzuwirken. Endbericht zu einer Recherche für das DJI (unveröff. Manuskript)
- Boebel, Chaya (2005): Pädagogische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in europäischen Nachbarländern. Endbericht zu einer Recherche für das DJI (unveröff. Manuskript)
- Böhm, Urte (2008): Ansätze und Akteure der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den BeNeLux-Ländern. Endbericht zu einer Recherche für das DJI (unveröff. Manuskript)
- Büttner, Frauke (2011): Rechtsextremismus in Spanien: Zwischen parlamentarischer Bedeutungslosigkeit, Rechtspopulismus und rassistischer Gewalt. In: Langenbacher, Nora/Schellenberg, Britta (Hrsg.): Ist Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Berlin, S. 193–208

- Carlsson, Yngve (1995): The Brumundaal Action Plan – has it produced results? Measures against xenophobic violence and harassment in the local community. NIBR-Report, S.13
- Carlsson, Yngve (1996): Violent Right-Wing Extremism in Norway: Community Based prevention and intervention. In: Rieker, Peter/Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hrsg.): Prevention of Right-Wing Extremism, Xenophobia and Racism in European Perspective. Halle: DJI, S. 12–29
- Department for children, school and families (2007): Guidance on the duty to promote community cohesion
- Eckmann, Monique/Eser Davolio, Miryam (2003): Rassismus angehen statt übergehen. Zürich: Verlag Pestalozzianum
- Eltze, Wiebke (2010): Aktivitäten und Ansätze zur schulischen Rechtsextremismusprävention im bundesdeutschen Ländervergleich. (unveröff. Manuskript)
- Elverich, Gabi (2004): Expertise zu den bildungspolitischen Reaktionen auf die Einwanderungsgesellschaft in den Bundesländern. In: Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (Hrsg.): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller, institutioneller und interaktioneller Diskriminierung. Wiesbaden, S. 309–330
- Elverich, Gabi (2009): Die pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextremer Musik. Ansätze, Erfahrungen und pädagogische Herausforderungen. In: Elverich, Gabi/Glaser, Michaela/Schlimbach, Tabea (unter Mitarbeit von Anna Schnitzer) (2009): Rechtsextreme Musik. Ihre Funktionen für jugendliche Hörer/innen und Antworten der pädagogischen Praxis, Halle: DJI, S. 81–138
- Elverich, Gabi (2011): Demokratische Schulentwicklung: Potenziale und Grenzen einer Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus.
- Ersanili, Evelyn. Länderprofil Niederlande. In: BpB Online. Thema Migration, Länderprofil 11, Niederlande, www.bpb.de/themen/5086YV,0,Niederlande.html. Zugriff: 13.12.2011
- Eser Davolio, Miryam/Gerber, Brigitta/Eckmann, Monique/Drilling, Matthias (2006): The Special Case of Switzerland. Research Findings and Thoughts from a Context-Oriented Perspective. In: Rieker, Peter/Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hrsg.): Prevention of Right-Wing Extremism, Xenophobia and Racism in European Perspective. Halle: DJI, S. 30–47
- Focus Migration, Europäische Union, focus-migration.hwwi.de/Europaeische-Union.6003.0.html. Zugriff: 22.12.2011

- Glaser, Michaela (2006): Fachaustausch mit Großbritannien. In: DJI Bulletin Nr. 75, H. 2, S. 31
- Glaser, Michaela/Rieker, Peter (2006): Interkulturelles Lernen als Prävention von Fremdenfeindlichkeit. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Halle: DJI
- Glaser, Michaela/Schuster, Silke (2006): Rote Karte: Gewalt und Fremdenfeindlichkeit im Sport. Interview. In: DJI Online. Thema 2006/6 www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=605&Jump1=RECHTS&Jump2=200
- Glaser, Michaela (2007): Rechtsextremismus im Stadion. Mögliche Gegenstrategien im deutsch-englischen Vergleich. Input zur Veranstaltung „Rechtsextremismus im Stadion. Unschöne Einzelfälle oder politische Gefahr?“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27.02.2007. Berlin (unveröff. Manuskript)
- Glaser, Michaela (2008): Die pädagogische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußballsport. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung zu Ansätzen, Erfahrungen und Herausforderungen. In: Glaser, Michaela, Elverich, Gabi (Hrsg.): Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball. Erfahrungen und Perspektiven der Prävention. Halle: DJI, S. 124–154
- Glaser, Michaela/Klingelhöfer, Susanne (2008): „Feuerwehrpolitik“ oder nachhaltige Zusammenarbeit? Kooperation von Schule und außerschulischer Bildung in der Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: DJI Bulletin H. 81, 1/2008, S. 16–17
- Greß, Franz/Jaschke, Hans-Gerd/Schönekeß, Klaus (1990): Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien. Opladen
- Grubben, Gé (2006): Right-Extremist Sympathies among Adolescents in the Netherlands. In: Rieker, Peter/Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hrsg.): Prevention of Right-Wing Extremism, Xenophobia and Racism in an European Perspective. Halle: DJI, S. 48–66
- Grunenberg, Sara/van Donselaar, Jaap (2006): Ausstiegshilfen für Rechtsextremisten: Erfahrungen aus Deutschland, Chancen und Möglichkeiten für die Niederlande, www.annefrank.org/content.asp?PID=28&LID=3
- Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2004): Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller, institutioneller und interaktioneller Diskriminierung. Wiesbaden

- Husbands, Christopher T. (2002): Combating the Extreme Right with the Instruments of the Constitutional State: Lessons from Experiences in Western Europe. In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* H. 4, S. 52–73
- Kohlstruck, Michael/Krüger, Daniel/Münch, Anna Verena (2007): Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus. Forschungsbericht an die Landeskommision Berlin gegen Gewalt. In: *Berliner Forum Gewaltprävention*, Nr. 30
- Klingelhöfer, Susanne/Schmidt, Mareike/Schuster, Silke/Brüggemann, Ulrich (2007): Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, Jahre 2002–2006. Halle: DJI, S. 13
- Langenbacher, Nora/Schellenberg, Britta (Hrsg.) (2011): „Ist Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Berlin
- Merkel, Peter H./Weinberg, Leonhard (Hrsg.) (2003): *Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century*. London/Oregon
- Minkenberg, Michael (2005): *Demokratie und Desintegration. Der politikwissenschaftliche Forschungsstand zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt*. Berlin
- Minkenberg, Michael (2011): Die radikale Rechte in Europa heute: Trends und Muster in West und Ost. In: Langenbacher, Nora/Schellenberg, Britta (Hrsg.) (2011): *Ist Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa*. Berlin, S. 39–58
- Mudde, Cas (Hrsg.) (2005): *Racist Extremism in central and Eastern Europe*. London/New York
- Rieker, Peter (2004): Ein Blick über den Tellerrand – Ergebnisse einer Recherche in ausgewählten europäischen Ländern zu Projekten interkultureller Pädagogik und zur Gewaltprävention im Primarbereich. In: ders. (Hrsg.): *Der frühe Vogel fängt den Wurm*. Halle: DJI, S. 76–86
- Rieker, Peter (2005): Anregungen für die Rechtsextremismus-Prävention. Was wir aus Norwegen lernen können. In: *deutsche Jugend*, 53. Jg., H. 11, S. 477–483
- Rieker, Peter/Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hrsg.): *Prevention of Right-Wing Extremism, Xenophobia and Racism in European Perspective*. Halle: DJI
- Rieker, Peter (2009): *Rechtsextremismus: Prävention und Intervention*. Weinheim/München

- Rojzman, Charles/Schuster, Silke (2006): Multi-Cultural France is becoming a Multi-Racist Society. An Interview with Charles Rojzman conducted by Silke Schuster. In: Rieker, Peter/Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hrsg.): Prevention of Right-Wing Extremism, Xenophobia and Racism in European Perspective. Halle: DJI, S. 113–124
- Schmidt, Mareike/Klingelhöfer, Susanne/Schuster, Silke/Brüggemann, Ulrich (2006): Strukturdaten zum Programm „Entimon – gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ für den Förderzeitraum 2002–2005. Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung. Halle: DJI
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. 3. aktual. Aufl., Friedrich Ebert Stiftung Forum Berlin
- Van Donselaar, Jaap (2003): Patterns of Response to the Extreme Right in Western Europe. In: Merkl, Peter H./Weinberg, Leonhard (Hrsg.): Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century. London/Oregon, S. 272–292
- Wetzel, Juliane (2009): Country Report Italy. In: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh, S. 327–373

Autorinnen- und Autorenverzeichnis/Authors and Editors

Stéphanie Dechezelles, Dr., Politikwissenschaftlerin, Arbeitsfelder: Lehre und Forschung zu rechtsradikalen Jugendbewegungen.

Dozentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Aix-en-Provence, 25, rue Gaston de Saporta, Service Recherche, F-13 625 Aix en Provence Cedex 1, France, E-Mail: stephanie.dechezelles@sciencespo-aix.fr

Andrea Dragone, Jurist, Arbeitsfelder: Migrationsrecht (speziell Menschenhandel und minderjährige unbegleitete Flüchtlinge), Antidiskriminierungsrecht sowie Asylrecht.

Praktizierender Rechtsanwalt, Forschungsgruppenleiter an der Società Ricerca e Formazione. Studio legale Vincenzo Napoli, corso Galileo Ferraris n. 146 - 10129, Torino, Italy, E-Mail: a.dragone@studioavvocatonapoli.it

Michaela Glaser, Soziologin M.A., Arbeitsfelder: Wissenschaftliche Begleitforschung, Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Interkulturelles Lernen, rechtsextreme Jugendkulturen/rechtsextreme Musik.

Wissenschaftliche Referentin und Projektleiterin der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am Deutschen Jugendinstitut, Außenstelle Halle, Franckeplatz 1, Haus 12/13, 06110 Halle, Germany, E-Mail: glaser@dji.de

Frank Greuel, Dr., Diplom-Pädagoge, Arbeitsfelder: Wissenschaftliche Begleitforschung zur Prävention von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus, Evaluation.

Wissenschaftlicher Referent der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und der Programmevaluation „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ am Deutschen Jugendinstitut, Außenstelle Halle, Franckeplatz 1, Haus 12/13, 06110 Halle, Germany, E-Mail: greuel@dji.de

Esteban Ibarra, Studium der Wirtschaftswissenschaften, Kommunikationswissenschaften und Kriminologie. Arbeitsschwerpunkte: Menschenrechte, Betreuung von Opfern von Diskriminierung und Hassverbrechen, pädagogische Prävention von Intoleranz an Schulen im Rahmen der von ihm gegründeten ‚Bewegung gegen die Intoleranz‘.

Direktor der Anlaufstelle/des Büros für Opfer von Diskriminierung und Hassverbrechen, Oficina de Atención a la Víctima de Discriminación y Delito de Odio, C/Mesón de Paredes nº 39. Madrid 28012, España, E-Mail: intolerancia@terra.es

Sarah Isal, M.Sc., Politikwissenschaftlerin, Arbeitsfelder: Wissenschaftliche Begleitforschung zum Thema rassistische Gewalt und Antidiskriminierungspolitik in Europa.

Stellvertretende Direktorin, Runnymede Trust, 7 Plough Yard, Shoreditch, London EC2A 3LP, Great Britain, E-Mail: sarah@runnymedetrust.org

Anna Verena Münch, M.A., Europäische Ethnologie/Gender Studies, Arbeitsfelder: Wissenschaftliche Begleitforschung zu Präventionsansätzen in den Feldern Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, Forschung zu gewaltaktiven Jugendlichen.

Wissenschaftliche Referentin der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am Deutschen Jugendinstitut, Außenstelle Halle, Franckeplatz 1, Haus 12/13, 06110 Halle, Germany, E-Mail: muench@dji.de

Robin Oakley, Dr., Soziologe, Arbeitsfelder: Politik- und praxisbezogene Forschung in den Bereichen Rassismus, Ethnizität und Minderheitenintegration. Unabhängiger Berater und Mitglied bei Runnymede Trust; 7 Plough Yard, Shoreditch, London EC2A 3LP, Great Britain, E-Mail: oakley@easynet.co.uk

Alexander L. Salagaev, Dr., Soziologe, Arbeitsfelder: Forschung zum Thema Jugendkriminalität und ethnische Studien. Professur an der Kazan National Research Technological University, Department of Social and Political Conflict Studies, Karl Marx str., 68, Kazan, Tatarstan, Russia, E-Mail: konfliktolog@mail.ru, salagaev@mail.ru

Sergey A. Sergeev, Dr., Politikwissenschaftler, Arbeitsfelder: Forschung zum Thema politische Opposition und Oppositionsbewegungen. Professur an der Kazan National Research Technological University, Kazan, Department of Social and Political Conflict Studies, Karl Marx str., 68, Kazan, Tatarstan, Russia, E-Mail: konfliktolog@mail.ru, sasergeev1@rambler.ru

Kjartan Sveinsson, M.Sc., Anthropologe, Arbeitsfelder: bis 2011 politik- und praxisbezogene Forschung in den Bereichen Migration, Ethnizität und Minderheitenintegration bei Runnymede Trust, London, aktuell Promovent an der London School of Economics and Political Science, Kontakt über Sarah Isal

Witte, Rob, Dr., Politikwissenschaftler, Arbeitsfelder: Forschung zum Thema soziale Beziehungen, Krisenmanagement, Radikalisierung und Pluralismus. Leitender Wissenschaftler beim IVA Tilburg Institut für Sozialforschung im Verbund mit der Universität Tilburg, PO Box 90153, 5000 LE Tilburg, E-Mail: r.b.j.witte@uvt.nl

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

